

17. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Öffentlicher Teil

12. Sitzung

Freitag, 31. März 2023, 9:30 Uhr

Stuttgart, Haus des Landtags
Bürger- und Medienzentrum

Elly-Heuss-Knapp-Saal
Videokonferenz

Beginn: 9:31 Uhr	(Mittagspause: 13:12 bis 14:18 Uhr)	Schluss: 17:14 Uhr
------------------	-------------------------------------	--------------------

T a g e s o r d n u n g

Teil I – öffentlich

Öffentliche Anhörung

zum Thema „Zusammenarbeit von Staat und Gesellschaft in
der Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung“ S. 2

Teil II – nicht öffentlich.....(gesondertes Protokoll)

1. Bestimmung von Sachverständigen für die Sitzung am
Freitag, 26. Mai 2023
2. Bestimmung des in der Sitzung am Freitag, 16. Juni 2023,
zu behandelnden Themas
3. Festlegung eines Verfahrens für die Bestimmung von
Sachverständigen für die Sitzung am Freitag, 16. Juni 2023

4. Bestimmung des in der Sitzung am Freitag, 30. Juni 2023, zu behandelnden Themas
5. Festlegung eines Verfahrens für die Bestimmung von Sachverständigen für die Sitzung am Freitag, 30. Juni 2023
6. Verschiedenes

Öffentliche Anhörung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

zur Zusammenarbeit von Staat und Gesellschaft in der
Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung

am Freitag, 31. März 2023, 09:30 Uhr
Elly-Heuss-Knapp-Saal, BMZ (Haus des Landtags)

A b l a u f p l a n

(Stand 24.3.2023)

Uhrzeit	Sachverständige / Funktion
09:30 Uhr	Alexander Salomon MdL , Vorsitzender der Enquetekommission
09:35 Uhr	Prof. Dr. Martin Voss , Professor für Sozialwissenschaftliche Katastrophenforschung, Leiter der Katastrophenforschungsstelle Berlin (KFS) der Freien Universität Berlin
09:55 Uhr	Dr. Rajya Karumanchi-Dörsam , Interkulturelle Promotorin Regierungsbezirk Karlsruhe bei SIMAMA - STEH AUF e.V.
10:15 Uhr	Dr. Ahmed El-Kordi , Psychologischer Psychotherapeut, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut, Schwäbisch Hall
10:35 Uhr	60-minütige Fragerunde
11:35 Uhr	Nathalie Schopp , Leiterin des Referats für Psychosoziales Krisenmanagement des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Bonn
11:55 Uhr	Ralf Heuberg , I-S-A-R Germany Stiftung gGmbH
12:15 Uhr	40-minütige Fragerunde
~ 12:55 Uhr	Mittagspause
14:15 Uhr	Dr. Marc Wiedermann , Postdoctoral Research Scientist & Deputy Group Lead in der Projektgruppe Epidemiologische Modellierung von Infektionskrankheiten, Robert Koch-Institut, Berlin
14:35 Uhr	Dr. Holger Krimmer , Geschäftsführer der ZiviZ GmbH, Berlin
14:55 Uhr	40-minütige Fragerunde
15:35 Uhr	Dörte Conradi , Leiterin der Abteilung für Qualitätsmanagement, Digitalisierung, Lehrerbildung, schulartübergreifende Bildungsaufgaben, Sport im Ministerium für Kultus, Jugend, Sport Baden-Württemberg
15:55 Uhr	Paul Schobel , römisch-katholischer Priester, Autor und Mitbegründer der Katholischen Betriebsseelsorge in der Diözese Rottenburg-Stuttgart
16:15 Uhr	40-minütige Fragerunde
~16:55 Uhr	Ende der öffentlichen Anhörung

Teil I – öffentlich (Beginn: 9:31 Uhr)

**Öffentliche Anhörung
zum Thema „Zusammenarbeit von Staat und Gesellschaft
in der Krisenvorsorge, -früherkennung und-bekämpfung“**

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich darf Sie alle recht herzlich zur 12. Sitzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ heute am 31. März 2023 begrüßen. Ich darf allen voran, neben den werten Kolleginnen und Kollegen, unsere sachverständigen Personen recht herzlich begrüßen, auch die Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien, soweit sie anwesend sind.

Wir können gleich in die Tagesordnung einsteigen, wenn es keine Ergänzungen dazu gibt.

Ich darf Ihnen aber vorab noch eine Ergänzung geben, nämlich dass eine sachverständige Person für heute nachbenannt wird (*Anlage 1*). Für Frau Lackner wird Herr Ralf Heuberg von den Fraktionen GRÜNE und CDU vorgeschlagen. Wir machen das nicht in einer nicht öffentlichen Sitzung, weil untereinander immer Einverständnis darüber besteht. Gibt es Gegenstimmen oder Aussprachebedarf? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit haben wir das formal schnell erledigt. Vielen Dank an Sie.

Ohne Aussprache nimmt die Kommission den Antrag (*Anlage 1*) ohne Widerspruch an.

Dann können wir ohne weitere Umschweife in die Tagesordnung einsteigen. Wir haben auch heute wieder einiges vor. Die öffentliche Anhörung beginnt heute mit Herrn Prof. Dr. Martin Voss, Professor für Sozialwissenschaftliche Katastrophenforschung und Leiter der Katastrophenforschungsstelle Berlin (KFS) der Freien Universität Berlin. Er ist uns digital zugeschaltet. Sie haben 20 Minuten Zeit. – Bitte, Herr Dr. Voss.

Sv. Herr Dr. Voss: Ich grüße in den Raum, den ich nur teilweise sehen kann, und danke, dass ich Ihnen etwas zum Thema „Vulnerabilität und Resilienz der Bevölkerung“ sagen darf. Darum wurde ich gebeten.

Ich steige begrifflich ein. Der Begriff „Vulnerabilität“ beschreibt zunächst einmal, ganz grob gesagt, die Anfälligkeit bzw. Verletzlichkeit von Menschen für Stress. Darunter werden Faktoren verstanden, wie sich die negativ beeinträchtigten Menschen auf unerwartete Herausforderungen vorbereiten, wie sie darauf reagieren und sich davon wieder erholen können – seien es Krisen, Großunglücke oder auch Katastrophen. Der Begriff „Resilienz“ kann hier vereinfachend als Gegenbegriff zur Vulnerabilität verstanden werden, nämlich als Fähigkeit, Stress verschiedenster Art so gut zu verkraften, dass die Lebensqualität nicht nachhaltig beeinträchtigt wird.

Wichtige Faktoren, die für eine integrierte Bewertung der Vulnerabilität und Resilienz der Bevölkerung zu berücksichtigen sind, sind auf der individuell-persönlichen Seite beispielsweise: Vermögen, psychische und physische Beeinträchtigungen, Wohnen, Arbeit, Geschlecht, Bildung, Sprachkompetenz und viele weitere. Dem stehen kollektive Formen von Absicherungen gegenüber, die diese Verletzlichkeiten gesellschaftlich kompensieren oder verringern könnten, wie etwa soziale Sicherungssysteme und Unterstützung durch andere in allen nur erdenklichen Formen – von der familiären Unterstützung, über Seelsorge, bis hin zum finanziellen Schadensausgleich durch Versicherungen oder auch den Staat. Meist hängen viele dieser Faktoren miteinander zusammen. Man kann sie daher kaum isoliert, sondern muss sie eigentlich immer in ihrem Zusammenwirken und jeweils in Relation zu den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen sehen und begreifen.

Außerdem kommt den Faktoren in unterschiedlichen Zusammenhängen und bezogen auf unterschiedliche Risiken und Gefahren jeweils auch unterschiedliches Gewicht zu. Denkt man etwa an ein Extremhochwasser wie das im Juli 2021, so kommt man zu gänzlich anderen Antworten als bei einem länger andauernden und flächendeckenden Stromausfall, einer galoppierenden Inflation oder einem globalen Crash der Finanzmärkte.

Ich möchte im Folgenden das Spektrum von Risiken und Gefahren in zwei Kategorien unterteilen und skizzieren, wieso hierbei jeweils unterschiedliche Qualitäten von Vulnerabilität und auch jeweils ganz unterschiedliche Resilienzfaktoren zu bedenken sind. Dann werde ich erörtern, warum ich meine, dass wir uns, wie ich denke, gefährlich den Blick einschränken. Wir schauen auf solche Vulnerabilitäten, mit denen wir schon einigermaßen vertraut sind und mit denen wir auch schon einigermaßen umgehen können. Aber wir verschließen uns vor jenen, die, wie ich befürchte, einen weitaus größeren Schaden anrichten können, also solchen Gefahren, die uns völlig vulnerabel dastehen lassen.

Zunächst ein Wort zu dem, was man hierzulande gemeinhin unter Vulnerabilität und Resilienz versteht, jeweils in Bezug auf relativ konkrete Risiken und Gefahren.

Im Juli letzten Jahres beschloss die Bundesregierung die Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen – kurz: Resilienzstrategie. Ich denke, das ist eher ein Bericht als eine Strategie. Dieser Bericht benennt für Deutschland Gefahren, von denen viele leidvoll bekannt sind. Entsprechend hat sich, darauf bezogen, eine Art reaktive Katastrophenkultur herausgebildet.

Hilfsorganisationen, Feuerwehren, Rettungsdienste, auch Behörden und Verwaltungen können hier auf gewisse Pläne und Routinen zurückgreifen und nutzen Erfahrungswerte, welche Menschen gegenüber welchen Gefahren besonders vulnerabel sind oder was sie auch resilienter macht. Auch der Bevölkerung selbst sind diese Gefahren, zumindest grundsätzlich, bekannt. Das trifft insbesondere auf räumlich

und zeitlich umgrenzte Naturgefahren zu, also Hochwasser, schwere Unwetter wie Stürme oder Starkniederschläge, auch Temperaturstürze, Hitzewelle und Dürren.

Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen, im Freien Arbeitende, Menschen mit sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten, Alte, Kinder usw. gehören zu den besonders vulnerablen. Wenn Sie mich nach der einen Gruppe fragen würden, bei der ich einen besonders großen Verbesserungsbedarf sehe, dann würde ich auf die Situation von Menschen hinweisen, die zu Hause oft von ihren ebenfalls hochaltrigen Angehörigen gepflegt werden. Was sich hier an Leid abspielt, mögen sich offenbar viele einfach nicht vorstellen. Dabei kann es am Ende wohl uns alle treffen.

Für solche Arten der genannten Gefahren – räumlich, zeitlich relativ umgrenzt – ist das Wissen um Vulnerabilität und Resilienz, so meine ich, bereits recht umfangreich vorhanden. Auch diese Vulnerabilitäten verändern sich aber mit der Zeit, weshalb eine stete Aktualisierung des entsprechenden Wissens durchaus erforderlich ist. Das größte Potenzial an Verbesserungen liegt in der Frage, wie sich das vorhandene Wissen in eine bessere Praxis übersetzen lässt.

Bei anderen Szenarien sieht das ganz anders aus. Hier fehlt es am Wissen und an den Umsetzungskapazitäten gleichermaßen. Gefahr gehe, so die Resilienzstrategie, auch von chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Gefahren aus. In Bezug auf die hier genannten Gefahren bestehen kaum oder gar keine Erfahrungswerte. Es gibt keine darauf bezogene Kultur und keine Routine in den Abläufen und Zuständigkeiten. Deshalb führt vielleicht gerade das dazu, die Augen vor solchen Gefahren eher zu verschließen, während wir doch gerade hier, so meine ich, das größte Unheil zu fürchten haben.

Es haben andere Zeiten begonnen. Ich denke, wenn sich an dieser Haltung nichts Grundlegendes ändert, laufen wir Gefahr, Opfer und nicht gestaltende Akteure dieser Zeitenwende zu werden. Ich meine damit eine Bereitschaft, auf allen Ebenen den Schutz der Bevölkerung neu zu denken und eine andere innere Haltung einzunehmen. Das beginnt zunächst mit einem realistischen Blick auf Risiken und Gefahren, und zwar nicht nur auf das, was wir schon kennen, sondern auch auf das, was uns wohl noch erwartet.

Ich komme damit zu meinem zweiten Punkt: zur Vulnerabilität und Resilienz in Bezug auf unspezifische, generische Risiken und Gefahren.

Die Verletzlichkeit kritischer Infrastrukturen – KRITIS – rückte nach dem russischen Angriff auf die Ukraine und der Sabotage der Gaspipelines, den Hackerangriffen auf Kommunen und Gesundheitseinrichtungen oder den Anschlägen auf das Streckennetz der Deutschen Bahn zuletzt durchaus stärker in die Aufmerksamkeit. Aber von einer umfassenden, tiefer gehenden Bedrohungsanalyse sind wir bis dato weit entfernt. Selbst wenn wir einmal dezidiert über KRITIS nachdenken, dann doch stets nur hinsichtlich konkreter, direkter, physischer Schäden.

Gezielt herbeigeführte Schadereignisse oder gar kriegerische Auseinandersetzungen gehen aber noch mit gänzlich anders gelagerten Vulnerabilitäten einher. Der direkte Schaden ist das eine. Aber Menschen sind nicht nur physisch unterschiedlich vulnerabel. Vielmehr können Verunsicherungen sowohl individuell als auch kollektiv zu gegebenenfalls unabsehbaren Konsequenzen, bis hin zur Delegitimierung des demokratischen Gemeinwesens führen.

Wir haben es heute und zukünftig nicht nur mit den komplexen Folgen gesellschaftlichen Handelns zu tun, das neben bekannten und gewissermaßen auch vertrauten Naturgefahren oder Großunglücken eine gänzlich neue Qualität der Gefährdung der Gesellschaft geschaffen hat. Vielmehr ist diese selbst geschaffene Verletzlichkeit und Verunsicherbarkeit nun auch strategischer Angriffspunkt vielfältiger bzw. – mit den Worten der Resilienzstrategie ausgedrückt – hybrider Akteure geworden.

Heute ist es nicht mehr nur die militärische Verteidigungskraft, die die Souveränität eines Staates sichert. Heute muss Sicherheit bzw. eine integrierte Sicherheits- und Resilienzstrategie alle genannten Gefahren adressieren, weil die Vulnerabilität gegenüber diesen Gefahren zugleich neuralgische Angriffspunkte für eine Koalition von hybriden Akteuren geschaffen hat. Diese Akteure mögen jeweils höchst unterschiedliche Ziele verfolgen. Aber sie treffen sich in dem einen Ziel: die offene demokratische Gesellschaft dort zu schwächen, wo sie schon am schwächsten ist.

Mit der Erosion der globalen Machtarchitektur hin zu einer multipolaren Welt im Ungleichgewicht drohen vielfältige Konflikte. Nach strategischer Vorausschau, die jener anderer Staaten auf Augenhöhe begegnen könnte, sucht man in Deutschland meines Erachtens jedoch vergebens.

Der demografische Wandel wird das Gesundheits- und das Rentensystem immer stärker belasten. Noch gravierender wird sich vielleicht die Inflation auf die Altersarmut auswirken, wenn es nicht gelingt, sie alsbald einzudämmen. Was bedeutet das dann für die Rente?

Kein Bereich wird von den Umwälzungen durch künstliche Intelligenz verschont bleiben – weder das Berufs- noch das Privatleben. Wenn selbst Tech-Gurus wie Elon Musk zu einem Moratorium bei der Entwicklung von KI aufrufen und solange es keine definierten Sicherheitsstandards dafür gibt – ich weiß nicht, welcher Art Alarmierung es wohl sonst noch bedarf.

Wichtigste Rohstoffe wie beispielsweise Wasser oder Sand werden sich verknappen. Die Degradation der Natur wird sich auf vielfältigste Art und Weise gravierend auf unser Leben auswirken, wobei ich nicht nur an den Klimawandel, sondern auch an den Verlust von Biodiversität, die Kontamination von Nahrungsmitteln mit Nanopartikeln und insgesamt immer weiter reduzierte Ökosystemdienstleistungen denke.

All diese Entwicklungen bergen das Potenzial einer Erschütterung von grundlegendem Vertrauen und von Zuversicht in die eigene sowie die Zukunft der Kinder und Enkelkinder.

Diese Qualität kollektiver Vulnerabilität erscheint mir für diese Enquetekommission von überragender Bedeutung. Alle Maßnahmen zur Reduktion von konkreten Vulnerabilitäten, beispielsweise gegenüber meteorologischen Extremereignissen, hängen sozusagen an übergeordneten Bedingungen wie beispielsweise dem Vertrauen in Staat und Gesellschaft. Wenn diese generischen Faktoren versagen, helfen alle konkreten Maßnahmen zur Vulnerabilitätsreduktion auch nicht mehr.

Bevor ich auf Empfehlungen zu sprechen komme, möchte ich zusammenfassend zwei allgemeine Schlussfolgerungen ziehen und diese noch etwas erörtern.

Zunächst – ich habe es gesagt –: Vulnerabilität und Resilienz können sehr spezifisch begriffen werden. Hier müssen konkrete Gefahren mit konkreten Vulnerabilitäts- und Resilienzfaktoren zusammengedacht werden. Das ist technisch machbar. Da kann man noch sehr viel besser werden. Aber es ist nicht so, dass wir da nicht auch schon einiges getan haben.

Dieses Verständnis von Vulnerabilität und Resilienz – so mein zweiter Punkt – reicht nicht aus, um Gesellschaften nachhaltig resilienter werden zu lassen. Bei generischen Gefahren sind allgemeine, eher kulturelle Faktoren ausschlaggebend für die Vulnerabilität bzw. Resilienz der Gesellschaft. Für die Entwicklung einer Resilienzstrategie für das Land Baden-Württemberg sollten diese generischen Vulnerabilitäts- und Resilienzfaktoren meines Erachtens den Ausgangspunkt bilden.

Ich möchte zwei allgemeine kulturelle Faktoren exemplarisch erörtern, um zu verdeutlichen, was ich damit meine. Dies möchte ich anhand der Begriffe „Vertrauen“ und „Soziale Ungleichheit“ tun.

Vertrauen ist ein für alle Gesellschaften grundlegendes Kapital. Man vertraut darauf, dass auch am nächsten Tag die Sonne wieder aufgeht. Aber man vertraut hierzulande auch darauf, dass sich Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben nicht nur formal an Regeln halten, sondern auch informell einen gewissen Wertekonsens teilen, der für das Funktionieren des Gemeinwesens in der offenen demokratischen Gesellschaft grundlegend ist. Ohne ein solches Vertrauen müsste ständig alles kontrolliert und Fehlverhalten auch sanktioniert werden. Das wäre ebenso unmöglich, wie Banken nicht in der Lage sind, allen Sparern ihr Geld gleichzeitig auszusahlen. Vertrauen in Institutionen, aber auch in die Gesellschaft insgesamt bildet somit die Grundlage all unseren Handelns. Das ist sozusagen die Bedingung der Möglichkeit von Resilienz.

Vertrauen ist aber ein rohes Ei. Es ist immer und immer wieder aufs Neue zu sichern bzw. herzustellen. Man darf sich niemals darauf verlassen, dass das von allein geschieht. Dabei ist Vertrauen jedoch nicht unmittelbar zu erzeugen; es ist vielmehr ein Nebenprodukt vielfältiger sozialer Prozesse. Es resultiert beispielsweise aus Offenheit, Transparenz und Ehrlichkeit und steht im Zusammenhang mit verschiedenen Leistungen wie Kompetenz, Fairness, Geradlinigkeit und Engagement.

Der Sicherung des Vertrauens in Institutionen und andere Menschen als grundlegende Bedingung gesellschaftlicher Resilienz ist daher meines Erachtens Priorität einzuräumen. Das muss aber systematisch evaluiert und gestaltet werden.

Zweitens, zur sozialen Ungleichheit: Es ist damit zu rechnen, dass die Kaufkraft der sozial Schwächsten in der Pandemie und nun beschleunigt durch die Inflation stark rückläufig ist, was die Resilienz mindestens von 16 % Einkommensarmen gravierend existenziell beeinträchtigt. Hingegen wird sich in Summe das Vermögen der reichsten 10 % auch während der Pandemie weiter vermehrt haben, auch inflationsbereinigt. Jahrzehntlang galt, dass es zwar bei zunehmender Ungleichheit letztlich doch nahezu allen immer etwas besser geht. Es ist aber damit zu rechnen, dass dieser Trend dauerhaft gebrochen ist.

Die Diskrepanz zwischen Vermögenden und der Mehrheit der Bevölkerung wird zunehmend auch in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung geraten und zu einer Verschärfung von Auseinandersetzungen führen – ich denke, das steht jedenfalls zu befürchten –, die letztlich auch die Legitimation der demokratischen Grundordnung touchieren.

Soziale Ungleichheit ist – das ist eindeutiger Forschungsstand – mindestens ein, wenn nicht der wichtigste generische Vulnerabilitätsfaktor. Bei allen sozialpolitischen Debatten ist zu bedenken, dass Sozialpolitik nicht nur Hilfe für die Schwächeren bedeutet. Sozialpolitik ist immer auch gesamtgesellschaftliche Resilienzpolitik.

Ich möchte nunmehr zu meinen sechs konkreten Handlungsempfehlungen kommen und damit schließen.

Allein auf einzelne spezifische Vulnerabilitätsfaktoren zu schauen, greift – das habe ich skizziert – meines Erachtens zu kurz. Es ist an den strukturellen Ursachen und Dynamiken anzusetzen, die Menschen heute und zukünftig gefährden, und an jenen, die sie verletzlicher werden lassen gegenüber diesen komplexen, weitgehend unbestimmten Gefahren.

Die generische Dimension von Vulnerabilität und Resilienz erfordert eine gänzlich andere Herangehensweise. Ich schlage dazu erstens als zentrale Maßnahme die Einrichtung eines „Kompetenzzentrums Resiliente Gesellschaft Baden-Württemberg“ vor. In einem solchen Zentrum sollten Expertinnen und Experten verschiedener

Fachdisziplinen gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, der Politik und der Wirtschaft an Szenarien orientiert die Resilienz der Gesellschaft integriert und ganzheitlich evaluieren und Maßnahmen zur Resilienzstärkung entwickeln. Dieses Kompetenzzentrum muss unabhängig arbeiten, um sowohl der Bevölkerung als auch der Politik als vertrauenswürdige Kommunikations- und Beratungsstelle dienen zu können, die beispielsweise während der Pandemie fehlte.

Ich schlage zweitens vor, strukturiert sozialraumbezogene Vulnerabilitäts- und Resilienzbewertungen durchzuführen und Maßnahmen zur Unterstützung vulnerabler Menschen und Gruppen differenziert nach verschiedenen Szenarien zu planen. Auch dies kann in einem solchen Resilienzkompetenzzentrum erfolgen. Mit systematischen sozialraumbezogenen Analysen vor einer Krise ist eine sehr viel differenziertere Maßnahmenplanung während einer Krise möglich. Damit wären während der Pandemie ein ganz anderes Handeln und Agieren möglich gewesen.

Ich empfehle drittens, lebenslagenbezogene Kommunikationskonzepte für verschiedene Szenarien zu entwickeln. Die heterogene Bevölkerung ist in unterschiedlichen Lagen unterschiedlich vulnerabel. Das geht auch mit der Notwendigkeit differenzierter Kommunikation mit unterschiedlichen Bevölkerungsgruppierungen einher. Dazu muss bekannt sein, wo und unter welchen Bedingungen die gegenüber verschiedenen Gefahren Vulnerablen leben und welche Form der Kommunikation wann für wen am besten geeignet ist.

Meine vierte Empfehlung lautet, dass soziale Kompetenzen und Kapazitäten gefördert und immaterielle Leistungen stärker als Resilienzfaktoren anerkannt werden sollten.

In der Pandemie wurde insbesondere im Gesundheitssektor auch sichtbar, dass in der Krise ganz wesentlich soziale Kompetenzen erforderlich werden: von der Nachbarschaftshilfe, über die Pflege, bis hin zur Kompetenz, auf der Intensivstation bei einem besonderen Anfall von Behandlungsbedürftigen nach kurzer Einweisung auch etwas anspruchsvollere Tätigkeiten übernehmen und so Redundanzen für wegfallende Kräfte schaffen zu können.

Grundlegend dafür ist, den Wert immaterieller sozialer Leistungen anzuerkennen. Investitionen, beispielsweise in Gemeinschaftseinrichtungen oder Vereine und freiwillige soziale Dienste, aber auch in Festveranstaltungen, in die Räume der freiwilligen Feuerwehr usw., sind vor diesem Hintergrund stets nicht nur nach finanziellen Kosten, sondern auch nach resilienzfördernden Gesichtspunkten zu bewerten.

Resilienz und Effizienz stehen, wenn man es langfristig betrachtet, nicht wirklich im Widerspruch zueinander. Es gilt meines Erachtens langfristig vielmehr die Formel: Resilienz gleich Effizienz. Ich empfehle daher fünftens, Personalkapazitäten und Ausstattung in Behörden und Verwaltung, sozialen Einrichtungen, Hilfsorganisationen usw. nicht allein nach Effizienz-, sondern immer auch unter Resilienzgesichts-

punkten zu bewerten. Das sollte zu einem zentralen Kriterium bei allen Strukturentscheidungen werden.

Schon in der Phase eines sich anbahnenden Extremwetters benötigen beispielsweise die verantwortlichen Hauptverwaltungsbeamten kompetente Beratung zum Wettergeschehen, zur Hydrologie, zur Verkehrsinfrastruktur, zu Vulnerabilitäten usw. Wenn man dabei nicht schon vor der Einberufung eines Krisenstabs auf ein funktionierendes Team zurückgreifen kann, dann wirkt sich das aus.

Sechstens empfehle ich schließlich, freiwilliges Engagement durch echte Anerkennung und Wertschätzung deutlich über das bisherige Maß hinaus zu stärken. Insgesamt engagieren sich ungebrochen viele Menschen im Ehrenamt im Rahmen des Bevölkerungsschutzes, wenngleich zwischen Organisationen und auch in der räumlichen Verteilung Unterschiede bestehen. Es drohen sogenannte weiße Kreise, insbesondere in ländlichen Regionen. Zu bewerten ist dies aber vor dem Hintergrund der oben genannten Entwicklungen zu häufigeren, längeren und komplexeren, einander überlagernden oder direkt ablösenden Gefahrenlagen sowie entsprechender Einsätze und Belastungen, aber auch mit Blick auf den demografischen Wandel und einen strukturellen Wandel in den Engagementformen hin zu eher kurzfristigem Engagement.

Eine Gesellschaft darf sich daher, so meine ich, nicht auf das Ehrenamt verlassen. Die Vulnerabilität und Resilienz der Bevölkerung hängt bei komplexeren Lagen an der Bereitschaft und Fähigkeit der Gesamtbevölkerung, sich und andere zu schützen respektive sich und anderen zu helfen. Wiederum gilt hier: Vertrauen und Legitimation der demokratischen Ordnung und ihrer Verteilungsmodi bilden die Grundlage dieses Engagements.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und stehe natürlich für Fragen zur Verfügung.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Voss. – Ich hoffe, Sie hören den Applaus. – Wir fahren jetzt fort mit Frau Dr. Rajya Karumanchi-Dörsam, interkulturelle Promotorin im Regierungsbezirk Karlsruhe bei SIMAMA – STEH AUF e.V. Sie ist hier vor Ort und weiß, dass sie jetzt 20 Minuten Zeit hat, um uns in das Thema einzuführen.

Sv. Frau Dr. Karumanchi-Dörsam: Vielen Dank für die Einladung zu dieser öffentlichen Anhörung der Enquetekommission. – Ich habe als interkulturelle Promotorin einige Stimmen aus der Zivilgesellschaft zum Thema „Interkulturelle Vernetzung im und vor dem Krisenfall“ mitgebracht. Ich bedanke mich bei allen, die mir ihre Bedürfnisse und Ideen in vielen Gesprächen mitgegeben haben.

Das Interkulturelle Promotor*innen-Programm – IKPP – ist aus Landesmitteln finanziert, die der Landtag von Baden-Württemberg beschlossen hat. Deswegen empfinde ich es als Wertschätzung unserer Arbeit, dass ich als interkulturelle Promotorin im Regierungsbezirk Karlsruhe vor Ihnen sitzen darf. Meine Stelle ist, wie schon gesagt, beim Trägerverein SIMAMA – STEH AUF. Das Programm wird vom Dachverband Entwicklungspolitik in Stuttgart koordiniert.

Das IKPP ist mitten in der Pandemie, im Jahr 2021, zuerst mit einem Umfang von 70 % und einer Laufzeit von einem Jahr gestartet und läuft jetzt aber bis Dezember 2024. Mein Arbeitsgebiet ist der Regierungsbezirk Karlsruhe mit sieben Landkreisen und fünf Stadtkreisen. Die Hauptaufgabe ist es, die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten durch die Stärkung ihrer zivilgesellschaftlichen Strukturen zu verbessern und ihr entwicklungspolitisches Engagement zu fördern.

Im Rahmen meiner jetzt nur noch 60-%-Stelle als interkulturelle Promotorin sowie als freiberufliche Bildungsreferentin und durch mein ehrenamtliches Engagement habe ich die Möglichkeit, mit den unterschiedlichsten Akteurinnen und Akteuren der Gesellschaft zu interagieren. Dazu gehören postmigrantische Selbstorganisationen, Geflüchtetenunterstützungen, Eine-Welt-Akteurinnen und -Akteure der Mehrheitsbevölkerung, religiöse Gemeinden, Schulen, junge Erwachsene, Verwaltung und Politik.

Mir ist wichtig zu betonen, dass Migrantinnen und Migranten keine homogene Gruppe sind. Der sogenannte Migrationshintergrund stellt Migration doch in den Vordergrund, und zwar die Personen aus den Ländern des globalen Südens. Bei diesen Personen ist dieses Thema mit einer hohen Bringschuld behaftet.

Die durch die Einschränkungen ausgelöste fehlende soziale Teilhabe hat bei allen Teilen der Gesellschaft, aber besonders bei Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten zu einer massiven Einsamkeit und Abschirmung geführt. „Wenn dieses Virus mich nicht umbringt, wird die Einsamkeit es tun“, war ein Satz, welcher mich sehr lange beschäftigt hat.

Es ist mir ein Anliegen, die Lage und Sichtweisen von möglichst vielen Menschen auch mit Blick auf marginalisierte und selten beleuchtete Gruppen bei der Anhörung vor dieser Kommission weiterzugeben und einige Optionen zu nennen, wo großer Handlungsbedarf ist.

Es ist wichtig zu betonen, dass viele strukturelle Probleme vorher existierten. Sie wurden durch die Pandemie nur verschärft. Ich hatte und habe die Möglichkeit, zu sehen, welche wertvollen Beiträge postmigrantische Organisationen leisteten und leisten, aber auch, unter welchen Herausforderungen sie leiden und kämpfen müssen. Beispiele hierfür sind fehlende institutionelle Forderungen, projektbezogene Arbeit und Überlastung des Ehrenamts.

Hinzu kommen Bildungsungerechtigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse – auch in den sogenannten systemrelevanten Berufen –, die prekäre Lage der Frauen und Künstlerinnen, fehlende Gesundheitsversorgung – darunter auch psychotherapeutische Behandlungen –, Rassismus und Diskriminierung.

Migrantische Vereine und Initiativen leisteten wertvolle Arbeit in verschiedenen Bereichen, u. a. Bildung, Kultur, Integration, Entwicklungspolitik, Unterstützung von Geflüchteten, Antirassismus und Antidiskriminierung, meistens im Ehrenamt und ohne hauptamtliche Strukturen.

Die größte Hürde für ihre Arbeit ist der Zugang zu Fördermöglichkeiten und auch bei den Vergabegremien. Die Pandemie hat die Arbeit noch mehr erschwert: durch weniger Kontakt, fehlende Digitalisierung und Räumlichkeiten, weniger Finanzen, weil sie selten Rücklagen haben, bis hin zu Existenzkämpfen. Sie haben aber ihr soziales Kapital genutzt, um z. B. Masken zu nähen, Aufklärungsvideos in den jeweiligen Sprachen zu drehen oder Informationsblätter zu erstellen.

Es ist sehr wichtig, postmigrantische Organisationen und Initiativen in zukünftigen Krisen einzubinden, weil sie eine große Reichweite haben, viele herkunftsheterogen sind und Zugang zu vielen Communitys haben sowie direkt und effektiv ohne Sprachbarrieren unterstützen können. Sie sollten mehr Repräsentanz bekommen, in fachlichen Gremien und Netzwerken sowie als Trägerinnen der sozialen Dienste eingebunden werden, damit diese auch diversitätssensibel gestaltet werden können.

Die Geflüchteten in den Gemeinschaftsunterbringungen hatten es schwer, weil der Kontakt noch mehr reduziert war. Die Einsamkeit bei Geflüchteten ist weiterhin sehr erhöht. Der plötzliche soziale Rückzug zusammen mit der Enge in den Unterkünften, fehlenden Ressourcen, schlechtem Zugang zum Internet, einem Stopp der Integrationskurse und kaum Zugang zum Arbeitsmarkt haben die Lage verschärft. Die psychotherapeutische Behandlung von traumatisierten Geflüchteten war kaum vorhanden.

Die enorme Hilfsbereitschaft und Solidarität sowie die Vereinfachung des Aufenthalts der ukrainischen Staatsangehörigen war sehr deutlich, hat dann aber auch die Frage aufgeworfen – damit hatte ich in meinen Beratungen ständig zu tun gehabt –, warum Geflüchtete aus anderen Ländern nicht gleichbehandelt wurden und werden. Eine Spaltung in gute und schlechte Geflüchtete erschwert die interkulturelle Vernetzung.

Der Zugang zu Bildung und Arbeit für Geflüchtete soll erleichtert werden. Qualifizierte Geflüchtete sollen eine schnellere Abschlusserkennung bekommen, damit sie ihre Berufe ausüben können.

Falls uns noch einmal ein Virus besuchen sollte, sollten Grünflächen und Parks nicht geschlossen sein und sollte allen Geflüchteten ein kostenfreier Zugang ermöglicht werden, nicht nur manchen.

Migrantische Vereine spielen eine wichtige Rolle bei dem Erhalt und der Weitergabe des Sprachschatzes aus den Herkunftsländern. Sie haben eine Brückenbauerfunktion bei Eltern und Schule, aber auch mit Behörden und anderen Einrichtungen, z. B. im Gesundheitssektor. Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass wichtige Informationen von den Behörden in den jeweiligen Sprachen angeboten werden müssen.

Mehrsprachigkeit und Sprachenvielfalt gehören selbstverständlich zu einer Migrationsgesellschaft, sollen als eine wichtige Ressource anerkannt und auch im schulischen Unterricht gefördert werden. Das hat dann auch die langfristige Wirkung, Sprachbarrieren bei den Behörden abzubauen.

Ein weiterer Punkt: Es sollten hauptamtliche Strukturen für Sprachvermittlerinnen und -vermittler sowie Kulturdolmetscherinnen und -dolmetscher etabliert werden. Diese Pools vermitteln wichtige Informationen in beide Richtungen und sind ständig im Einsatz, u. a. bei Ärzten, Behörden und Schulen. Ihre Arbeit muss angemessen honoriert werden. Ich weiß, „Monetarisierung des Ehrenamts“ klingt wie ein Widerspruch. Aber meistens haben diese Migrantinnen und Migranten nicht den Luxus, einen festen Job zu haben, und sind überlastet.

Hoch qualifizierte Migrantinnen brauchen ein stärkeres Mentorinnenprogramm. Migrantische und geflüchtete Frauen können einen wertvollen Beitrag leisten, indem sie angemessene Arbeitsplätze finden. Das existierende Mentorinnenprogramm ist wichtig, aber ausbaufähig. Ich selbst bin ehrenamtliche Mentorin und bekomme mit, dass die defizitäre Haltung gegenüber Mentees noch immer stark vertreten ist. Deutsch muss perfekt sein. Aber kaum jemand fragt, welche Sprachen ein Mentee mitbringt. Es gibt einen starken Fokus auf MINT-Berufe und -Unternehmen. Aber es ist auch wichtig, andere Berufe im Blick zu haben und diese Mentees zu vermitteln.

Ich habe bei dem Gleichstellungsaktionsplan der Stadt Mannheim mitgewirkt. Wir kamen auf die Idee, ein Programm von Migrantinnen und Migranten für Migrantinnen und Migranten auf die Beine zu stellen. Dies wäre in ganz Baden-Württemberg einsetzbar. Mein Vorschlag wäre, mit dem MiMent-Programm, das wir ausgearbeitet haben, eine Art Kettenreaktion in Gang zu setzen:

Erstens: Die hoch qualifizierten Migrantinnen und Migranten, die hier leben und ihren Weg gefunden haben, müssen ausfindig gemacht werden, weil sie selbst nicht so sichtbar sind, um sie als Mentorinnen und Mentoren zu gewinnen.

Zweitens: Diese Mentorinnen und Mentoren unterstützen die Migrantinnen und Migranten, die jetzt auf Arbeitssuche sind, aufgrund ihrer Erfahrungen und Einblicke, weil sie wissen, wo der Schuh drückt.

Drittens: Diese Mentees wiederum werden zukünftige Mentorinnen und Mentoren, um weitere Migrantinnen und Migranten zu unterstützen.

Das Programm in Mannheim wartet noch auf seine Finanzierung.

Ein paar kurze Worte zur Gesundheitsversorgung: Im Gesundheitssektor ist interkulturelle Öffnung notwendig, u. a. bei Ärzten, Psychotherapeuten und Krankenhäusern. Es gibt einen hohen Bedarf an geschulten Gesundheitsmediatorinnen und -mediatoren. Diese brauchen auch hauptamtliche Strukturen. Ein interkultureller Pool von Ärzten sowie ein Dolmetscherpool mit Fokus auf Trauma, auch im ländlichen Raum, sind notwendig.

Ein Zitat einer Schülerin aus der 7. Klasse: „Meine Eltern kamen aus Marokko. Ich bin hier geboren. Ich identifiziere mich mit Deutschland und auch mit Marokko. Wieso bin ich das Integrationsproblem besonders hier in der Schule?“

Die Studie „Hatice vs. Hannah und Murat vs. Max“ der Uni Mannheim von Dr. Meike Bonefeld aus dem Jahr 2018 ist noch immer aktuell. Grundschulkinder mit ausländischen Namen werden im Fach Deutsch schlechter bewertet als ihre deutschen Klassenkameraden – trotz gleicher Leistungen.

Viele Schülerinnen und Schüler, besonders im ländlichen Raum, berichteten mir von Rassismus von Lehrerinnen und Lehrern sowie von Mitschülerinnen und Mitschülern. Vorfälle wurden entweder bagatellisiert oder unter den Teppich gekehrt. Viele haben mir rückgemeldet, wie sie mit einem bestimmten Wortschatz in den Texten nicht klar kommen, sich verletzt fühlen und auch Hemmungen haben, mit jemandem vom Kollegium über andere Lehrerinnen und Lehrer zu sprechen. Sie sind Queerfeindlichkeit und verschiedenen Diskriminierungen ausgesetzt und machen sich Sorgen wegen rechtsextremer Äußerungen von Mitschülern.

Man hört immer wieder von Schulen ohne Rassismus. Ich zitiere Professor Dr. Karim Fereidooni: „Es kann keine Schule ohne Rassismus geben. Wenn sich Menschen allerdings gegen Rassismus engagieren, kann es eine rassismussensible Schule werden. Viele der Schulen, die den Titel ‚Schule ohne Rassismus‘ tragen, sind da sicher auf einem guten Weg. Aber überall dort, wo Menschen zusammenkommen, spielen Ungleichheitsstrukturen eine Rolle, also Rassismus, Klassismus, Sexismus und Heteronormativität. Rassismus strukturiert unseren Alltag und auch die Schullwirklichkeit.“

Das Lehrerkollegium soll diverser werden. Lehrerinnen und Lehrer sollen bei der Ausbildung, aber auch später fortlaufende Antirassismus- und Antidiskriminierungsschulungen haben, anstatt nur eine Maßnahme durchzuführen, und damit ist das Thema für immer und ewig abgehakt.

Was ich für dringend notwendig halte, ist eine Art neutrale mobile Beratung für die betroffenen Schülerinnen und Schüler, besonders im ländlichen Raum, wo die existierenden Antidiskriminierungsstellen zu weit weg oder kaum bekannt sind. Die betroffenen Schülerinnen und Schüler müssen schnellstmöglich vor Ort Gehör finden, ernst genommen werden und Beratung für ihre Sorgen und Ängste und auch dafür, wie sie damit umgehen können, bekommen.

Leider bekomme ich sehr häufig mit, dass kleine Kinder schon in der Kita Rassismus erfahren. Die Diversität der Migrationsgesellschaft spiegelt sich nicht in Büchern, Spielen und anderen Materialien wider. Identifikationsfiguren fehlen schlicht und einfach.

Der Einsatz des Methodenkoffers „Diskriminierungssensible Kita und Schule“ soll ausgebaut werden. Die Trainerinnen und Trainer benutzen inklusives Material, reden niederschwellig mit den Kindern über Hautfarbe und Haare und benutzen u. a. verschiedene Hautfarbstifte, um den Kindern zu zeigen, dass es normal ist, unterschiedlich auszusehen.

Eine Erweiterung des Projekts „Schubladen“ – das ist eine Anspielung auf: Schubladen im Kopf – mit spielerischer Sensibilisierungsarbeit und mit einem Theateransatz in Kitas und Schulen würde einen guten Beitrag leisten.

Wenn wir bei Schule und Kita sind, ist es auch wichtig zu sehen, dass Kinder in einer globalisierten Welt aufwachsen. Umso wichtiger ist es, unterschiedliche Perspektiven zu sehen und zu erkennen, dass alle für die Zukunft und für eine gerechte Welt verantwortlich sind. Das muss spielerisch schon in der Kita anfangen und aufgebaut werden.

Ich habe die Ehre, eine Eine-Welt-AG mit Grundschulkindern zu gestalten, einmal die Woche, 90 Minuten. Das ist bereichernd, aber auch herausfordernd. Wir hatten einmal ein Boot gefaltet. Ein Kind hat eine Wellenbewegung gemacht und von seiner Kreuzfahrtreise nach Italien erzählt. Ein anderes Kind hat die gleiche Wellenbewegung gemacht, aber sein Blick war ganz weit weg. Es hat seine Flucht über das Meer beschrieben, wie es aus Syrien nach Deutschland kam und dass es keinen Platz für weitere Personen im Boot gab. Das erste Kind hat dann gefragt: „Warum habt ihr keine Fahrkarte gekauft?“ – Da sind Welten aufeinandergeprallt.

Auf der anderen Seite wissen die Kinder, dass Afrika kein Land, sondern ein Kontinent mit 54 Ländern ist, oder kommen mit wunderbaren Lösungen für Mikroplastik im

Meer. Es ist wirklich wichtig, das Thema „Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung“ schon in der frühkindlichen Bildung zu verankern.

Religiöse Gemeinden haben den Wunsch geäußert, dass auch sie Sendezeit bekommen, damit abwechselnd mit den christlichen Beiträgen auch andere Glaubensformen ihre Positionen in der Öffentlichkeit darstellen, um dadurch Vorurteile abbauen und für Verständigung werben zu können.

Prostitution ist leider ein selten beleuchteter Bereich. Als der Lockdown kam, waren diese Frauen plötzlich ohne Mittel und ohne Wohnung. Ich hatte mindestens drei Fragen zum Thema Aussteigemöglichkeiten. Im Rahmen dessen habe ich u. a. mit der Beratungsstelle Amalie in Mannheim Kontakt aufgenommen und einen Blick in die wertvolle Arbeit, die dort geleistet wird, bekommen. Viele Frauen möchten aussteigen. Aber ohne strukturelle Unterstützung werden sie es nicht schaffen.

Folgende Maßnahmen sind dringend notwendig: schneller Zugang zu einer sicheren Wohnmöglichkeit, schnelle existenzsichernde Hilfe, ein einstweiliges Aufenthaltsrecht, ein Sonderprogramm für Aussteigerinnen und ein niederschwelliger Zugang für Aussteigerinnen zur Krankenversicherung. Um auszusteigen, brauchen die Frauen ein professionelles, multidisziplinäres Team an ihrer Seite. Die Fachberatungsstellen brauchen eine Regelfinanzierung.

Strukturelle Probleme brauchen auch strukturelle Lösungen. Von einer krisenfesten Gesellschaft kann nur dann die Rede sein, wenn alle Teile der Gesellschaft akzeptiert sind, sich angesprochen fühlen und mitgestalten können. In der Migrationsgesellschaft sind auch ein Stimmrecht für Migrations- und Integrationsbeiräte sowie kommunales Wahlrecht notwendig. Das war ein Wunsch, der mir mehrfach kommuniziert wurde.

Bei all diesen Themen können die migrantischen Vereine und Initiativen eine wichtige Rolle als Kooperationspartner spielen, u. a. mit ihrem Wissen, ihren Sprachkompetenzen und ihrem Zugang zu den Communitys. Aber vorher müssen ihre Strukturen gestärkt und ihre Expertise sichtbar gemacht werden. Die verschiedenen Vereine müssen mit weiteren Akteurinnen und Akteuren der Gesellschaft vernetzt werden. Genau da liegt die Stärke des Interkulturellen Promotor*innen-Programms. Deswegen muss das IKPP dauerhaft gesichert und gefördert werden.

Mit strukturellen Änderungen darf von A bis Z, also von Akzeptanz bis Zugehörigkeit, kein langer Weg sein. Nur wenn wir niemanden zurücklassen, können wir von gesellschaftlichem Zusammenhalt und einer krisenfesten Gesellschaft sprechen.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Dr. Karumanchi-Dörsam. – Dann schließen wir direkt Herrn Dr. El-Kordi an. Er ist Psychologischer Psychotherapeut sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut aus Schwäbisch Hall. Auch Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation [Anlage 2] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. El-Kordi: Guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte stellvertretende Vorsitzende! Ich bewundere Ihre Aufmerksamkeitsbereitschaft. Ob Sie aufmerksam sind, weiß ich nicht. Aber Ihre Aufmerksamkeitsbereitschaft bewundere ich. Ich versuche, meinen Vortrag relativ kurz zu halten.

Wie ich heiße, wissen Sie ja schon. Ich beschäftige mich mit der psychischen Perspektive von Resilienz oder Resilienzförderung. Wir haben in dem Vortrag von Professor Voss schon einige Aspekte dazu gehört.

Für den klinischen Bereich stelle ich jetzt einmal die Frage: Was ist eine Krise? Sie sehen auf dieser Folie – das ist ein Versuch, das zu definieren –: Bei einer Krise geht es darum, dass ein Mensch sein seelisches Gleichgewicht verliert, wenn er mit Ereignissen oder Lebensumständen konfrontiert wird, die so überwältigend sind, die in der Intensität, in der Art, im Umfang und in der Dauer so gravierend sind, dass man sie mit den erworbenen Bewältigungsmöglichkeiten nicht mehr kompensieren kann.

Es hätte sich nicht um eine Krise gehandelt, wenn ich heute Morgen mit der Bahn aus Schwäbisch Hall Probleme gehabt hätte. Das ist keine Krise. Das ist zwar ärgerlich, aber keine psychische Krise. Deswegen ist eine psychische Krise nicht mit allgemeinen Lebensschwierigkeiten gleichzusetzen. Das muss man ganz klar sagen.

Um seriös von einer Krise reden zu können, gibt es bestimmte Voraussetzungen. Einerseits: Der Anlass ist plötzlich und nicht vorhersehbar. Das konnte man gar nicht planen. Das kennen wir z. B. von Corona, wobei man da auch darüber diskutieren könnte, ob das vorhersehbar war oder nicht. Andererseits: Auch die Intensivierung und Akzentuierung einer bestehenden chronischen Konflikt- und Belastungssituation könnte eine Möglichkeit sein.

Eine Krise ist immer mit der Konzeption der Krisenintervention verbunden. Das heißt, wenn wir nichts tun, gehen wir davon aus, dass ein irreparabler Schaden, eine psychosoziale Beeinträchtigung oder eine biologische Störung die Folge sein kann.

Wir reagieren sehr unterschiedlich auf Krisen. Unser psychisches Repertoire ist sehr breit gefächert. Krisensituationen sind mit Stresserleben verbunden. Daher handelt es sich immer um eine psychische oder physische Reaktion auf Stress. Stress ist

eine Belastung, eine Störung des Organismus und bedeutet eine Überforderung der Bewältigungsmöglichkeiten.

Jetzt vom Stress zur Krankheit bzw. zum Krankheitsbegriff: Warum werden einige krank, wenn sie chronisch gestresst sind – dabei geht es immer um chronischen Stress –, und andere nicht? Wenn ich Sie alle hier einmal betrachte und schaue, welche Stressoren Sie haben, dann könnte es sich um gesundheitliche handeln: Einige haben eine subklinische Belastung, vielleicht ein paar Schlafstörungen oder trinken ein bisschen mehr oder weniger Kaffee. Einige nehmen ab, einige nehmen zu. Einige rauchen mehr. Einige fangen mit Drogen an, einige hören mit Drogen auf.

Vorsitzender Alexander Salomon: Reden Sie immer noch über uns?

(Heiterkeit)

Sv. Herr Dr. El-Kordi: Nein. Das ist jetzt nur repräsentativ, Herr Salomon.

(Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Also auch über uns!)

Gut, dass wir das geklärt haben.

(Heiterkeit)

Einige überschreiten eine unsichtbare Schwelle, nämlich die Schwelle zur Erkrankung, bei der wir dann sagen: Das ist störungswertig, das ist krankheitswertig. Da fangen dann die schönen Diagnosen an, z. B. eine akute Belastungsreaktion. Das geht dann schnell vorbei. Das ist von der Definition her eine kurze Reaktion. Wenn das länger dauert, sprechen wir von einer Anpassungsstörung, z. B. bis zu zwei Jahren. Wenn es noch länger dauert und noch weitere Symptome hinzukommen, ist es eine posttraumatische Belastungsstörung, was ganz schlimm ist. Wenn noch weitere Kriterien erfüllt sind, sprechen wir von einer komplexen posttraumatischen Belastungsstörung.

Sie stellen sich sicherlich die Fragen: Warum gibt es da einen Unterschied? Warum wird der eine krank und der andere nicht? Es gibt kognitive Bewertungsprozesse. Es kommt darauf an, ob sie selbst eine Situation als Katastrophe bewerten. Sagen Sie: „Oh, mein Gott!“, oder sagen sie: „Ach, shit happens everyday. Deswegen kann ich damit umgehen“? Das hängt aber auch von der genetisch-biologischen Veranlagung ab. Die Genetik spielt dabei eine sehr große Rolle. Das ist das, was wir Veranlagung nennen. Das ist kognitiv-behavioral, also eine verhaltensbezogene Veranlagung, es sind aber auch physiologische Mediatoren, also ihre biologischen Möglichkeiten.

In diesem Bereich sprechen wir auch von Resilienz. Das haben wir heute schon gehört. Deswegen mache ich nur einen kurzen Definitionsversuch, was Menschen vor

Erkrankungen schützt. Wann ist man resilient? Resilient ist eine Person, wenn sie Belastungen erfahren hat, die in ihre Entwicklung eingegriffen haben, und wenn diese erfolgreich, also ohne bleibende, schädigende Folgen, bewältigt wurden. Resilienz ist eine Krankheitsfreiheit trotz Belastungserlebens. Man kann sagen: Das ist schon mal gut gelaufen. Man kommt sozusagen mit einem blauen Auge davon.

Es gibt noch weitere Perspektiven des Begriffs „Resilienz“. Damit Sie einfach einmal einen Einblick bekommen: Resilienz im Sinne einer Stressresistenz. Das heißt, alles prallt ab, es ist gar keine Belastung feststellbar. Das kann aber auch eine schnelle Regeneration nach einer kurzfristigen Belastung sein: Man ist mal zwei, drei Tage lang platt und psychisch beansprucht, und dann geht es wieder. Es kann aber auch eine Rekonfiguration nach meist traumatisierenden Erfahrungen sein. Das nennen wir posttraumatische Reifung.

In den letzten Jahren lagen die neuronalen und molekularbiologischen Mechanismen der Resilienz im Fokus der Forschung. Wir wissen aus vielen Forschungsarbeiten, dass es bestimmte Resilienzfaktoren gibt. Jetzt brauche ich Ihre Aufmerksamkeit wieder. Es ist ganz wichtig, sich das zu merken. Was sind die Resilienzfaktoren aus psychischer Sicht, nicht aus struktureller, soziologischer Sicht?

Dabei geht es erst einmal um die Selbst- und Fremdwahrnehmung. Das heißt, dass ich erkenne: Wo ist meine Grenze? Wo fängt die Grenze des anderen an? Was macht mich aus? Was macht den anderen aus? Ist das meine eigene Wahrnehmung, oder ist es auch eine Fremdwahrnehmung? Das ist die Wahrnehmung von außen.

Selbststeuerung bedeutet, ob ich mich gut unter Kontrolle habe, ob ich mich nur ärgere, ob ich einen Tisch zerstöre oder ob man gar nicht merkt, dass ich mich ärgere. Selbstwirksamkeit heißt, dass wir das Gefühl haben, wir können etwas bewirken, wir können etwas verändern.

Soziale Kompetenz – das haben wir schon in dem Vortrag von Professor Voss gehört – ist, dass wir miteinander klarkommen, dass wir kompetent handeln, uns abgrenzen, um Sympathie werben und auf eine sympathische Art und Weise auch Grenzen setzen können.

Schließlich nenne ich noch die aktive Bewältigungskompetenzen von Problemlagen und Problemlösefertigkeiten.

Ganz wichtig sind stabile Beziehungen. Ich sage bewusst: Beziehungen, nicht Bindungen. Da gibt es einen Unterschied. Stabile Beziehungen – das ist mehrfach bewiesen und gezeigt worden – sind ein konsistenter Befund für eine resiliente Entwicklung, und zwar über alle Lebensabschnitte hinweg, nicht nur in der Kindheit, sondern auch im Erwachsenenalter und im hohen Erwachsenenalter.

Das Ganze spielt sich aber nicht nur in einem soziologischen Vakuum ab. Vielmehr ist das ein ganzes System. Daran sind auch sehr viele Akteure beteiligt. Deswegen sitzen wir ja hier und reden über dieses Thema; denn das betrifft uns alle. Dabei nutze ich das sogenannte systemökologische Modell der Entwicklungsumwelten nach Bronfenbrenner, das zeigt, wo ein Individuum sitzt und wo wir eine Relation zum Ganzen haben, zum sogenannten Makrosystem, zum Exosystem. Was für uns wichtig ist, sind das Makrosystem, die Überzeugungen, die Ideologien, aber auch die Politik, die Gesetzgebung, die Rechtsprechung und die Staatsformen. Das alles spielt eine Rolle und entscheidet darüber, wie bestimmte Interventionen, bestimmte Programme wahrgenommen werden und was letztendlich auf der Ebene des Individuums wirksam wird.

Was macht die Seele krisenfest? Wir wissen jetzt, dass es auf einige Variablen ankommt. Resilienzförderung soll sich an entwicklungspsychologisch relevanten Aspekten orientieren. Was sind diese? Das sind die sogenannten Entwicklungsaufgaben. Jeder von uns hat in jedem Lebensabschnitt Entwicklungsaufgaben. Wenn wir ganz klein sind, wenn wir Säuglinge sind, ist die Entwicklungsaufgabe erst einmal, mit dem wachsenden Körper klarzukommen. Das heißt, dass wir das Laufen lernen, dass wir die Sprache lernen, dass wir die Sinnesmodalitäten differenzieren können usw. usf. Dafür gibt es verschiedene Modelle. Ich habe eines erwähnt. Das gilt bis ins hohe Erwachsenenalter, das gilt auch noch im Alter von über 80 Jahren. In diesem Alter besteht die Entwicklungsaufgabe darin, sich mit dem eigenen Tod, mit der Endlichkeit, mit der Isolation, mit dem, was war, auseinanderzusetzen. Auch das ist eine Entwicklungsaufgabe.

Der zweite Aspekt sind die psychischen Grundbedürfnisse. Ganz wichtig ist – bitte merken! –: Die Resilienzförderung soll immer die psychischen Grundbedürfnisse berücksichtigen. Welche sind das?

Bedürfnis nach Orientierung, Kontrolle und Kohärenz: Jeder von Ihnen möchte die Kontrolle über sein Leben haben. Jeder möchte Urheber seiner Taten, seines Lebens sein.

Bedürfnis nach Lustgewinnung: Wer macht denn schon etwas, worauf er keine Lust hat oder was nicht unbedingt Lust bringt? Aber das müssen wir nun mal machen. Das gehört auch zum Erwachsensein. Aber das darf nicht immer so sein. Das heißt, wenn wir immer nur das machen, was Unlust bringt, werden wir depressiv.

Bedürfnis nach Bindung: Das ist ein wichtiger Aspekt. Bindung und Beziehung, das ist ein Unterschied. Aber hier ist es tatsächlich die Bindung, also das, was biologisch angelegt ist, das, was aktiviert wird, wenn wir Angst haben. Wenn sie in einer Krisensituation sind, ihnen etwas ganz Schlimmes passiert und sie eine Person anrufen, dann haben sie eine Bindung zu dieser Person. Sie wissen, auf diese Person können sie sich verlassen. Sie wissen, die wird sie nicht im Stich lassen. Sie wissen, sie können sich ganz so zeigen, wie sie sind.

Bedürfnis nach Selbstwerterhöhung und Selbstwertschutz: Das meiste soziale Leben besteht eigentlich aus Selbstwerterhöhung. Ein Beispiel: Ich halte einen Vortrag und möchte sie von etwas überzeugen, um meinen Selbstwert zu erhöhen. Wenn ich sie nicht überzeuge, dann ist mein Selbstwert gefährdet. Dann muss ich sie irgendwie überzeugen. Dabei geht es um Selbstwerterhöhung bzw. Selbstwertschutz.

Die Förderung der psychischen Widerstandsfähigkeit ist ein multimodaler und lebensabschnittsspezifischer Prozess. Das, was ich gerade gesagt habe, findet nicht nur in einem Lebensbereich, in einer Altersklasse, in einer Altersstufe statt, sondern ein Leben lang. Das muss auch die unterschiedlichen Entwicklungsaspekte und Entwicklungsstufen berücksichtigen. Das ist kein Crashkurs in Stressbewältigung. Man kann nicht sagen: Wir machen jetzt in der Volkshochschule mal einen Crashkurs, und dann sind alle resilient. So funktioniert das nicht.

Man braucht eine evidenzbasierte und persönlichkeitsstrukturierende Grundhaltung. Es geht um eine Grundhaltung. Es geht um etwas, was wir zwar verbal vermitteln, aber was wir auch leben müssen, und zwar immer wieder. Es reicht nicht, das nur ein Mal gelebt, gezeigt zu haben – und das war es dann.

Für die Bildung krisenfester Persönlichkeiten benötigen wir nicht „schneller, höher, weiter“, nicht die Äußerlichkeiten, sondern „achtsamer, wesentlicher, verbundener“. Wir müssen die Grundbedürfnisse berücksichtigen und sie auch ernst nehmen.

Was ist der Status quo? Damit komme ich jetzt zu den konkreten Empfehlungen. Sie haben diese Liste in Ihren Unterlagen. Ich werde aus Zeitgründen und auch, um Ihre Aufmerksamkeitskapazität nicht zu überstrapazieren, nicht auf alles eingehen.

Der Status quo ist aus alltäglicher klinisch-psychotherapeutischer Sicht das, was ich tagtäglich erlebe. Das deckt sich interessanterweise mit ganz vielen Studien, z. B. mit der Studie „Jugend in Deutschland“, die Trendstudie vom Oktober 2022. Es gibt auch die Jugendstudie aus dem letzten Jahr, die von der Uni Stuttgart in Auftrag gegeben worden ist. Darin zeigen sich sehr viele Parallelen zu dem, was auf dieser Folie steht. Wir sehen in der alltäglichen Praxis eine Fokussierung auf die individuelle Entwicklung – losgelöst vom Ganzen. Da ist immer sehr viel Konkurrenz. Da ist wenig Platz für das Miteinander, wenig Platz für das große Ganze.

Die Begrifflichkeit „Ende der Eindeutigkeiten“ von Keupp habe ich verwendet, weil das sehr schön und auch sehr treffend formuliert ist. Es gibt keine klaren und eindeutigen Antworten; alles ist möglich; alles ist machbar. Nichts ist mehr eindeutig, was sich dann bei sich bildenden Persönlichkeiten destrukturierend und auch irritierend auswirken kann.

Keine Förderung der Stressresistenz: Darauf kommt es heute nicht mehr an.

Problematische Beziehung zum eigenen Körper: Wer von Ihnen Kinder bzw. vor allem Töchter hat, der kennt vielleicht das Problem: die Orientierung an Influencerinnen, an Youtubern, an irgendwelchen geschönten Bildern und gephotoshopten Darstellungen vom menschlichen Körper.

Leistungsdruck – klar.

Lange Schultage: Ich habe viele Patientinnen und Patienten, die kaum Zeit haben, in die Therapie zu kommen oder überhaupt irgendetwas anderes zu machen, weil sie die ganze Zeit nur Schule haben. Da gibt es nur: Schule, Schule, Schule, Schule. Die sind durchgetaktet, auch als Zehn- und Zwölfjährige.

Fehlende Dysphorietoleranz: Das ist die Unfähigkeit, auszuhalten, dass es mir auch mal schlecht geht. Es darf einem doch mal schlecht gehen. Es ist doch keine Katastrophe, ein, zwei Tage lang traurig zu sein. Das ist keine Depression. Es ist keine Katastrophe, mal frustriert zu sein. Es ist keine Katastrophe, einfach mal schlechte Laune zu haben. Nein, jeder muss lächeln, und mir muss es immer gut gehen. Das nennen wir „überhöhte Ansprüche an die eigene Emotionalität“. Wo gibt es denn das: dass die Stimmung immer stabil ist und man immer supergut drauf ist? Ich frage mich, wo es so etwas gibt.

Überbetonung der Selbstbestimmung: Das geschieht dadurch, dass das Ich so wichtig ist und einem suggeriert wird: Aus dir kann alles werden. – Wir haben gerade in dem Vortrag der Kollegin gehört, dass das nicht bei jedem Menschen so ist. Es gibt verschiedene Menschen, je nachdem, aus welcher sozialen Schicht sie stammen. Wir sehen in der Shell-Studie aus dem letzten Jahr, dass der Schulerfolg auch vom Abschluss des Vaters abhängig ist. Das ist ein sehr schöner Zusammenhang. Auch andere soziologische Studien zeigen das. Diese Überbetonung führt irgendwann zu einer Orientierungslosigkeit.

Die restlichen Aspekte finden Sie in Ihren Unterlagen. Wir können gern bei Bedarf später darauf eingehen.

Merken Sie sich die vier Grundbedürfnisse – sie sind für die kommenden Empfehlungen wichtig –: Orientierung, Kontrolle und Kohärenz, Lustgewinnung, Bindung sowie Selbstwerterhöhung und Selbstwertschutz.

Jetzt komme ich zu meinen Empfehlungen:

Ich empfehle eine stärkere Kontrolle von Medieninhalten und -formaten, die die psychische Verfassung von Kindern und Jugendlichen nachweislich beeinträchtigen. Das ist keine eigene Meinung. Vielmehr zeigen dies mehrere Studien, z. B. die Instagram-Studie und verschiedene andere Studien, beispielsweise von Götz et al. Die zeigen, dass es bei jungen Frauen im Alter zwischen 13 und 25 Jahren nachweislich

einen Zusammenhang zwischen der Konsumzeit von Instagram und den Depressivitätswerten gibt. Das ist keine individuelle Entscheidung, keine individuelle Aufgabe. Das darf nicht in den Händen von betroffenen Menschen gelassen werden. Sie können das nicht kontrollieren. Das funktioniert nicht.

Kritische Reflexion des Selbstbestimmungsanspruchs unter Berücksichtigung neurobiologischer und entwicklungspsychologischer Fakten und Aspekte. Die Biologie setzt uns nun mal Grenzen. Das sich entwickelnde Gehirn braucht Struktur, Grenzen und eine Grenzgebung.

Gesetzliche Möglichkeiten, um psychotherapeutische Leistungen präventiv anzubieten. Es geht nicht nur um mehr Therapieplätze, sondern die Leute brauchen auch schon davor Hilfe. Wir dürfen ja nicht wirklich behandeln, wenn keine Erkrankung vorhanden ist. Wir haben ganz viele Personen, die noch nicht krank sind. Erinnern Sie sich noch mal kurz an die erste Abbildung. Wenn ich keine Diagnose habe, darf ich keine Richtlinienpsychotherapie anbieten. Das ist gesetzlich so verankert. Was mache ich denn mit allen, die subklinisch sind? Wohin gehen sie denn?

Die Präventionsangebote sollen von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten getragen werden. Das soll bitte nicht delegiert werden; denn das ist eine psychotherapeutische Aufgabe, auch wenn das keine Behandlung einer Erkrankung ist, sondern eine Prävention einer Erkrankung.

Last, but not least: Mein Favorit ist die Einführung eines Pflichtunterrichtsfachs „Krisenmanagement“, und zwar nicht nur in Krisenzeiten, nicht nur, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist, sondern schon davor, als Bestandteil des Schulunterrichts wie es auch Sport und Mathe mitsamt der Kurvendiskussionen sind. Dadurch wird ein All-Gefahren-Ansatz gemäß dem Sachverständigengutachten „Gesundheit“ aus diesem Jahr verfolgt, das Ihnen auch bekannt ist. Das Angebot soll nicht benotet werden. Es gibt verschiedene Module. Nach der Erreichung aller Module kann man ein Zertifikat „Crisis Master“ bekommen – „CrisMas“ als catchy Abkürzung. Man kann das meinetwegen auch anders nennen. Die Implementierung soll durch Psychologinnen und Psychologen sowie durch approbierte Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten umgesetzt werden; denn das ist hochspezifisches Fachwissen.

Wenn man das noch konkretisieren möchte, würde sich das so wie auf dieser Folie darstellen. Wir haben verschiedene Module, nämlich Krisenprävention, Krisenbewältigung und Krisenverarbeitung. Ich nenne das „Prevent“, „Cope“ und „Reflect“. Das alles sind Tools, Interventionen und Methoden, die wir aus der Psychotherapie und auch aus der Traumatherapie kennen. Die werden da eingesetzt. Wichtig ist dabei auch, dass man krisenspezifisch vorgeht; denn es gibt nicht nur Pandemien und Naturkatastrophen, sondern auch andere denkbare Krisen: Terroranschläge, umweltbedingte Krisen usw. Auch damit sollte man sich auseinandersetzen.

Es bedarf einer laufenden Förderung der Bindungs- und Beziehungsfähigkeit. Die findet auch mit zunehmendem Alter statt. Das heißt, es findet nicht alles in einer Klassenstufe statt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. El-Kordi. – Sie haben es hier im Parlament durchweg mit stabilen und krisenfesten Charakteren zu tun.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Daher gehen wir auch direkt zu ihnen über. Die Fraktionen haben jetzt ein Frage-recht. Für die Fraktion GRÜNE gebe ich das Wort an Frau Kollegin Schwarz.

Abg. Andrea Schwarz GRÜNE: Zuerst herzlichen Dank an die Referentin und die Referenten. – Meine erste Frage geht an Sie, Herr Voss. Verstehe ich das richtig: Ihr Ansatz wäre, nicht nur die sachliche, technische Ausstattung der Organisationen zu betrachten, sondern die Gesellschaft als Ganzes und dort insbesondere diejenigen, die wenig sichtbar sind oder die ohnehin schon von Armut, Obdachlosigkeit oder ähnlichen Zuständen betroffen sind? Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen zunehmender Ungleichverteilung von Vermögen und schwindendem Vertrauen in Politik und Verwaltung?

Sie haben mehrmals die Delegitimierung des Staates angesprochen. Gibt es Erkenntnisse, wie sich das konkret darstellt, z. B. aus dem Ahrtal?

Mich beschäftigt noch: Wie kann die persönliche, individuelle Vorbereitung der Bevölkerung erreicht werden, ohne gleich Panikmache oder einen damit verbundenen Vertrauensverlust zu generieren? Sie sprachen von einem Defizit an Wissen und der mangelnden Umsetzung.

Wie reagiert die Bevölkerung auf Katastrophen? Gibt es hierzu empirische Erkenntnisse, gerade z. B. zu Panik, oder haben Sie überhaupt nicht beobachtet, dass während einer Katastrophe Panik entsteht?

Ich habe noch Fragen an Frau Karumanchi-Dörsam. Sie sind ja stark in migrantischen Strukturen vernetzt. Dazu möchte ich Sie fragen: Wie können wir einem Verständnisproblem – nicht nur auf sprachlicher Ebene – für Prozesse in einer Krise oder auch in einer akuten Katastrophe vorbeugen?

Dann noch eine ganz konkrete Frage: Wir hatten im vergangenen August einen Gefahrgutunfall in Mannheim. Es wurde berichtet, dass Warnhinweise insbesondere von

der migrantischen Bevölkerung nicht beachtet wurden. Teilen Sie diese Einschätzung, und, wenn ja, was machen wir bei der Warnung falsch? Wo muss nachgesteuert werden? Das würde mich noch interessieren.

Haben Sie auch die Möglichkeit, die Ressourcen für Katastrophenprävention richtig einzusetzen, z. B. wenn Sie zu migrantischen Vereinen kommen, bei Infoveranstaltungen, gerade zur Krisenprävention und zum Verhalten in Katastrophen? Haben Sie dafür im Rahmen Ihrer Arbeit Zeit?

Dann habe ich noch eine Frage an Herrn El-Kordi: Herr Voss hat von einer Makroebene gesprochen. Sie haben sich eher auf die Mikroebene bezogen. Wie bekommen wir beides zusammen?

Das sind meine Fragen.

Danke.

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Lieber Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich habe verschiedene Fragen. Aber zunächst einmal herzlichen Dank für Ihre drei Impulse.

An Herrn Professor Dr. Voss habe ich zwei Fragen. Sie sprachen bei Ihren Handlungsempfehlungen von dem „Kompetenzzentrum Resiliente Gesellschaft Baden-Württemberg“. Wo würden Sie dieses angliedern? Wie würden Sie sicherstellen, dass es zwischen verschiedenen weiteren Akteuren und diesem Querschnittskompetenzzentrum eine gute Zusammenarbeit gibt? Das würde mich zum einen interessieren.

Das Zweite ist: Ich bin mir nicht sicher, ob ich das aufgrund der Übertragung richtig verstanden habe. Ich glaube, die zweite Empfehlung war eine strukturierte Resilienz- oder Sozialraumanalyse. Wenn Sie dazu noch etwas ausführen könnten: Wo findet diese statt? Wie schaffen wir es, dass wir die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen analysieren und dann wissen, wo wir sie stärken könnten?

Meine Frage an Frau Dr. Karumanchi-Dörsam geht in eine ähnliche Richtung wie die Frage der Kollegin: Welche Multiplikatoren sollten wir schulen? Wir haben ja das Problem, dass wir nicht alle Zielgruppen gleichermaßen erreichen. Wo sollten wir mit unseren begrenzten Ressourcen gezielt ansetzen, damit wir die Resilienz der unterschiedlich strukturierten Migrant*innenorganisationen – egal, ob physisch oder auch das Verhalten betreffend – in der Krise erreichen?

Die zwei letzten Fragen richten sich an Herrn Dr. El-Kordi. Zum einen: Ich fand das Schaubild am Schluss sehr schön. Sie haben ausgeführt, dass unterschiedliche Krisen unterschiedliche Reaktionen hervorrufen. Hat das zeitlich kürzere Aufeinander-

treffen auch einen signifikanten Effekt auf unsere gesamte Seele, auf unser ganzes psychisches Konstrukt?

Das Zweite ist: Ich fand die Präventionsangebote bei den konkreten Handlungsempfehlungen sehr wichtig. Haben Sie ganz konkrete Ideen, gerade im Kinder- und Jugendbereich, wo wir die Prävention noch stärker ausbauen sollten?

Herzlichen Dank.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuallererst möchte ich mich für die SPD-Fraktion für die drei Impulse bedanken, insbesondere dafür, dass Sie so starkgemacht haben, wie der Zusammenhang von gesellschaftlicher, sozialer Dimension und gleichzeitig der besonderen Betroffenheit von Krisen ist.

Ich habe ein paar detailliertere Nachfragen. Anknüpfend an die Frage von Frau Pfau-Weller, würde mich von Herrn Professor Voss interessieren: Mit dem von Ihnen vorgeschlagenen „Kompetenzzentrum Resiliente Gesellschaft Baden-Württemberg“ geben Sie uns als Enquetekommission eine sehr klare Empfehlung. Welche Akteure wären da aus Ihrer Sicht relevant, und welche Ressorts wären an dieser Stelle betroffen?

Sie haben sehr klar aufgezeigt, wie fundamental wichtig Vertrauen in diesem Bereich ist. Da würde mich interessieren: Bei uns in der Enquetekommission kommt immer wieder auch das Thema Kommunikation als relevante Fragestellung zur Sprache. Habe ich Sie richtig verstanden, dass es eine Korrelation zwischen verschiedenen spezifischen sozialen oder vulnerablen Gruppen und der Gefahr, einen Vertrauensverlust zu erleben, gibt? Vielleicht könnten Sie noch darauf eingehen, wie Sie das sehen.

An Frau Dr. Karumanchi-Dörsam habe ich die folgende Frage: Sie haben die Expertise der Communitys sehr starkgemacht und ausgeführt, dass wir sie viel mehr nutzen müssen. Das ist in der Tat etwas, womit wir uns als Einwanderungsgesellschaft noch immer schwertun; das muss man so sagen. Baden-Württemberg hat da extreme Nachholbedarfe. Ich habe mich diese Woche mit einer Ärztin und einem Arzt unterhalten, die seit mehreren Jahren hier sind und noch immer auf ihre Approbation warten. Ich musste natürlich an diese beiden denken, als Sie gesagt haben, wir bräuchten einen interkulturellen Pool an Ärztinnen und Ärzten. Wir haben hier Ärztinnen und Ärzte, die nicht real arbeiten dürfen. Deswegen ist das aus unserer Sicht ein wichtiger Punkt. Haben Sie vielleicht Tipps oder Vorstellungen, wie wir das beschleunigen könnten, oder aus der Community Wünsche an die Politik, wie man es schafft, dass wir bei der Anerkennung vorankommen?

Zweitens: Sie haben sich auf das Bildungssystem bezogen. Wir, die SPD-Fraktion, haben uns gewünscht, dass das Thema Bildung hier noch einen größeren Raum einnimmt. Deswegen bin ich Ihnen dafür dankbar. Sie haben auch das Thema „Frühkindliche Bildung“ angesprochen. Welche konkreten Vorstellungen haben Sie, inwieweit das Thema „Interkulturelle Kompetenz“ noch stärker in den Orientierungsplänen der Kitas bzw. der Schulen verankert werden muss? Wenn Sie dazu konkrete Vorschläge haben, sehr gerne.

Dann an Sie und auch an Herrn El-Kordi noch eine Frage: Sie beide haben das Thema Einsamkeit angesprochen, das wir ebenfalls für sehr relevant halten. Sie haben das Thema Bindung mit einer psychologischen Dimension angesprochen. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder gefordert, dass es eine eigene Einsamkeitsstrategie für Baden-Württemberg geben sollte, die die Zusammenhänge, die Sie angesprochen haben, auch mit Blick auf eine sozialräumliche Dimension noch stärker beleuchten könnte. Es gibt natürlich auch Argumente, die gegen eine solche Strategie sprechen. Deswegen würde mich Ihre Einschätzung interessieren, wie Sie das fänden.

An Herrn El-Kordi habe ich noch eine Nachfrage bezüglich der Medien, weil Sie dies angesprochen haben, ganz konkret als Landespolitik. Mich würde interessieren: Stellen Sie sich vor, dass es beim Thema Jugendmedienschutz mehr Familienbildung gibt, fordern Sie, dass das stärker in den Schulen, in den Lehrplänen implementiert werden muss, oder sagen Sie, wir brauchen Verbote bzw. außerschulische Angebote? Vielleicht haben Sie dazu konkrete Vorstellungen.

Zuletzt – ich weiß, das sind viele Fragen – noch zu dem Themenkomplex der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten: In Baden-Württemberg können sich aktuell in etwa der Hälfte der Landkreise noch Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten niederlassen. Deshalb die Frage, wenn schon ein Experte da ist: Welche Anreizsysteme sollte das Land aus Ihrer Sicht schaffen, damit sich mehr Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten niederlassen?

Schließlich würde mich zum Bereich der Prävention noch interessieren, wie das Angebot an flächendeckenden Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ausgestaltet sein sollte, damit eine Prävention auch faktisch erreicht werden kann. Dafür braucht es sicherlich ein deutliches Mehr, ein Plus. Wäre es denkbar, ein solches Präventionsangebot u. a. an Schulen anzukoppeln?

Vielen Dank.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich fand das wirklich sehr spannend und repräsentativ für den ganzen Spannungsbogen, der uns in einer Krise herausfordert.

Herr Voss, Frau Karumanchi-Dörsam und Herr El-Kordi, es wurde klar, es muss von staatlicher Seite Strukturen geben. Es muss klare Ablaufpläne geben, bis dahin, Herr El-Kordi: Wie kommt das bei den Menschen an? Denn eine Krise endet letzten Endes immer ganz persönlich und ganz privat. Ich glaube, dadurch wird auch die Komplexität dargestellt, mit der wir uns hier auseinanderzusetzen haben. Das fand ich wirklich interessant. Die Impulse – wir haben es schon gehört – ziehen Fragen nach sich, so auch bei uns.

Das Kompetenzzentrum ist eine klare Empfehlung von Ihnen, Herr Voss. Dazu von uns noch die Nachfrage: Sehen Sie das Kompetenzzentrum als dauerhafte Einrichtung oder als eine Art Notfallkompetenzteam, das sich nur dann trifft, wenn es tatsächlich zu einer Krise kommt?

Eine Frage haben Sie schon beantwortet. Das Kompetenzzentrum hat auch die Aufgabe, Empfehlungen für Grundstrukturen abzugeben. Aber wenn es weitergeht: Ist das dann eine dauerhafte oder eine auf Abruf befindliche Einrichtung?

Sie haben das Ehrenamt als Rückgrat unserer Gesellschaft und auch als grundsätzlich wichtiges Instrument zur Bewältigung von Krisen genannt. Mich würde interessieren, wie aus Ihrer Sicht konkret eine Anerkennung, eine Wertschätzung des Ehrenamts aussehen könnte. Auch damit beschäftigen wir uns im Landtag. Wir haben die Ehrenamtskarte zumindest schon im Fokus. Es gibt jetzt verschiedene Modellregionen. Wir haben uns vorgestellt, dass man sie auch schneller hätte einführen können. Aber das jetzt nur am Rande. Wie könnte es außerhalb der Ehrenamtskarte aussehen, das Ehrenamt als zentrales Lösungsinstrument noch mehr in den Mittelpunkt der Gesellschaft zu stellen, nicht nur um die ehrenamtlich Tätigen letzten Endes anzuerkennen, sondern auch um eine Anziehungskraft auszuüben, damit wir mehr Bereitschaft in der Bevölkerung haben, sich ehrenamtlich zu engagieren?

Frau Karumanchi-Dörsam, Sie haben einen ganz speziellen Bereich angesprochen und viele Probleme dargestellt, wie sie auch absolut bestehen. Mir ist aufgefallen: Sie haben von einem erschwerten Zugang zum Internet gesprochen. Mein Eindruck ist, es ist gewährleistet, dass die Flüchtlinge zumindest über ihr Handy einen Zugang zum Internet haben. Das könnte für meine Begriffe auch eine Chance sein, wie wir einen Zugang schaffen. Sehen Sie die Möglichkeit, dass wir über das Digitale eher an breite Schichten kommen? Die Struktur der Flüchtlinge ist ja sehr heterogen. Da haben wir keine homogene Gruppe. Deswegen ist es auch schwierig, da wirklich einen Zugang zu finden. Das würde mich interessieren.

Sie haben ein Mentorenprogramm angesprochen. Ist dies aus Ihrer Sicht nur in Ballungszentren umsetzbar? Ich sehe schon ein gewisses Problem, Mentorenprogramme gerade in ländlich strukturierten Räumen einzurichten. Ist es eine Lösung, dass man das auch landkreisübergreifend macht, dass man dazu verschiedene Landkreise mit ins Boot nimmt? Vieles in diesem Bereich kann in Ballungszentren funktionieren, aber im ländlich strukturierten Raum ist es möglicherweise etwas schwieriger.

Sie haben auch das Thema Rassismus angesprochen. Ich will das nicht abmildern. Aber ich glaube, dass das heutzutage an den Schulen eher mit dem Begriff „Mobbing“ zu verbinden ist und dass da immer gesucht wird, wo es Minderheiten gibt. Letzten Endes ist das Rassismus; darüber sind wir uns völlig einig. Aber das Problem ist größer. Das will ich damit sagen. Das endet nicht beim Rassismus. Das endet bei dick, klein, groß, dünn. Das ist viel breiter gefasst. Insofern dürfen wir da den Blick nicht zu sehr einengen. Das wollte ich an dieser Stelle einfach noch erwähnen.

Herr El-Kordi, auch von Ihnen kamen ganz konkrete Empfehlungen für Maßnahmen. Die Kollegin ist schon darauf eingegangen. Ein Schulfach, das zwar nicht benotet wird, das aber die Kompetenz im Bereich Krisenmanagement fördert, finde ich grundsätzlich gut. Viel konkreter kann man es nicht sagen. Sie haben auch gesagt, dass das nichts ist, was man den Lehrerinnen und Lehrern zusätzlich einfach so aufbürden kann. Dafür sind auch bestimmte Kompetenzen notwendig. Ist das denn seitens der Gruppen, die Sie angesprochen haben, die das machen könnten, leistbar? Haben wir überhaupt das Personal dafür, oder scheitert es, wie auch in vielen anderen Bereichen, daran, dass wir die Fachkräfte und das Personal nicht haben?

Ganz zentral in Ihrem Vortrag war, dass man jetzt nicht Strukturen für Krisenpläne aufbaut, sondern dass man eher an der Person selbst arbeitet, dass die Person selbstbewusst ist und Selbstschutz aufbaut. Ich glaube, das ist ein dickes Brett, das wir da zu bohren haben. Da kann die Schule ein Element sein. Ein anderes Element ist jetzt schon ein paarmal angesprochen worden. Das ist einerseits die Gefahr der sozialen Medien, dass man da zensiert und kontrolliert. Andererseits ist das der zentrale Zugang zu den Jugendlichen. Über etwas anderes können wir an die Jugendlichen fast nicht herankommen. Deswegen möchte ich den positiven Aspekt mit aufnehmen. Inwieweit haben wir denn die Chance, durch Influencer genau diese Kompetenzen zu fördern? Das hört sich jetzt vielleicht ein bisschen einfach an. Inwieweit müssten wir uns bemühen, Menschen oder Influencer zu gewinnen, die genau diese Botschaften vermitteln? Das wäre ein anderer Ansatz. Vielleicht könnten Sie noch etwas dazu sagen.

Ich glaube, wir machen dann in der zweiten Runde weiter. Es sind schon sehr viele Fragen gestellt worden. Schauen wir einmal, wie weit wir kommen.

Vielen Dank erst mal von unserer Seite.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Kollege Reith. – Dann noch Frau Abg. Wolle für die AfD-Fraktion.

Ich frage gleich mal in die Runde, ob es bei den Fraktionen noch Rede- oder Nachfragebedarf für eine zweite Runde gibt. Dann melden Sie sich bitte jetzt.

Frau Abg. Wolle, Sie dürfen beginnen.

Abg. Carola Wolle AfD: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Kollegen! Das waren sehr spannende, umfassende und breite Vorträge. Natürlich habe auch ich jetzt noch ein paar Fragen.

Herr Professor Voss, Sie haben von chemischen, radiologischen usw. Gefahren gesprochen, ebenso von generischen Risiken. Die würden – so habe ich es zumindest verstanden – zu persönlichen und gesellschaftlichen Verunsicherungen führen. Das Vertrauen in Staat, Institutionen und Gesellschaft ist eine ganz wichtige Sache beim Thema Resilienz. Wie kann man das Vertrauen in die Gesellschaft stärken?

Während der Coronapandemie hat das Thema Impfung zu einer Spaltung der Gesellschaft geführt, weil viele dafür waren, viele dagegen. Das war fast schon eine Religion. Man ist fast schon aufeinander losgegangen. Wie kann man das zukünftig verhindern?

Das Kompetenzzentrum fand auch ich sehr spannend. Fragen hierzu sind schon gestellt worden.

Das Ehrenamt ist bei uns sehr wichtig und auch ein Rückgrat der Gesellschaft. Ein Problem ist aber, dass insbesondere Migranten hier im Moment nicht so aktiv sind. Das geht auch in Ihre Richtung, Frau Karumanchi-Dörsam. Wie kann man Migranten dazu bringen, dass sie sich mehr in die Strukturen des Ehrenamts einbringen? Sie haben als eine Möglichkeit genannt, dass Sie ein kurzfristiges Engagement im Ehrenamt für besser halten, weil sich wahrscheinlich viele nicht mehr so lange binden wollen wie früher. Wie können sie trotzdem am Ball bleiben? Denn man braucht sie ja immer kurzfristig.

An Sie, Frau Dr. Karumanchi-Dörsam, habe ich folgende Fragen: Sie haben davon gesprochen, dass wir bevorzugt MINT-Berufe brauchten, und gesagt, es gebe aber auch noch andere Ausbildungsrichtungen. Das ist durchaus richtig. Aber bei uns fehlen eben insbesondere MINT-Berufe. Wie kann man Migranten dazu bringen, dass sie sich mehr in diese Richtung orientieren, wo es bei uns tatsächlich Bedarf gibt, sodass sie besser integriert werden können?

Hat Ihrer Meinung nach das Thema Rassismus – dies wurde auch schon angesprochen – mit der zunehmenden Migration zugenommen? Hat sich das verändert?

Zum Thema Integration: In meinem Wahlkreis sollen in einem 150-Seelen-Dorf 100 Flüchtlinge untergebracht werden. Halten Sie das aus Ihrer Sicht für eine gute Integration für sinnvoll?

Ihr Vortrag, Herr El-Kordi, ist sehr spannend gewesen. Sie haben davon gesprochen – das haben Sie auf Folie 3 Ihrer Präsentation gezeigt –, dass es verschiedene Qualitäten der Störungen gibt, also wann dies unkritisch ist usw. Je weiter man auf dem

Pfeil nach rechts geht, umso kritischer wird es. Wann sind wir denn beim Burn-out, bei dem dann wirklich Ende ist? Ich nehme an, das ist das Letzte. Das würde mich interessieren.

Sie haben auf Folie 7 Ihrer Präsentation davon gesprochen, dass wir ein Leben lang Entwicklungsaufgaben haben. Man weiß, dass das bei älteren Menschen immer schwieriger wird. Wie können wir diese mobilisieren, damit sie bereit sind, ein Leben lang zu lernen, und dies auch können?

Weiterhin haben Sie davon gesprochen, dass die Schule den Alltag der Schüler immer mehr in Beschlag nimmt, sodass sie eigentlich gar keine Zeit mehr haben, für sich selbst zu sorgen. Im Radio wurde gestern berichtet, dass die Menschen es genießen, wenn sie einmal eine Stunde lang ohne Berieselung Einkaufen gehen können. Ich meine, das ist ähnlich. Die Leute haben Sehnsucht nach Ruhe, nach sich selbst. Das geht ja auch in die Richtung. Kommt das nicht teilweise durch die Anforderungen der Schüler und der Eltern selbst, die Ansprüche an ihre Kinder haben, wie sie etwas umsetzen sollen, und auch dadurch, dass man sich in der Schule nicht mehr auf das Wesentliche konzentriert, also auf richtige Bildung, sondern dass da noch ganz viele andere Sachen mit einfließen und dann gar keine Zeit mehr für die Kinder bleibt?

Sie haben auch davon gesprochen, dass die Kinder noch das Schulfach Krisenmanagement haben sollten. Widerspricht sich das nicht? Kommt dadurch nicht on top noch etwas drauf, sodass die Kinder noch mehr beladen werden?

Das wären jetzt zunächst einmal meine Fragen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Ich habe jetzt noch drei Wortmeldungen gesehen und würde sagen, dass wir die jetzt auch noch machen. Dann können Sie nämlich in der Summe antworten. Ich bitte die drei, die jetzt noch drankommen, darum, sich kurzzufassen, weil wir jetzt schon einige Zeit für die Fragen gebraucht haben. – Zunächst erhält Frau Tröger das Wort, danach Frau Abg. Staab und dann Herr Albiez.

Josephine Tröger, stellv. externes Mitglied: Auch von mir vielen Dank. – Ich habe vor allem Fragen an Herrn El-Kordi. Sie haben gesagt, kognitive Bewertungsprozesse seien extrem relevant, um Resilienz aufzubauen bzw. damit zu interagieren. Welche staatliche Verantwortung sehen Sie hier, und wie kommunizieren wir kognitive Bewertung? Ich denke da vor allem an die Klimakrise.

Dann haben Sie gesagt, Selbstwirksamkeit sei ein zentraler Resilienzfaktor. Auch hier liegt der Fokus auf der Klimakrise. Wir haben das Problem, dass die Wirksamkeit von eigenem Verhalten immer erst sehr spät eintritt. Auch hierzu würde mich Ihre Perspektive interessieren, was wir tun können, um diese zu stärken.

Stärkere Medienkontrolle: Gleichzeitig ist Autonomie ein Grundbedürfnis. Das hat mich dann ein bisschen irritiert. Dazu kamen auch andere Fragen. Vielleicht können Sie noch etwas dazu sagen. Eventuell sind beim Umgang mit Medieninhalten andere Mechanismen als Kontrolle wichtig.

Allgemein interessiert mich im therapeutischen Kontext Ihre Perspektive in Bezug auf das Zusammenwirken von Klimaangst mit akuterer Krisen. Wie gehen Menschen damit um? Wo sehen Sie Handlungsbedarf? Denn wir wissen ja, dass die Zahlen ansteigen und dass Klimaangst ein Thema wird.

Sie haben von dem Kurs gesprochen. Wir fragen uns: Gibt es auch außerhalb eines großen Kurssystems Möglichkeiten, wie Kinder und Jugendliche das emotionale Management besser in ihren Alltag, in den Schulalltag integrieren können? Sie haben gesagt, dass Sorgen und Ängste da sind, die aber keinen Raum finden. Vielleicht könnten Sie dazu noch etwas sagen.

Ich habe noch eine Frage an Herrn Voss. Es wurden die lebenslagenbezogenen Kommunikationskonzepte genannt. Wäre auch die Erarbeitung und Umsetzung von lebenslagenbezogenen Kommunikationskonzepten, bezogen auf unterschiedliche kulturelle und sprachliche Kontexte, die Aufgabe eines solchen Kompetenzzentrums? Wie interagiert das miteinander?

Das sind meine Fragen.

Abg. Christiane Staab CDU: Ich habe nur eine Frage an Herrn Dr. El-Kordi. Ich mache PSNV und möchte Ihnen beipflichten: Das Thema Bindung ist das wichtigste. Der Gamechanger an jeder Stelle ist, wenn die Vertrauensperson kommt. Das führt dazu, dass Ruhe einkehrt, weil jemand da ist, zu dem man eine Bindung hat.

Meine Frage geht dahin: Wir haben jetzt erlebt, dass gerade die Jugendlichen, aber auch kleine Kinder, durch Corona eine Phase in ihrem Leben gehabt haben, die dadurch geprägt war, dass eine Bindung zum Teil nur ganz schwer erarbeitet werden konnte. Ich habe das Gefühl, dass die Bindungsarbeit in der Erziehungsarbeit eine immer weniger raumeinnehmende Bedeutung hat. Ich möchte von Ihnen gern wissen, wie Sie das einschätzen und wie wir es schaffen, von kognitiven Verarbeitungsprozessen wegzukommen. Das alles ist total wichtig. Aber wenn der Mensch nicht in der Lage ist, eine Beziehung zu einem anderen Menschen aufzubauen, dann wird er auch keine kognitiven Verarbeitungsprozesse entwickeln können. Deswegen fand ich Ihren Dreiklang so schön.

Mir geht es darum: Mit welchen Maßnahmen bekommen wir das wieder in die schulische Arbeit und vor allem in die Elternarbeit? Statt „schneller, höher, weiter“ – daher kommt nämlich das Schulproblem; da bin ich ein Stück weit bei Frau Wolle – hin zu

„achtsamer, wesentlicher, verbundener“. Daran fehlt es ganz vielen Stellen auf allen Ebenen. Welche Maßnahmen können wir da ergreifen?

Thomas Albiez, externes Mitglied: Meine erste Frage geht an Herrn Professor Voss. Sie haben neben dem Kompetenzzentrum auch das Thema „Stärkung sozialer Kompetenzen“ angesprochen. Da würde mich interessieren, ob Sie in Ihren Ausführungen noch etwas operationalisieren können, was das bedeutet. Ich halte diesen Punkt für recht wichtig, auch im Sinne der Stärkung der Eigenverantwortung.

Meine zweite Frage richtet sich an Herrn El-Kordi. Dazu ein kurzer Bericht aus der Praxis. Meine Organisation vertritt mittelständische Betriebe. Viele Jugendliche treten nach der Beendigung ihrer Schulzeit dort eine Ausbildung an oder machen ein Studium. Wir beobachten seit vielen Jahren eine zunehmende Individualisierung bei den Jugendlichen, mit einem stark zunehmenden Betreuungsaufwand. Wir betrachten jetzt auch mit großer Sorge, dass durch die Coronapandemie eine komplette Beschleunigung stattfindet, und zwar nicht nur in der Ausbildung, sondern auch in der Betreuung der Jugendlichen. Das bedeutet, dass große Betriebe mittlerweile zusätzliche Ressourcen aufbauen, um Jugendliche zu betreuen, weil sie zum Teil schwierige Elternhäuser, schwierige Biografien haben. Kleine Betriebe steigen da aus. Wenn ich das große Thema Bürokratie noch dazunehme, dann sollte uns bewusst sein, was mittlerweile auf einen mittelständischen Arbeitgeber, aber auch auf Arbeitnehmer alles einstürzt, wenn wir sagen: Du musst dich darum, darum und darum auch noch kümmern.

Mich würde interessieren: Wie ist Ihre Einschätzung zu den Coronajahrgängen, die mitten in der Pubertät ihre Zeit hinter verschlossenen Türen verbracht haben? Wie schützen wir diejenigen Menschen, die vulnerablen Gruppen helfen sollten, dass sie selbst durch eine permanente Überforderung nicht vulnerabel werden? Wir sprechen aus gutem Grund immer über die Zielgruppen. Aber wie stärken wir die Eigenverantwortung? Diese Frage geht auch noch an Herrn Professor Voss. Dies wurde hier auch schon vom Deutschen Roten Kreuz angesprochen. Da wurde gesagt: „Ohne ein Mindestmaß an Eigenverantwortung schaffen wir das nicht. Wir können uns nicht um alle zu 100 % kümmern.“

Die letzte Frage richtet sich an Frau Karumanchi-Dörsam. Wir waren auch im Bereich der Flüchtlingsvermittlung, der Vermittlung von Jugendlichen in Ausbildung sehr aktiv, allerdings mit landesweit eher bescheidenem Erfolg. Wir waren dort aber sehr engagiert tätig und haben festgestellt, dass, wenn beide Seiten wollen, es unverzüglich zur Vermittlung eines Ausbildungsplatzes bei Jugendlichen kommt. Wenn aber Barrieren gesetzlicher Art im Weg lagen oder wenn ein Jugendlicher vielleicht auch nicht will, dann war das schwierig. Haben Sie ganz praktische Anmerkungen dazu, was geschehen muss, um weitere Barrieren aus dem Weg zu räumen, vielleicht auch gesetzlicher oder bürokratischer Art?

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Ich habe nur eine kurze Frage. Herr El-Kordi, Ihr Vortrag hat mir wirklich gefallen und mir viele Anregungen gegeben, auch viel zum Nachdenken. Ich frage an einer Stelle nach, weil ich eine Sache nicht verstanden habe. Ich habe Sorge, dass ich da vielleicht etwas liegen lasse.

Sie haben bei Ihren Schlussfolgerungen, also da, wo es dann konkret wurde – Sie hatten ja auch konkrete Schlussfolgerungen –, gesagt: kritische Reflexion des Selbstbestimmungsanspruchs unter Berücksichtigung neurobiologischer und entwicklungspsychologischer Fakten. Was möchten Sie uns mit dieser Schlussfolgerung sagen? Dazu vielleicht noch einen konkreten Satz. Da bin ich ein bisschen hängen geblieben. Aber ansonsten hat mir das wirklich gut gefallen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Jetzt haben Sie jeweils noch ungefähr zehn Minuten Zeit. Ich traue mich fast gar nicht, das jetzt nach dieser langen Fragerunde zu sagen. Aber das schaffen Sie hoffentlich alle. Ich gebe zuerst Herrn Professor Dr. Voss zehn Minuten. Es wäre gut, wenn Sie sich daran halten. Ich weiß, die Fragen waren so breit, dass es wahrscheinlich schwierig wird. Aber das bekommen Sie in zehn Minuten sicherlich hin. – Herr Dr. Voss, Sie haben jetzt die Möglichkeit.

Sv. Herr Dr. Voss: I try. Ich bin Soziologe. Das ist natürlich gefährlich. Ich versuche, das eher kürzer zu halten; denn wenn ich jeweils detaillierter werden würde, würde ich das in den zehn Minuten nicht schaffen. Insofern mache ich das eher auf einer größeren Flughöhe. Ich versuche, auch ein bisschen zu bündeln.

Das Thema Vertrauen ist ein guter Einstieg. Danach wurde mehrfach gefragt. Frau Wölle etwa fragte danach, wie man Vertrauen aufbauen kann, das in der Pandemie offenbar Risse in vielerlei Hinsicht bekommen hat.

Ich denke – damit komme ich auch schon direkt auf meinen Gedanken zum Kompetenzzentrum zu sprechen –, wir müssen schauen, wer wann was wie kommuniziert und wie dem dann überhaupt noch geglaubt wird. Gerade wenn eine Krise schon ein Stück weit eskaliert ist, verändert sich die Sensorik. Man glaubt dem einen nicht mehr, der schon mal irgendwo etwas Falsches gesagt hat. Das wird von den sozialen Medien aufgegriffen und noch verstärkt. Andere gießen noch mal Öl ins Feuer. Dann hat man eine Dynamik, innerhalb derer man sich kaum noch gezielt orientieren und mit der man kaum noch gezielt kommunizieren kann.

Vertrauen ist etwas, was man sozusagen zwischen allen Stühlen herstellen muss. Das ist ein kontinuierlicher Prozess, der schon vor der Krise schlagfertig aufgebaut werden muss, um dann in der Krise einen entsprechenden Vorschuss zu generieren.

Wir haben zu Beginn der Pandemie gesehen, dass wir fast einen vorauseilenden Gehorsam der Bevölkerung hatten, die Maßnahmen ergriff, noch bevor überhaupt irgendjemand das von ihr forderte. Das Kapital, das offensichtlich dort vorhanden

war, wurde dann aber nach und nach durch verschiedene Aspekte aufgebraucht. Fehler will ich das gar nicht nennen. Aber aus der Situation heraus war das Kommunikationsverhalten natürlich ein besonderes, auch unter Stress, unter Unsicherheit usw. Da ist Vertrauen verloren gegangen. Das lässt sich dann in einer Krise nicht mehr kompensieren. Man muss gerade in der Krise darauf setzen, dass alle auch mal Unstimmigkeiten aushalten, dass sie mit unklaren Informationen umgehen können usw. Das ist alles nur möglich, wenn man einander vertraut.

Was kann man tun? Das kommt genau aus meinem Gedanken zum Kompetenzzentrum. Wenn wir es immer und immer wieder denselben Akteuren überlassen, zu kommunizieren – seien es die aus der Politik oder aber auch jene in den Talkshows, die dort besonders eloquent sind –, als Erste aufzulaufen, sodass sie auf einmal Generalisten sind für Sachen, mit denen sie sich vorher vielleicht doch nicht intensiv beschäftigt haben – – Selbst ein Virologe – damit meine ich keinen spezifischen, sondern nenne das einfach nur als Beispiel – ist am Ende kein Pandemieexperte. Eine Pandemie ist ein wirklich komplexes Geschehen, wie wir alle gelernt haben, bei dem das Virus auch eine Rolle spielt. Aber das ist ein Nebeneinander unterschiedlicher Faktoren. Der Virologe bzw. die Virologin sollte für seinen bzw. ihren Fachbereich sprechen und nicht unbedingt für andere. Das passiert aber dann, wenn man diese Kompetenz nicht schon vorhält.

Wir haben in Deutschland zumindest keine Pandemiekompetenz – bis heute nicht wirklich –, weil wir noch immer darauf setzen, dass das, was man für eine Pandemie braucht, durch viel Partikularexpertise irgendwie aggregiert werden kann. Man sucht sich das hier und dort zusammen, und in der Summe muss dies das ergeben, was man für eine Pandemie braucht. Das ist nach meinem Empfinden gerade nicht so.

Ich erwarte für die Zukunft immer mehr, dass wir mit unterschiedlichsten, sehr komplexen Szenarien konfrontiert sein werden, in denen das jeweilige Fachwissen eigentlich überhaupt nicht geeignet ist, adäquate Antworten darauf zu geben. Vielmehr können nur die Verbindungen zwischen den verschiedenen Expertisen am Ende etwas Ganzes generieren.

Ich stelle mir vor, dass man ein solches Kompetenzzentrum dauerhaft finanziert – auch das war eine Frage; so habe ich mir das gedacht –, sodass es kein ad hoc zusammengerufenes Expertengremium ist, weil gerade daraus keine Expertise erwachsen kann. Unterschiedliche Disziplinen verstehen einander keineswegs. Es gibt unterschiedliche Fachsprachen. Die Disziplinen müssen dauerhaft miteinander arbeiten und an unterschiedliche Szenarien denken können.

Wenn man das für die Pandemie gehabt – sagen wir mal, zwölf, 13, 14, 15 verschiedene Fachbereiche, zusammen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und mit Leuten aus der Wirtschaft – und schon vorab solch ein Szenario diskutiert hätte, hätte man die Kompetenzen unter einem Dach gehabt, die dann auch vertrauensbildend hätten wirken können. Die hätten kommunizieren können, sowohl beratend in Richtung Poli-

tik als auch transparenzgenerierend gegenüber der Bevölkerung. Dies wäre neutral und unabhängig vorhanden gewesen, um Rede und Antwort zu stehen. Ein solcher Hebel ist das Entscheidende, worum es mir geht, nämlich eine Institution zu haben, die von dem Misstrauen befreit: Die Politik will ja doch nur dieses oder jenes. Die Politiker verfolgen ja doch ihr parteipolitisches Kalkül. – Da sind Leute, die sich nur fachlich damit auseinandersetzen. Das sind diejenigen, die wir dafür ansprechen, nicht ad hoc berufene Leute.

Das ist es grob zu dem Kompetenzzentrum. Vielleicht komme ich noch einmal darauf zurück.

Es ging auch noch um die Frage, wie sich die Bevölkerung bei Panik verhält. Sozialwissenschaftlicher Forschungsstand seit 40, 50 Jahren ist, dass die Bevölkerung nicht „panikt“, wenn man sie mit Informationen konfrontiert. Es gibt keine Plünderungen, nur weil jemand sagt, in Deutschland drohe perspektivisch irgendwann einmal der Zivilschutzfall. Selbst wenn man sagt, wir müssen damit rechnen, dass der in einem halben Jahr passiert, bricht die Ordnung noch immer nicht auseinander, sondern dann kann man konzentriert miteinander daran arbeiten, sich auf diesen Fall vorzubereiten. Da werden wir sehr geordnete Verhältnisse haben. Alle Empirie spricht dafür.

Was wir tun, ist: Wir machen immer die Schotten dicht, wenn es irgendwo kritisch, sensibel wird, wenn man meint, da seien sicherheitsrelevante Aspekte zu bedenken. Dann hält man Informationen eher zurück, weil man die Sorge hat, das könnte Panik oder irgendein asoziales Verhalten auslösen. Es ist empirisch überhaupt nicht unterfüttert, dass das zu befürchten ist.

Im Gegenteil: Mit vorauseilender Kommunikation und Information kann man konzentriertes, konzentriertes, ruhiges, besonnenes, gemeinsames Handeln vorbereiten. Nur wenn alle das Gefühl haben, sie sind von vornherein in die Prozesse einbezogen, sie wissen, was läuft – – Übrigens: Sie wissen dann auch, dass die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben nur begrenzte Kompetenzen haben. Auch diese Grenzen muss man transparent kommunizieren.

Wenn das Bundesamt stets sagt – das hat man über Jahrzehnte hinweg getan –: „Wir kümmern uns schon. Der Bevölkerungsschutz, der Katastrophenschutz ist in guten Händen. Um euch wird gesorgt“, dann muss man sich nicht wundern, wenn die Bevölkerung dann sagt: So what! Dann muss ich mich ja nicht mehr kümmern.

Man muss auch selbst die Grenzen immer transparent kommunizieren. Auch das löst keine Panik aus, sondern führt dazu, dass die Aufmerksamkeit konzentriert dahin geht und auch Druck in Richtung Politik erzeugt wird, dort auch nachzusteuern. Dieser Druck sollte heute von allen politischen Parteien gemeinsam gewollt sein. Nur der Druck, im Bereich des Bevölkerungsschutzes und der zivilen Sicherheit etwas zu tun, kann die entscheidenden Hebel in Bewegung setzen.

Man sollte die Bevölkerung auch selbst befähigen. Das heißt, man sollte sie mit Informationen dazu befähigen, sich selbst ein Bild von der Lage zu machen. Das ist die Bedingung dafür, dass sie auch selbst Verantwortung übernehmen kann. Dafür muss man transparent kommunizieren, dass der Bevölkerungsschutz und die Resilienzstärkung der Gesellschaft eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sind.

Es kann nicht gesagt werden: Wenn wir uns jetzt Sorgen um den Zivilschutzfall machen müssen, dann investieren wir in das THW und geben der Bundeswehr noch ein bisschen Geld. – Das löst Mechanismen aus, die für mich genau in die falsche Richtung gehen. Natürlich sollte man das auch tun; das will ich damit nicht infrage stellen. Aber das Entscheidende ist, dass man der Bevölkerung bei solchen Gelegenheiten sagt: Wir alle sitzen, was das angeht, gemeinsam in einem Boot. Nur wenn wir es gemeinsam schaffen, ein bisschen Ruhe hineinzubringen und konzentriert die existenziellen Herausforderungen abzuarbeiten, haben wir überhaupt eine realistische Chance, einigermaßen schadlos da durchzugehen.

Diese Art des Kommunikationsmodus wünschte ich mir. Ich meine, das kann man nur über eine unabhängig finanzierte Einrichtung machen, an der ich im Grunde genommen alle Ressorts beteiligt sehe – szenariobezogen natürlich mal dieses und mal jenes. Bei vielen Szenarien sollte dies gerade nicht in einem einzelnen Ressort bleiben. Über eine Schnittstelle sollte eingefordert werden können: Jetzt schickt doch bitte mal aus dem Ressort XY ein paar Leute dazu, die sich an diesem Prozess beteiligen.

Ich belasse es dabei, um die Zeit nicht überzustrapazieren.

Sv. Frau Dr. Karumanchi-Dörsam: Zum Thema Krisenprävention und zu der Frage, ob ich ausreichende Kapazitäten im Rahmen meiner Arbeit habe: Das ist schwierig. Es kommen immer mehr Aufgaben auf mich zu. Das heißt, wir müssen einen Weg finden, weil das ein wichtiges Thema ist. Ich würde sagen, dass man die migrantischen Vereine stärker mit einbeziehen sollte. Wenn wir z. B. kleinere Schulungen machen und sie als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren das Wissen dann weitergeben, wäre das ein wichtiger Punkt.

Zum Gefahrgutunfall in Mannheim und was da passiert ist: Ich war zu dieser Zeit nicht in Deutschland und habe das nicht mitbekommen. Aber wenn es einen Unfall gibt, dann kann es nicht sein – das ist genauso wie auf der Autobahn –, dass Menschen da herumstehen. Das ist gefährlich. Da muss man sensibilisieren und Informationen weitergeben. Ich werde mich damit beschäftigen, um zu erfahren, was da genau passiert ist.

Zum Thema „Interkultureller Ärztepool“, den ich genannt habe: Das habe ich vorgeschlagen, weil ganz viele Fragen aufgekommen sind, wo man psychotherapeutische Hilfe für Traumapatienten bekommen kann. Ich habe im Internet alle Ärzte herausgesucht und dann gesagt: Ich bin niemand, die irgendwelche Daten möchte, sondern

ich möchte wissen, welche Sprachen in der jeweiligen Praxis gesprochen werden, um eine Liste für Mannheim und den Rhein-Neckar-Raum zusammenzustellen. Das war meine Vorgehensweise. Die Liste habe ich dann auch an das Landratsamt weitergegeben, damit sie ergänzt werden kann. Vielleicht sollten wir das auch in den anderen Landkreisen machen; denn das erfordert ganz viel Einsatz und Arbeit.

Zur frühkindlichen Bildung: Ich setze mich für ein globales Lernen in Grundschulen und Kitas ein, weil man dort mit Kindern ganz niederschwellig über die jeweiligen Themen sprechen kann. Letztendlich hat alles mit uns zu tun, auch wenn man über Fluchtursachen sprechen will. Auch die Kinder müssen lernen, wie das ist. Sie dürfen nicht in ein System hineingehen, in dem sie die ganzen Sachen, die sie irgendwo hören, reproduzieren. Das muss anders gehandhabt werden.

Zum Thema Einsamkeitsstrategie: Eine Einsamkeitsstrategie wäre gut. Ich kann Ihnen sagen: Während der Pandemie sind wir ganz schnell auf Onlineformate umgestiegen, weil wir uns nicht treffen konnten. Dadurch waren wir füreinander da. Wir konnten über unsere Sorgen und andere Themen sprechen und uns auch unterstützen. Das war eine Strategie, die wir nicht „Einsamkeitsstrategie“ genannt haben. Aber das war ein Weg. Wir hatten fast jeden Tag irgendwo eine Onlinesitzung, bei der Personen zusammenkamen, und haben die jeweiligen Themen besprochen, auch weil Kinder nicht in der Schule waren, weil sie auffällig waren. Wir haben gefragt, wie man sich gegenseitig unterstützen kann. Auch das braucht man.

Zu der Frage nach einer stärkeren Einbeziehung der Expertise der Communitys: Diese Expertise gibt es. Das machen wir jetzt im Rahmen unserer Arbeit. Für mich ist es sehr wichtig zu sagen, dass ich diese Stelle habe. Ich habe eine gewisse Sichtbarkeit. Aber auch die anderen müssen ran. Wir setzen daran an, dass auch andere Menschen mit ihrer Expertise zu verschiedenen Themen kommen. Deswegen vermitteln wir Referentinnen und Referenten, bei denen wir denken, dass sie sich einbringen können.

Handys und schlechte Digitalisierung: Dazu muss ich sagen: Ich war bei Workshops usw. in etlichen Unterkünften. Dabei habe ich festgestellt, dass es schlechte Internetverbindungen gibt. Ich kenne auch viele, die keine Flatrate haben, damit sie ewig im Internet bleiben können. WLAN war nicht so gut. Das habe ich selbst festgestellt, weil ich bei verschiedenen Workshops in Unterkünften war.

Zum Thema Mentorinnenprogramm: Es gibt die Kontaktstellen Frau und Beruf. Die sind auch im ländlichen Raum unterwegs. Mein Anliegen war: Das Programm muss auch den Blick darauf haben, wo der Schuh drückt. Aber das fehlt. Ich habe 16 Jahre gebraucht, bis ich zu meiner Stelle kam. Vorher bin ich trotz Anerkennung und meines Engagements sozusagen nicht existent gewesen. Ich bin freiberuflich unterwegs gewesen. Deswegen habe ich gesagt: Es muss der Ansatz für diesen speziellen Blick vorhanden sein.

Zum Rassismus: Wenn jemand aufgrund meiner Hautfarbe solche Begriffe nutzt, würde ich das nicht nur als Mobbing betrachten. Rassismus muss klar benannt werden. Ich muss auch sagen: Ich habe mich in dem kleinen Abschnitt, den ich vorgelesen habe, auf die Schule konzentriert; denn das ist mir im ländlichen Raum als Sorge und Problem mitgegeben worden. Ich war in der Schule für anderthalb Stunden vorgesehen, von 8:30 bis 10 Uhr, und war dann bis 14 Uhr dort. Rassismus kann ich nicht nur unter Mobbing subsumieren. Es ist für mich sehr wichtig, das zu kommunizieren.

Zu den MINT-Berufen: Bei dem Mentorinnenprogramm liegt der Fokus sehr stark darauf, dass wir Frauen in die MINT-Berufe und in -Unternehmen vermitteln müssen. Mein Anliegen ist es aber auch, dass viele Migrantinnen einen Anschluss an den ersten Arbeitsmarkt brauchen, wenn sie in Deutschland sind. Die Frage ist, wie sie das machen können. Wenn wir Mädchen und junge Leute dazu animieren können, in MINT-Berufe zu gehen, dann ist das natürlich gut. Aber wenn dann jemand kommt, sagen die Mentorinnen oder Unternehmen immer, der Fokus müsse auch auf Verwaltung und anderen Institutionen liegen.

Zu der Frage, dass da jetzt 100 Geflüchtete in einem Dorf sind: Wenn Menschen Schutz brauchen, ist für mich eindeutig klar, dass sie Schutz brauchen und aufgenommen werden müssen.

Junge Geflüchtete in Ausbildung und Arbeitsplätze: Man muss auch berücksichtigen, dass ganz viele einen langen und schweren Weg hinter sich haben. Sie müssen hier Anschluss finden. Bei vielen Jugendlichen dauert das manchmal länger. Das Angebot, das man ihnen macht, ist vielleicht nicht das richtige. Da muss man mit Jugendämtern usw. arbeiten und auch schauen, dass vielleicht jemand aus den Communities dabei ist, um die Informationen anders zu vermitteln.

Zum Ehrenamt kann ich nichts anderes sagen als: Die Arbeit migrantischer Vereine ist meistens ehrenamtlich. Sie haben keine hauptamtlichen Strukturen. Die wenigsten Vereine haben so etwas. Trotzdem machen die migrantischen Vereine ihre Arbeit, auch ohne Rücklagen oder sonst etwas. Die Arbeit wird einfach gemacht. Da muss ich Ihnen widersprechen.

Sv. Herr Dr. El-Kordi: Ich versuche, alles zusammenzubekommen. Falls Fragen offen bleiben, bitte ich, die Fragen dann noch mal zu einem anderen Anlass zu stellen.

Wie bekommen wir die Mikro- und die Makroebene zusammen? Ich habe ja erläutert, dass das kein Crashkurs ist. Das sind auch mehrere soziale Ebenen. Das heißt, wir brauchen dann auf verschiedenen Ebenen eine entsprechende Strategie. Diese Strategie ist die Vorbereitung der menschlichen Seele oder der sich entwickelnden Persönlichkeit auf Krisen. Die Antwort auf die Frage, wie man das dann konkret über-

setzt, würde jetzt diesen Rahmen sprengen. Es muss aber einen gemeinsamen Nenner und auch ein Forum geben, in dem man das zusammenführen kann.

Es wäre möglich, dass man an Schulen irgendein Angebot macht – sei es im Zuge eines Unterrichtsfachs oder eines anderen Angebots –, aber auch auf Ebene der Elternarbeit und im Bereich der Schulorganisation. Das sollte nicht nur an den Schulen bleiben, sondern sollte auch an die Eltern weitertransportiert werden, sonst bringt das sehr wenig.

Zu der Frage der sequenziellen Krisen: Wir haben leider neue Phänomene – das sagen auch die aktuellen Jugendstudien –, die besorgniserregend sind. Ich möchte jetzt nur einen Befund nennen: der Anstieg von Suizidgedanken und Suizidalität. In der neuen Trendstudie, in der Jugendstudie vom Herbst letzten Jahres sagen 10 % der Teilnehmer der Studie, sie hätten aktive Suizidgedanken. Das ist ein besorgniserregender Anstieg. Das ist ein Punkt, bei dem man in Fachkreisen sagt: Das ist eine Folge der sequenziellen Krisen.

Die Coronajahrgänge haben so etwas wie Corona noch nie erlebt. Das sind auch Jahrgänge, die in Wohlstand leben bzw. bis dahin gelebt haben, denen es eigentlich immer gut ging. Sie haben keinen Krieg erlebt, sondern lediglich die Klimakrise und jetzt Corona. Das heißt, sie haben die Fähigkeit zur Bewältigung gar nicht entwickelt. Insofern braucht man gezielte Angebote, mit denen man ihnen erklärt: „Es gibt Krisen, und wir können sie bewältigen. Das ist ja kein Weltuntergang.“ Da braucht man etwas Entspannung und keine Panikmache.

Ich komme zu der Frage der Prävention konkret für den Kinder- und Jugendbereich. Es gibt diverse Präventionsmaßnahmen im Kindes- und Jugendalter. Da muss man das Rad nicht neu erfinden. Auch in Kitas gibt es etliche sehr gute Programme für Prävention und Resilienzförderung. Das Problem ist nur: Das hört dann irgendwann im Jugendalter auf. Ich hatte den Eindruck, junge Erwachsene oder Menschen im mittleren Erwachsenenalter werden vernachlässigt. Das ist nicht sachgerecht und auch entwicklungspsychologisch nicht gerechtfertigt.

Wie gelingt das an Schulen? Was wäre nötig? Es wären einfach mehr Präventionsangebote erforderlich, und zwar nicht nur an Schulen.

Frau Dr. Kliche-Behnke, Ihre Frage nach der Niederlassung von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wundert mich. Ich höre von Kolleginnen und Kollegen immer, dass sie keinen Niederlassungsplatz bekommen. Wenn das so ist, wie Sie sagen, dann freut mich das sehr. Ich möchte jetzt keine Berufspolitik machen. Dann wären wir bei einer ganz anderen Debatte. Wir brauchen eine strukturelle Veränderung im EBM, in den GOP-Katalogen, also in der Vergütung, um das Ganze attraktiv zu machen. Aber das brauche ich Ihnen hier nicht zu sagen. Das ist wahrscheinlich der falsche Kreis.

Man muss einfach sagen: Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind in Bezug auf die Honorare das Schlusslicht im Vergleich zu anderen Facharztgruppen. Für viele lohnt es sich nicht, sich niederzulassen, wenn sie nur einen halben Sitz haben. Da muss man woanders ansetzen.

Meine Vorstellung wäre, dass man Präventionsangebote auch in der Praxis anbieten kann und darf, dass die Vertragspsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten, die einen Praxissitz haben, nicht nur mit einer Diagnose behandeln oder begleiten dürfen, sondern auch dann, wenn etwas subklinisch ist. Dafür brauchen wir aber Strukturen, beispielsweise im SGB V, weil diese bislang leider nicht existieren. Das wäre meine Überlegung.

Zu der Einsamkeitsstrategie ist schon einiges gesagt worden. Aus psychotherapeutischer Sicht wäre auch so etwas wie ein Einsamkeitsdienst wichtig, ähnlich wie ein Freiwilligendienst, bei dem man sich damit auseinandersetzt: Was ist überhaupt Einsamkeit? Wer sind vulnerable Gruppen? Das sind ältere Menschen, aber auch Menschen, die pflegebedürftig sind, und Menschen, die der Sprache nicht mächtig sind. Das sind verschiedene Gruppen. Das hat auch etwas mit Bindung zu tun. Man sollte Leute spezifisch dafür schulen: Wie stellt man überhaupt eine Bindung her? Was spricht gegen Einsamkeit? Was ist mit Einsamkeit nicht vereinbar? Was muss man machen, wenn man die Sprache nicht beherrscht, um nicht einsam zu sein? Einsamkeit ist ein Phänomen der Gegenwart. In Großbritannien hat man über ein Einsamkeitsministerium diskutiert. Ich weiß allerdings nicht, ob es das schon gibt. – So viel zum Thema Einsamkeit.

Ich mache mit dem Punkt Medien weiter. Ich weiß, es gibt immer einen Aufschrei, wenn ich Medienverbote anspreche. Mir ist schon bewusst und klar, dass das niemand hören will. Ich habe ja gesagt, dass das ein längerer Prozess ist. Es gab schon in anderen Zusammenhängen politische und auch internationale Bemühungen, um Gefährdungen im Onlinebereich einzuschränken, beispielsweise bei Facebook und Medien, die Hassnachrichten, gewaltverherrlichende oder pornografische Inhalte verbreiten. Es wäre wichtig, dabei rational zu denken, vorzugehen und zu überlegen, was wir machen könnten.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Ich sage nicht, dass alles verboten werden soll. Sie haben natürlich recht, wenn Sie sagen: Wir wollen den jungen Leuten das nicht wegnehmen. Man will ihnen ja nichts wegnehmen. Es geht nur darum, dass sie überflutet werden, ob sie es wollen oder nicht. Sie werden mit unrealistischen Darstellungen überflutet. Da ist die Frage: Was können wir technisch und auch rechtsstaatlich machen? Welche Möglichkeiten haben wir da? Da finde ich Ihren Vorschlag sehr interessant, Herr Reith, dass man Influencer sozusagen nutzt, damit man das Ganze dann andersherum macht. Ja, warum nicht?

Es gab einige Influencer, die über psychische Störungen geredet haben. Das ging allerdings etwas nach hinten los, weil sie die psychische Störung völlig falsch darge-

stellt haben. Aber das hatte auch einen Vorteil: Man konnte über die psychischen Erkrankungen reden und sagen: Das kann jeden treffen. Lasst uns mal darüber reden. Aber leider war die Darstellung falsch und zu karikiert, zu übertrieben. Aber man kann so etwas tatsächlich machen. Man kann Menschen als Vermittler ausbilden – das ist dann eine Influencerausbildung –, die dann auch zeigen, wie es nicht sein soll bzw. wie es nicht aussehen soll.

Sie haben sehr viele Fragen gestellt. Habe ich noch Zeit?

Vorsitzender Alexander Salomon: Sie haben noch zwei Minuten Zeit.

Sv. Herr Dr. El-Kordi: Das bekomme ich locker hin. – Frau Wolle, ein Burn-out ist klinisch tatsächlich etwas anderes. Ein Burn-out ist klinisch eine Depression, eine Erschöpfungsdepression. Somit ist das eine Diagnose. Man nennt das Burn-out. Im Prinzip ist das eine Diagnose.

Ich komme nun zu der Frage, ob ein zusätzliches Schulfach zur Überladung des Schulangebots führt. Das ist nicht zusätzlich, sondern anstatt. Das ist ein Prozess. Wir sagen ja nicht: „Wir fangen nächste Woche damit an und sind alle damit zufrieden“, sondern es muss sich in der Gesellschaft etwas entwickeln.

Das Gleiche gilt für die Frage, wer „schuld“ ist, wenn die Schule zu lange dauert. Sind das die Eltern? Die Schüler sind es natürlich nicht. Die wollen das ja gar nicht. Die hätten gern mehr Zeit zum Chillen und um mit Freunden etwas zu unternehmen. Die neuesten Studien zeigen: Viele wollen auch etwas Ehrenamtliches machen, haben aber keine Zeit dafür. Die sind antriebslos, müde und gestresst. Sie wissen auch gar nicht, wie man an ein Ehrenamt kommt. Das sind ganz viele Aspekte. Wir müssen da auch bei den Eltern und nicht nur bei den Kindern ansetzen. Deswegen meinte ich, dass das ein lebensabschnittsspezifischer Ansatz ist. Da müssen wir alle Altersklassen mitberücksichtigen.

Ich muss jetzt ein paar Sachen überspringen; das tut mir leid. Sonst werden wir nicht fertig.

Die Frage nach der Selbstbestimmung würde den Rahmen hier sprengen. Es geht um zwei Aspekte. Selbstbestimmung wurde in der Politik sehr hochgepriesen und ist auch ein wichtiges Thema. Aber es geht eher darum: Ist das entwicklungspsychologisch sinnvoll? Können die Leute, die selbst bestimmen oder selbst bestimmen wollen bzw. denen wir die Erlaubnis geben, selbst zu bestimmen, die Tragweite ihrer Entscheidungen und ihrer Selbstbestimmung einsehen und nach dieser Einsicht handeln? Darum geht es. Das ist die Aussage ganz allgemein formuliert, ohne dass wir jetzt andere Fässer aufmachen. Ich glaube, das wäre hier nicht der richtige Rahmen dafür.

Ich hoffe, ich habe im Großen und Ganzen alle Fragen beantwortet.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich hoffe das auch. – Jetzt meldet sich Frau Abg. Wolle noch einmal. – Bitte sehr.

Abg. Carola Wolle AfD: Frau Karumanchi-Dörsam, Sie haben mich nicht richtig verstanden. Beim Thema Ehrenamt ist mehrmals angesprochen worden, dass sich z. B. beim Deutschen Roten Kreuz, bei der Feuerwehr usw. nur wenige Migranten engagieren. In ihren eigenen Interessen ist das okay. Aber es geht ja darum, dass sie dadurch in die Gesellschaft integriert werden. Was können wir machen, damit sie sich auch mehr in die herkömmlichen Dinge einbinden, also in die Gesellschaft, und damit auch mit anderen zusammenkommen und sich da engagieren? Das war eine Frage.

Dann habe ich noch eine andere Frage an Sie, Herr Dr. El-Kordi. Sie haben darüber gesprochen, dass es problematisch sei, wenn die Beziehung zum Körper infrage gestellt werde – dick, dünn usw. usf. Wie sehen Sie dieses Thema in der Indoktrination durch Gendern? Denn es wird ja immer mehr gesagt: Überleg dir mal, ob du ein Mädchen oder ein Bub bist. Diese Frage wird schon recht früh gestellt. Da gibt es eine gewisse Verunsicherung. Was macht das mit Kindern?

Sie haben auch angesprochen, dass es schwierig ist, wenn man Kindern sagt, sie können alles werden. Das eine sind finanzielle Grenzen. Ich denke, wir sind uns darüber einig, dass es das nicht geben soll. Ein armes Kind soll, wenn es möchte, genauso Abitur machen und studieren können, wie auch alle anderen. Aber wie sieht es mit den persönlichen Grenzen aus, wenn ein Kind etwas nicht kann? Jemand kann vielleicht nicht gut handwerkern. Jeder hat seine persönliche Begabungen. Was passiert, wenn man den Kindern eintrichtert: „Du kannst alles machen“?

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich darf noch einen Hinweis geben: Wir sind ja die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“. Ich weiß jetzt nicht, ob Ihre Fragen, die Sie gerade gestellt haben, wirklich damit zu tun haben.

(Abg. Carola Wolle AfD: Natürlich!)

Man kann sie an anderer Stelle aufwerfen. Man kann auch politisch darüber debattieren. Ich will einfach nur infrage stellen, ob das wirklich eine zielführende Frage für unser übergeordnetes Thema ist.

(Abg. Carola Wolle AfD: Natürlich!)

Ich bezweifle das sehr.

Herr El-Kordi, Sie können die Fragen gern beantworten oder auch nicht. Das stelle ich Ihnen frei. Frau Karumanchi-Dörsam, auch Sie können die Fragen noch beantworten, wenn Sie wollen.

Sv. Frau Dr. Karumanchi-Dörsam: Erstens würde ich sagen: Wenn migrantische Vereine agieren, dann ist das nicht nur in ihrem eigenen Interesse. Sie leisten wirklich wertvolle entwicklungspolitische Bildungsarbeit bei verschiedenen Themen.

In Organisationen wie z. B. der Feuerwehr, der AWO usw. muss auch eine interkulturelle Öffnung stattfinden. Man muss sehen, dass die Menschen da auf gleicher Höhe hineinkommen, man muss sehen, dass sie nicht in einer ungleichen Position sind. Das ist sehr wichtig. Die Organisationen müssen auch in sich gehen und schauen: Welche Angebote machen wir? Welche Leute fühlen sich angesprochen?

Sv. Herr Dr. El-Kordi: Ich sage noch kurz etwas dazu. Das Thema Gender ist ein riesiges Thema und würde den Rahmen hier sprengen. Mir geht es grundsätzlich um eine andere Sache. Meine Botschaft ist: Wenn wir über eine krisenfeste Gesellschaft reden, dann müssen wir uns auch überlegen: Was hat Priorität? Was schwächt die Gesellschaft? Was führt zu einer fehlenden Orientierung? Was führt zu einer Strukturlosigkeit? Was schwächt uns? Was schwächt die junge Generation? Das würde ich erst einmal in den Raum stellen. Es muss dann jeder mit sich klären: Was ist wichtig? Worauf kommt es an? Wenn wir das, was wir hier besprechen, ernst nehmen, dann müssen sich die Prioritäten auch ein bisschen verschieben.

Ich habe die zweite Frage nicht verstanden. Man hat ja begrenzte Möglichkeiten. Es ist nicht gesund und nicht zielführend, jedem zu sagen: „Aus dir kann alles werden.“ Denn die Menschen denken das dann tatsächlich und stellen dann aber fest: Nein. Dann merken sie: Das muss an mir liegen, nicht an soziologischen oder sozialen Bezügen. Das ist die Botschaft.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Es gibt keine weiteren Fragen in der Runde. Ich sehe zumindest keine. – Ich danke Ihnen vielmals, Herr Professor Dr. Voss, Frau Dr. Karumanchi-Dörsam und Herr Dr. El-Kordi. Ihre Beiträge und Antworten waren sehr spannend, unterhaltsam und informativ. Sie haben heute sicherlich einige Anhängerinnen und Anhänger gewonnen, vielleicht auch einige Patientinnen und Patienten.

(Heiterkeit)

Das weiß man in dem Fall nicht. Sie müssen einmal schauen, was da noch auf Sie zukommt. Auf jeden Fall danken wir Ihnen.

Sie haben gesagt, dass Sie einige Fragen nicht in der Detailtiefe beantworten konnten. Das ist zwar jetzt ungenügend für die Öffentlichkeit. Aber wenn Sie möchten,

könnten Sie uns vielleicht noch etwas im Nachgang liefern. Das fließt trotzdem in unsere Arbeit und in die Handlungsempfehlungen ein. Das würden wir dann dem Protokoll beifügen, damit es auch der Öffentlichkeit zugänglich ist. Das einfach als Angebot an Sie, weil es ansonsten zeitlich ausufert. Sie wissen, Sitzungsleitungen haben es in Bezug auf die Zeit manchmal schwer. Das muss ich jetzt leider so machen.

Vielen Dank an Sie. Sie dürfen natürlich dableiben und noch zuhören, Sie dürfen aber können auch gehen.

(Beifall)

Wir machen gleich weiter, und zwar zunächst mit Frau Nathalie Schopp. Sie ist Referentin für Psychosoziales Krisenmanagement des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in Bonn. Anschließend waren wir mit Herrn Ralf Heu-berg von der I·S·A·R Germany Stiftung gGmbH. – Frau Schopp, Ihnen gehören die nächsten 20 Minuten.

(Eine Präsentation *[Anlage 3]* wird begleitend zum Vortrag einge-blendet.)

Sv. Frau Schopp: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Mitglieder der Enquetekommission, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, heute hier sein zu dürfen, und möchte mich sehr herzlich für die Einladung bedanken.

Die Enquetekommission hat sich u. a. zum Ziel gesetzt, Empfehlungen zu erarbeiten, um die Zusammenarbeit von Staat und Gesellschaft in allen Phasen von Krisen zu stärken. Das ist ein Thema, das uns verbindet.

Auch wir im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, BBK, sehen uns als Impulsgeber, Netzwerkerinnen und Netzwerker, Moderatoren und Fachberatung, um die Krisenorganisation sowie das Zusammenwirken im Krisenmanagement von Bund und Ländern weiterzuentwickeln. Dies hatte Präsident Tiesler bereits im Februar vor dieser Kommission ausgeführt. Das trifft in besonderem Maß auch auf das psychosoziale Krisenmanagement zu.

Unser Ausgangspunkt und unsere Basis ist die Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe, NOAH, der Bundesregierung, die älter ist als das BBK selbst. Ich fange damit an und stelle Ihnen das vor. Ich gehe danach zur Psychosozialen Notfallversorgung – kurz: PSNV – in Deutschland über und werfe einen Blick darauf, wie die PSNV-Philosophie uns im BBK weitergebracht hat, hin zum psychosozialen Krisenmanagement und der Frage: Was kann die Gesellschaft psychosozial resilienter machen?

Die Koordinierungsstelle NOAH ist als behördliche Stelle eine Besonderheit; denn die konsequente Ausrichtung auf die Bedarfe der Betroffenen und ihre Angehörigen ist mit der Handlungslogik von Zuständigkeiten und Ressortgrenzen manchmal nur sehr aufwendig vereinbar.

Die Koordinierungsstelle NOAH verfügt heute über 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die je nach Einsatzlage in die Abarbeitung eingebunden sind. Wir sind ausschließlich für Auslandslagen zuständig und kooperieren sehr eng mit dem Auswärtigen Amt, dem Bundeskriminalamt und weiteren Bundesbehörden, mit den regionalen Notfallseelsorgern und natürlich auch mit den PSNV-Landeszentralstellen in den Bundesländern.

Die Geburtsstunde, wie auch für vieles andere im Bevölkerungsschutz, war 9/11. Die Koordinierungsstelle NOAH wurde nur ein paar Monate später gegründet, weil man erkannt hatte, dass man den Bevölkerungsschutz zeitgemäß anpassen musste. PSNV war in den USA bereits in der Gefahrenabwehr integriert. In Deutschland war das Neuland. Wir hatten hier eine Versorgungslücke. Die Anschläge von Djerba und Bali zählen direkt nach der Einrichtung von NOAH zu den ersten Einsätzen, die wir abgearbeitet haben. Dann kamen im Jahr 2004 der Tsunami in Südostasien, im Jahr 2015 der Germanwings-Absturz und aktuell das Erdbeben in der Türkei und in Syrien.

Wir gewährleisten Unterstützung für einen sehr weit gefassten Betroffenenkreis. Hier geht es um Betroffene nach ihrer Rückkehr ins deutsche Inland, aber auch um Angehörige von Überlebenden, Vermissende und Hinterbliebene.

Wir haben in den vergangenen 20 Jahren – wir hatten letztes Jahr 20-jähriges Bestehen – 388 Einsätze abgearbeitet. Das hört sich für 20 Jahre nach wenig an. Aber unsere Einsätze dauern sehr lange, im Durchschnitt anderthalb Jahre, bis die ersten Wellen abgearbeitet sind. Wir sind auch danach immer noch ansprechbar und organisieren auch Treffen.

Aufgaben haben wir akut sowie mittel- und langfristig. Akut betreiben wir eine 24/7-Hotline. Es geht um die telefonische Beratung, eine erste Bedarfserhebung, die Vermittlung von psychosozialen, wohnortnahen Akuthilfen, Informationsvernetzung und Hilfe bei administrativen Fragen. Die Betroffenen können grundsätzlich, unabhängig von der zeitlichen Distanz zu dem Ereignis, immer bei uns anrufen. Wir vermitteln auch noch Jahre nach Ereignissen Therapeuten, organisieren Treffen für Betroffene, Überlebende, Angehörige, Vermissende sowie Hinterbliebene und beraten Bundes- und Landesbehörden bei der Gestaltung von Gedenkveranstaltungen.

Wir arbeiten auf fachlicher Basis der Psychosozialen Notfallversorgung, der PSNV. Diese Arbeit wäre nicht denkbar ohne eine Zusammenarbeit mit den Ländern und den Akteuren der PSNV auf operativer Ebene.

Wir unterscheiden in der PSNV unterschiedliche Zielgruppen, zum einen „Nachsorge und Prävention für Einsatzkräfte“ und zum anderen „Psychosoziale Unterstützung von Betroffenen nach Extremstressereignissen“.

Im Hinblick auf die PSNV für Einsatzkräfte haben sich die Aufgabenträger und Führungskräfte in der Gefahrenabwehr sehr lange damit schwergetan, die psychischen Folgen von belastenden Einsätzen zu akzeptieren. Belastungen wurden als Teil des Jobs betrachtet. Wenn man das nicht aushalten konnte, hatte man halt den falschen Job. Erst 1980 wurde die posttraumatische Belastungsstörung als eigene Diagnose akzeptiert. Im Rahmen der wissenschaftlichen Forschung wurden dann Präventionsmodelle entwickelt, die dazu beitragen sollten, Traumafolgestörungen zu verhindern oder zumindest den Schweregrad zu mindern.

Ein wesentlicher Faktor dabei ist die psychosoziale Unterstützung, die Menschen direkt nach den belastenden Ereignissen erfahren. Die Notwendigkeit der psychosozialen Unterstützung wurde dann als gesellschaftliche Aufgabe das erste Mal wahrgenommen.

Man sammelte umfassende Erfahrungen in Alltagslagen, aber vor allem auch in Großschadenslagen. Zu nennen sind hier Ramstein 1988 oder das ICE-Unglück in Eschede 1998. Viele weitere Ereignisse in der Vergangenheit und auch in der jüngsten Vergangenheit haben dieses Themenfeld weiter vorangebracht.

Es folgten unterschiedliche, teils einen grundlegenden Rahmen schaffende Forschungsprojekte, an denen auch das BBK über Forschungsförderung und -begleitung zum Erkenntnisgewinn, zur Fachkunde und zur Qualitätssicherung beigetragen hat. Auf dieser Folie sehen Sie einige Publikationen, die wir herausgegeben haben. Ganz neu sind die Checklisten und Infos für den PSNV-Einsatz in komplexen Lagen.

Die auf vielen Ebenen über viele Akteure stattfindenden Entwicklungen seit den Neunzigerjahren hatten Folgen. Dies führte zu einer großen Heterogenität der Strukturen und zu einer fast babylonischen Sprachverwirrung, was Begrifflichkeiten betrifft. Es etablierte sich auch ein Konkurrenzdenken, was die Zusammenarbeit erschwerte.

Aus diesem Grund initiierte und moderierte das BBK von 2007 bis 2010 den sogenannten Konsensusprozess PSNV. Hierin waren 120 Delegierte aus 45 Organisationen eingebunden. Über drei Jahre hinweg entwickelte man konsensuale Leitlinien, insgesamt 25 Stück in sechs Themenfeldern, und unterschrieb, sich in freiwilliger Selbstverpflichtung an diesen Leitlinien zu orientieren. Dabei ging es z. B. um Aus- und Fortbildung, um den Einsatzalltag und um die PSNV auf der Ebene der Bundesländer.

Gemeinsam definierte man erstmals den Begriff „Psychosoziale Notfallversorgung“. Man versteht darunter die Gesamtstruktur aller Maßnahmen der Prävention sowie der kurz-, mittel- und langfristigen Versorgung im Kontext von belastenden Notfällen bzw. Einsatzsituationen. Wie gesagt, wir haben verschiedene Zielgruppen. Es kommen auch neue dazu, wie jetzt z. B. Spontanhelfende.

Zentral ist die Grundannahme der PSNV: Zur Bewältigung von psychosozialen Belastungen werden zunächst personale und soziale Ressourcen aktiviert. Die Philosophie der PSNV ist somit Prävention und ein salutogenetischer Ansatz, der sich nicht an Defiziten, sondern an Ressourcen orientiert. Wir wenden uns deswegen ausdrücklich gegen die Pathologisierung von Notfallbetroffenen sowie belasteten Einsatzkräften und gegen eine Pauschalisierung von Unterstützungsbedarfen.

Nach besonderen Ereignissen wird immer schnell von traumatisierten Menschen und posttraumatischen Belastungsstörungen gesprochen. Richtig ist auch, dass das Risiko von Feuerwehrangehörigen für eine PTBS im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich erhöht ist. Feuerwehrangehörige sind eine Risikogruppe. Dennoch gilt: Bei den meisten Menschen normalisiert sich die Stressbelastung innerhalb von Tagen und Wochen wieder. Wichtig sind hier die individuellen Bewältigungskompetenzen und die jeweilige soziale Unterstützungsstruktur.

Auf dieser Folie sehen Sie einen Zeitverlauf der PSNV-Unterstützung für Betroffene. Wie gesagt: Der Begriff „Betroffene“ ist sehr weit gefasst. Dabei gibt es eine zentrale Herausforderung. Die Übergänge von psychosozialer Akuthilfe zu mittel- und längerfristigen Unterstützungsangeboten sind nach wie vor nicht gut geregelt. Wir brauchen hier Brückenfunktionen. Daran schließe ich eine nicht neue, aber noch immer aktuelle Empfehlung an. Auch das Hochwasser 2021 legt nahe, dass zentrale koordinierende Strukturen auf Bundes- und Länderebene in Kombination mit Vor-Ort-Präsenzangeboten hilfreich sein könnten, um eine solche Brückenfunktion zu schaffen. Es sollten regional angepasste Konzepte für eine anlassbezogene Ansprechstelle entwickelt werden, die für mindestens zwei Jahre eingerichtet werden soll.

Die Bedarfe von Betroffenen verändern sich in den Monaten nach dem Ereignis immer wieder. Darauf muss man fachlich qualifiziert reagieren können.

Die Struktur sollte aus gemeindenahen Hilfen bestehen, indem Kommunen vor Ort Hilfe installieren und verschiedene Anliegen Betroffener – administrativ, psychosozial, juristisch und versicherungstechnisch – direkt aufgenommen und beantwortet werden können. Der Vorteil für die Betroffenen besteht u. a. darin, dass sie durch eine zentrale Stelle Zugang zu sämtlichen geprüften und akkreditierten Angeboten erhalten können. Besonders im Ahrtal hat sich gezeigt, dass es in kürzester Zeit zu vielen unseriösen Angeboten kam. Ob ein Angebot zur psychosozialen Unterstützung seriös ist oder nicht, können Betroffene in einer solchen Situation nicht unterscheiden.

PSNV für Einsatzkräfte unterscheidet sich vor allem in dem Baustein der Primärprävention. Das sehen Sie auf dieser Folie in Grün. Die Maßnahmen, die hierzu beschrieben werden, sind vor allem „Qualität von Aus- und Fortbildung“, „Arbeits- und Organisationsstrukturen“, „Kontinuierlich eingesetzte psychosoziale Ansprechpersonen“, „Arbeitsklima“, „Betriebliche Gesundheitsförderung“ usw. Diese Maßnahmen können nur durch die Einsatzorganisation selbst geleistet werden.

Während die Prävention im Bereich der physischen Unfallverhütung sehr intensiv wahrgenommen wird, wird die Prävention von psychischen Verletzungen deutlich weniger ernst genommen. Nach wie vor wird primärpräventiv relativ wenig getan. Der Fokus liegt, wie auch die Flutkatastrophe im Ahrtal wieder gezeigt hat, in der Sekundärprävention und hier in der Einsatznachsorge. Es ist nach wie vor sehr schwer zu vermitteln, dass eine gute Einsatzvorsorge und die Fürsorge der Trägerorganisationen dafür sorgen, dass Einsatzkräfte mit weniger Stress in den Einsatz gehen und dann auch mit psychischen Belastungen besser umgehen können. Um hier Abhilfe zu schaffen, sollten in jeder Einheit kollegiale Ansprechpersonen zur Verfügung stehen, die sowohl Führungskräfte als auch Helfer beraten können.

Als Folge des Konsensusprozesses haben sich mittlerweile in fast allen Ländern Landeszentralstellen bzw. zentrale Ansprechpersonen für PSNV etabliert. Das Land Hessen richtet gerade noch die vorletzte verbliebene, noch nicht besetzte Landeszentralstelle ein. In Baden-Württemberg ist die Landeszentralstelle an der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal eingerichtet.

Bereits 2010 hat sich eine länderübergreifende Facharbeitsgruppe dazu konstituiert, deren Geschäftsstelle und ständiger Gast das BBK ist. Hier werden zwei Mal im Jahr Themen der PSNV diskutiert, mit dem Ziel, das bundeseinheitliche Vorgehen, das mit dem Konsensusprozess begonnen hat, fortzusetzen.

Wir begrüßen ausdrücklich die Entwicklungen im Gesetzgebungsprozess zur PSNV. Viele Landesgesetze oder Erlasse beinhalten mittlerweile PSNV-Aspekte. Seit August 2021 hat das Land Berlin ein eigenes PSNV-Gesetz, das sich in seiner Begründung ausdrücklich auf den Konsensusprozess bezieht.

13 Jahre nach dem Konsensusprozess kann man sagen, dass sich die PSNV im Hinblick auf Strukturen und Zentralstellen bundesweit flächendeckend entwickelt hat. Das ist jedoch weiterhin ein Bereich, der von einer großen Heterogenität und unterschiedlichen Akteuren geprägt ist.

2017 kam eine weitere Akteursgruppe hinzu. Die Bundesregierung setzte nach dem Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz einen Beauftragten für die Anliegen von Opfern und Hinterbliebenen von terroristischen Straftaten im Inland mit Geschäftsstelle beim Bundesministerium der Justiz ein. Fast alle Länder haben mittlerweile ebenfalls eigene Opferschutzstellen. Das ist zu begrüßen; denn dadurch steigt die

Sichtbarkeit für die Belange Betroffener. Auch die Opferschutzgesetzgebung hat sich verbessert.

Mit Schaffung der Stelle der Opferbeauftragten wurde eine weitere Institution geschaffen, die Aufgaben analog der PSNV übernahm. Ein abgestimmtes Konzept entstand jedoch nicht. Somit sind weder die jeweiligen Aufgabenbereiche noch die Schnittstellen beschrieben. Hier sehen wir in der Zukunft Handlungsbedarf.

Ressourcenorientierung hin zu einem bedarfsorientierten Ansatz: Seit zehn Jahren übertragen wir die Perspektive der PSNV in andere Bereiche im BBK: in das psychosoziale Krisenmanagement. Wir sind gestartet mit individualpsychologischen Bedarfen und haben die gleichen Fragen im Hinblick auf soziale Gruppen und auch gesamtgesellschaftlich gestellt. Wir arbeiten seit 2017 zu psychosozialen Aspekten in der Warnung und stellen grundsätzlich die Frage, wie Menschen in Krisen handeln.

Ich bin ganz froh, dass Professor Voss vor mir gesprochen hat. Insofern brauche ich eigentlich gar nichts mehr dazu zu sagen. Die Vorstellung von Panik ist von der empirischen Forschung zu keinem Zeitpunkt bestätigt worden und ist in der Annahme der Generalisierung falsch. Diese Annahme führt aber dazu, dass gerade aus dem politischen Raum immer sehr zurückhaltend kommuniziert wird, auch um keine Angriffsflächen zu bieten. Das ist natürlich gerade im Hinblick auf eine resiliente Gesellschaft, sagen wir mal, ungünstig. Wenn man grundsätzlich davon ausgeht, dass die Reaktion auf Krisen nicht angemessen ist, dann beeinflusst das auch die Kommunikation sowie die Unterstützungs- und Beteiligungsangebote.

Wir haben uns ein bisschen wegbewegt, analog zur PSNV, und einen Perspektivwechsel vollzogen, weniger „Was wollen wir eigentlich kommunizieren?“, hin zu „Was wird eigentlich gerade gebraucht?“. Wir versuchen, hier eine Standardisierung zu schaffen, um das Wissen in die Prozesse des Krisenmanagements einzubringen, und entwickeln seit 2021 eine neue Fachlage Bevölkerungsverhalten. Wir erheben dazu Daten zu Wissen und Risikowahrnehmung, Akzeptanz staatlicher Maßnahmen, Resilienz und Vertrauen. Wie wichtig Vertrauen ist, wurde heute schon mehrfach angesprochen. Wir formulieren auch Empfehlungen dazu. Wir sind noch in der Konzeptionsphase, bringen diese Fachlage aber bereits in das nationale Lagebild des Gemeinsamen Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz ein.

Ich fasse jetzt einmal zusammen. Auch das Thema Warnung wurde hier schon mehrfach angesprochen, auch was die Mehrsprachigkeit und Menschen mit Migrationsgeschichte betrifft. Wir haben beispielsweise in der Rhein-Neckar-Region ein Beteiligungsprojekt dazu durchgeführt – das war sehr interessant –, mit Menschen der türkischen Communitys in Mannheim und Ludwigshafen. Wir haben dazu auch ein Empfehlungspapier entwickelt. Es geht darum, bei der Warnung erst einmal Wahrnehmungsbarrieren abzubauen. Deswegen wurde das Modulare Warnsystem vor zwei Jahren mehrsprachig umgesetzt. Wir richten den Blick auf den Bedarf und die Bedarfsorientierung, auch in unterschiedlichen Arbeitsbereichen bei uns im BBK.

Auf dieser Folie sehen Sie etwas zum Beteiligungsverfahren. Wir haben gerade eine Handreichung mit Informationen veröffentlicht: Wie reagieren Menschen auf eine Warnung, und welche Texte brauchen wir, um eine angemessene Reaktion zu unterstützen?

Jetzt komme ich zu den Empfehlungen:

PSNV ist nach wie vor von einer großen Heterogenität und von einem großen persönlichen Engagement der beteiligten Personen sowie Organisationen geprägt und ist nach wie vor fast durchgehend ehrenamtlich.

Wir brauchen eine belastbare gesetzliche Grundlage, Regelungen zur Freistellung und zum Verdienstausschlag. Ausbildungen sind wichtig, auch für die Qualitätssicherung.

Gewähren Sie der Prävention die Aufmerksamkeit, die ihr zusteht. Es ist selbstverständlich, dass Menschen mit Traumafolgestörungen eine adäquate und professionelle Hilfe zuteilwird. Prävention ist aber ebenso wichtig und wird zu selten in ihrem Stellenwert erkannt.

Vor dem Hintergrund der Diskussion zur Zeitenwende erlauben Sie mir auch eine persönliche Einlassung. Es gehört auch ein Gefühl der Sicherheit im Hinblick auf Einsatz- und Aufgabenfelder dazu. Einsatzkräfte der kommunalen Feuerwehren haben eingeübte Abläufe und vertraute Rahmenbedingungen beim Brandschutz und bei technischer Hilfeleistung.

Es sollte aber auch darüber gesprochen werden, was die konkreten Aufgaben und strukturellen Rahmenbedingungen sind: bei radiologischen Zivilschutzlagen, bei Stromausfällen, bei Raketenangriffen. Mein Eindruck ist, dass die Kommunikation hier noch um einiges verbessert werden kann.

Die Übergänge von psychosozialer Akuthilfe zu mittel- und längerfristigen Unterstützungsangeboten müssen besser geregelt werden. Hier brauchen wir Brückenfunktionen. Entwickeln Sie Konzepte für anlassbezogene Ansprechstellen. Wenn die in einer Krise nicht vorliegen, kann man sie nicht ad hoc umsetzen.

Die Zusammenarbeit zwischen PSNV-Strukturen und Opferschutz sollte beschrieben werden. Hierzu gehören Tätigkeit, Abgrenzungen und Schnittstellenbeschreibungen. Undefinierte Übergänge schaden den Betroffenen.

Schaffen Sie eine evidenzbasierte Grundlage zum Wissen über psychosoziale Bedarfe, Informationsbedarfe und zum Bevölkerungsverhalten. Eine Möglichkeit zum Erkenntnisgewinn sind Beteiligungsverfahren. Menschen sind kein passives Schutzgut, sie sind Sicherheitspartner.

Richten Sie den Fokus auf Ressourcen, nicht auf Defizite. Ob wir dann krisenfest werden, weiß ich nicht, aber vielleicht etwas krisenfester.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Schopp. – Dann geben wir das Wort direkt weiter an Herrn Heuberg von der International Search and Rescue Germany Stiftung gGmbH.

(Eine Präsentation [Anlage 4] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Heuberg: Sehr geehrter Herr Vorsitzender Salomon, sehr geehrte Enquetekommission, liebe Damen und Herren! Ich kann mich meiner Vorrednerin nur anschließen. Ich freue mich sehr, dass wir als I·S·A·R Germany heute hier sein dürfen, um der Enquetekommission hauptsächlich zwei Fragen zu beantworten.

Zu meiner Vorrednerin muss ich sagen: Wir haben natürlich ein PSU-Team, also psychosoziale Unterstützung, damit unsere Kolleginnen und Kollegen, wenn sie aus einem Einsatz kommen, sofort aufgenommen werden und vom Flughafen nicht direkt nach Hause fahren, sondern erst diesem Team zugeführt werden. Nach dem Erdbeben in der Türkei gab es sicherlich Gesprächsbedarf für den einen oder anderen, der dort bis zu 100 Stunden im Loch war, sage ich mal, und versucht hat, eine verschüttete Frau zu retten.

Ich möchte Ihnen I·S·A·R Germany im Schnelldurchgang vorstellen. Auf dieser Folie sehen Sie unsere Aufgabengebiete und unsere Teamstärken, die wir haben. Wir haben „Search and Rescue“ an die Nummer 1 gesetzt. Damit leisten wir nach Katastrophen wie Erdbeben, Tsunamis und Fluten Katastrophenhilfe. Wir haben ein von der WHO zertifiziertes Medical-Team. Es fährt hinaus, ist bis zu 35 Mann stark und kann bis zu 20 Tage erste medizinische Hilfe leisten, bis hin zu kleinen OPs.

Wir haben die Inlandshilfe und den Katastrophenschutz. Wir können auch im Inland angefordert werden. Wir haben z. B. Fachberater – darauf komme ich gleich noch zu sprechen – und bieten unsere Fachexpertise an, wenn sie benötigt wird. Auch haben wir die humanitäre Hilfe für bedarfsorientierte Folgeinsätze nach Katastrophen.

Dann unsere Stärken: Wir sind schnell. Wir alle sind Ehrenamtler und haben eine gute Alarmierungskette. Schon sechs Stunden nach einer Alarmierung sind wir einsatzbereit, meist von Frankfurt Airport und neuerdings von Köln-Bonn aus.

Wir sind kompetent. Unsere Mitglieder sind durchweg Spezialisten in ihrem Fach. Wir sind eine NGO, also eine Nichtregierungsorganisation. Diese Spezialisten setzen sich aus Feuerwehrleuten, Notärzten, Rettungsassistenten, Notfallsanitätern, Krankenschwestern, Bauingenieuren und Statikern zusammen. Die müssen aber noch extra geschult werden; denn ein Statiker kann ein Haus nur beurteilen, wenn das noch steht. Wenn man einen Statiker fragt, ob man in ein eingestürztes Haus gehen darf, dann sagt er: „Das kann ich nicht sagen.“ Die werden zu Schadenplatzberatern ausgebildet, die schauen können: Ist das für unsere Leute noch interessant? Können die überhaupt noch einigermaßen gefahrlos hineingehen? Was passiert bei einem Nachbeben? Dafür haben wir Spezialisten, die wir auch im Inland gern zur Verfügung stellen, wenn irgendwo eine Katastrophe passiert.

Wir sind autark. Wir entscheiden selbst, ob wir in einen Einsatz gehen oder nicht. Voraussetzung dafür ist aber immer, dass wir mindestens ein Request des betroffenen Landes haben. Wir müssen nicht auf ein internationales Hilfeersuchen warten, mit dem manche Länder manchmal ganz schön lange auf sich warten lassen. Wenn jemand internationale Hilfe haben will, heißt es immer: „Wir können das selbst bewältigen.“ Nein, eine Katastrophe kann man nicht selbst bewältigen. Wenn ein Haus nach einer Gasexplosion einstürzt, dann kann das die Feuerwehr Stuttgart schon. Aber bei einem starken Erdbeben wie zuletzt in der Türkei und in Syrien sind Länder total überfordert. Da ist die halbe Welt im Einsatz und dann auch gefragt. Wir entscheiden dann, wen und was wir da einsetzen können.

Wir sind zertifiziert, zum einen von den Vereinten Nationen als Search-and-Rescue-Team und zum anderen von der WHO als Emergency-Medical-Team.

Wir haben ein internationales Netzwerk und wirken in INSARAG mit. Das ist eine Unterorganisation der Vereinten Nationen wie das Kinderhilfswerk, Misereor usw., also Organisationen, die sich mit Katastrophen beschäftigen. D-A-CH-L ist ganz einfach: Deutschland, Österreich, Schweiz und Luxemburg. Die deutschsprachigen Länder treffen sich ein Mal im Jahr. Deutschland, Österreich und die Schweiz waren übrigens weltweit die Ersten, die gesagt haben: „Wir müssen jetzt Strukturen schaffen. Wer möchte im Krisengebiet helfen?“ Der muss aber bestimmte Voraussetzungen haben. Da muss alles strukturiert vonstattengehen. Dann haben wir noch die WHO, bei der wir als Emergency-Medical-Team mitwirken.

Bei nationalen Einsätzen bieten wir die Vermisstensuche, Rettungshunde, Ortungstechnik und Fachberater an. Wir haben das ganze Portfolio mit Wärmebildkameras, Zoomkameras, Kameradrohnen und den Rettungshunden, als unsere schnellsten Helfer.

In internationalen Einsätzen sind wir genauso gefragt. Wir haben schon eine ganze Reihe von internationalen Einsätzen gemacht. Ich selbst war schon bei zehn oder elf Einsätzen dabei.

Auf dieser Folie sehen Sie, wie ein Lager aussieht, wenn wir üben. Üben müssen wir schon. Dieses Lager ist nicht ganz so groß. Wir brauchen zu 2 500 m², auch in einem betroffenen Land, um autark arbeiten zu können und uns da aufzustellen.

Auf diesem Bild sehen Sie die Base of Operation auf den Philippinen. Das sieht ein bisschen unkoordiniert aus, weil der Platz vor der zerstörten Kathedrale nicht so groß ist.

Zur Einsatzkoordination international: Wir arbeiten auch mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt zusammen. Hier sehen Sie unsere Drohne, die wir zur Verfügung gestellt haben. Mittlerweile haben wir auch Helmkameras, die wir gerade testen, um so auch direkt vor Ort zu orten und alle GPS-Daten herüberzubringen.

Auf dieser Folie sehen Sie einen Auszug mit den Einsätzen, die wir gemacht haben. Man kann das alles nachlesen.

Die Fragestellung der Enquetekommission war: Mit welchen Herausforderungen wird I·S·A·R Germany in Planung und Durchführung von Einsätzen konfrontiert? Wie sollte sich Baden-Württemberg für den Fall vorbereiten, dass internationale Hilfe für eine Schadenslage angefordert werden muss?

Ich komme zunächst zu der ersten Frage. Als Erstes müssen wir entscheiden: Einsatz, ja oder nein? Wie wird sich das entwickeln? Wir können mit unserer Entscheidung nicht zu lange warten. Wenn sich die Nachrichten wie in der Türkei so explosionsartig entwickeln und wir erst einmal gesagt hätten, I·S·A·R Germany monitort die Situation, dann können wir das zwar machen, das bringt uns aber nicht weiter. Die sechs oder acht Stunden, die wir dann zögern, fangen wir nicht mehr auf.

In der Regel müssen wir schon ein internationales Hilfeersuchen von den Vereinten Nationen haben. Wir machen keine Invasion. Wir gehen nicht einfach hin und sagen: „Hallo, da sind wir. Ihr braucht sicherlich unsere Hilfe“, sondern wir brauchen eine Anforderung. Dazu reicht für eine private Organisation manchmal auch ein Request des betroffenen Landes.

Dann stellen wir uns Fragen: Schicken wir ein Vorausteam? Wenn die Lage doch nicht so stark ist, haben wir nicht so viel Zeit investiert, nicht so viel Geld ausgegeben und können wir die Lage schnell wieder zurückfahren. Wir haben aber auch die Möglichkeit, wenn wir dann ein SAR- oder ein Medical-Team oder sogar alle zusammen schicken, dass schon ein Vorausteam dort ist, um vor Ort banale Sachen zu klären wie: Woher bekommen wir unseren Sprit? Woher bekommen wir Transport-Lkws? Wie kommen wir vom Flughafen in das Einsatzgebiet usw.?

ILZ eröffnen? ILZ steht für Informations- und Lagezentrum. Das ist für uns ganz entscheidend – wie die Leitstelle für die Feuerwehr. Das ist dann 24 Stunden lang be-

setzt. Das ILZ macht die Flüge klar, kümmert sich um die tägliche Pressearbeit und die Angehörigen. Jeden Abend findet eine Telefonkonferenz statt, bei der die Angehörigen unterrichtet werden, was gerade passiert ist, wo sich die Einsatzkräfte befinden und wie es ihnen geht.

Die Mitglieder müssen alarmiert werden. Wir müssen Flüge organisieren. Von wo fliegen wir?

Auch müssen wir die IATA-Vorschriften beachten. Das sind die Gefahrgutvorschriften für bestimmte Länder. Man darf beispielsweise Medikamente, aber keine Opiate mitnehmen, die man aber für eine Narkose dringend braucht. Insofern muss man sich etwas einfallen lassen. In Bezug auf die IATA-Vorschriften kann man sich entweder eine Spedition holen, die richtig viel Geld kostet, oder man bildet selbst Leute aus, die alle zwei Jahre fortgebildet werden müssen, weil sich die IATA-Vorschriften ständig ändern. Wir schicken ehrenamtliche Leute dorthin. Die machen eine ganze Woche lang einen Crashkurs am Frankfurter Flughafen, um sich das Ganze einzubläuen, damit in dem betroffenen Land alles mit rechten Dingen zugeht. Die wollen auch ihre Papiere haben. Das muss alles gewährleistet sein.

Dann müssen wir uns über das betroffene Land, über die Kultur informieren. Das machen wir meistens über die CIA. Man höre und staune. Jeder kann darauf zugreifen: cia.gov. Dort erfahren Sie alles über Deutschland, was Sie noch nicht wussten, was die Amis alles mit uns machen. Das wird alle sieben Tage aktualisiert.

Wir brauchen Devisen.

Wir müssen zum Flughafen kommen. Wenn wir von Duisburg aus starten, wo unser Stammsitz ist, bringt meistens die Feuerwehr Duisburg das ganze Gepäck zum Flughafen, sowohl die Berufsfeuerwehr als auch die Freiwillige Feuerwehr Duisburg. Die Flughäfen Frankfurt und Köln-Bonn unterstützen uns dabei in ganz hervorragender Weise. Die Mitglieder kommen direkt zum Flughafen. Wir haben sehr viele Mitglieder, auch aus Baden-Württemberg. Wir freuen uns sehr darüber, dass sie immer große Strapazen auf sich nehmen und auch zu den Übungen kommen. Wir haben im April zwei Übungen. Die fahren am Wochenende auf ihre eigenen Kosten immer an den Niederrhein.

Gesundheitscheck, Impfstatus und Reisepass: Man kann nicht einfach sagen: „Ich möchte da mitspielen“, sondern vor dem Abflug untersucht einer unserer Ärzte jedes Mitglied körperlich und spricht mit ihm. Der Impfstatus und die Reisepässe werden kontrolliert, damit wir nicht irgendwelche Schwierigkeiten bekommen.

Wie sollte sich Baden-Württemberg vorbereiten? Baden-Württemberg hat, wie alle Bundesländer, auch Bezirksregierungen, Regierungsbezirke bzw. Regierungspräsidien. Soweit ich weiß – zumindest in NRW ist es so –, ist dort überall ein Krisenstab

angesiedelt. Die Krisenstäbe – das haben wir in NRW und auch in der Stadt Duisburg festgestellt – müssen geschult werden.

Wir haben in Deutschland, so glaube ich, genug Ressourcen. Wir wissen das nur nicht bzw. nutzen sie nicht richtig. Die Katastrophe im Ahrtal hat uns das wieder gezeigt. Davon waren zwei Bundesländer betroffen. Das Problem war ja nicht, dass die alle nichts können. Die waren schlicht mit der Lage überfordert. Man muss so etwas einfach schulen. Schulungen gibt es in ganz Deutschland, an den Instituten der Feuerwehren oder an den Landesfeuerweherschulen. Ich denke dabei auch an das BBK und an die AKNZ, die Katastrophenschutzschule in Ahrweiler.

In einer ehemaligen Kaserne in Mosbach in Baden-Württemberg ist jetzt das TCRH von unserem Partner, dem Bundesverband Rettungshunde e. V. TCRH steht für Training Center Retten und Helfen. Dort ist ein großes Szenario aufgebaut. Man kann mit Rettungshunden, mit allem Möglichen riesige Trainings machen. Die Polizei macht dort Trainings. Man kann dort auch Krisenstäbe trainieren, sogar über mehrere Tage hinweg. Dort lassen sich Leute einschließen. Die bekommen Szenarien eingespielt und müssen dann schauen: Wie ordne ich jetzt an? Wie wird ein Krisenstab, der vielleicht über drei, vier, fünf Wochen funktionieren muss, richtig aufgebaut?

Viele haben jetzt in Zeiten der Pandemie gelernt, was Krisenstabsarbeit heißt. Ich finde, darauf müssen sich alle Bundesländer vorbereiten. Es müssen auch Schulungen durchgeführt werden. Das ist aber ganz schwierig. Je höher man in der Hierarchie kommt, desto seltener findet man Leute, die sich schulen lassen. Das kann man dort unter Ausschluss der Öffentlichkeit tun. Da macht sich keiner zum Affen. Ich finde, es ist ganz wichtig, dass so etwas gemacht wird.

Wir brauchen eine Liste der verschiedenen NGOs im Land. Es gibt ja ganz viele Nichtregierungsorganisationen. Vorhin war von Ehrenamtlern die Rede. Auch wir sind Ehrenamtler. Der Bundesverband Rettungshunde ist über das ganze Bundesgebiet verteilt. Auch das sind Ehrenamtler. Ihre stellvertretende Vorsitzende ist beim DRK Kirchheim und Ihr Vorsitzender bei der DLRG tätig. Man muss die Ehrenamtler einbinden. Man muss schauen: Wen haben wir? Welches Portfolio habt ihr? Was könnt ihr mir anbieten? Können wir mal zusammen üben? Dazu gehört auch die Überprüfung. Ich kann nicht einfach sagen: Ihr seid die Rettungsschwimmer, dann ist das schon gut.

Dann muss man ein Kataster entwickeln. Man muss Fachberater ausbilden, die man zurate ziehen kann, und zwar jetzt und nicht erst dann, wenn etwas passiert ist. Wir stehen bei so etwas gern zur Seite.

Bei den anerkannten Instituten, z. B. der Katastrophenschutzschule, werden schon ganz tolle Lehrgänge angeboten. Das muss man einfach sagen.

Es gibt das Landeskommmando Baden-Württemberg in Stuttgart. Die Bundeswehr hat ganz viele Reservisten, die geschult sind, um Städte, Gemeinden, Landkreise und auch Bundesländer zu unterstützen. Die haben das ganze Know-how und das Equipment. Die wissen beispielsweise, was sie alles von der Bundeswehr anfordern können. Man gibt demjenigen einen Tipp, dann schaut er da hinein, und alles wird gut.

Ich glaube, dass auch Sie in Baden-Württemberg schon ganz viel haben – natürlich nicht nur Baden-Württemberg, sondern die anderen 15 Länder genauso. Sie müssen das einfach nur nutzen und für den Ernstfall trainieren. Alle sind gut aufgestellt. Nehmen Sie einfach die Ressourcen wahr; nutzen Sie Ihre ehrenamtlichen Mitglieder. Dann steht dem Ganzen nichts mehr im Weg.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Heuberg. – Ich hätte Ihnen jetzt noch viel länger zuhören können. Aber wir haben ja noch eine Frage-und-Antwort-Runde. Wir beginnen mit Frau Abg. Cataltepe von der Fraktion GRÜNE.

Abg. Ayla Cataltepe GRÜNE: Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Auch Ihnen ganz herzlichen Dank, Frau Schopp und Herr Heuberg, dass Sie heute da sind. Meinen herzlichen Dank auch für die Unterstützung Ihrer Organisationen.

An Frau Schopp habe ich einige Fragen. Uns interessieren die ausgearbeiteten Standards. Wie gelangen die ausgearbeiteten Standards, die Sie haben, an die Personen? Wo braucht es Unterstützung und strukturelle Maßnahmen, damit das Wissen und die Fähigkeiten an die entsprechenden Personen vermittelt werden?

Eine weitere Frage: Sie sprachen auch über die Bedeutung der Kommunikation und der Begrifflichkeit, die überaus wichtig ist, gerade in einer Katastrophe oder in einem Krisenfall: eine leichte und verständliche Sprache. Wie bewerten Sie die Kommunikation, z. B. über die aktuelle Klimakrise, die wir haben? Welche Empfehlungen würden Sie für diese und weitere Krisen konkret ableiten? Wo müssen wir als Land Baden-Württemberg besser werden und uns vielleicht noch stärker auch in den Strukturen vernetzen?

Jetzt möchte ich Ihre internationale Tätigkeit mit der Tätigkeit im Inland auch mit der Gesellschaft im Inland verbinden. Das ist eine Frage, die mir sehr wichtig ist. Wir haben bei der Erdbebenkatastrophe erlebt, Herr Heuberg, dass die Betroffenen im Ausland, in der Türkei und in Syrien, Angehörige hier im Inland haben und dass die Angehörigen ohnmächtig vor dieser Situation stehen. Viele wollten am liebsten in den Flieger und selbst vor Ort unterstützen und helfen. Diese Ohnmacht ist auch eine

Form von psychosozialer Krise, die unsere Gesellschaft erlebt, nämlich insofern, als sie dann nicht mehr arbeiten gehen oder nicht mehr am Alltag teilnehmen kann. Sie hat Gedanken, die sie nicht mehr handlungsfähig machen. Wie können wir die Angehörigen im Inland bei einem Katastrophenfall im Ausland bestmöglich unterstützen, damit sie dieses Ohnmachtsgefühl nicht haben bzw. in dieser Situation bestmöglich unterstützt werden können? Wohin müssen sie sich als Erstes wenden? Was kann der Staat, was kann die Gesellschaft, was kann die Verwaltung tun? Welche Institutionen müssen da als Erstes greifen?

Mir hat bei den Sprachen, die Sie zur Kommunikation benannt hatten, z. B. bei der Warn-App NINA, die Sprache Kurdisch gefehlt. Die ist insofern sehr wichtig: Wir haben in der Pandemie erlebt, dass diese Sprache auf der Homepage des Bundesgesundheitsministeriums gefehlt hat und dass Menschen mit kurdischer Sprache nicht wussten, wie sie sich in der Pandemie zu verhalten haben. Gibt es Überlegungen, auch diese Sprache aufzunehmen, auch im Hinblick auf viele geflüchtete Menschen aus dem Nordirak, die vorwiegend nur Kurdisch sprechen?

Auch an Herrn Heuberg habe ich einige Fragen. Wie können, wie müssen wir uns auf internationale Incoming Assistance vorbereiten? Ist eine Rahmenempfehlung, wie z. B. die in Niedersachsen, für uns hilfreich?

Mich würden sehr Ihre Erfahrungen bei Inlandseinsätzen interessieren, wie wir das konkret für unser Bundesland Baden-Württemberg einsetzen können.

Das Wichtigste, das wir bei den Referentenvorträgen immer wieder hören, ist die Kommunikation. Wir haben die Strukturen. Ich bin dankbar, dass wir so starke Organisationen haben, die sich massiv für ihre humanitäre Aufgabe einsetzen. Aber wie können wir es schaffen, dass Ihre Organisationen in der Gesellschaft sichtbarer werden, dass sie angerufen werden, Kontakte bekommen und insofern sofort in Handlungen gehen können?

Ich möchte noch eine Anmerkung machen. Sie haben gesagt, die internationalen Einsätze vor Ort erforderten diese und jene Strukturen. Ich glaube, Sie haben international schwierigere Einsätze, weil dabei auch die Staatsform eine große Rolle spielt, also die dortige Regierung, die im Katastrophenfall etwas verhindert, weil sie den internationalen Kräften leider Gottes kein Vertrauen schenkt. Ich denke jetzt nur an den Einsatz bei der Erdbebenkatastrophe, bei dem Sie stundenlang warten mussten, bis die Regierung in der Türkei die Genehmigung für eine Satellitenanlage für die Kommunikation erteilt hat. Haben wir die entsprechenden Strukturen bei solchen Schwierigkeiten? Ich meine jetzt nicht von der Staatsform her. Verstehen Sie mich nicht falsch. Wir haben eine Demokratie, die funktioniert, aber die müssen wir unterstützen. Uns ist wichtig zu wissen, ob Sie im Inland trotzdem Kommunikationsschwierigkeiten erwarten müssen, unabhängig von der Staatsform, und was wir da besser machen können.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Ich darf noch einmal darauf hinweisen, die Fragen sehr präzise und möglichst mit einem Bezug zur Enquetekommission zu stellen. – Jetzt erhält Herr Abg. Dr. Miller von der CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich versuche, es recht kurz zu machen.

Frau Schopp, vielen Dank auch für die historische Einordnung. Für uns war es ganz wichtig, ab wann man sich in Deutschland darüber Gedanken gemacht hat.

PSNV ist oft auch die Nachsorge. Sie haben gesagt, es gebe auch präventive Ansätze. Vielleicht könnten Sie noch etwas dazu ausführen: Wie sehen Sie, gerade wenn wir über Resilienz sprechen, die präventiven Ansätze zur Verstärkung? Wie kann sich das in der Zukunft durch die sozialen Medien vielleicht entwickeln, oder wie hat sich das schon entwickelt? Die Einsatzkräfte haben ja immer mehr Herausforderungen, durch Filmen am Einsatzort usw., die auch psychisch belasten können. Wie geht man damit um? Was würden Sie uns da empfehlen, oder machen Sie das alles schon im BBK? Dann wäre das auch eine gute Antwort.

Sie haben auf einer Folie die Beteiligung vor und während der Krise gezeigt. Vielleicht könnten Sie noch ausführen, was genau Sie damit meinen. Ich denke, eine Beteiligung in einem Katastrophenszenario ist schwierig, je nachdem, wen man beteiligen muss.

Herr Heuberg, vielen Dank für den Vortrag. – Sie sind eine international sehr erfahrene Einsatzkraft. Vielleicht könnten Sie uns aus Ihrer Erfahrung sagen, wie das Ganze in anderen Ländern funktioniert. Was können Sie uns aus Ihren Erfahrungen aus anderen Ländern mitteilen, wo etwas im Katastrophenschutz besser läuft oder wo wir etwas überdenken müssen. Sie haben ja ein sehr positives Bild gezeichnet. Auch ich sehe das so. Ich glaube, wir haben sehr viele sehr motivierte und engagierte gute Leute und im Grunde genommen auch eine gute Ausstattung. Aber vielleicht gibt es doch noch etwas, was Ihnen in einem Land aufgefallen ist und Sie bisher bei uns noch nie gesehen haben, was aber für einen funktionierenden Katastrophenschutz hilfreich wäre.

Abg. Florian Wahl SPD: Auch von unserer Seite herzlichen Dank für die Impulse. – Ich habe zwei Fragen an Sie, Frau Schopp. Ich habe mit großem Interesse das Projekt MALUmat gesehen. Ich glaube, die Evaluation dazu steht noch aus, oder?

(Sv. Frau Schopp: Ist fertig!)

– Ist fertig; umso besser. Vielleicht könnten Sie noch darauf eingehen, was wir, die Enquetekommission, daraus lernen und aufnehmen könnten, gerade was die Verständlichkeit von Warnungen und die Frage angeht, wie Bürger am besten informiert

werden könnten. Das ist ja ein Projekt, das sich ganz explizit u. a. mit baden-württembergischen Rahmenbedingungen auseinandersetzt. Das wäre auf jeden Fall von Interesse.

Die andere Frage ist, inwiefern es aus Ihrer Sicht sinnvoll wäre, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeszentralstelle der PSNV schon frühzeitiger in die Lagezentren und Krisenstäbe zu involvieren, oder wie das stattfindet. Vielleicht könnten Sie dazu noch etwas sagen.

Herr Heuberg, meine Kollegin Dorothea Kliche-Behnke und ich konnten uns ziemlich genau heute vor einem Jahr über die Arbeit von I·S·A·R Germany an der polnisch-ukrainischen Grenze informieren und haben gesehen, welche hervorragende Arbeit von Ihnen geleistet worden ist. Wir haben dies dort besucht und auch ganz hautnah erlebt. Da Sie international tätig sind, möchte ich wissen: Gibt es Sachen, die auch für Ihre Organisation wichtig wären, die wir landesspezifisch tun könnten? Das ist für uns als Enquetekommission des Landes wichtig, die auch einen Bericht verfasst, der dann vor allem im Wirkungskreis des Landes ist. Sie haben ein paar Sachen global zu den Krisenstäben gesagt. Haben Sie Baden-Württemberg-Spezifika beobachtet, die wir – anschließend an das, was der Kollege Dr. Miller gesagt hat – im Vergleich zu anderen Bundesländern eventuell hinbekommen sollten?

Danke schön.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Vielen Dank, Frau Schopp und Herr Heuberg, für die Ausführungen und die Erfahrungsberichte. – Es ist schon angeklungen: Eine Krise tritt ein. Wie reagieren wir, und was tun wir da? Ich habe mich ein bisschen in den Vortrag von Herrn El-Kordi – Sie waren da ja schon hier – zurückgesetzt gefühlt. Er hat auch davon gesprochen, dass die Reaktion auf Krisen entscheidend ist und dass man sich darauf vorbereiten muss, und zwar in dem Dreiklang Stressresistenz, Regenerationsfähigkeit und Rekonfiguration. Vielleicht könnten Sie versuchen, das in diesen Kontext einzuordnen, und uns sagen, in welchem Bereich Sie das größte Potenzial sehen und wie wir das dann auch erreichen können.

Meine zweite Frage geht in eine ähnliche Richtung, wie es der Kollege Miller schon gefragt hat: Wo haben wir Best-Practice-Beispiele im Ausland? Ich möchte das gern auf Sie beide erweitern; denn auch Sie, Frau Schopp, haben Erfahrungen, was Einsätze im Ausland bzw. Angehörige angeht, und wissen, wie man mit den Erfahrungen umgeht. Welche Möglichkeiten haben wir, vom Ausland zu lernen, was dort sehr gut funktioniert?

Bei der Eröffnung des Handlungsfelds „Staat und Verwaltung“ hatten wir auch den Innenminister hier. Er hat gesagt: Üben, üben, üben. – Das ist heute schon zwei Mal gefallen. Dem kommt eine große Bedeutung zu. Das sehe auch ich absolut so. Vielleicht könnten Sie da noch ein bisschen konkreter werden: Heißt „Üben, üben, üben“ Üben in der Gruppe oder auch ganz aktives und bewusstes Üben mit der Bevölke-

rung, mit Bevölkerungsgruppen, um das entsprechende Wissen in die Fläche zu bringen?

Beispiel Schule: Wir hatten nach verschiedenen Amokläufen in den USA einmal die Tendenz – ich weiß nicht, ob das aktuell noch immer umgesetzt wird –, Amokübungen in den Schulen zu machen. Ich glaube, das hat man irgendwann nur noch mit Lehrkräften gemacht, damit die wissen, wie sie reagieren müssen. Da ist die Frage: Schaffen wir damit mehr Ängste, oder müssen wir tatsächlich auch Extremsituationen üben, die überhaupt nicht im Erfahrungsschatz der Jugendlichen in den Schulen liegen?

Thema KI: Inwieweit können wir es schaffen, uns KI zunutze zu machen im Sinne von Lernen aus Krisenerfahrungen? Wir haben auch den Ansatz: Wir wollen Krise nicht nur auswendig lernen und dann, wenn die gleiche Krise wiederkommt, die gleichen Abläufe nachempfinden, sondern die nächste Krise wird ja eine andere Krise sein. Kann KI helfen, Abläufe in neue Rahmenbedingungen zu übersetzen? Vielleicht könnten Sie dazu etwas sagen.

Herr Heuberg, Sie sind auch von Infrastruktur vor Ort abhängig. Sie bringen Ihre eigene Infrastruktur mit; denn Sie wissen ja nicht, was vorhanden ist. Wir haben im Ahrtal auch gesehen, dass die Kommunikation schwierig war – Funk, Telefon. Inwieweit spielt das in den Überlegungen eine Rolle, bzw. wie lösen wir dieses Problem in Zukunft, auch was Einsatzfahrzeuge angeht? Das soll jetzt gar nicht platt sein: Können wir solche Krisen mit Elektromobilität bewältigen, oder ist da doch ein anderer Antrieb nötig? Ich meine das wirklich ernst. Das ist jetzt keine Diskussion, weil ich als Liberaler – – Diese Diskussion kennen wir. Die wird auch an anderer Stelle geführt. Es ist mir schon wichtig, darauf hinzuweisen. Wenn Sie dazu eine Aussage treffen könnten, fände ich das gut.

Wenn wir schon beim Ahrtal sind: Wir haben mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Rheinland-Pfalz gesprochen. Auch dort gibt es eine Enquetekommission. Die haben ganz speziell das Thema Zuständigkeiten angesprochen. Auch das ist vorher schon gefallen: Der Katastrophenfall wird ausgerufen, und dann gibt es Zuständigkeiten. Im Ahrtal gab es das Problem, dass die Zuständigkeiten nicht geklärt waren. Der Bürgermeister hätte entscheiden müssen, hat es aber nicht gedurft, weil aufgrund der Lage zu diesem Zeitpunkt das Landratsamt entscheiden musste. Wie sehen Sie diese Problematik? Wir haben ja ganz speziell auch das Thema Naturkatastrophen.

Abg. Carola Wolle AfD: Frau Schopp, Herr Heuberg, das waren sehr spannende Vorträge. – Zunächst möchte ich eine Frage an Frau Schopp stellen. Sie haben davon gesprochen, dass wir die Kompetenzen bei den Bürgern ausbilden müssen. Welche meinen Sie damit konkret, und wie wäre dies möglich?

Dann haben Sie davon gesprochen, die Vorbereitung führe nachweislich dazu, dass eine belastende Situation besser verarbeitet werde und die Leute nicht erkrankten.

So habe zumindest ich das interpretiert. Das betrifft die Feuerwehr, das Deutsche Rote Kreuz usw. usf. Wie findet das statt? Wohin kann man sich wenden, damit sich auch die Leute vor Ort vorbereiten können? Kann man da Kurse belegen? Das muss sinnvollerweise in die Breite gebracht werden; denn es kann ja überall mal eine Katastrophe kommen.

Des Weiteren haben Sie davon gesprochen, dass sich die Aufgabe der Opferschutzbeauftragten und Ihre Aufgabe im Grunde genommen überschneiden und dass es da keine Abstimmungen gibt. Was können wir tun, damit es an der Stelle eine Abgrenzung und keine Überschneidung von Kompetenzen gibt, wenn das tatsächlich so ist? Ich gehe davon aus, dass das so ist. Es ist ziemlich schlecht, wenn zwei Organisationen im Grunde genommen die gleiche Aufgabe haben. Letztlich geht es darum, wer verantwortlich ist.

Herr Heuberg, Sie haben sehr viele Auslandseinsätze durchgeführt und haben gesagt, Sie wenden sich dahin und dorthin. Eine ganz einfache Frage: Wie kann man Ihre Erfahrungen am einfachsten in eine Krise im Inland übersetzen – sprich: sogar nach Baden-Württemberg?

Sie haben davon gesprochen, dass wir Krisenstäbe haben und Leute dafür ausbilden müssen: Welche Tiefe, welche Ausrichtung, und wie viele?

Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Dann geben wir das Wort wieder unseren Sachverständigen. Frau Schopp, probieren Sie bitte, Ihre Antworten jetzt nach Möglichkeit in sieben Minuten zu geben. Dann könnte es nämlich noch eine zweite Runde geben. Das soll jetzt kein Druck auf Sie sein. Aber sieben Minuten wären schon optimal.

Sv. Frau Schopp: Okay, ich gebe alles. – Da ich kaum clustern kann, gehe ich von oben nach unten.

Die erste Frage war: Wie können wir die Mindeststandards und Leitlinien vermitteln? Sie sind allgemein bekannt und auch in die Ausbildung implementiert. Jede Art von Ausbildung, die in der PSNV in Deutschland stattfindet, gründet sich auf diese Standards. Das Problem ist gar nicht so sehr, dass sie nicht bekannt sind, sondern dass sie dann in einer Krise teilweise nicht umgesetzt oder dass in den einzelnen Ländern dann doch Sonderwege gegangen werden. Das fängt bei so banalen Sachen wie Westen an, die da lilafarben sind und dort eine andere Farbe haben. Wenn wir große Lagen wie im Ahrtal haben und wir Unterstützungseinheiten bekommen, z. B. aus Hamburg, dann laufen alle mit unterschiedlich farbigen Westen über das Einsatzgebiet. Das ist ein sehr greifbares, banales Beispiel. Aber so muss man sich das vorstellen. Das ist nicht günstig.

Oder es gibt die Empfehlung, die PSNV-Strukturen müssen in die Strukturen der Gefahrenabwehr eingebunden sein. Es darf eigentlich keine Parallelstrukturen geben. Auch das ist in Chaosphasen oder in großen Lagen teilweise schwer umsetzbar oder wird dann von den jeweiligen Krisenstäben, die nicht entsprechend beübt wurden, gar nicht berücksichtigt, sodass wir Kommunikationsprobleme haben.

Das sind zwei greifbare Beispiele, die zeigen: Die Standards sind bekannt, die Umsetzung ist schwierig. Das haben wir in vielen Teilen der Gefahrenabwehr. Wir wissen eigentlich, was wir tun müssten, aber tun dann doch etwas anderes.

Kommunikation/Klimakrise: Die Klimakrise ist eine sehr spezielle Form der Krise, die wir in der Gefahrenabwehr nur über extreme Dürre abfeiern, wenn ich das mal so sagen darf. Das ist eine Lage, die sich über einen sehr langen Zeitraum entwickelt hat und jetzt greifbarer wird, aber über einen sehr langen Zeitraum hinweg gar nicht verstanden wurde oder von den Menschen noch immer nicht verstanden wird. Das ist eine ganz spezielle Sache, die sich von dem unterscheidet, womit wir es in der Gefahrenabwehr in erster Linie zu tun haben, weil wir ja von plötzlichen Ereignissen ausgehen. Wie kommunizieren wir, wenn plötzlich etwas passiert?

Deswegen kann ich Ihnen dazu leider nicht wahnsinnig viel Unterstützendes mitteilen, außer dass wir uns selbst die ganze Zeit Gedanken darüber machen. Im Moment reduzieren wir uns darauf, wie wir kommunizieren müssten, wenn wir tatsächlich Perioden extremer Dürre hätten.

Dann gab es die Frage nach der Unterstützung von Angehörigen im Inland bei Lagen im Ausland, speziell in der Türkei. Die Koordinierungsstelle ist neu definiert. Wir sind natürlich auch für die Angehörigen im Inland zuständig. Wir sind vor dem Hintergrund des Erdbebens von Angehörigen, die sich natürlich wahnsinnige Sorgen machen, kontaktiert worden und werden noch kontaktiert. Das Schlimme ist die Hilfslosigkeit. Die Selbstwirksamkeit und die Vorstellung von Kontrolle sind ganz wichtige Aspekte, um mit der Situation umzugehen. Wir arbeiten sehr eng mit dem Auswärtigen Amt zusammen. Die Frage, die hier in erster Linie immer gestellt wurde, ist: Wie bekomme ich meine Angehörigen jetzt nach Deutschland? Was ist mit den Visa? Wie ist das mit den Einreisebestimmungen?

Hierbei konnten wir schon unterstützen, erst einmal dadurch, dass wir in dieser Situation auch Kriseninterventionsteams vermittelt haben, aber auch dadurch, dass wir die Menschen ins Tun bringen konnten, indem wir sie mit dem Auswärtigen Amt vernetzt und geklärt haben: Was kannst du gerade machen, und wie sind jetzt die Abläufe? Wir haben auch dahin gehend beraten: Fahrt jetzt besser nicht in das Krisengebiet.

Es gehört mit zu unserer Arbeit, dass wir schauen: Was können die Menschen jetzt tun? Was können wir ihnen an die Hand geben, was sie jetzt machen können? Brauchen sie gerade noch eine andere Form von Unterstützung?

Kurdisch: Wenn es nach uns ginge, hätten wir alle Sprachen da drin. Die Sprachen, die wir im Moment aufgenommen haben – das sind sieben –, sind Englisch, Französisch, Spanisch, Arabisch, Russisch und Polnisch. Dann haben wir noch die Notfalltipps in leichter Sprache. Die haben wir ermittelt aus der Anzahl der Menschen in Deutschland, die diese Sprachen als Muttersprache sprechen bzw. die sie möglicherweise als zweite Amtssprache in ihren Herkunftsländern verstehen können. Das ist eine Suche nach Quantitäten. Wir möchten perspektivisch mehr Sprachen aufnehmen. Das ist einfach eine Ressourcenfrage. Aber natürlich wollen wir das tun.

Psychische Belastungen durch Filmen und Social Media: Das ist eine ganz komplexe Sache. Wir haben eigene Symposien dazu veranstaltet. Aber das würde jetzt ein bisschen den Rahmen sprengen. Wir nennen das „zuschauendes Verhalten“, das eine ganz große Stressbelastung bei Einsatzkräften auslösen kann. Wir versuchen, die Gründe zu erklären, warum es eigentlich dazu kommt. Wir versuchen, in Bezug auf die Spaltung in der Gesellschaft, die dadurch entsteht, dass Rettungskräfte das Gefühl haben: „Ich versuche, hier zu retten, und alle anderen um mich herum wertschätzen meine Arbeit nicht, sondern posten mich zur Belustigung auf Social Media“ – jetzt einmal unabhängig von allen anderen Möglichkeiten, die es da noch gibt und die auch auf kommunaler Ebene gezogen werden –, auch alternative Interpretationsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Wie gesagt: Das ist ein riesiges Thema, über das man stundenlang sprechen könnte.

Beteiligung vor und während Krisen, MALUmat: Die Frage war: Wie kann man Beteiligung vor Krisen herstellen? Das ist im Bevölkerungsschutz gar nicht so leicht, weil es nur begrenzte Beteiligungsmöglichkeiten gibt. Das heißt, entscheiden kann die befragte Bevölkerung in der Regel nicht. Sie kann beratend auftreten, wie wir es bei dem Projekt MALUmat mit der türkischen Community gemacht haben: Wie kann ich noch besser erreicht werden, und wie können wir den Dialog anstoßen? Das ist natürlich nicht einfach, sondern aufwendig. Aber das kann man vorbereitend eher machen als während Krisen.

Während Krisen habe ich jetzt zwei Dinge im Kopf. Was man auch als Beteiligung in der Gefahrenabwehr interpretieren kann, sind Spontanhelfende. Dafür haben wir noch immer keine funktionierenden Konzepte. Wenn das nicht funktioniert, sind die politischen Kosten sehr hoch. Das haben wir auch im Ahrtal gesehen. Es gibt jetzt eine offene Arbeitsgruppe zwischen Bund und Ländern, die hierfür Rahmenempfehlungen zur Verfügung stellen soll. Das ist ein ganz großes Thema; denn wir werden in Zukunft keine großen Lagen ohne Spontanhelfende bewältigen können. Hier muss die Zusammenarbeit deutlich besser werden. Die Vorbehalte sind auf beiden Seiten sehr groß.

Sie schauen schon. Die Zeit tickt.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ja, die tickt die ganze Zeit. Wenn Sie es vielleicht in zwei bis drei Minuten hinbekämen.

Sv. Frau Schopp: Ich suche mir jetzt die Fragen aus, die ich beantworte. Ich sage nichts zur Elektromobilität. Dann kann ich diese Frage schon mal streichen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Die Trauer ist groß bei Herrn Abg. Reith.

(Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Das macht dann Herr Heuberg!)

– Okay. Wunderbar.

Sv. Frau Schopp: In der Pandemie hatten wir Erhebungen, die sagten, 40 % der Bevölkerung hätten gern bei der Gestaltung der Hygienemaßnahmen unterstützt und mitgeholfen. Diese Option ist nie wirklich gezogen worden. Das wäre möglicherweise eine Option gewesen, um auch die Akzeptanz der staatlichen Maßnahmen zu erhöhen. Das ist etwas, was man vielleicht bei der nächsten längeren Lage in Betracht ziehen könnte.

Zu MALUmat werden wir jetzt die Auswertungen veröffentlichen. Die kann man dann von der BBK-Webseite herunterladen.

Wie gesagt: Menschen mit Migrationshintergrund sind keine homogene Gruppe. Was wir zu Menschen der türkischen Community sagen können – das hatten wir auch schon angenommen –, ist, dass die Vorbehalte gegen staatliche Institutionen sehr hoch sind, weil man in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen gemacht hat, dass aber die Bereitschaft zur Kooperation gleichzeitig sehr hoch ist. Hier braucht es einen kontinuierlichen Dialog, den man nicht nur beginnen darf, wenn es gerade notwendig ist. Vielmehr braucht man den über einen längeren Zeitraum hinweg und ständig, auch in anderer Hinsicht. Ich glaube, dann wird sich diese Situation tatsächlich verbessern.

Man muss einfach sehen, dass Menschen unterschiedlicher Gruppen unterschiedliche Kommunikationskanäle haben. In Mannheim gibt es „Radio Metropol FM“. Das ist türkischsprachig. Das müssen wir stärker in die Kommunikation mit einbeziehen.

PSNV-Landeszentralstellen in Krisenstäben: Ja, auf jeden Fall. Ich glaube, das ist in der Vergangenheit als Fachberatung teilweise schon passiert. Ich habe jetzt kein konkretes Beispiel im Kopf. Aber als Fachberatung empfehlen wir sowieso, immer eine PSNV-Expertin bzw. einen -Experten mit in die Krisenstäbe hineinzuheben.

Jetzt komme ich zu der letzten Frage, zu der Abgrenzung von Opferschutz und PSNV. Da muss man einfach sprechen. Das haben wir auch schon angestoßen. Auf Bundesebene sind wir uns schon darüber einig, dass wir Formate entwickeln werden, um gemeinsame Positionspapiere formulieren zu können. Da muss es eine größere Nähe und einen Austausch geben. Ich bin ganz optimistisch, dass das in Zukunft klappen wird.

Ich glaube, jetzt ist meine Zeit um.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vorerst ist die Zeit um. – Jetzt kommen wir zu Herrn Heuberg.

Sv. Herr Heuberg: Erst mal zu der Frage, wie wir helfen können. Viele Leute möchten immer gern helfen, was Auslandssachen angeht – das hat man jetzt in der Türkei gesehen –, auch bei großen Katastrophen, egal, ob im Inland oder im Ausland.

Es gibt einen ganz schlaun Spruch, der leider nicht von mir ist: „Hilfe für einen verhindert Hilfe für viele.“ Das muss man sich wirklich mal auf der Zunge zergehen lassen. Man versucht, seiner Familie in der Türkei zu helfen, und blockiert damit die Vereinten Nationen, die versuchen, regelgerecht Sachen hineinzubringen. Vor der türkischen Grenze gab es einen 20 km langen Lkw-Stau, weil private Organisationen, die nicht koordiniert Sachen und Lkws viel schneller gepackt haben, schon einen 10 km langen Stau verursacht haben. Dahinter waren die UN-Transporter, die nicht durchkamen.

Man muss sich darüber im Klaren sein, wenn man Hilfe leisten will: Man muss nicht tatenlos dastehen, sondern man kann die Organisationen, die vor Ort sind, unterstützen, und das am besten mit Geld oder hier vor Ort. Sinnlose Aktionen helfen uns überhaupt nicht weiter. So schlimm das ist. Da muss man sich viel besser vorbereiten. Solche Hilfen sind letztendlich keine Hilfen.

Gebrauchte Taschentücher braucht da auch keiner, sage ich mal. Es werden bestimmte Güter gebraucht. Die werden aber von der Regierung vorgeschrieben. In die Türkei darf man nur neue Sachen einführen, keine gebrauchten Pullover oder Ähnliches. Das ist deren Vorgabe, und das muss man respektieren. Aber dann stehen dort riesige Lkws, die gebrauchte Sachen geladen haben. Die dürfen nicht hinein. Wenn man damit nicht bewandert ist, sind die meisten, die gern schnell helfen möchten, mit der Situation überfordert. Die helfen damit aber nicht schnell.

Wie kann man die Sachen, die wir im Ausland machen, konkret im Inland einsetzen? Wir haben Einsatzstrategien für das Ausland entwickelt, die wir nahtlos übernehmen können. Dazu gehört unser Erfolgsrezept, sage ich mal, von I·S·A·R und BRH. Das sind flache Strukturen und schnelle autarke Einheiten. In der Bundesrepublik Deutschland ist alles geregelt, mit DIN-Normen und was es noch alles gibt. Dazu gehört auch unser preußisches Beamtenrecht, das uns oftmals hilft, aber uns da im Weg steht.

Da muss die Politik eingreifen und sagen: Wir müssen ein Szenario entwickeln. Wenn eine Katastrophe wie im Ahrtal in Baden-Württemberg passiert, müssen wir parat stehen, können nicht jedem den Schwarzen Peter zuschieben und einen Ausschuss gründen, der nachher fragt und herausfindet, wer das verursacht hat. Das ist

zu spät. Die Katastrophe im Ahrtal hat uns gezeigt, dass die zögerliche Haltung von Teilen in NRW und in Rheinland-Pfalz falsch war und dass nicht so kooperiert worden ist, wie man es eigentlich hätte machen können und müssen.

Ich kann nur immer wieder betonen – das wurde jetzt mehrmals gesagt –: Die Kommunikation ist nicht nur im Einsatzfall, sondern auch innerhalb Deutschlands unter den einzelnen Bundesländern wichtig. Die Bundesländer sind da zwar autark. Aber man muss sich miteinander vernetzen und erst mal schauen: Was haben wir überhaupt? Wir haben die große Bundesanstalt Technisches Hilfswerk. Diese ist in ganz Deutschland vertreten. Wir haben die Bundeswehr. Wir haben als kleinere Einsatzorganisation I·S·A·R Germany und den BRH. Warum nutzen wir das nicht?

Uns schicken sie ins Ausland. Alle finden uns toll. Aber im Inland möchte uns keiner, habe ich das Gefühl. Mittlerweile werden wir auch in NRW, weil wir dort ansässig sind, eingesetzt, meist von der Polizei bei der Vermisstensuche mit Rettungshunden oder mit unserer Drohne. Sie können uns anrufen. Dann kommen wir auch nach Baden-Württemberg. Das ist nicht das Problem.

Das Land Baden-Württemberg kann uns insofern helfen, als Sie uns einfach sichtbar machen. Wir sind jetzt das erste Mal sichtbar geworden, obwohl es uns schon seit 20 Jahren gibt. In der „Aktion Deutschland Hilft“ sind die zehn oder zwölf größten Organisationen vertreten. Da I·S·A·R Germany nicht zu den größten Organisationen gehört, sind wir da auch nicht drin. Wir profitieren davon nur mittelbar.

Andere Länder machen das anders. Die haben nicht das THW als Bundesanstalt, sondern die setzen viel mehr auf den internationalen oder ihren Katastrophenschutz. Kleine Länder wie Holland und Belgien machen uns das vor. Die kommen immer mit 100 Mann an. Die haben alles.

Das kleine Land Luxemburg ist international führend, was die Kommunikation angeht. Die haben ein eigenes Flugzeug, das voll mit Kommunikation ist. Wenn wir in die Türkei, nach Syrien oder nach Haiti in ein Erdbebengebiet fliegen, dann fliegen die mit und machen für alle die Kommunikation. Wieso sollen die nicht auch nach Stuttgart kommen, wenn hier etwas passiert? Man muss das nur wissen und kann das dann nutzen.

Die Bundesrepublik hat 16 Bundesländer. Wir sind vereinigt. Es gibt die EU. Alle wollen auf EU-Ebene irgendetwas machen. Wir können alles Mögliche regeln und müssen in einer Katastrophe untereinander schnell helfen.

Zu den Krisenstäben kann ich nur sagen: Man muss die Szenarien üben. Man kann das nicht pauschal sagen, weil das nächste Szenario wieder anders ist. Sicherlich kann man jetzt Tausend Mal die Situation im Ahrtal üben, aber diese wird es so nicht mehr geben.

Es geht gar nicht um das Szenario selbst. Man kann alles einspielen. Die Fachleute spielen ein, was man möchte, und können das dann auch potenzieren. Wenn sie merken, wie gut alle sind, dann wird noch ein Level hochgefahren; denn man soll an die Grenzen kommen, und man soll sicher sein. Üben vertreibt Ängste und gibt Sicherheit.

Das Wichtige ist, dass man weiß: Wir haben jetzt hier ein Problem, wie es andere auch schon mal hatten, oder ein ähnliches Problem. Aber wir müssen davor keine Angst haben. Denn wir sind gut aufgestellt. Wir haben gute Leute. Wir haben unsere Infrastruktur. Wir wissen endlich mal, was wir haben, und können dann auch handeln. Wenn wir schon wissen, dass wir etwas nicht haben, warum holen wir uns dann nicht frühzeitig Hilfe?

Bei der Feuerwehr gibt es einen Spruch, der lautet – auf Neudeutsch –: „Think big“ – immer groß denken. Das heißt, wenn Menschen aufgrund eines Wohnungsbrands im ersten Obergeschoss in Gefahr sind, dann schicke ich nicht einen Löschzug hin, sondern ich schicke unter Umständen zwei Löschzüge hin und nicht nur zwei Rettungswagen, sondern drei. Abziehen kann ich immer noch. Aber wenn er nachher gefordert wird, ich ihn erst mal holen muss und er 16 Minuten braucht, dann ist das verdammt ärgerlich, vor allem für die Leute in dem Gebäude. Bei solchen Sachen müssen wir noch viel besser werden.

Wir dürfen uns nicht immer Angst machen und sagen: „Vielleicht ist das doch nicht so schlimm“, und dürfen uns nicht einfach wegducken. Dann sind wir hier falsch. Der Katastrophenschutz muss in ganz Deutschland aktiv bearbeitet und beackert werden. Dabei müssen auch Sie alle mitmachen. Die Angebote stehen. Frau Schopp hat es gesagt: Das BBK ist der Ansprechpartner für alles. In Bonn ist direkt daneben das THW. Sie können überall Hilfe bekommen. Sie müssen sie nur anfordern.

Kommunikation und E-Mobilität: Wir haben Generatoren dabei, wenn wir ins Ausland fahren. Die nutzen wir natürlich auch im Inland. Aber die laufen mit Sprit. Es nutzt uns nichts, wenn wir die irgendwo aufladen müssen. Die Infrastruktur in der Türkei war völlig zerstört, auch Kabel. Nur die Sonne war da; aber es war Winter. Insofern nutzt uns das wenig.

Sie müssen nur einmal schauen, wie groß unser Lager da war und wie viel Strom wir brauchen, um uns selbst zu versorgen. Wir haben eine eigene Küche, eine eigene Toilettenanlage und ein Waste-Management. Wir bringen alles mit. Wir können nicht einfach sagen: „Liebe Türkei, wir sind die Retter aus Deutschland. Wo können wir schlafen? Wo können wir zur Toilette gehen? Wo gibt es Wasser? Wo bekommen wir etwas zu essen?“ Die haben alle nichts. Und dann kommen Schlaue und sagen: „Dann gehen wir doch zur Feuerwehr.“ Die ist auch kaputt. Die existiert auch nicht mehr. Man muss alles mitbringen.

Auf Deutschland übersetzt heißt das: Die Infrastruktur ist supergut. Wir können die Kommunikation immer aufrechterhalten, weil wir geostationäre Satelliten haben. Wenn Sie alle telefonieren, die Oma oder die Mama anrufen, und sagen: „Hier ist etwas ganz Schlimmes passiert“, dann wird das ganze Netz zusammenbrechen. Aber unsere Netze und auch die Netze der Feuerwehr brechen nicht zusammen, weil wir uns geostationärer Satelliten bedienen, an die Sie gar nicht herankommen. Die Presse beispielsweise kommt ran, um irgendwelche Kommunikation zu betreiben. Dadurch können wir für die Erste Hilfe weiterhin kommunizieren.

Das Problem, das wir haben, ist: Wir haben 170 Leute, die wir ständig in Ausbildung halten müssen. Wir fahren zum Training nach Mosbach. Das kostet uns jedes Mal 5 000 bis 6 000 €, die wir selbst tragen. Die Leute müssen sich dafür freinehmen. Die Leute, die beispielsweise aus Konstanz, vom Bodensee, aus anreisen, haben mit Mosbach noch Glück. Wenn die an den Niederrhein, nach Weeze, zu unserem Lager fahren, wo am 16. April wieder trainiert wird, dann müssen die schon am Donnerstag losfahren. Die nehmen für das Einsatzgeschehen einen Tag Urlaub, fahren mit ihrem Privatwagen nach Köln-Bonn und nehmen dann noch zehn Tage Urlaub. Vielleicht kann da die Politik für Hilfe sorgen. Es gibt sehr tolle Arbeitgeber, die die Leute freistellen. In manchen Kommunen gibt es dafür auch Sonderurlaub.

Ich finde, das Mindeste, um das Ehrenamt zu stärken, ist, zu sagen: Ihr macht eine so tolle Arbeit, egal, wie ihr aufgestellt seid. Wenn ihr ins Ausland fahrt und dafür Unterstützung braucht, dann bekommt ihr die von uns, nämlich in Form von Sonderurlaub.

Was kann man noch tun? – Die zehn Minuten sind vorbei, oder?

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich höre Ihnen gern zu. Deswegen habe ich jetzt nichts gesagt.

Sv. Herr Heuberg: Ich kann bis heute Abend erzählen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Alles gut. Die Zeit in der ersten Runde ist sowieso schon vorbei.

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Ich höre Ihnen sehr gern zu. Ich finde Ihren Akzent einfach herzerwärmend.

(Heiterkeit)

Sv. Herr Heuberg: Das sagen viele.

Vorsitzender Alexander Salomon: Wenn Sie jetzt erst mal nichts mehr haben, können Sie noch überlegen; denn wir haben jetzt noch zwei Fragende. – Dann gebe ich an Herrn Krüger ab.

Marco Krüger, externes Mitglied: Erst einmal vielen Dank an beide Referenten. – Ich habe drei kurze Fragen an Frau Schopp.

Die erste Frage ist: Frau Schopp, Sie konnten in den ganzen PSNV-Operationen in der letzten Zeit sicherlich viele Gespräche mit Betroffenen und Opfern führen. Da ist die Frage: Konnten Sie als BBK aus diesen ganzen Gesprächen schon ein paar Rückschlüsse ziehen, was für zukünftige Einsätze, für die Krisenprävention und vor allem für die Katastrophenprävention besser gemacht werden könnte?

Die zweite Frage bezieht sich auf die PSNV und die Kapazitäten. Wir erleben in fast allen Einsätzen eine unheimlich große Hilfsbereitschaft und ein sehr großes Aufkommen von Spontanhelfenden. Kann die PSNV es leisten, auch hier zu betreuen, und wie ist das Verhältnis zwischen den nicht professionellen Helferinnen und Helfern sowie den PSNV-Kapazitäten? Denn auch die laufen ja durchaus Gefahr, Traumatisches zu erleben.

Die dritte Frage bezieht sich auf die Risikokommunikation, die Sie ganz kurz gestreift haben. Sie haben sehr richtig gesagt: Es gibt nicht die Bevölkerung, sondern die Bevölkerung ist divers in Potenzial und Bedarf. Wie kann man, vielleicht ganz holzschnittartig, Risikokommunikation daran ausrichten? Denn es kann ja wahrscheinlich nicht die Risikokommunikation geben, wenn es nicht die Bevölkerung gibt. Gibt es dazu Überlegungen seitens des BBK?

Vielen herzlichen Dank.

Thomas Albiez, externes Mitglied: Herr Heuberg, was ich beeindruckend finde, ist, wie bei Ihnen Professionalisierung bei der Ausführung Ihrer Tätigkeit und Ehrenamt zusammenkommen. Die Fragestellung „Professionalisierung des Ehrenamts“ wird immer mal wieder diskutiert. Aber das ist nicht Teil meiner Frage.

Drei Fragen: Wie sieht bei Ihnen die Absicherung für Ihre Leute aus? Wie sieht bei Ihnen die Anerkennung aus, die Sie von außen für Ihr Ehrenamt erfahren? Wie sieht bei Ihnen die Nachwuchssituation aus?

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Dann gebe ich Ihnen noch einmal jeweils für drei bis vier Minuten das Wort. Das bekommen Sie sicherlich hin. – Frau Schopp, bitte sehr.

Sv. Frau Schopp: Die erste Frage betraf die Rückschlüsse in Bezug auf die Koordinierungsstelle NOAH und die Fragestellung, was wir besser machen können. Wir

haben die Bedarfe für einige herausragende Ereignisse evaluiert. Das Problem, das wir auch in der Zusammenarbeit mit den Opferschutzstellen festgestellt haben, ist – das ist aber in solchen Stresssituationen völlig normal –, dass die Betroffenen häufig nicht wissen: Warum ist jetzt diese Stelle zuständig, und wen muss ich da jetzt ansprechen? Dieses Problem können wir nicht lösen, weil es so heterogen ist, wie es ist, weil ressortübergreifend gehandelt werden muss.

Was wir versuchen, den Betroffenen so leicht wie möglich zu machen, ist, dass wir Informationen z. B. auch vom Bundesamt für Justiz oder vom BMAS sammeln, die auch Härtefallregelungen gemäß des Opferentschädigungsgesetzes usw. verwalten. Wir machen natürlich keine Rechtsberatung; das ist ganz klar. Das dürfen und können wir auch nicht. Aber wir können hierdurch eine stärkere Lotsenfunktion zur Verfügung stellen. Das ist eine ständige Herausforderung, die wir versuchen dadurch zu meistern, indem wir uns über das Jahr hinweg immer wieder mit allen Kooperationspartnern treffen und Absprachen formulieren, die hier relevant sind.

Beispielsweise identifiziert das BKA mit seiner Identifizierungskommission Tote nach Standards. Wir beraten und erklären, warum jetzt jemand kommt und sich Haare aus dem Kamm des Ehemanns holt. Das sind Situationen, die extrem stressbelastet sind. Auch hier versuchen wir zu informieren und die Informationen so sicher und klar wie möglich zu geben, um nicht noch eine zusätzliche Belastung darzustellen.

Das ist das, was wir versuchen, immer wieder weiterzuentwickeln und besser zu machen, wiewohl wir das eigentliche Problem nicht lösen können.

PSNV-Kapazitäten zu Spontanhelfenden: Wir haben im Ahrtal festgestellt, dass die Bereitschaft der PSNV-Einsatzkräfte aus ganz Deutschland so hoch war, hier zu unterstützen und in das Einsatzgebiet zu kommen, dass wir eigentlich keine Kapazitätsprobleme hatten. Vielmehr hatten wir eher Koordinationsprobleme. Das Problem bei den Spontanhelfenden ist beispielsweise, dass man sie nicht zu greifen bekommt. Die Einsatzkräfte hingegen hat man ja. Die sind in ihren Einheiten vor Ort.

Spontanhelfende hatten wir im Ahrtal, aber auch aufgrund des Kriegs in der Ukraine, und zwar wegen der Geflüchteten, die beispielsweise in Berlin am Hauptbahnhof ankamen. Dort haben ganz viele Helfende die Geflüchteten in Empfang genommen. Die Helfenden sind dann alle nach Hause gegangen, haben sich auf das Sofa gesetzt und die Bilder nicht mehr aus dem Kopf bekommen. Diese Helfenden bekommen wir nicht mehr, weil sie sich auch nicht registrieren. Ich halte es auch für einen Irrwitz zu glauben, dass sich Spontanhelfende regelhaft registrieren. Das wird nicht stattfinden. Wir müssen Konzepte entwickeln, wie wir sie für die PSNV greifbar machen können, um Unterstützung anbieten zu können. Das passiert gerade. Da sind wir auch im Austausch. Auch das fördern wir.

In Sachen Risikokommunikation ist die Fragestellung immer und immer wieder: Wie können wir die Leute adressieren? Wie können wir erfahren, welche Informationen

sie gerade brauchen? Wir haben jetzt sehr verstärkt angefangen, auch mit Influencern zu arbeiten.

Wir haben auf Bundesebene eine relativ hohe Grenze der öffentlichen Wahrnehmung. Wir werden mit unseren Informationen einfach nicht so gut wahrgenommen, wie wir es gern hätten. Deswegen müssen wir verstärkt mit Multiplikatoren arbeiten. Der Kollege vom RKI wird mich darin vielleicht bestätigen. Sie haben auch eine ganz gute Social-Media-Arbeit mit einem neuen Twitterkanal gemacht. Wir müssen einfach unterschiedliche Kanäle bespielen. Die Botschaft muss gleichbleiben. Aber die Art und Weise der Adressierung muss sich ändern.

Ich glaube nach wie vor daran, dass Face-to-Face-Kommunikation immer noch wichtig ist, obwohl man mit Social Media viel machen kann. Es ist einfach wahnsinnig effektiv, wenn bei jungen Frauen die Frauenärztin, der man vertraut, vor einem sitzt und sagt: „Nein, du wirst nicht unfruchtbar, wenn du dich impfen lässt.“

Wir müssen einfach noch viel stärker mit Multiplikatoren arbeiten und dann hoffen, dass wir unsere Ziele auch in der Risikokommunikation erreichen.

Sv. Herr Heuberg: Zur Absicherung: Unsere Leute sind natürlich über Versicherungen versichert, die sonst eigentlich keiner bekommt. Da das niemand machen wollte, hat sich die größte Versicherung in Deutschland dazu bereit erklärt, für uns eine spezielle Versicherung zu kreieren. Mittlerweile machen das alle anderen auch.

Alle Einsatzkräfte werden geimpft. Sie müssen das teilweise selbst bezahlen. Ich habe gerade wieder eine Auffrischungsimpfung für 280 € gekauft. Ich habe das Glück, dass mein Arbeitgeber, mein Dienstherr, die Stadt Duisburg, das bezahlt. Aber alle anderen müssen das oftmals selbst bezahlen.

Wenn einem unserer Kollegen im Ausland etwas passiert, dann bedeutet das für uns: Wir haben eine Intensivstation, auf der wir jemanden intensivmedizinisch 36 Stunden lang betreuen können. In diesen 36 Stunden ist dann aber auch der bekannteste Ferienflieger, der Gelbe Engel, da. Wir kooperieren mit denen, sodass unsere Verunfallten nach Hause geholt werden, also nicht von einem Skiunfall, sondern von etwas anderem.

Zu der Anerkennung in der Bevölkerung: Seit dem Erdbeben in der Türkei und in Syrien, wo wir fast die schnellsten waren, erkennt man uns und weiß, wer I·S·A·R Germany ist. Das war nicht immer so.

Zum Nachwuchs kann ich nur sagen: Wir haben mittlerweile eine Gruppe, die „I·S·A·R Kids“ heißt. Die haben auch schon Uniformen wie die Jugend- oder die Kinderfeuerwehr. Eltern, die selbst bei uns sind, können ihre kleinen Kinder mitbringen, die dann betreut werden. Sie müssen nicht zu Hause bei der Oma bleiben und be-

kommen sogar noch etwas beigebracht – ohne Handy. Wir nehmen auch gern die Kinder von anderen Leuten in Obhut und versuchen, ihnen das Ehrenamt zu erklären.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Heuberg. – Es gibt noch eine Nachfrage. – Bitte, Frau Abg. Wolle.

Abg. Carola Wolle AfD: Ich habe noch eine Nachfrage an Herrn Heuberg. Sie haben gesagt, zur Absicherung stehen Flieger zur Verfügung. Nehmen wir mal an, es verunfallt ein Familienvater, der dann vielleicht nicht mehr arbeiten kann: Wie ist die Familie abgesichert? Wie ist er abgesichert? Ich glaube, die Frage war in diese Richtung ausgerichtet.

Sv. Herr Heuberg: Unsere Mitglieder sind bei einem der größten Versicherer Deutschlands versichert. Er sorgt sowohl im Todesfall als auch im Invaliditätsfall dafür, dass sie eine sechsstellige Summe bekommen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank für die Klarstellung. – Ich sehe keine weiteren Nachfragen.

Frau Schopp und Herr Heuberg, vielen Dank an Sie. Vielen Dank auch an diejenigen, die bei Ihnen, Herr Heuberg, tätig sind.

(Beifall)

Ich darf im Namen der gesamten Enquetekommission betonen: dass das ein sehr wichtiger Job ist, den Sie machen. Die Unterstützung ist Ihnen da sicher. Wir werden sicherlich nicht nur Ihre Nummer weitergeben, weil Sie gesagt haben, man kann bei Ihnen anrufen, dann kommen Sie nach Baden-Württemberg. Sie können sich sicher sein, dass wir Sie auch im Abschlussbericht erwähnen und in die eine oder andere Empfehlung aufnehmen werden.

Wir sind damit am Ende des Vormittagsteils unserer heutigen Sitzung angelangt. Wir treffen uns wieder um 14:15 Uhr. Wir haben jetzt tatsächlich mal eine Stunde Mittagspause. Das kommt selten vor. Genießen Sie die Stunde! Bis dann!

(Unterbrechung der Sitzung von 13:12 Uhr bis 14:18 Uhr)

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine Damen und Herren, ich darf Sie nach der Mittagspause wieder recht herzlich begrüßen. Auch wenn die Konkurrenz draußen mit Sonne und allem Drum und Dran sehr groß ist: Wir haben noch ein Programm vor uns. Das ist mindestens genauso spannend und genauso wichtig.

Wir haben Herrn Dr. Marc Wiedermann hier. Er ist Postdoctoral Research Scientist & Deputy Group Lead – das wechselt von Englisch zu Deutsch – in der Projektgruppe „Epidemiologische Modellierung von Infektionskrankheiten“ am Robert Koch-Institut in Berlin. Ich hoffe, ich habe das alles korrekt und gut gesagt. – Sie haben 20 Minuten Zeit. Wir freuen uns.

(Eine Präsentation [Anlage 5] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Wiedermann: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Kommission! Vielen lieben Dank für die Einladung, hier heute sprechen zu dürfen. Der deutsche Titel wäre: Wissenschaftlicher Mitarbeiter, stellvertretender Gruppenleiter in der Arbeitsgruppe „Modellierung von Infektionskrankheiten und computergestützte Epidemiologie“ am Robert Koch-Institut.

Ich bin sehr froh, dass ich heute Morgen schon hier war und ein paar Impulse aufgeschnappt habe. Dann und wann standen schon die Begriffe „Teilhabe der Bevölkerung“ oder „Bedürfnis nach Kontrolle des Einzelnen“ im Raum, es wurde auch schon angesprochen, in Krisen selbstwirksam zu bleiben. Genau um solche Themen soll es hier heute auch gehen.

Ich würde gern ein Projekt vorstellen, ein sogenanntes „Citizen Science“-Projekt, also ein Bürgerwissenschaftsprojekt, das es Personen erlaubt hat, gewisse Daten, die ohnehin schon über sie erhoben wurden, an das Robert Koch-Institut zu übermitteln und damit zur Bewältigung der Coronapandemie beizutragen. Ich würde dieses Projekt, das ich gleich vorstelle, ein bisschen als Beispiel und vielleicht auch als mögliche Blaupause dafür nehmen, wie solche Projekte in Zukunft auf andere Krisen transferierbar sind oder wie man so etwas noch einmal bauen könnte, falls man dies denn möchte.

Das Projekt, über das ich sprechen möchte, ist das Projekt „Corona-Datenspende“. Das ist im weitesten Sinne ein partizipatorisches Forschungsprojekt gewesen, das sehr früh, am Anfang der Pandemie gestartet wurde. Das ist also im April 2020 live gegangen. Die Vorbereitungen dazu liefen natürlich schon etwas länger. Im Kern ist das Ganze eine Smartphone-App, die es mittlerweile nicht mehr gibt. Deswegen kann man sie aus den App-Stores leider nicht mehr herunterladen. Darauf komme ich gleich noch zurück. Diese App konnten sich interessierte Bürgerinnen und Bürger auf ihrem Telefon installieren, um damit eine Verbindung zu ihren Smartwatches oder Fitnesstrackern, die sie am Arm tragen, herzustellen. Ich habe hier in der Runde auch schon ein paar Leute gesehen, die ein solches Gerät tragen. Mittlerweile gibt es dafür in der Bevölkerung eine relativ große Adaption.

Die Idee war, dass die Menschen darüber sehr grundlegende Vitalparameter, die diese Uhren sammeln und messen, bereitstellen können. Ganz konkret sind das der Ruhepuls, die tägliche Aktivität und der Schlaf gewesen. Damit konnten sie beitra-

gen, dem RKI ein weiteres Instrumentarium zur pandemischen Surveillance mit an die Hand zu geben. Man sieht das auch auf dieser Folie. Bei der Kurve z. B. oben rechts sieht man den Ruhepuls einer Person gemessen über die Zeit. Dort, wo der rote Balken ist, hatte die Person einen positiven Covid-PCR-Test. Ich würde sagen, das ist ein relativ eindeutiges Signal. Das ist natürlich auch ein Beispiel, das ich für illustrative Zwecke ausgewählt habe. Die Idee war, dass man nach solchen Signalen sucht, um quasi eine Abschätzung zu bekommen, wie hoch die Inzidenz in der Bevölkerung ist. Wir erinnern uns: April 2020 war vieles noch neu. Es gab keine Schnelltests, wir haben sehr lange auf PCR-Testergebnisse warten müssen. Das war eine Idee, wie man einen weiteren Baustein in der pandemischen Surveillance bauen kann.

Die Teilnahme war aus meiner Sicht überwältigend. 120 000 Menschen haben teilgenommen und mehr als 600 Tage an Daten bereitgestellt. Ich lese das so: Das sind 120 000 Menschen, die ein Interesse daran hatten, die Forschung zu unterstützen und an der Bekämpfung der Pandemie teilzuhaben. Seit Oktober 2021 gab es zusätzlich noch die Möglichkeit – das sieht man hier unten –, innerhalb dieser App an ganz fokussierten kleinen Befragungen teilzunehmen, um den Verlauf dieser Kurven da oben noch ein bisschen besser zu verstehen, aber auch, um Langzeitfolgen der Pandemie in der Bevölkerung ein bisschen besser abschätzen zu können.

Am 31. Dezember 2022 haben wir die Datenerhebung eingestellt. Wir haben gesagt: Alles, was wir an Informationen brauchen, um die Forschungszwecke dieser Arbeit zu erfüllen, ist vorhanden; wir brauchen keine zusätzlichen Daten mehr. Das wurde uns sehr positiv angerechnet, dass wir gesagt haben: „Jetzt ist Schluss, mehr Daten brauchen wir nicht.“ Wir sprechen später noch über Datenschutz.

Wie gesagt: Das übergeordnete Ziel war es, auf Basis dieses Bürgerbeteiligungsprojekts ein besseres Verständnis der Dynamik von Covid-19 zu erhalten und eben auch ein besseres Verständnis der Langzeitfolgen einer Erkrankung zu gewinnen.

Es gab zwei Kernergebnisse. Das sind die einzigen beiden wissenschaftlichen Darstellungen, mit denen ich Sie belasten möchte. Dann gehen wir in konkrete „Lessons Learned“. Das Erste, was wir gemacht haben, war der sogenannte Fiebermonitor. Das sieht man auf der linken Seite. Das war genau das, was wir gemacht haben: Wir haben quasi gezählt: Wie häufig finden wir in diesen Daten, die uns die Menschen bereitstellen, eine solche Anomalie, die ein Indikator für eine Covid-19-Erkrankung sein könnte? Wir haben das über die Zeit gezählt. Das sieht man hier mit dieser gestrichelten Linie. Wer den Verlauf der Pandemie noch ein bisschen im Kopf hat, der sieht, dass dies relativ gut die verschiedenen Pandemiewellen abgebildet hat. Auf Basis dessen, was die Leute am Handgelenk getragen haben, gab es quasi eine ganz gute Indikation dafür, ob eine Person krank ist oder nicht. Während der Pandemie war die vorherrschende Krankheit, die zu Fieber geführt hat, nun einmal Covid-19. Dementsprechend war das ein ganz guter Schätzer.

Zweites Ziel dieser App war es, die Langzeitfolgen einer Infektion besser zu verstehen. Das sieht man hier auf der rechten Seite. Wenn man sich den Verlauf des mittleren Ruhepulses der Menschen anschaut, nachdem sie einen positiven Covid-19-Test hatten, dann sieht man, dass es relativ lange dauert – bis zu 80 Tagen –, bis die Menschen wieder in den normalen Zustand zurückgekommen sind, bei dem sie vorher waren. Das ist natürlich insbesondere für das Verständnis von Long Covid extrem wichtig. Wir arbeiten da z. B. mit Sportmedizinerinnen und Sportmedizinern zusammen, die u. a. Leute beraten, ab wann sie wieder leistungsfähig sind und in den belastbaren Bereich gehen können.

Das sind die beiden Kernergebnisse gewesen – alles auf Basis von freiwillig bereitgestellten Daten aus der Bevölkerung.

Ich habe den Einsetzungsbeschluss der Kommission als Aufgabe gesehen, vielleicht so eine Art Blaupause zu skizzieren, an was man alles denken müsste, wenn man so etwas oder etwas Ähnliches in der Zukunft noch einmal aufsetzen möchte, und um meine Erfahrungen mit Ihnen zu teilen. Ich hatte eine Kurzzusammenfassung geschickt. Ich lade Sie ein, auch da hineinzuschauen. Darin ist das noch mal aufgeschrieben. Aber ich gehe in meinem Vortrag die einzelnen Punkte auch noch mal durch.

Wenn man so ein Projekt startet und wenn man das erfolgreich auf die Straße bringen will, dann lohnt es sich, sich im Vorfeld darüber Gedanken zu machen, warum man das tut. „Citizen Science“-Projekte, Forschungsprojekte, alles, bei dem in irgendeiner Form Daten erhoben werden, sollte stets einem sehr wohl definierten, klar umrissenen Zweck dienen. Es hilft nie, Daten um des Datenerhebens willen zu sammeln und sich dann zu überlegen, was man damit machen will. Denn genau dann bekommt man datenschutzrechtliche Probleme. Auch das war eine Frage, die im Einsetzungsbeschluss der Kommission gestellt wurde.

Es ist ganz besonders wichtig, dass man auch im laufenden Prozess immer wieder überprüft, ob der Zweck, den man sich gegeben hat – in unserem Fall war dies das Erstellen des Fiebermonitors und das Verständnis von Long Covid –, mit den Daten, die man erhebt, überhaupt erfüllt werden kann. Wenn man an den Punkt kommt, dass man feststellt, dass das mit den Daten eigentlich nicht geht, dann sollte man mit dem Projekt aufhören oder den Prozess anpassen.

Der Vorteil, den man hat, wenn man einen sehr klaren Zweck definiert, ist, dass man dadurch die Teilnahmebereitschaft erhöht. Die Menschen wissen, warum sie teilnehmen. Es gibt eine ganz klare Fragestellung, die beantwortet werden soll. Es hilft auch den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern dabei, die Ergebnisse zu kommunizieren, weil sie immer wieder auf den eigentlichen Zweck Bezug nehmen können. Die Menschen, die teilnehmen, wissen ganz genau, was sie zu erwarten haben.

Dazu kommt, dass dies eine Transparenz schafft, welche – nicht unbedingt nachweislich, aber in unserer Wahrnehmung – die Unterstützung für politische Maßnahmen erhöht, die unter Umständen aus solchen Projekten abgeleitet wurden. Wenn ich mich bereiterkläre, an einem Projekt teilzunehmen, und wenn auf Basis dieses Projekts Maßnahmen abgeleitet werden, dann ist es auch wahrscheinlicher, dass ich diese Maßnahmen wahrnehme und unterstütze.

Der positive Nebeneffekt einer klaren Zweckdefinition ist immer, dass die datenschutzrechtliche Umsetzung solcher Projekte erheblich vereinfacht wird. Datenschutzbeauftragte der jeweiligen Institution, aber auch Landes- und Bundesdatenschutzbeauftragte fragen immer danach: Warum tut ihr das? Ist das, was ihr vorhabt, angemessen, um genau diesen Zweck, den ihr euch selbst gegeben habt, zu erfüllen? Wenn man das nicht tut, bekommt man deutlich größere Probleme damit, dies datenschutzrechtlich sauber absichern zu lassen.

Das Schöne an dieser ganzen Geschichte ist, dass man die Zwecke im Laufe eines Projekts erweitern und anpassen kann. Auch das muss man wieder kommunizieren. Die Teilnehmenden können dem zustimmen, das müssen sie aber nicht. Dann sind sie eben nicht mehr Teil des Projekts oder nur noch Teil des Projekts, das vorher galt. Man kann also auch nachjustieren. Es lohnt sich immer, schmal anzufangen und dann sukzessive breiter zu werden, und nicht einfach zu sagen: Wir wollen Daten sammeln und dann mal schauen. Das ist, glaube ich, kontraproduktiv.

Der zweite Punkt betrifft die Infrastrukturen. Um so etwas zu betreiben, braucht man natürlich gewisse Infrastrukturen. Man muss diese App entwickeln, man braucht Server, auf denen die Daten gespeichert werden. Man muss Infrastrukturen vorhalten, um die Daten zu analysieren und auszuwerten. Man muss sie natürlich datenschutzkonform speichern. Man muss sie am Ende auch wieder sicherstellen können. Das setzt einfach voraus, dass man eine gewisse personelle, aber natürlich auch eine technische Kontinuität hat. Deswegen empfiehlt es sich aus meiner Sicht, so etwas langfristig aufzustellen. Sie hatten vorhin schon über interdisziplinäre Kompetenzzentren geredet. Da bin ich ein bisschen hellhörig geworden, weil ich glaube, dass genau da so etwas auch hinpassen würde.

Wenn man es schafft, eine solche Infrastruktur sicherzustellen, die überhaupt gar nichts mit der eigentlichen Datenerhebung zu tun hat, sondern einfach nur vorbereitet, dass man Daten erheben kann, dann kann man natürlich auch schnell reagieren. Am RKI hatten wir das Glück, dass einiges an Infrastruktur vorhanden war. Die ersten Fälle von Covid-19 gab es im Dezember 2019. Vier Monate später hatten wir die App am Laufen und waren in der Lage, die Daten zu verarbeiten. Das war natürlich auch der Tatsache geschuldet, dass schon gewisse Vorkenntnisse da waren.

Wenn man sich im Vorfeld schon ein wenig darauf vorbereitet, dann ist das Gute daran, dass insbesondere datenschutzrechtliche Fragen, die mitunter lange Beantwortungszeiten haben, früh und proaktiv gelöst werden können. Es lohnt sich immer,

frühzeitig mit den entsprechenden Institutionen in den Dialog zu gehen und dies von der Konzeptionsphase an auch immer mit zu bedenken.

Eine Möglichkeit, um Infrastrukturen als eine Art Blaupause zu schaffen, ist, dass man entweder eine Open-Source-Lösung anbietet, z. B. bei dieser App, die wir haben, also den offenen Programmcode irgendwo zur Verfügung stellt, sodass man dann, wenn eine neue Krise kommt oder wenn man eine Idee für eine neue Bürgerbeteiligung im wissenschaftlichen Kontext hat, das nutzen kann, was schon da ist. Das ist alles schon geprüft, damit muss man nicht noch einmal ewig durch den Datenschutz und kann das quasi anpassen und ausrollen.

Eine andere Möglichkeit, die ich immer sehr charmant finde, ist, dass man, wenn man sich dafür entscheidet, Bürgerbeteiligung per App möglich zu machen, eine zentrale Projektplattform baut, die erst einmal nichts kann, außer auf den Smartphones zu leben und gewisse Grundfunktionalitäten anzubieten. Sobald man gewisse wissenschaftliche Teilprojekte starten möchte, kann man Teilprojekte innerhalb dieser Plattform anbieten.

Das ist auch der Weg, für den wir uns entschieden haben. Wir hatten verschiedene Befragungsstudien, die innerhalb dieser App gelebt haben. Die Menschen konnten bei allen teilnehmen, sie konnten nur bei einer teilnehmen, sie konnten auch bei gar keiner teilnehmen, wenn sie gesagt haben, dass sie eigentlich nur ihre Smartwatch verbinden wollen. Das Schöne war: Alles war an einem Ort. Die Menschen mussten nicht fünf verschiedene Apps installieren. Sie konnten eine App installieren. Das erhöht natürlich wieder die Teilnahmebereitschaft, weil es viel einfacher ist.

Generell empfiehlt es sich – das ist der letzte Punkt bezüglich der Infrastrukturen –, immer auf schon bestehende Systeme zurückzugreifen – seien es welche, die man als staatliche Institution selbst schon gebaut hat, oder Endlösungen, die es anderweitig schon gibt und die man datenschutzkonform einkaufen kann. Das erspart einfach extrem viel Reibung.

Einer der für mich wichtigsten Aspekte im Ausrollen von solchen Projekten ist die Außenkommunikation. Man bekommt die Leute nur dazu, mitzumachen, wenn man das Ganze vehement kommunikativ begleitet. Gerade in der Anfangsphase von jeglichen „Citizen Science“-Projekten und Beteiligungsprojekten ist es aus meiner Sicht hochgradig notwendig, das umfangreich kommunikativ zu begleiten. Man sieht hier unten die Neuanmeldungen über die Zeit. Ganz am Anfang wurde es im „heute-journal“, in der „Tagesschau“ und dann noch einmal im „heute-journal“ gefeatured. Da haben sich extrem viele Leute angemeldet. Dann ging das aber auch sehr schnell nach unten. Wenn man das nicht schafft, dann hat man so ein Henne-Ei-Problem. Dann macht keiner mit, und man erhält keine Daten. Wenn man keine Daten und nichts Schönes vorzuzeigen hat, dann macht auch keiner mit. Man muss irgendwie einmal am Anfang einen guten Kick-off hinbekommen. Dazu ist es einfach sehr, sehr wichtig, dass man das gut kommunikativ vorbereitet.

Man sollte auch im Verlauf des Projekts regelmäßig informieren. Wir haben dies damals über eine Webseite, über eine Art Wissenschaftsblog, gemacht, auf der wir jeden Monat unseren Fortschritt dokumentiert haben. Wir haben aber auch über den Twitterkanal, der heute schon angesprochen wurde, kommuniziert, bei dem wir sehr dankbar sind, dass wir da gut begleitet wurden. Wir haben auch ein bisschen was bei Instagram gemacht. Wir haben natürlich auch immer Vorträge darüber gehalten. Wir haben die Leute also auf verschiedenen Kanälen informiert. Man sieht einfach, dass es die langfristige Teilnahmebereitschaft erhöht. Solange die Leute mitbekommen, dass etwas in dem Projekt passiert, an dem sie sich beteiligen, dann machen sie auch weiterhin mit.

Noch besser wäre es, wenn man auch direkte Kommunikationskanäle mit den Beteiligten und den Teilnehmenden ermöglicht. Das hatten wir nicht, das war uns damals aufgrund der Kürze der Zeit nicht möglich, weil das eben noch einmal eine extra datenschutzrechtliche Prüfung gebraucht hätte. Das sollte man aber mitbedenken, wenn man plant, so etwas in Zukunft noch einmal aufzubauen.

Wenn einem das alles gelingt, dann hat man am Ende wirklich eine Community von Teilnehmenden und „Citizen Scientists“, die Lust haben, bei so etwas mitzumachen. Wir haben auch unfassbar viele E-Mails mit Feedback bekommen. Die Leute haben sich diese Kurven angeschaut und gesagt: „Hey, darin kann ich mich auch wiedererkennen.“ Es gab schon einen gewissen Dialog, aber keinen besonders direkten. Wir haben unter unseren Social-Media-Beiträgen wirklich auch sehr viel positives Feedback bekommen, was uns natürlich extrem gefreut hat.

Die Beteiligung sollte man tendenziell so gestalten, dass die Leute selbst darüber entscheiden können, in welchem Umfang sie mitmachen wollen. In unserem Fall gab es die Möglichkeit, sich die App zu installieren und sich mit der Apple Watch zu verbinden. Dann hat man nichts mehr damit zu tun. Dann wird einfach jeden Tag ein Datenpunkt übermittelt. Es gab aber auch die Möglichkeit, an den Befragungen teilzunehmen. Das konnte man einmalig machen, das konnte man monatlich machen, das konnte man wöchentlich machen, sodass die Menschen selbst entscheiden konnten, wie sich das Projekt am besten in ihren Alltag integriert, wie viel sie beisteuern wollen, ob sie aktiv oder passiv teilnehmen wollen. Es lohnt sich, über verschiedene Level nachzudenken. Natürlich sollten die alle in sich ihren Sinn haben.

Generell sollte man darauf achten, dass jegliche Interaktion mit den Teilnehmenden kurzgehalten wird. Die Leute schauen in der U-Bahn drauf, die haben gerade zwei Minuten Zeit und schauen auf das Smartphone. Dann starten sie die App, beantworten drei Fragen und machen die App wieder zu. Man sollte die Menschen nicht mit superumfangreichen Fragebögen überfordern. Wenn das das Ziel ist, dann gibt es bessere Mittel dafür. Generell gilt es, den Aufwand für die Menschen, die teilnehmen, gering zu halten und immer zu erklären, warum das, was man von den Menschen wissen möchte, relevant ist. Man soll also immer kommunizieren, was das Ziel der Befragung ist, was das Ziel der Datenerhebung ist.

Jetzt kommen wir zum Datenschutz. Ich habe da ein paar mehr Punkte drauf gepackt, weil das sowohl im Einladungsschreiben angesprochen wurde als auch im Einsetzungsbeschluss steht. Da stand auch etwas zu der Frage, wie der Datenschutz angepasst werden müsste, um so etwas möglich zu machen. Ich glaube, man muss gar nicht viel anpassen. Der bestehende Datenschutz bietet eigentlich ausreichend Möglichkeiten zur erfolgreichen Umsetzung, insbesondere von wissenschaftlichen „Citizen Science“-Projekten. Da sei auf den Erwägungsgrund 159 der Datenschutz-Grundverordnung hingewiesen – ich habe den gerade noch einmal recherchiert –, der den Datenschutz für wissenschaftliche Projekte eigentlich sehr weit fasst.

Relativ häufig ist es so, dass die individuelle Datenhoheit und Souveränität solchen Projekten sogar zugutekommen können. – Sind wir über der Zeit?

Vorsitzender Alexander Salomon: Nein, Sie sind in zwei Minuten über der Zeit.

Sv. Herr Dr. Wiedermann: Das schaffen wir.

Vorsitzender Alexander Salomon: Es gab nur einen kurzen Blickkontakt mit Herrn Abg. Dr. Preusch. Ich habe das Gefühl, dass er nachher bestimmt eine Frage zum Thema Datenschutz hat.

Sv. Herr Dr. Wiedermann: Darauf freue ich mich. – Gerade Datensouveränität und Datenhoheit sind eigentlich eine großartige Sache. Denn Sie als Individuum können entscheiden. Wenn ihre Daten im Moment bei Apple liegen, dann können sie die nehmen und woanders hintransferieren. Apple hat kein Recht darauf, die zu behalten und nicht herauszugeben. Gemäß DS-GVO können sie die Daten anfordern und weitergeben, was z. B. in unserem Fall passiert ist.

Ganz kurz: Es ist immer wichtig, zwei Aspekten des Datenschutzes gleichwertig zu begegnen. Der zweite wird leider häufig vergessen. Der eine Aspekt ist der, den wir alle kennen: Es gibt irgendwie Datenschutzbeauftragte, und die prüfen alle negativen, vor allem rechtlichen Konsequenzen, die bevorstehen, wenn die Privatsphäre verletzt wurde. Dem kann man entgegenwirken, indem man den Datenschutzbeauftragten der Institutionen mit ins Boot holt, die Landes- und Bundesbeauftragte für den Datenschutz mit ins Boot holt und ab Konzeption von solchen Projekten intensiv mit denen spricht.

Der zweite Aspekt ist, dass man auch immer versuchen sollte, jeglichen ungewollten Nebeneffekt solcher Teilnahmen bewerten zu lassen. Ganz besonders gilt da die psychische Belastung durch Preisgabe und Verlust von möglichen Daten. Das ist vor allem im Gesundheitsbereich hochgradig relevant. Da gibt es mittlerweile an allen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen spezielle Ethikkommissionen. Wir haben von der Humboldt-Universität Berlin und von der Universität

Erfurt jeweils ein Ethikvotum eingeholt. Die haben uns auch noch einmal bescheinigt, dass das, was wir vorhaben, auch ethisch in Ordnung geht.

Ich würde immer empfehlen, beides zu bedenken: den Datenschutz und die ethischen Aspekte. Zweiteres ist in der Wissenschaft oft schon gängige Praxis, wird aber in vielen anderen Projekten leider vergessen.

Letzter Punkt – im Sinne der Zeit gehe ich da möglichst schnell drüber –: Alles, was an Daten erhoben wird, und auch alle Erkenntnisse, die daraus gewonnen werden, sollten der Allgemeinheit, wenn möglich, wieder zur Verfügung gestellt werden. Wir haben versucht, das so gut es geht zu machen. Das hat den Vorteil, dass die Menschen, die teilnehmen, noch einmal enger an das Projekt gebunden werden. Bestimmte Interessengruppen können die Daten nehmen, können sie in ihre Communitys tragen. Das hat sich in unserem Fall vor allem bei Long Covid bewährt. So wird einfach wieder ein großer gesellschaftlicher Mehrwert geschaffen, der die Identifikation mit dem Projekt weiter fördern kann.

Wichtig ist, dass man sich überlegt: Wer ist die Zielgruppe, wen will man ansprechen? Denn das legt fest: Gehe ich damit auf eine wissenschaftliche Plattform wie Zenodo, gehe ich auf eine technische Plattform wie GitHub? Darüber können wir gern im Nachgang noch ein wenig diskutieren. Es gibt auf jeden Fall sehr viele Möglichkeiten, wieder Informationen zurückzuspielen. Von denen sollte man Gebrauch machen.

Zwei Folien noch, dann sind wir durch. – Ich habe jetzt viel geworben. Aber man muss natürlich auch an die Nachteile denken. Solche Projekte sind nicht repräsentativ. Bei unserem Projekt waren Kinder und vor allem ältere Menschen unterrepräsentiert: Kinder aus Datenschutzgründen, ältere Menschen, weil sie die Technologie nicht besitzen. Auch Menschen mit geringerem Einkommen wurde bei uns auf jeden Fall die Teilnahme erschwert, denn nicht jeder hat die finanziellen Mittel, sich eine teure Smartwatch zu leisten. Das muss man einfach so benennen und anerkennen.

Das ist ein Problem, das diese Projekte haben. Das sollte man immer berücksichtigen, wenn man daraus Schlussfolgerungen zieht. Deswegen sollte man solche Projekte auch nie als der Wahrheit letzter Schluss betrachten, sondern als das, was sie sind, nämlich eine Möglichkeit der Teilhabe und als einen komplementären Baustein zum Verständnis von Krisen.

Ganz kurze Zusammenfassung, dann sind wir durch und ich gebe an den nächsten Sprecher ab. – Wenn man darüber nachdenkt, solche Bürgerbeteiligungsprojekte und „Citizen Science“-Projekte auszurollen, dann haben sie bestimmte Vorteile. Für mich sind die drei großen Vorteile, dass man Informationen, die man braucht und nirgendwo anders herbekommt, schnell und in großer Zahl bekommen kann. Es gibt 82 Millionen Bürger, die teilweise sehr bereit sind, bei so etwas mitzumachen. Das ist natürlich besonders in Frühphasen von Krisen – bei uns war das in der Coronapan-

demie auch so – relevant, weil man noch nicht so viele Informationen und Daten hat, oder eben auch, weil eine Datenerhebung anderweitig gar nicht möglich ist.

Wenn man so ein Projekt erst einmal auf der Straße hat, ist es wichtig, regelmäßig zu interagieren und transparent zu kommunizieren. Das erhöht die Teilhabe und verbessert die Verbindung zwischen Politik, Wissenschaft und Bevölkerung. Das steigert somit die Akzeptanz und das Vertrauen in Wissenschaft und auch in staatliches Handeln. Aus meiner Sicht sind solche Projekte vielseitig einsetzbar und auf andere Krisensituationen transferierbar. Auch darüber können wir später noch einmal diskutieren. Da gibt es auch schon ein paar Beispiele, die man eventuell benennen kann.

Dann gibt es, wie gesagt, ein paar Nachteile. Wenn man einen von diesen Punkten sieht und sich darin wiederfindet, dann ist das vielleicht nicht das Mittel der Wahl zur Beteiligung. Das Erste, was man natürlich braucht, ist ein in gewisser Weise langfristiges und wiederkehrendes Engagement. Die Leute müssen schon irgendwie Lust haben, bei der Sache zu bleiben, und wenn das nur bedeutet, dass sie die App auf ihrem Smartphone belassen. Über die Zeit kämpft man im Normalfall immer damit, dass die Datenmenge, die man sammelt, abnimmt und der Detailgrad geringer wird.

Die Teilnahme bei solchen Projekten ist selbstrekrutiert. Wir haben das gerade gesehen. Das alles ist nicht repräsentativ. Gleichzeitig hat man einen hohen Grad an Verantwortung für die Privatsphäre der Menschen, die bei so etwas mitmachen. Wenn man eine klinische Studie macht und 100 Patienten auswählt, dann ist das ein viel überschaubarerer Kreis an Menschen, die man monitort, als wenn man 120 000 freiwillige Teilnehmerinnen und Teilnehmer hat, deren Hintergrund man mitunter nicht kennt.

Man muss damit leben – das ist der letzte Punkt –, dass die Datenqualität nicht immer so ist, wie man es sich wünscht. Das kann dadurch passieren, dass die Leute einen Fragebogen sehen, drei Fragen beantworten und die anderen zehn beantworten sie nicht mehr, weil sie keine Lust mehr haben. Es kann passieren, dass Geräte kaputtgehen oder eben defekt sind oder dass Apple das Betriebssystem updatet und plötzlich der Puls zwei Schläge pro Minute höher ist als gestern – das alles ist schon vorgekommen. Möglich sind eben auch Falschangaben – aus welchen Gründen auch immer.

Ich hoffe, das hat Ihnen einen groben Überblick darüber gegeben, wie „Citizen Science“-Projekte funktionieren können, wie so ein erfolgreiches „Citizen Science“-Projekt ausgesehen hat. Alle weiteren Fragen würde ich dann in die Diskussionsrunde schieben.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Wiedermann. – Dann hören wir jetzt Herrn Dr. Holger Krimmer, den Geschäftsführer der ZiviZ GmbH Berlin.

(Eine Präsentation [Anlage 6] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Krimmer: Herzlichen Dank für die Einladung. Ich freue mich, mit Ihnen ein bisschen in den Dialog zu kommen.

Ich kann mich bei zwei Punkten an das anschließen, was Herr Wiedermann gerade gesagt hat. Das eine ist das Datenthema, was bei mir ein bisschen eine andere Rolle spielt. Einen zweiten Punkt möchte ich aber noch aufnehmen. Das ist der Gedanke, Betroffene zu Beteiligten zu machen. Ich glaube, das ist die Grundlogik, um die es geht, wenn wir darüber sprechen, Zivilgesellschaft als Akteure oder bürgerschaftliches Engagement als Akteur in der Krisenhilfe mit dabei – –

(Der Ton bricht ab.)

Vorsitzender Alexander Salomon: Jetzt hört man Sie nicht mehr, Herr Dr. Krimmer. – Jetzt hört man Sie wieder.

Sv. Herr Dr. Krimmer: Ich möchte ganz kurz sagen, was mein Fokus ist, den ich versuche, in den folgenden 20 Minuten aufzunehmen. – Ich habe zwei, drei Fragen gestellt bekommen. Es ging zum einen um die Akteure im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, also das Arrangement der Blaulichtorganisationen, und zum anderen aber auch um das Ehrenamt im weiteren Sinn. Ich konzentriere mich auf Letzteres; mein Fokus liegt auf dem bürgerschaftlichen Engagement und Ehrenamt insgesamt.

Ich gehe ein bisschen in die Breite. Es geht mir in vier Schritten um den Fokus Zivilgesellschaft sowohl vor, in als auch nach der Krise, weil ich Ihre Fragestellung so verstanden habe. Ich sage zwei Worte zur Datengrundlage, mit der ich gleich versuche, ein paar Argumente und Beobachtungen deutlich zu machen. Ich werde es aber kurz machen. Sie haben dazu ein paar Beobachtungen in den Folien drin. Das können Sie gern später noch einmal anschauen. Aber wir sollten uns damit nicht zu lange aufhalten.

„Zivilgesellschaft in der Krise“ ist mein zweiter Fokus. Das ist mein Hauptfokus. Dazu habe ich acht Beobachtungen, die ich gern mit Ihnen teilen möchte, um zu schauen: Wie funktionieren die konkreten Lösungsbeiträge zivilgesellschaftlicher Akteure bürgerschaftlichen Engagements? Wo sind die Probleme dieser Akteurskonstellation und vor allem auch die Herausforderungen der Zusammenarbeit zwischen Engagement und Politik? Das habe ich in Ihrem Einsetzungsbeschluss sehr gut ausformuliert gefunden.

Ich habe einen ganz kurzen Punkt: „Zivilgesellschaft nach der Krise“. Wie kommt eigentlich das Engagement aus der Krise heraus, und wie ist die aktuelle Lage? Aber dann komme ich hauptsächlich auf den vierten Punkt „Empfehlungen“ zu sprechen. – Das zu meinem Vorgehen.

Kurz zu der Datengrundlage: Sie haben zwei zentrale Instrumente. Das eine ist der ZiviZ-Survey, das ist eine Repräsentativerhebung gemeinnütziger Organisationen. ZiviZ erhebt dieses alle vier Jahre. Es ist also eine Dauerberichterstattung, die wir seit mittlerweile zehn, zwölf Jahren erheben und die gerade vor wenigen Wochen das letzte Mal neu erhoben wurde. Hier eingeblendet sehen Sie die Fördererstruktur. Sie sehen dort u. a. auch das Logo des Sozialministeriums Baden-Württemberg, mit dem wir intensiv und sehr gut zusammenarbeiten. Das heißt, in absehbarer Zeit sind Zahlen zu Baden-Württemberg zu erwarten.

Darüber sehen Sie eine Publikation. Diese Publikation ist der Trendbericht, den wir gerade herausgegeben haben. Die meisten Daten können Sie dann der Präsentation entnehmen. Ich möchte Ihnen nur eine Zahl kurz darstellen, damit Sie ein Bild davon haben, wie der engagierte und gemeinnützige Sektor in Baden-Württemberg ausgestaltet ist. Sie sehen hier die Zahlen zu Vereinen. Denn Vereine sind die Hauptrechtsform, in denen bürgerschaftliches Engagement organisiert ist. Sie sehen die Zahlen der Vereine für alle Bundesländer, hervorgehoben sind die für Deutschland und Baden-Württemberg.

Sie sehen: Die Zahlen stammen aus dem Jahr 2022; das war immerhin eine Vollaussage aus dem Vereinsregister. Wir haben also die Grundgesamtheitsdaten. In Deutschland gibt es ca. 615 000 Vereine, auf Baden-Württemberg entfallen hiervon etwa 86 000. Wir haben in den letzten zehn, zwölf Jahren einen Anstieg um 5,5 % in Baden-Württemberg und um 6,1 % im Bundesgebiet verzeichnet. Die Differenz hat wenig zu sagen: 0,6 % Prozentpunkte sind empirisch nicht signifikant oder haben keine hohe Relevanz.

Es gibt also einen sehr, sehr großen Vereinssektor. Darum geht es mir nämlich im Wesentlichen: dass wir nicht nur einige Akteure im Bereich des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes haben, sondern ein Vereinswesen, das sie flächendeckend in jeder noch so kleinen Kommune in Baden-Württemberg vor Ort antreffen.

Eine Beobachtung zu den Vereinen in Deutschland allgemein, bevor ich dann gleich auf den Fokus komme: Sie sehen hier die Entwicklung der Vereinszahlen in den letzten 20 Jahren. Diese sind zwar insgesamt gewachsen. Sie sehen auf der rechten Seite die Vereinsdichte nach Bundesländern. Baden-Württemberg hat eine mittlere Vereinsdichte. Aber wir sehen: Es gibt rückgängige Neugründungen – das ist die rote Achse – und eher steigende oder kontinuierliche Löschungen von Vereinen. Das heißt, die Differenz zwischen der roten und der blauen Linie ist im Prinzip der Saldo des Vereinswachstums in Deutschland. Wir hatten in den letzten 20 Jahren insgesamt um die 200 000 neuen Vereine im Bundesgebiet. Wir gehen davon aus, dass in

den nächsten fünf bis zehn Jahren ein Peak erreicht ist und mit keinen Neuzugängen im absoluten Sinn mehr zu rechnen ist. Ob es einen Rückgang geben wird, bleibt abzuwarten.

Das Nächste, was mir wichtig erscheint, damit wir so ein bisschen die Akteure vor Augen haben, ist, dass ein Bereich des Engagements massiv wächst: das informelle Engagement. Wir hatten in den letzten 20 Jahren in Vereinen ein Wachstum des Engagements um 18 %, ein Wachstum des informellen, nicht organisierten Engagements um 117 %. Das heißt, das informelle, ungebundene Engagement wächst innerhalb, aber vor allem auch jenseits von Krisen massiv. Das wirft auch für die Krisenhelfer massive Koordinationsfragen auf.

Den zweiten Punkt kann ich kürzer halten. Wir hatten zusammen mit verschiedenen Bundesländern – auch hier war Baden-Württemberg beteiligt –, ein Engagement-Barometer aufgesetzt. Wir haben alle drei Monate versucht, ein repräsentatives Sample gemeinnütziger Organisationen zu ziehen und sie zu fragen: Was tut ihr denn momentan in der Krise, und wie sind die Auswirkungen? Damit will ich es aber hier auch bewenden lassen.

Ich komme direkt zu den Beobachtungen, die ich mit Ihnen teilen möchte:

Erster Punkt – auf den ich mich aber am wenigsten konzentriere –: die konkrete Wirkweise. Denn ich glaube, die haben Sie alle vor Augen. Wir wissen, was Blaulichtorganisationen insgesamt in der Krisenhilfe tun. Wir wissen auch, wie das Engagement vielfach geholfen hat. Ich vermute, Sie alle wissen es vor allem auch aus Ihren jeweiligen Wahlkreisen; denn es war unübersehbar. Es gab eine unglaubliche Kreativität an Hilfsangeboten, angefangen bei Einkaufshilfen, über Vereinsheime, die in Pizzabackstuben umgewandelt wurden, und Vereinssportler, die die Pizzen mit Fahrrädern ausgefahren haben, bis hin zu Maskennähen von Gesangsvereinen für Hygieneschutzmaßnahmen. Es gab eine unglaubliche Kreativität. Das haben wir alle vor Augen. Ich glaube, ohne diese sehr, sehr schnell einsetzende Kreativität wäre die Lage vor Ort in den Kommunen wesentlich schneller wesentlich prekärer gewesen.

Erstens: ein enormer Anstieg des spontanen, helfenden Engagements. Wir hatten damals eine qualitative Studie gemacht, für die wir 50 Verbände aus allen Bereichen – Musik, Sport, Kultur und dergleichen –, aber auch Freiwilligenagenturen und andere interviewt haben. Alle sagten uns damals schon: Es ist ein viel höheres informelles Engagement als z. B. zu Zeiten der Verwaltungskrise, in der Phase der vermehrten Zuwanderung geflüchteter Menschen in den Jahren 2016, 2017, 2018. Eine hat es, um es bildlich zu teilen, sehr plastisch gemacht und meinte: Wenn ich bei uns in der Kommune an der Straße stehe und versuche, einer älteren Dame über die Straße zu helfen, dann sagt sie: Gehen Sie bitte weiter, mich haben schon fünf andere gefragt. Informelles Engagement war quasi in jeder Situation ein massiver Helfer.

Zweitens: Vereine und gemeinnützige Organisationen waren häufig die Plattformen, um das zu kanalisieren. Auch dann, wenn es spontanes Engagement von Nichtmitgliedern gewesen ist, sind diese häufig zu den Plattformen der Vereine, der Musikvereine, der Kultur, des Sports und dergleichen gegangen, um dort zu fragen: Wo kann ich mich jetzt einbringen?

Drittens: die Infrastruktureinrichtungen. Eigentlich ist das so etwas wie die Freiwilligenagentur. Mehrgenerationenhäuser, Verbände und andere Akteure in dieser Klasse waren zentrale Drehkreuze, um das zu machen. Aber sie waren durch den quantitativen Ansturm häufig auch massiv überfordert.

Zweiter Punkt: Wir haben hier einen Datenpunkt aus einer dieser Befragungen, die wir ab Juni erhoben haben. Da haben wir gefragt: Gibt es bei ihnen viele Engagierte, die sich für Betroffene der Coronakrise helfend engagieren? Wir haben eben nicht nur in Organisationen gefragt, die sich dominant um helfendes Engagement, soziale Dienste, Wohlfahrtspfleger bemühen, sondern in der Breite. Man sieht: Zu Beginn war es ein Viertel. Die Zahl derer, die sich engagiert haben, wuchs dann im Verlauf der kommenden Quartale. Das ging also querbeet durch die ganze Zivilgesellschaft.

Dritter Punkt: Auswirkungen auf Engagement und Mitglieder. Da ist es quasi eher das Problem: Engagement und Ehrenamt nicht nur als Helfer in der Krise, sondern auch als Betroffene der Krise. Recht früh haben die Vereine rückgemeldet: Es kommt bedingt durch die Coronakrise zu Kündigungen von Mitgliedschaften und zu einem Rückgang von Engagement. Sie sehen hier drei Messerhebungspunkte, November 2020, März 2021, Juni 2021. Hier gibt es ein langsames, aber stetiges Wachstum der Vereine – am Schluss sind es ein Fünftel –, die gesagt haben: Bei uns gibt es Austritte von Mitgliedern, maßgeblich bedingt durch die Lockdowns. Hier sagen die Mitglieder: Ich kann die Leistungen des Vereins und das Vereinsleben momentan ohnehin nicht nutzen, vielleicht werde ich danach wieder Mitglied, aber momentan gehe ich erst einmal heraus. Das ist natürlich sowohl eine soziale Erosion des Vereins, aber auch eine finanzielle Erosion, denn Mitglieder zahlen Mitgliedschaftsbeiträge.

Vierter Punkt: Hier geht es mir nur um die unteren zwei Balken. Zentral ist auch, dass nicht nur einfache Mitglieder oder Engagierte, sondern häufig auch sogenannte Funktionsträger – also Vorstände, Kassenwarte, Sportwarte oder dergleichen – aus den Vereinen ausgestiegen sind. Wer die Engagementlandschaft in Deutschland ein bisschen im Blick hat, der weiß, dass wir einen massiven Mangel genau an dieser Gruppe von Engagierten haben und dass es quasi zu einer massiven Destabilisierung der Engagementlandschaft beitragen kann, wenn sich genau diese Gruppe stärker zurückzieht. Hier ist von März bis Juni 2021 ein sprunghafter Anstieg von 4 % auf 12 % zu erkennen. Das ist weiter gestiegen. Das stellt auch nach der Pandemie eine zentrale Herausforderung dar.

Fünfter Punkt – um auf die finanzielle Lage zu sprechen zu kommen –: Finanziell ist nicht jede Organisation gleichermaßen betroffen gewesen, aber einige. Vor allem

waren diejenigen betroffen gewesen, welche Einnahmen aus wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben hatten, z. B. Organisationen im Bereich Kultur, soziokulturelle Zentren oder andere, die über Kursgebühren, Eintrittsgelder und dergleichen Einnahmen generieren, und maßgeblich im Bereich Bildung. Dort gab es eine eminente Schwächung der Organisation, die nur teilweise aufgefangen werden konnte.

Sechster Punkt: Damit komme ich auf den Punkt „Zivilgesellschaft und Politik im Dialog, in Kooperation“ zu sprechen. Die Bundesländer und die Bundesregierung haben durch Soforthilfemaßnahmen, durch Förderfonds und dergleichen versucht, nothelfenden Organisationen eben nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im zivilgesellschaftlichen Bereich zu helfen.

Ich habe, damit wir nicht nur an die großen Zahlen herangehen, eher die kleineren hervorgehoben, weil ich finde, dass diese auch schon für sich sprechen. Die erste Option hier, die wir in einer Befragung gestellt haben: Die Engagementförderung der Länder hat uns in der Phase der Pandemie wirkungsvoll unterstützt. Befragt wurden 600 000 Vereine in Deutschland. 17 % von den 600 000 – umgerechnet also ein Anteil von um die 100 000 – sagen: Das trifft voll zu, oder das trifft eher zu. Ich glaube, das muss man positiv bewerten. Man kann nicht alle 600 000 gleichermaßen adressieren. Nichtsdestotrotz stehen bei „trifft nicht zu“ 60 %. Das heißt, viele konnten nicht erreicht werden.

Andere Frage: Die Engagementförderung der Länder hatte für unsere Organisation keine Relevanz. Da sehen Sie das Gleiche quasi vice versa gespiegelt. Ich gehe insofern noch einmal auf das dritte Item ein: Die Hilfsprogramme von Bund und Ländern sind geeignet – spitz ausgedrückt –, die Existenzgefährdung von gemeinnützigen Organisationen durch die Pandemie abzuwehren. 34 % der Organisationen stimmen dem zu. Ich glaube, das ist erst einmal eine positive Rückmeldung, die man bekommt, allerdings auch hier mit einer problematischen Botschaft: Es konnten beileibe nicht alle erreicht werden.

Ich möchte noch auf einen ganz anderen Punkt eingehen, und zwar geht es in der Krisenhilfe maßgeblich auch darum, Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu erreichen und mit bestimmten Maßnahmen Akzeptanz zu schaffen. Das stand auch in Ihrem Einsetzungsbeschluss: Wie gewährleistet man in einer solchen Phase den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Wir haben massiv gesehen, dass die lokale Vereinslandschaft, ein gemeinnütziger Sektor in toto, kaum als Kommunikationsbrücke in die Lebenswelt von Bürgerinnen und Bürgern genutzt wurde.

Sie sehen hier eine Auswertung zu der Frage: Wie bekommen denn eigentlich lokale Vereine Informationen? Wir haben noch andere Fragen gestellt: Werden in den Vereinen vor Ort z. B. die Infektionsschutzmaßnahmen kritisiert oder unterstützt? Man sieht insgesamt ungefähr das folgende Bild: Es wird viel diskutiert, es wird viel unterstützt, aber es gibt eine Informationslücke zwischen der politischen und der lokalen Ebene.

Abschließender Punkt: Auf welcher föderalen Ebene – um noch einmal auf die Gelder zu sprechen zu kommen – hat ihre Organisation einen Antrag auf Förderung, Hilfgelder gestellt und welche bekommen? Um die positive Botschaft zu unterstreichen: Die dunkelblauen Balken stellen dar, dass ein Antrag gestellt und bewilligt wurde. Das sind die größten Balken. Das heißt, sehr, sehr viele Organisationen haben aktiv versucht, die Hilfen von Bund und Ländern zu nutzen, und haben diese bewilligt bekommen, weil – das fand ich ein sehr starkes Zeichen von den Regierungen in Bund und Ländern – die bürokratischen Hürden massiv herabgesetzt wurden, und zwar auf ein Maß, das man in nicht pandemischen Zeiten eher als kritisch reflektiert hätte.

Damit komme ich zu zwei Punkten, zuerst zur Zivilgesellschaft nach der Krise, bevor ich auf meine Empfehlungen komme. Wir haben im Sommer letzten Jahres den ZiviZ-Survey durchgeführt. Das waren 12 000 realisierte Interviews, somit ist dies eine sehr repräsentative Erhebung. Wir haben zusammengefasst gefragt: Wie bewerten sie insgesamt die aktuelle finanzielle Situation ihrer Organisation? Wenn Sie die unteren beiden Punkte zusammennehmen, kommen Sie auf ein Viertel der Organisationen – wir sprechen also von ungefähr 150 000 Organisationen –, die sagen: ausreichend bis mangelhaft, nicht einmal befriedigend. Das heißt, die Nachwirkungen hin zu einer prekären Lage vieler gemeinnütziger Organisationen, die wichtige Krisenhelfer vor Ort in der Situation waren, sind massiv.

Der zweite Punkt, den ich noch habe, ist folgende Fragestellung: Glauben sie eigentlich, dass das, was sie hier gerade tun – Musikangebote, Sportangebote, Krisenhilfe, was auch immer –, eigentlich von ihnen als Gemeinnützigen oder eher vom Staat und von der Politik gemacht werden sollte, und wer sollte dafür zahlen? Man sieht: In den fünf Jahren über die Pandemie hinweg oder hier in den sechs Jahren von 2016 bis 2022 gab es eine massive Verschiebung. So gut wie alle Organisationen sagen: Das sollte von uns, von gemeinnützigen Organisationen gemacht werden; das ist auch vollkommen legitim, dass wir das finanzieren. Das sagten im Jahr 2016 noch viel, viel mehr. Da gab es keine Fremderwartungen an den Staat, dass dort eine Finanzierungsverantwortung sei. Aber das hat sich über die Phase der Pandemie um über 10 Prozentpunkte verschoben. Man sieht es bei den unteren Balken. Nur noch 54 % sagen: Es ist zwar wichtig, dass wir das tun, aber wir sollten das auch finanzieren. Also die Ansprüche, dass der Staat z. B. für das, was auch in der Pandemie geschehen ist, eine Finanzierungsmitverantwortung hat, sind deutlich gestiegen.

Damit komme ich auf wenige Empfehlungen. Erstens: Infrastrukturen. Für das spontan helfende Engagement in der Krise sind Freiwilligenagenturen, Verbände, Vereine und die organisierte Zivilgesellschaft die zentralen Infrastrukturen und Plattformen gewesen, um sicherzustellen, dass das Engagementpotenzial und die Hilfsbereitschaft auch bei den Zielgruppen angekommen ist. Das muss nicht nur in der Krise, sondern auch nach der Krise glaubhaft gefördert werden.

Zweitens: Akteur. Die Zivilgesellschaft wurde in der Krise sehr häufig nur als Opfer adressiert, nicht als Akteur, obwohl sie ein wesentlicher Leistungsgarant in den Kommunen vor Ort gewesen ist. Es ging immer darum: Wie kann man finanzielle Probleme lösen, wie kann man den Mitgliederschwund durch Aufholprogramme nach der Pandemie wiederum lösen? Es gab aber nicht im Sinne einer Anerkennungskultur z. B. einen Zivilgesellschaftsgipfel im Bundeskanzleramt, wie es einen Autogipfel gegeben hat. Es gab eine Bundesratsinitiative von Rheinland-Pfalz – Berlin hat diese unterstützt –, die z. B. genau das gefordert hat: die Akteure, die sich stellenweise im Engagement ausgebrannt haben, auch wirklich wertzuschätzen, aber auch einen substanziellen Dialog zu starten. Es gab keine dieser Maßnahmen – zumindest nicht auf Bundesebene. Die Bundesländer waren da sehr unterschiedlich aufgestellt.

Drittens: Brücken. – Es sind insgesamt fünf Empfehlungen. Die dritte davon heißt „Brücken“. – Die Informationsbrücken zwischen lokaler Zivilgesellschaft sowie Landesregierung und Bundesregierung sind relativ schwach gewesen. Das erkennt man sofort, wenn man schaut, woher die Informationen eigentlich gekommen sind, wie die Verteiler laufen. Ich glaube, dass die Engagementpolitik in den Sozialministerien, Staatskanzleien oder auch primär BMFSFJ, BMI, BMEL auf Bundesebene strukturell überfordert ist. Dafür ist Engagementpolitik nicht ausgelegt. Eine Einbindung in Krisenstäbe, zumindest informationshalber oder dergleichen, wäre bestimmt ein kommoderes Mittel gewesen, um den Informationsfluss und die Unterstützung der Krisenhilfe vor Ort sicherzustellen.

Viertens: Langfristigkeit. Das Thema „Zivilgesellschaft als Betroffene von Krisen“ braucht mehr politische Aufmerksamkeit. Das haben wir nach der Verwaltungskrise im Zuge der vermehrten Zuwanderung geflüchteter Menschen in den Jahren 2015, 2016, 2017 massiv gesehen. Da kamen Unmengen von politischen Entscheidungsträgern, hohe Verwaltungsangestellte und dergleichen auf zivilgesellschaftliche Akteure mit dazu. Ich saß selbst in einer Reihe von Gremien, und es wurde immer wieder gesagt: Das ist die Sternstunde der Zivilgesellschaft, und da muss man unglaublich viel tun. All diese Unterstützung – zumindest sehr, sehr viel davon – ist mit dem Rückgang der Krise wieder zurückgegangen. Das ist momentan auch zumindest auf Bundesebene zu beobachten. Ich kann nicht für Baden-Württemberg sprechen, dazu bin ich bei Ihnen zu wenig vor Ort. Wir haben jetzt eine Engagementstrategie der Bundesregierung, die losgetreten wird, und die Vorzeichen sind schon jetzt: „Wir können viel tun, aber bitte nichts, das Geld kostet; das geben die Haushaltsmittel momentan nicht her“ – und das in einer Situation, in der sich die Zivilgesellschaft mit ihrem Engagement für die Krisenhilfe sehr belastet hat.

Fünftens: Aufbau des Monitorings. Die Engagementpolitik wäre auch für das Thema „Zivilgesellschaft als Opfer der Krise“ strukturell überfordert gewesen, wenn es nicht regelmäßig Daten gegeben hätte, die unterschiedliche Akteure, die wir, die aber auch andere Institute mit öffentlicher Förderung ebenfalls erhoben hätten. Dazu braucht es auch in Krisensituationen dringend ein besseres Monitoring zivilgesellschaftlicher Strukturen, damit man weiß, wo man zielorientiert Hilfe geben kann.

Damit bin ich am Schluss. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Krimmer. Den Applaus hören Sie hoffentlich. – Jetzt kommen wir zur Fragerunde. Zuerst gebe ich Frau Kollegin Schwarz für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Andrea Schwarz GRÜNE: Ich habe zuerst eine Frage an Sie, Herr Dr. Wiedermann. Mich würde interessieren, ob der Zweck einer solchen Erhebung auch die Verfasstheit einer Bevölkerung im Vorfeld einer Katastrophe – wenn die ersten Warnungen rausgehen, wenn im Wetterbericht vor Starkregen, vor Hochwasser gewarnt wird – und auch während der Katastrophe erheben könnte. Oder ist hierfür die Zeit zu kurz, braucht es einen längeren Anlauf? Ich kann mir schon vorstellen, dass man bei den Parametern, die Sie da untersucht haben, ein gutes Lagebild haben könnte: Die sind jetzt aufgeregt, die haben einen hohen Puls. Da ließen sich auch Änderungen, z. B. in der Kommunikation, vornehmen, dass man mehr beruhigen oder offener mit Informationen rausgehen muss. Mich interessiert, ob so etwas auch bei einer Naturkatastrophe möglich wäre, bei der man nicht diesen langen Zeitraum hat, um sich vorzubereiten.

Dann sprachen Sie sich noch für die Nutzung von Open-Source-Lösungen aus. Können Sie uns an einem konkreten Beispiel noch einmal die Vorteile davon darstellen?

An Herrn Dr. Krimmer habe ich eine Anmerkung. Wir stellen fest, dass sich die Bevölkerung immer noch stark ehrenamtlich engagiert. Sie engagiert sich aber mehr in Projektarbeit und möchte sich weniger langfristig in Organisationen binden. Dazu stellen sich mir zwei Fragen: Welche Kompetenzen können Spontanhelfende tatsächlich in Katastrophen einbringen? Wer kennt ihre Fähigkeiten? Denn die sind ja praktisch nicht bekannt. Wenn das DRK mit irgendeinem Zug kommt, dann weiß man: Die können Sanitätsdienst, die können für Verpflegung sorgen. Das ist denen, die die Verantwortung haben und die Lage vor Ort koordinieren, bekannt. Wie kann man das bei Spontanhelfenden praktisch organisieren?

Es ist doch auch so: Die langfristig angelegten Organisationen, die ehrenamtlich engagiert sind, machen Fortbildungen, lernen das Verhalten in Krisen. Das haben Spontanhelfende oft nicht. Kann darin nicht auch die Gefahr bestehen, dass man die in Situationen einsetzt, bei denen sie unter Umständen maßlos überfordert sind? Denn es ist schon ein Unterschied zwischen der Vorstellung: „Ich gehe hin und helfe“ und der Situation vor Ort mit dem ganzen Elend, mit dem ich dann konfrontiert bin. Wir haben vorhin über PSNV gesprochen. Das würde mich interessieren. Wer koordiniert die Spontanhelfenden? Es wäre natürlich toll, wenn man die wirklich gut und am richtigen Platz einsetzen könnte.

Sehen Sie Möglichkeiten, nach einer Projektarbeit auf die Spontanhelfenden zuzugehen und sie vielleicht doch dazu zu bringen, sich langfristiger zu binden, z. B. beim DRK, bei den Maltesern, bei den Johannitern oder wo auch immer? Halten Sie es für realistisch, dass man es schafft, Spontanhelfende dauerhaft in Bevölkerungsschutzorganisationen zu binden, und wie könnten wir das machen?

Vielen Dank.

Abg. Dr. Michael Preusch CDU: Herr Wiedermann, ich bin froh, dass die letzte Folie mit den Limitationen noch kam. Natürlich muss jedes Projekt umrissen werden, und es muss vor jeder Ethikkommission eine klare Fragestellung gestellt werden. Jetzt haben Sie das mit Ihrem Projekt gemacht. Wir wussten aber schon im Rahmen der ersten Welle, dass Fieber kein guter Messwert mehr ist. So ist es mit vielen Projekten: Man beginnt und lernt im Rahmen des Projekts. Das ist immer schwierig, mit neuen Ideen Fallzahlplanungen zu machen, wenn man keine Vergleiche dazu hat. Deshalb ist es in der Tat wichtig, dass nicht nur die Daten erhoben werden, auf die man primär zielt, sondern dass man sich gut überlegt: Wenn die Hypothese nicht passt, wie kann man nicht nur sozusagen Datenmüll produzieren, sondern wie kann man aus den erhaltenen Daten eine andere wissenschaftliche Fragestellung entwickeln.

Deshalb ist es natürlich schon schwierig zu sagen: Na ja, jetzt legen wir einmal fest, was wir untersuchen. Deshalb macht man das in Studien so, dass man primäre, sekundäre und teilweise weitere Endpunkte festlegt. Wenn meine Hypothese nicht funktioniert, dann habe ich nicht nur etwas fürs Regal produziert, sondern dann ermöglichen es die Daten auch, weitere Dinge zu entwickeln. Corona hat uns gelehrt, dass wir im Rahmen und im Lauf der Pandemie auf viele andere Parameter Rücksicht nehmen mussten.

Ich bin gottfroh – dafür danke ich meinen Kollegen –, dass der Datenschutz nicht ganz so gerade genommen wurde. Damit war es uns möglich, Matrizen für München, Berlin, Freiburg zu erstellen. Es konnte berechnet werden, wie viele Intensivbetten man braucht. Aber das ging nur, weil mit einer mehr oder weniger weiten Definition des Datenschutzes die Daten der Gesundheitsämter zur Verfügung gestellt wurden.

Deshalb glaube ich, dass in ein prospektives Register mehr hinein muss als nur die Daten, die man im Rahmen einer Idee erarbeiten will. Ich glaube auch, dass es insbesondere für retrospektive Analysen wichtig ist, dass man ein komplettes Datenset, eventuell mit Variablen, hat, die man im Moment noch nicht für wichtig erachtet, welche aber für die Auswertung und Interpretation ganz wichtig sind. Das betrifft aber viele Bereiche.

Sie haben auch gezeigt, dass Ihr Kollektiv ein sehr selektioniertes ist. Das ist für mich so ein bisschen das Fitnesskollektiv: Die tragen alle schon eine Uhr, die können damit umgehen, die wollen ihre Daten speichern. Aber jetzt rutschen wir einmal aus

dem Bereich der Freiwilligkeit in die echte, harte Medizin. Dann müssen Sie natürlich aufpassen, dass Sie niemanden ausschließen, wenn Sie sich bestimmten Fragestellungen widmen.

Ich möchte ein Beispiel nennen: Schauen wir uns die Patienten mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen an; das sind die mit den größten Risikofaktoren. Das sind die Raucher und der schlecht eingestellte Diabetespatient. Die beteiligen sich an keinen oder an wenigen Vorsorgemaßnahmen. Die schließen wir also aus und schlussfolgern dann Ergebnisse, die auf das Gesamtkollektiv gesehen nicht wichtig sind, und vergessen die, die es eigentlich zwingend nötig hätten, dass man sich darum kümmert. Deshalb ist die Freiwilligkeit der Daten in der Wissenschaft in vielen Bereichen wichtig. Aber in den Bereichen, in denen wir tatsächlich eine Behandlungskonsequenz ableiten müssen, ist es natürlich wichtig, dass sämtliche Daten erhoben werden, und zwar völlig unabhängig vom Patienten.

Mir fehlt ein bisschen die Übertragbarkeit. Das ist ein tolles Projekt und macht Sinn für viele andere Fragestellungen. Es wird uns im Disease Management der Braven und der Patienten mit Compliance helfen. Aber es wird uns nicht helfen, einen Großteil der Erkrankten zu erfassen, entsprechende Vorarbeit zu leisten und Daten vorab zu erhalten, weil Sie diesen Selection bias nicht herausbekommen.

Deshalb aus der Erfahrung: Alle, die sie Daten während Corona erheben mussten, wissen, wie man sich mit dem Datenschutz herumschlägt. Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich bin wirklich jemand, der nicht wenige Ethikanträge geschrieben hat. Ich hatte weniger mit der Kommission an sich, sondern tatsächlich immer mit dem Datenschutzbeauftragten ein Problem, der sich nicht in einer gewissen Schwankungsbreite bewegte. Ich glaube, das lag zum Teil am fehlenden Verständnis für die Fragestellung, am fehlenden Know-how über das Projekt. Ich glaube, dass es die Möglichkeit gibt, dass man Dinge in gewisser Art und Weise auslegen kann, dass es aber doch ein strukturelles Problem ist. Das behaupten zumindest diejenigen, die große Datenmengen untersucht haben.

Eine Frage an Herrn Krimmer. Es ist spannend, was Sie mit dem Engagement in Vereinen aufgezeigt haben. Jetzt ist es ja so, dass bei uns Notfall- und Katastrophenschutz zu einem großen Teil ehrenamtlich aufgestellt sind. Denken wir nur an die Feuerwehren, dann muss man sagen, dass wir ein fast schon einmaliges System in Europa haben. Wie sieht es denn mit dem ehrenamtlichen Engagement in Vereinen in anderen Ländern aus? Haben Sie einen internationalen Vergleich? Ist es ein deutsches Spezifikum? Sind wir besser, was ehrenamtliches Engagement im Bereich der Vereine, insbesondere beim Katastrophenschutz angeht? Oder sind wir da tatsächlich nicht so optimal aufgestellt wie andere, und haben wir noch Potenzial, nachzuarbeiten?

Dr. Daniela Harsch, externes Mitglied: Zum ersten Vortrag habe ich noch einige Fragen. Es wurde gerade schon viel über den Selection bias gesprochen. Was wis-

sen Sie genau über die Gruppe der Teilnehmenden der Datenspende? Wie ist der Anteil Frauen und Männer, wie verteilt es sich zwischen städtischen und ländlichen Bereichen? Können Sie uns dazu etwas mehr sagen?

Sie haben mehrfach gesagt, dass es unterschiedliche Fragestellungen gab, auf die mit unterschiedlicher Häufigkeit geantwortet wurde. Könnten Sie noch einmal ein bisschen ausführen, inwieweit auf welche Fragestellung geantwortet wurde? Gibt es auch einen persönlichen Bereich? Auf welche Fragestellungen wurde eher nicht geantwortet?

Dann zum zweiten Vortrag, zum Thema Ehrenamt. Können Sie noch ein bisschen darüber sagen, wer aufgehört hat? Welche Gruppen haben wir im Engagement durch Corona verloren oder wurden gar welche hinzugewonnen? Mich interessieren aber eher die Gruppen derjenigen, die aus dem Ehrenamt ausgeschieden sind. Was wissen Sie über diese Gruppen, und was raten Sie uns – ich bin auch Kommunalpolitikerin –, in diesem Bereich zu tun? Als Beispiel: Wir haben sehr umfassende Förder Richtlinien. Egal, wie sehr wir als Kommune auch werben, es bewerben sich immer dieselben Gruppierungen, Vereine und Engagierten auf die Fördermittel, während andere nicht erreichbar sind und kaum wissen, dass es diese Art von Fördermitteln überhaupt gibt. Was kann das Land da noch stärker tun?

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Ich habe lediglich zwei Ergänzungsfragen. Herr Dr. Wiedermann, Sie haben eingangs oder auch generell gesagt, dass die Informationen, die Sie erhalten haben, in der Regel aus intrinsischer Motivation der Probanden zustande gekommen sind und erklären damit auch ein bisschen die Fehleranfälligkeit. Denn irgendwann lässt die Motivation natürlich nach, und es wird abgebrochen. Sehen Sie die Möglichkeit, möglicherweise durch Gratifikation, durch gewisse Bonifikation, das System etwas valider zu gestalten? Das wäre die eine Frage.

Die andere Frage geht an Sie, Herr Dr. Krimmer. Ich persönlich habe den Eindruck, dass je mehr staatliches Engagement kommt, je mehr Professionalisierung einhergeht, desto mehr das Anspruchsdenken und die Anspruchshaltung mit der Folge anwachsen, dass sich diejenigen, die als Funktionäre im Ehrenamt engagiert sind, ab einem gewissen Punkt einfach überfordert sehen, diesen Ansprüchen nicht mehr gerecht zu werden mit der Folge, dass sie sich als Funktionär verabschieden und nicht mehr für das Ehrenamt zur Verfügung stehen. Teilen Sie diese Entwicklung? Wie können wir dies durchbrechen, damit eine Wertschätzung für das, was ehrenamtlich geleistet wird, ankommt? Vielfach findet das tatsächlich statt, was die Anerkennung und die Wertschätzung angehen. Aber wir erleben es auch, dass sich die Leute getreu dem Lied „Und willst du Müh’ und Arbeit dir ersparen, lass dir kein Ehrenamt antragen“ verabschieden. Wie können wir die behalten?

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich habe die Bitte, sich jetzt zu melden, falls noch Bedarf besteht, Fragen zu stellen. – Frau Abg. Wolle, bitte.

Abg. Carola Wolle AfD: Herr Vorsitzender, meine Herren! Sehr schöne und interessante Vorträge. Ich habe nur wenige Fragen, zuerst an Sie, Herr Dr. Wiedermann. Sie selbst haben gesagt: Das sind Personen gewesen, die eine Smartwatch haben. Das ist also eine sehr ausgewählte Gruppe, finanziell etwas höhergestellt. Die sind eigentlich besser durch die Krise gekommen als diejenigen, die finanziell nicht so gut gestellt sind. Man kann sich jetzt folgende Frage stellen: Welchen Sinn und Zweck hat es, diese Abfrage durchzuführen, wenn sie nicht repräsentativ ist, bzw. wie kann man eine Abfrage zukünftig so gestalten, dass sie repräsentativ ist? Wie kann man an dieser Stelle alle Schichten der Gesellschaft abbilden und mitnehmen?

Herr Dr. Krimmer, es kam im Grunde heraus, dass sich Menschen weniger in Vereinen engagieren und doch vergleichsweise in Bereiche abwandern, bei denen sie mehr Projektarbeit machen und zeitlich nicht mehr so lange gebunden sind. Welche Bereiche sind das insbesondere? Kann man ausmachen, in welche Richtung diese Menschen gehen? Sie wollen sich ja nicht länger binden. Wie kann man versuchen, sie doch einzubinden, vielleicht in ein Kataster, bei dem sie sich melden, sodass man sie in einem Ernstfall doch einbinden kann bzw. ihnen auch vorher eine Ausbildung zukommen lassen könnte?

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. Ich habe noch zwei Meldungen, und zwar von Frau Tröger und Herrn Albiez. – Frau Tröger, bitte.

Josephine Tröger, stellv. externes Mitglied: An Herrn Dr. Krimmer die Frage: Sie haben eine Verschiebung der Finanzierungsverantwortung gezeigt. Wie erklären Sie sich das, und welche Folgen hat das, wenn das so weitergeht?

An Herr Wiedermann habe ich noch Fragen zu langfristigen Effekten. Das würde mich interessieren. Sie haben kurz von Vertrauen gesprochen. Kann man trotzdem langfristig noch irgendetwas sagen, eben auch für die Krisenprävention, und dann eben zur Übertragbarkeit? Das kam jetzt auch schon ein bisschen, aber vielleicht können Sie das konkret noch einmal an einer Krise ausbuchstabieren. Man kann die zwar nicht immer mehr vorhersehen, aber vielleicht könnten Sie das an der Klimakrise aufzeigen.

Sie haben Akteure benannt. Da würde mich noch konkreter interessieren, wie Bund und Länder zusammenspielen können. Das war ja ein nationales Projekt. Wie würde ein Projekt spezifisch für Baden-Württemberg aussehen, und was kostet so etwas?

Das waren meine Fragen.

Thomas Albiez, externes Mitglied: Meine Frage richtet sich an Herrn Dr. Krimmer und knüpft an die Frage vom Kollegen Weinmann an. Herr Weinmann hat die Professionalisierung im Ehrenamt angesprochen, die möglicherweise dazu führt, dass sich der eine oder andere überfordert fühlt und sich dann zurückzieht. Etwas Ähnliches hatten wir schon heute früh thematisiert. Ergänzend dazu meine Frage – sie resultiert aus der nahen Beobachtung der Flüchtlingskrise und der Coronakrise, bei denen ziviles Engagement zu Beginn der Krisen enorm ausgeprägt war –: Je mehr die staatlichen Strukturen mit ihrer gesamten bürokratischen Kraft wieder gewirkt haben, desto stärker ist die Autonomie auf der zivilgesellschaftlichen Ebene zurückgefahren worden und meines Erachtens auch ein Stückweit die Motivation verlorengegangen, weiterzumachen. Gibt es möglicherweise einen Zusammenhang zwischen der Bereitschaft, sich zu engagieren, und der Bewältigung von Verwaltungsvorschriften?

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. – Dann gebe ich Herrn Dr. Wiedermann hier vor Ort wieder das Wort. Probieren Sie, die Fragen in sieben bis zehn Minuten zu beantworten.

Sv. Herr Dr. Wiedermann: Ich bin zuversichtlich. Ich habe schon ein bisschen geclustert. Vielen lieben Dank für die Fragen. Ich werde mit dem Fragenkomplex anfangen, den ich am häufigsten wahrgenommen habe, nämlich der Repräsentation, der Charakteristik der Teilnehmenden.

Wie gesagt, es gibt diesen Selection bias; das muss man uneingeschränkt anerkennen. Wir haben versucht, mit Interessenverbänden zu sprechen, z. B. mit „Long Covid Deutschland“, um zumindest auch Patienten mit hineinzubekommen, bei denen man schon einen begründeteren Verdacht für das Vorliegen einer bestimmten Krankheit hat. Genauso haben wir natürlich auch versucht, das Projekt immer wieder breit zu bewerben. Aber man bekommt dieses Problem nicht komplett in den Griff. Deswegen muss man aus meiner Sicht jegliche Art von „Citizen Science“-Projekt immer als Komplement verstehen. Der Erkenntnisgewinn, den man damit vielleicht erzielt, ist ein Baustein. Der kommunikative Gewinn, den man damit erzielt, ist ein anderer Baustein. Egal, wie man es dreht und wendet: Es haben 120 000 Leute aktiv mitgemacht. Nicht alle haben das Projekt aktiv verfolgt. Das klingt, gemessen an der bundesdeutschen Bevölkerung, erst einmal nicht nach einer extrem großen Zahl. Ich finde es aber trotzdem beeindruckend, dass es doch eine so große Bereitschaft gibt, die Wissenschaft zu unterstützen. Ich finde, allein dafür kann man das Projekt schon anerkennen.

Wir haben unfassbar viel Feedback, unfassbar viel Zuspruch bekommen. Ich glaube schon, dass die Personen, die mitgemacht haben, auch tendenziell eine größere Akzeptanz für politische Maßnahmen an den Tag gelegt haben und sich eben einfach auch empowert gefühlt haben, dass sie irgendwo mitmachen können und sie quasi gehört werden. Das ist wirklich eine Verbesserung von Partizipation in dem Sinn. Das ist aber, wie gesagt, nicht geeignet, um irgendwelche Diagnosen zu stellen. Man

sollte niemals irgendetwas an das Individuum zurückspielen. Man ist kein Medizinprodukt, man ist ein Forschungsprojekt. Deswegen muss man das uneingeschränkt als ein Problem von diesen Projekten anerkennen.

Sie können auch andere „Citizen Science“-Projekte machen. Es gibt in Berlin eines, bei dem Leute auf freiwilliger Basis Feinstaubmessungen durchführen. Da haben sie natürlich nur technikaffine Leute aus den Innenstadtbezirken dabei. Das gibt es einfach immer. Dessen muss man sich leider bewusst sein.

(Die Präsentation [Anlage 5] wird noch einmal eingeblendet.)

Wenn man über die Gruppe der Teilnehmenden sprechen und die ein wenig näher beschreiben möchte: Hier oben sieht man die Altersverteilung unserer Teilnehmenden in dunkelgrau. Die Altersgruppe zwischen 40 und 59 Jahren ist drastisch überrepräsentiert, die Altersgruppe zwischen null und 20 Jahren ist drastisch unterrepräsentiert, die Altersgruppe über 65 Jahre ist auch drastisch unterrepräsentiert. Daran sieht man genau das, was ich meinte: Kinder und Jugendliche sind per Datenschutz ausgeschlossen.

(Abg. Dr. Michael Preusch CDU: Dem größten Risikokollektiv hat es nicht geholfen! Aber okay!)

– Genau. Um den Selection bias kommen wir nicht herum. Ältere Menschen sind unterrepräsentiert, Männer sind stark überrepräsentiert. Männer im Alter zwischen 40 und 59 Jahren sind in diesem Projekt sozusagen die treibende Kraft. Das muss man einfach anerkennen.

Bei den Gruppen, bei denen man zumindest ausreichend Daten hat, kann man natürlich hochrechnen. Es muss nicht exakt gesampelt sein, sondern man kann natürlich auch hochrechnen. Aber wie gesagt, das muss man uneingeschränkt anerkennen. Wenn man sich die Bildungsabschlüsse anschaut – die haben wir nachträglich noch abgefragt –, dann sieht man, dass die Menschen überdurchschnittlich gut gebildet sind und auch ein überdurchschnittlich hohes Einkommen haben. Genau das, was Sie auch vermutet haben, spiegelt sich hier wider.

Das Projekt war von Anfang an als Komplement gedacht, genauso wie das Abwassermonitoring und verschiedene andere Instrumentarien zur pandemischen Surveillance als Komplemente gedacht waren. Deswegen wurden auch nie allein auf Basis von diesen Erkenntnissen irgendwelche Maßnahmen abgeleitet – um Gottes Willen. Die Maßnahmen waren immer ein Teil eines Gesamtkonzepts.

Dann gab es noch die Frage danach – die passt ein bisschen mit dem Gamification und Gratifikation zusammen –, welche Fragen besonders häufig beantwortet wurden. Ich würde das gar nicht in Kategorien von Fragen einteilen, sondern in die Häufigkeit,

mit der die Fragen gestellt wurden. Wir hatten Fragen, die einmal gestellt wurden – die wurden von ungefähr 50 000 Leuten beantwortet. Wir hatten Fragen, die monatlich gestellt wurden – da haben noch 40 000 Leute mitgemacht. Wir hatten Fragen, die wöchentlich gestellt wurden – da haben noch 25 000 Leute mitgemacht. Je häufiger man die Leute befragt, desto weniger sind sie bereit, mitzumachen.

Gleichzeitig haben wir aber gesehen, dass es zumindest bei einer bestimmten Gruppe von Leuten – auch darüber sollte man beim nächsten Mal im Vorfeld noch genauer nachdenken – eine Motivation gibt, besonders aktiv zu sein. Wir haben irgendwann einen kleinen Zähler eingeführt: Du hast 28 von 28 Fragebögen beantwortet und bist seit 500 von 537 Tagen dabei. Das hat verschiedenste Menschen, glaube ich, sehr motiviert. Unter den Social-Media-Posts haben die Leute dann so kleine Screenshots von ihren Spenden-Countern gepostet. Das ist so eine erste Dimension von Gratifikation. Ich hatte auch immer ein bisschen die Vision, dass man vielleicht noch ein bisschen direkter zurückspielt und z. B. sagt: Du bist unter den 5 % der Topspenderinnen und Topspender. Das wurde nicht umgesetzt. Aber eine zusätzliche Feedbackschleife einzubauen und den Leuten zurückzuspiegeln, dass sie wirklich schon viel beigetragen haben, ist unfassbar wichtig.

Dann gab es einen Fragenkomplex zur Transferierbarkeit von solchen Projekten, aber auch die Frage nach der Verfasstheit der Bevölkerung in anderen Krisen. Man kann so ein Projekt wie dieses nehmen, bei dem genau diese Variablen, über die hier diskutiert wurde, gemessen werden. Nehmen wir wieder den Puls, die Aktivität und den Schlaf. Dazu gibt es tatsächlich schon Arbeiten aus einer Forschungsgruppe in Dänemark. Die haben eine Technologie benutzt, um die Belastung der Bevölkerung während Hitzewellen zu untersuchen. Denn Hitze hat einen Rieseneinfluss auf den Schlaf. Schlaf hat einen großen Einfluss auf die Psyche. Genauso führen Hitzewellen zu überdurchschnittlich vielen Herzinfarkten. Das ist beides eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit. Es ist theoretisch möglich – das wurde mit so einer Technologie gezeigt –, so etwas auch auf sehr kurzen Zeitskalen zu vermessen.

Das ist natürlich auch aus einer anderen Warte interessant; jetzt sind wir direkt ein bisschen beim Thema „Klima im Allgemeinen“. Es ist natürlich das eine, ob wir eine Hitzewelle haben, und das andere ist die Frage, ob die Menschen die Möglichkeit haben, sich abzukühlen. Wir wissen natürlich nicht, wie warm es im Schlafzimmer der Leute ist, wie warm es im Wohnzimmer der Leute ist, ob sie einen Arbeitsweg in der offenen Hitze haben, ob die S-Bahn klimatisiert ist. Theoretisch können solche Geräte das messen, auch die Temperatur, der die Person gerade wirklich ausgesetzt ist, um dann noch einmal einen etwas besseren Eindruck dafür zu bekommen, wie die Belastung der Gesundheit individuell, aber auch öffentlich, z. B. während Hitzewellen, ist. Ich finde, das ist eigentlich ein sehr schönes Beispiel dafür, wie man eine solche Technologie nutzen kann. Wenn man das noch mit Befragungen z. B. nach dem allgemeinen Wohlbefinden unterfüttert, dann erhält man eventuell ein verhältnismäßig rundes Bild.

Man kann diese drei Variablen beproben und ein paar Fragen dazu stellen; das ist eine Möglichkeit. Man kann natürlich auch noch einmal auf dem Reißbrett neu überlegen: Welche Informationen brauche ich, wenn ich eine andere Krise adressieren möchte? Ich habe in der vorbereiteten Recherche noch mal geschaut. Es gibt tatsächlich Vorschläge für ein „Citizen Science“-Projekt im Nachgang der Flut im Ahrtal, dass man den Menschen eine Art Anleitung an die Hand gibt, wie man sehr einfach ein Pegelmessgerät für den Bach hinterm Haus bauen kann. Auch so etwas kann man mit dem Smartphone irgendwohin zentral übermitteln. Da sind wir wieder bei diesem Punkt: Sobald man irgendwie feststellt, dass noch Daten fehlen, um eine bestimmte Frage zu beantworten, um eine bestimmte Entscheidung zu treffen, dann kann man die Frage stellen: Gibt es vielleicht die Möglichkeit, die Bevölkerung zu bitten, bei der Bereitstellung dieser Daten zu helfen? Das ist natürlich immer ein ganz klein wenig kontextabhängig: Um welche Krise geht es? Aber wie gesagt, die Technologie, die wir hier haben, ist zumindest geeignet, um z. B. die Auswirkungen von Hitzewellen ein bisschen besser zu verstehen.

Dann kamen Fragen nach den Vorteilen von Open Source. Das ist natürlich immer so ein bisschen gespalten. Es gibt die einen, die das super finden, die anderen stehen dem Ganzen eher kritisch gegenüber. Im Allgemeinen würde ich sagen: Es erhöht die Transparenz dessen, was man tut. Nicht jeder ist in der Lage, den Quellcode einer App zu lesen. Ich selbst kann es auch nicht. Es gibt aber natürlich auch in Deutschland Interessengruppen, die in der Lage sind, das zu tun. Wenn man von solchen Gruppierungen denn den Stempel bekommt, dass so eine App datenschutzrechtlich okay ist, dass sie nichts tut, was vorher nicht kommuniziert wurde, dann ist das erst einmal ein weiterer Baustein, um Transparenz und Vertrauen aufzubauen. Ich glaube, das ist für solche Projekte extrem wichtig.

Zweitens erlaubt es theoretisch auch, die App, das Programm, die Software oder was auch immer, ein bisschen anzupassen und für einen anderen Kontext neu zu verwenden. Man spart einfach Zeit, Geld und Ressourcen. Deswegen würde ich schon sagen: Wo dies möglich ist, sollte man das ausprobieren. Man verliert eigentlich nichts dabei.

Dann noch zu den letzten beiden Fragen, dann würde ich das Wort übergeben. Es wurde nach der Zusammenarbeit von Bund und Ländern gefragt. Dazu kann ich leider nicht so super viel sagen. Dies hier war ein reines Bundesprojekt. Wir haben ab und zu Anfragen aus den Ländern bekommen, länderspezifische Analysen zu machen. Nach meinem Wissen waren die Länder aber nicht direkt in die Entwicklung und den Betrieb der App involviert. Das könnte man in Zukunft auf jeden Fall anders machen. Das sollte man wahrscheinlich auch anders machen, um die Akzeptanz zu erhöhen. Ich sehe aber auch nicht, warum man das unabhängig davon nicht auch auf kleineren Skalen machen sollte. Ich weiß, dass z. B. die Stadt München jetzt ein eigenes Datenspenderprojekt ausrollen möchte. Das ist sogar noch einmal eine kleinere Skala als ein Bundesland. Auf Bundeslandebene kann das auch gut funktionieren.

Da fällt mir gerade noch ein: Es gab die Frage nach der Teilnahme in Städten und auf dem Land. Man sieht eigentlich genau das, was man erwarten würde: In Städten ist die Teilnahmebereitschaft größer. Wir sehen auch eine größere Teilnahmebereitschaft in den alten Bundesländern, also in Westdeutschland. Im Allgemeinen sind wir aber relativ gut abgedeckt gewesen. Ich würde eher sagen: Wir haben eine gute Abdeckung, und in bestimmten Bereichen sind wir überrepräsentiert.

Die allerletzte Frage nach den Kosten will ich auch nicht unterschlagen. Bei der Entwicklung der App hatten wir Hilfe von einem externen Dienstleister, weil es in der Kürze der Zeit umgesetzt werden musste und wir nicht die Expertise hatten, mit jedem einzelnen Hersteller die Datenübertragung sicherzustellen. Da ist man summa summarum bei einer Größenordnung von – ich würde einmal sagen – 1 Million € im Jahr, die die Entwicklung einer solchen App kostet. Das muss man aber nur einmal machen. Dementsprechend würde ich sagen: Es ist ein verhältnismäßig überschaubarer Betrag für ein Forschungsprojekt. Um das personell zu betreiben, braucht man zehn Personen, würde ich sagen. Wir alle können uns, glaube ich, ausrechnen, nach den Gehaltstabellen von TV-L und TVÖD, was das dann ungefähr kostet. Auch da werden im Laufe des Prozesses Ressourcen frei. Am Anfang ist viel zu tun, hinterheraus wird gerade die Entwicklung immer weniger, und dann kann man die Kapazitäten für andere Dinge nutzen.

Vielen Dank.

Sv. Herr Dr. Krimmer: Ich versuche, die Fragen schnell zu beantworten, aber ohne Gefahr zu laufen, durch die Themen zu jumpen. Es gibt doch sehr desperate Themen, die hier in kürzester Zeit parallel sind. Vielleicht gibt es wegen des Sachzusammenhangs ein paar Punkte mehr zu sagen.

Zum einen kam verschiedentlich die Frage auf, ob Engagement häufiger in Projekten organisiert ist. Das weiß ich nicht. Ich glaube, die Befunde gehen eher dazu, dass es weniger biografieübergreifend, sondern eher kurzfristiger, episodischer in den Biografien eingebunden ist und neue Zugänge bringt. Ob das dann Projekte sind oder eine Mitarbeit oder ein Mitengagement in regulären engagierten Strukturen, das sei vollkommen dahingestellt. Aber ich glaube, es endet phasenweise. Das ist der Punkt.

Dann kam zu Beginn die Fragestellung auf, ob in bestimmten Krisen ein Kompetenzproblem besteht. Das ist bestimmt so. Ich glaube, es gibt ein Trade-off. Je stärker wir das Engagement nur in bevölkerungs- und katastrophenschutzorientierten Organisationen in den Blick nehmen, desto mehr steigen natürlich die Kompetenzbedarfe. Damit haben wir eine andere Gruppe. Auf der anderen Seite liegt das Engagement in diesen Bereichen, glaube ich, bei 2 bis 3 % vom Engagement insgesamt in der Bundesrepublik. Es sind vielmehr die anderen 98 %, die in anderen Konstellationen eingebunden sind und bei denen die Kompetenzen fallen.

Ich will aber mit Verweis auf Ihren Einsetzungsbeschluss und mit zwei konkreten Beispielen noch einmal kurz dafür werben, diese Kompetenzfrage nicht zu hoch zu hängen. Das eine ist die Situation – Sie sprachen es vorhin schon an, ich nenne es jetzt auch einmal so – der Flüchtlingskrise ab 2015/2016. Da war es häufig so, dass selbst organisierte Strukturen von Vereinen, Verbänden und unterschiedlichen gemeinnützigen Akteuren die Leistungen in den Kommunen erbracht haben, auch die Kompetenzen eingebracht haben, die die Kommunalverwaltungsstrukturen in der Situation nicht auf die Beine gestellt bekommen haben. Es ging in der Situation erstaunlich gut. Das heißt, das Problem war eigentlich nicht, dass die Kompetenzen nicht vorhanden waren, sondern dass engagierte Bürgerinnen und Bürger das tun mussten, was Verwaltungsstrukturen in dieser Situation nicht leisten konnten. Ich glaube, so herum muss man die Frage formulieren.

Ähnlich ist es in der Coronapandemie. Da würde ich wegen des Sachzusammenhangs quasi direkt eine der letztgestellten Fragen anschließen. Da kam die Frage auf, ob es nicht so ist, dass es in Phasen von diesen krisenhaften Situationen Landgewinne der Politik und der staatlichen Krisenhilfe und Landverluste von Engagement und zivilgesellschaftlicher Akteure gab. Ich glaube, das ist bestimmt so. Aber ich glaube, in beiden Krisen war es doch ein bisschen unterschiedlich. In der sogenannten Flüchtlingskrise 2016/2017 sind die zivilgesellschaftlichen Akteure auf kommunaler Ebene stellenweise vom Beginn bis zum Schluss im Lead gewesen und haben auch in der öffentlichen Wahrnehmung eine zentrale Rolle gespielt. Viele in der Zivilgesellschaft, die wir interviewt und mit denen wir gesprochen haben, haben es so verstanden, dass die Politik daraus gelernt hat und in der Coronapandemie von Beginn an eine Situation aufgebaut hat, in der die Politik im Lead ist, zumindest kommunikativ und auch in der Art der öffentlichen Wertschätzung, aber auch in der Art der Governance der Strukturen. Das heißt, die politische Voraussetzung war in den beiden unterschiedlichen Krisen vollkommen unterschiedlich.

Ich würde an dem Punkt, weil es ganz gut dazu passt, zwei Fragen anschließen, die die Finanzierungsverantwortung thematisiert haben. Da ging es zum einen um die Fragestellung: Führt mehr staatliches Geld nicht zu mehr Professionalisierung, zu einer Verdrängung von Ehrenamt, ist das quasi ein kontraindizierter Effekt? Wie könnten wir denn eigentlich Wertschätzung anders zum Ausdruck bringen? Ich glaube, das ist teilweise so. Aber wenn Sie sich die zivilgesellschaftlichen Strukturen in der Breite anschauen, dann sehen Sie, dass wir zwei Gesichter von Zivilgesellschaft haben: Man hat Blaulichtorganisationen, die sehr häufig gar keine gemeinnützigen Organisationen sind. THW oder oberste Behörde des Bundes oder Landesbehörden, freiwillige Feuerwehren sind häufig in den Kommunen organisiert; die gehören zum Bereich Engagement, aber nicht zur Zivilgesellschaft. Dann haben Sie einen zweiten besonderen Akteur: die Wohlfahrtsverbände. Wir kennen sechs Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland, die in der BAGFW oder in Ligen organisiert sind und die Teil eines marktlichen Systems sind, bei denen wir mit einer Refinanzierung durch Sozialversicherungsmittel und anderes einen privilegierten Zugang haben.

Das ist eine vollkommen andere Akteurskonstellation als Engagement in der Kultur, im Sport oder in anderen Bereichen. Der Anteil öffentlicher Mittel in der Wohlfahrtspflege, in sozialen Diensten, im Gesundheitsbereich liegt bei 60, 70, 80 %, in anderen Bereichen geht er auf 10 bis 20 % herunter. Dieser Professionalisierungseffekt, nach dem gerade gefragt wurde, spielt sich hier eigentlich ab. Dieser führt tatsächlich zu einer Zunahme von Hauptamt in der Zivilgesellschaft. Wir haben momentan um die 3,6 Millionen Beschäftigte in der Zivilgesellschaft. Das heißt, jeder zehnte Beschäftigte in Deutschland arbeitet in einer gemeinnützigen Organisation, aber nur in den Bereichen, die ohnehin schon professionalisiert sind – sprich: Wohlfahrtspflege, Blaulichtorganisationen und dergleichen. Sie finden aber quantitativ keine Professionalisierung im Sport, in der Kultur, in der Brauchtumspflege oder in anderen Bereichen. Ja, ich kenne den Effekt, von dem Sie gesprochen haben. In die Breite gesehen müssen wir andere Logiken stark voneinander unterscheiden; es ist nicht das Generelle.

Dann kam die Anschlussfrage: Was sind denn andere Möglichkeiten der Wertschätzung? Ich glaube, dass die Geldbeträge, die zu Wertschätzungszwecken in die Zivilgesellschaft gehen, selten zu Professionalisierungseffekten führen. Denn das sind geringe Beiträge. Das ist mehr die Übungsleiterpauschale, die Ehrenamtspauschale, das sind kleine Projektförderungen, Sonderfonds, was auch immer. Aber für Professionalisierung sprechen wir eigentlich von einer Größenordnung von 30 000 oder 40 000 € pro Jahr in einer Organisation, da sprechen wir vielleicht von dem Mittelaufwand für eine halbe sozialversicherungspflichtige Stelle, mit der eine Stelle aufgebaut werden könnte.

Aber wenn Sie dennoch nach einer Alternative fragen, dann würde ich Ihnen sagen: Wir haben momentan in Deutschland 700 Engagementpreise – 700! Dann haben wir einen Deutschen Engagementpreis – man nennt ihn den „Preis der Preise“ –, der es nochmal auf die Spitze treibt. Für den kann man nur nominiert werden, wenn man einen der 700 anderen gewonnen hat. Ich glaube, dass diese Logik ausgereizt ist. Die Ehrennadeln und die Engagementpreise sind gut und richtig und haben ihre Legitimation, auch die Ehrenamtskarten usw., aber die reinen Anerkennungsmodelle müssen eigentlich durch etwas anderes konterkariert werden.

Worin möchten denn Engagierte anerkannt werden? Es ist selten die Tatsache, dass sie sich engagieren. Sie gehen in den Schulförderverein des Sohnes, um etwas für die Schule zu tun. Die höchste Wertschätzung und Anerkennung bekommen sie in dem Moment, wenn sich ihnen die Schule, die Bildungspolitik auf kommunaler Ebene oder auf anderen Ebenen als Dialogpartner stellt und sie ernst nimmt. Das heißt, ich glaube, die zentrale Schneise oder das zentrale Alter Ego, um Anerkennung wirklich zu kommunizieren, ist viel stärker in der Fachpolitik – Bildung, Kultur und dergleichen – als in einer spezialisierten Engagementpolitik und einer Preiselogik, Ehrenamtskarten und dergleichen. Das ist mir ein sehr wichtiger Punkt.

Ich schaue noch mal kurz nach links und rechts. Es gab eine Frage nach der besonderen Situation in Deutschland. Das würde ich kurz unterstreichen, vor allem was die Breite der Aufstellung der Engagementlandschaft betrifft. Das Grundproblem ist aber, dass wir in Europa – obwohl wir Eurostat haben, welches auch die Datenerhebung der nationalen Statistikbehörden erhebt – keine einzige Fachstatistik zum Engagement haben, nicht einmal ein Mitgliedschaftsindikator wird erhoben, obwohl wir 300 Fachserien bei Destatis haben. Eine Vergleichbarkeit auf europäischer Ebene gibt es also nicht.

Wenn Sie die unterschiedlichen Befragungen gegenüberstellen, dann dürften Sie erkennen, dass Deutschland eines der Länder mit der höchsten Engagementquote sein wird – vielleicht auch das Land mit der höchsten. Die besondere Situation im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz möchte ich auch unterstreichen. Anekdotisches Beispiel: Das THW in Berlin hat einen eigenen Besprechungsraum eingerichtet, weil so viele internationale Delegationen aus dem europäischen und aus dem nicht europäischen Ausland kommen und fragen: „Wie macht ihr das nur? Katastrophenschutz als öffentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge, oberste Behörde des Bundes und dennoch 90 % organisiert über bürgerschaftliches Engagement?“ Das ist in der Art und Weise der Aufstellung tatsächlich ein Unikum. Ich glaube, das kann man so festhalten.

Der letzte Punkt, auf den ich noch kurz eingehe – ich sehe, ich habe noch eine Minute Zeit –, ist die Finanzierungsverantwortung und die Folgen davon. Dazu noch ein Wort: Ich würde die Folgen darin sehen: Wenn mehr gemeinnützige Akteure das Gefühl haben, sie übernehmen wichtige Leistungen, die eigentlich zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören – in ländlichen Regionen wird das auch zunehmend so wahrgenommen, das ist objektiv auch so, das wird politisch sogar so reflektiert –, und sie bekommen dafür keine Refinanzierung, dann steigt eine Mentalität des Lückenbüßers: Wir tun das ja nur, weil Punkt, Punkt, Punkt; wir werden gar nicht ernst genommen in der Rolle des Punkt, Punkt, Punkt. Ich glaube, das darf man gar nicht so weit kommen lassen. Denn dann verschenkt man die Chance, dass dort Kooperationen entstehen, und schafft eher eine Situation von „Wir organisieren das selbst“. Dann hat man eine fundamentale Oppositionshaltung, die aus der Zivilgesellschaft heraus offeriert. Das wäre meines Erachtens schädlich für die vielen konstruktiven und kreativen Potenziale, die vor Ort sind.

So weit von mir.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Krimmer. – Ich sehe auch keine weiteren Fragen. – Dann darf ich Ihnen, Herr Dr. Wiedermann und Herr Dr. Krimmer, vielmals für Ihre Informationen und den Input für diese Enquetekommission danken. Auch Sie sind dazu aufgerufen, wenn Sie etwas nicht ausreichend beantwortet haben und Sie den Eindruck haben, wir hätten gern noch Informationen von

Ihnen, uns etwas zu schicken. Denn wir leben natürlich von Informationen und brauchen sie, damit wir am Schluss gute Handlungsempfehlungen verabschieden können. Daher noch einmal Dank an Sie beide. Sie dürfen natürlich gern noch an der weiteren Sitzung teilnehmen.

Wir fahren jetzt fort mit Frau Conradi, der Leiterin der Abteilung „Qualitätsmanagement, Digitalisierung, Lehrerbildung, schulartübergreifende Bildungsaufgaben“ im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg. – Sie haben auch 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation [*Anlage 7*] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Conradi: Sehr geehrte Damen und Herren! Erst einmal herzlichen Dank für die Einladung. Sie haben uns, das Kulturministerium und mich als Sachverständige, gebeten, zum Thema „Katastrophenschutz in Bildung, Schulen und Lehrplänen“ auszuführen. Das ist nach den jetzt gehörten eher wissenschaftlich orientierten Vorträgen natürlich kein leichtes Unterfangen. Ich versuche, Sie jetzt einfach auf die Ebene der Schulen, auf die Ebene der Bildungspolitik mitzunehmen.

Ich glaube, es ist unstrittig, dass angesichts der aktuellen Krisenlagen das Thema Katastrophenschutz an Bedeutung gewonnen hat. Das spiegelt sich in unseren Lebenswelten und natürlich auch in der Lebenswelt der Schulen wider. Die Auswirkungen von Kriegshandlungen, von Klimawandel treten auch bei den Kindern und Jugendlichen immer stärker ins Bewusstsein. Deswegen ist es wichtig, sie im Umgang mit Krisen entsprechend zu sensibilisieren, zu stärken und hier Handlungssicherheit zu vermitteln.

Wir denken auch, dass das Thema sehr gut in den schulischen Kontext, in den schulischen Unterricht passt. Denn zum einen ist es Teil des schulischen Bildungsauftrags, Orientierungsfähigkeit zu vermitteln, zum anderen aber auch ein Auftrag, zum eigenverantwortlichen Handeln der Kinder und Jugendlichen anzuleiten. Daher glaube ich, dass das Thema schon entsprechend richtig adressiert ist.

Das Thema Katastrophenschutz ist insgesamt auf mehreren Ebenen angebunden. Ich möchte Ihnen – das habe ich Ihnen auch in dem One-Pager dargelegt – ein paar Ausführungen zu den rechtlichen Vorgaben geben, die wir zu beachten haben. Dann kommt ein etwas größerer Punkt: Wie sieht denn die Anbindung des Katastrophenschutzes in den jetzigen Bildungsplänen in den einzelnen Schularten aus? Dann folgt der große Bereich der Unterstützungsangebote. Ich würde Ihnen in einem letzten Block darlegen, welche Maßnahmen bei uns auf der Agenda stehen. Da geht es noch einmal um das Thema Rechtsvorgaben und die Frage, wie diese entsprechend weiterzuentwickeln sind. Da geht es aber auch um den großen Block der Unterstützungsangebote.

Steigen wir ein mit der Anbindung des Themas an den Schulen. Da würde ich gern mit den Rechtsvorgaben beginnen, die schon Bestand haben und an die sich die Schulen halten müssen. Wir versuchen natürlich, bei entsprechenden Gewaltvorfällen oder bei Gefahren, Bedrohungslagen die Situation richtig einzuschätzen, und die Schulen sollten bestmöglich darauf vorbereitet sein. Dann versuchen wir natürlich, die geeigneten Maßnahmen zu veranlassen und – da mache ich noch einmal eine Einschränkung – bei Einbeziehung der zuständigen Stellen auch die richtigen Maßnahmen anzugehen, um die Situation zu bewältigen.

Wir haben schon eine bewährte gemeinsame Verwaltungsvorschrift zu Gewaltvorfällen, Schadensereignissen. Diese ist vom Kultusministerium, Innenministerium und Umweltministerium erlassen worden. Sie regelt im Wesentlichen die Maßnahmen zur Verbreitung und zum Umgang mit Krisen an Schulen, beispielhaft seien hier Brandfälle oder auch Gewalttaten genannt.

Was sollen die Schulen gemäß dieser Verwaltungsvorschrift tun? Zum Ersten haben sie die Aufgabe, innerhalb der Schule ein Krisenteam zu benennen. Dieses Krisenteam hat die Aufgabe, einen entsprechenden Krisenplan für die Schule zu erarbeiten, um im Hinblick auf Gewaltvorfälle gewappnet zu sein: Wie soll entsprechend reagiert werden? Diese Krisenpläne sind mit der örtlichen Polizeidienststelle abzustimmen.

Darüber hinaus ist es wichtig, auch einen Rettungsplan für die Schule vor Ort zu erarbeiten. Auch dieser ist in Abstimmung mit der Feuerwehr zu erstellen. Diese beiden Pläne liegen dann in der ausgearbeiteten Fassung der Feuerwehr, der Polizei und auch den entsprechenden Schulträgern vor. Sie wissen, dass wir auch den Schulträger mit ins Boot nehmen müssen. Das ist die Verwaltungsvorschrift.

Da können Sie sagen: Verwaltungsvorschrift, ja, wie sieht das an den Schulen aus? Uns ist das Thema wichtig. Deswegen veranlasst die Schulverwaltung, die Regierungspräsidien, die Abteilung 7, ein jährliches Schreiben zu Schulbeginn, mit dem wir noch einmal an die Schulleitungen adressieren, dass das schulische Krisenmanagement in den Blick zu nehmen ist, dass die Pläne – es verändert sich auch personell vieles an Schulen – ständig aktuell gehalten und entsprechende Stellen informiert werden müssen.

Zur Verwaltungsvorschrift gehört auch ein Rahmenkrisenplan. Er hat entsprechende Vorlagen zum Inhalt: für Krisenpläne, für die Erstellung von Krisenplänen bis hin zu Erreichbarkeitslisten. Er verweist auch auf eine Handlungshilfe für Schulleitungen von der Unfallkasse. Einen wichtigen Beitrag leisten die praktischen Hinweise für die Schulleitungen hinsichtlich der Thematik, wie man in verschiedenen Krisenlagen entsprechend aufgestellt sein oder handeln sollte.

Als weiterer Punkt ist für Sie vielleicht noch von Interesse: Die Verwaltungsvorschrift thematisiert die jährlichen Brandschutzübungen, natürlich wiederum in Abstimmung mit der Feuerwehr und mit der Polizei.

Ich würde gern den nächsten Block beschreiben. Das ist die Anbindung des Themas Katastrophenschutz an die Bildungspläne. Ich kann das nur exemplarisch machen. Ich weiß, unter uns sitzen einige Bildungsexperten. Aber vielleicht vorneweg kurz zum Bildungsplan an sich, damit man dann nachher das Folgende versteht: Hier in Baden-Württemberg ist es wie in vielen Ländern auch: dass wir das Bildungswesen nicht über Inhalte steuern und der Bildungsplan nicht darüber gesteuert wird. Das heißt, wir erklären nicht, welche Unterrichtsinhalte die Lehrkraft vermitteln soll, sondern wir versuchen, über Kompetenzen zu steuern. Sprich: Wir formulieren, was die Schülerinnen und Schüler zu einem bestimmten Zeitpunkt kennen und können sollen. Daraus leiten sich dann die Aufgaben ab. Das hat den großen Vorteil, dass die Schulen eine entsprechende Freiheit haben, mit welchen Themen sie in den Unterricht gehen und mit welchen Unterrichtsgegenständen sie gewisse Themen aufarbeiten.

Ich komme jetzt zum Bereich Grundschule: Ich habe Ihnen hier den Bereich „Sachunterricht“ mitgebracht. Wie Sie sich vorstellen können, haben wir aber natürlich auch Anknüpfungspunkte im Sportunterricht oder im Religionsunterricht. Hier habe ich Ihnen den Abschnitt „Naturphänomene“ aus dem Bildungsplan für die Klassen 3 und 4 für den Sachunterricht mitgebracht. Sie können entdecken – das ist original aus dem Bildungsplan –, welche Kompetenzen für die Grundschule formuliert sind. Da geht es u. a. darum, die Bedeutung unterschiedlichen Wetters für Mensch und Umwelt zu erkennen oder bei Gefahrensituationen entwicklungsgerecht zu reagieren. Das sind die Kompetenzen, die wir im Bildungsplan festgelegt haben.

Eine Besonderheit im Grundschulbereich ist, dass wir entsprechende Denkanstöße für die Lehrkraft formuliert haben, um die Kompetenzbeschreibung noch etwas weiter zu unterfüttern. Diese Denkanstöße verdeutlichen zusätzlich die Ausrichtung des Katastrophenschutzes. Ich habe das hier nicht aufgenommen, aber ich würde Ihnen gern zwei Beispiele von Denkanstößen darlegen. Erster Denkanstoß: Welche aktuellen Naturereignisse aus dem Lebensumfeld der Kinder und der Berichterstattung werden aufgegriffen? Zweiter Denkanstoß: Welche Gelegenheiten schafft die Schule, damit die Kinder das Verhalten im Brandfall trainieren? Wie werden außerschulische Expertinnen und Experten, z. B. die Feuerwehr, in den Unterricht einbezogen? Sie sehen da einen relativ stringenten Bezug zum Katastrophenschutz.

Gehen wir noch einen Schritt weiter, zur Sekundarstufe I und II. Da haben wir vor allem im Geografieunterricht Anknüpfungspunkte für den Katastrophenschutz, und zwar sowohl in der Sekundarstufe I als auch in der Sekundarstufe II. Ich habe Ihnen jetzt hier einmal ein Beispiel aus den Klassen 5 und 6 an den Gymnasien mitgebracht. Hier heißt es: Gestaltung der Erdoberfläche durch naturräumliche Prozesse. Sie sehen darunter wieder, welche Kompetenzen damit verbunden werden. Mindestens zwei Naturereignisse sollen behandelt werden, daraus resultierende Bedrohungen und geeignete Schutzmaßnahmen sind darzustellen. Hieran zeigt sich sehr gut, dass es nicht nur um die Beschreibung von Naturereignissen geht, sondern auch um die entsprechenden richtigen Schutzmaßnahmen und Verhaltensweisen.

Ich könnte die Liste fortsetzen. Je höher Sie in den Schularten gehen, umso komplexer werden die Themen: „Phänomene des Klimawandels“, „Globale Auswirkungen des Klimawandels“. Ich glaube, für den Einstieg reicht das.

Wir haben nicht nur die Anbindungen in Fachplänen. Die Besonderheit des Bildungsplans 2016 ist, dass entsprechende Leitperspektiven formuliert worden sind. Wir haben uns natürlich schwergetan, die wichtigsten Themen in Fächer zu fassen. Deswegen hatte man sich darauf verständigt, drei themenspezifische allgemeine Leitperspektiven zu formulieren. Darunter fallen beispielsweise die berufliche Orientierung und Medienbildung. Bei den allgemeinen Leitperspektiven habe ich Ihnen heute „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und „Prävention und Gesundheitsförderung“ mitgebracht.

Was sind Leitperspektiven? Sie sind Spiralcurricula und fächerintegrativ verankert. Was heißt das jetzt? Letztendlich versuchen wir, das entsprechende Thema ab Klasse 1 bis hin zu den Abschlussklassen verpflichtend umzusetzen. Das heißt, dass alle Lehrkräfte, die in ihren Fächern einen Themenbezug feststellen, angehalten sind, die Leitperspektive in ihren Unterricht, in den Fachunterricht zu integrieren. Das ist der Ansatz der Leitperspektiven.

Schauen wir uns die Leitperspektive „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ an: Das Kernanliegen dieser Leitperspektive ist es, junge Menschen dazu zu befähigen, Mitwirkung an innovativen Lebens- und Gesellschaftsentwürfen zu erwirken. Ein zweiter Punkt ist – der liegt noch ein bisschen näher beim Katastrophenschutz –: Wir sollen ermöglichen, adäquat auf existente Problemlagen zu reagieren. Das heißt, wir sollen die Schülerinnen und Schüler dazu befähigen, adäquat auf existente Problemlagen zu reagieren. Ich glaube, da wird auch die Relevanz der Leitperspektive für den Katastrophenschutz noch einmal deutlich.

Ich habe Ihnen hier noch einmal die Zielsetzungen formuliert. Natürlich geht es um eine solide Urteilsbildung von Zukunftsfragen. Es geht aber auch ganz plastisch um die Fähigkeiten zum Umgang mit Risiken und Unsicherheiten. Ich glaube, die Bezüge kann man sehr gut darstellen.

Wechseln wir zur zweiten Leitperspektive, zu der es einen großen Bezug gibt. Das ist die Leitperspektive „Prävention und Gesundheitsförderung“. Wir haben hier einen etwas erweiterten Begriff der Prävention zugrunde gelegt. Hier geht es um die Förderung von Lebenskompetenzen und die Stärkung der persönlichen Schutzfaktoren, letztendlich also um den Aufbau von Resilienz.

Ich habe versucht, Ihnen die Zielsetzungen dieser Leitperspektive ganz kurz und knackig aufzulisten. Da geht es natürlich um wertschätzende Kommunikation und Handeln, es geht um die konstruktive, kritische Analyse von Problemsituationen, und es geht um die lösungsorientierte Konflikt- und Stressbewältigung. Ich habe heute Morgen schon einmal kurz die heutige Sitzung der Enquetekommission verfolgt, da

ging es um das Thema Resilienz. Ich denke, bei dieser Leitperspektive geht es vorrangig auch um die Ausbildung von Resilienz. Ich denke, dies ist auch im Zusammenhang mit Krisen umso wichtiger, weil es primär darum geht, verantwortungsbewusst zu Lösungen beizutragen. Das ist ein wichtiger Aspekt dieser Leitperspektive. Ich komme nachher noch einmal darauf zurück, wenn wir uns die Unterstützungssysteme anschauen.

Ich würde gern noch einen kleinen Exkurs wagen. Wir haben zum Schuljahr 2019/2020 einen Leitfaden Demokratiebildung aufgelegt. Wir hatten das nicht als eigene Leitperspektive formuliert. Nichtsdestotrotz ist das Thema so in den Fokus gerückt, dass es Sinn machte, dass wir uns noch einmal intensiv damit beschäftigen und uns fragen, wie wir die Schulen entsprechend unterstützen können. Natürlich liegt der Zusammenhang zwischen Katastrophenschutz, Umgang mit Krisen und Demokratiebildung nicht direkt auf der Hand. Aber insbesondere in Zeiten von Krisen, die dann durchaus durch entsprechende Katastrophen ausgelöst werden können, ist eine demokratische Basis und die Immunisierung gegen demokratiefeindliche Bewegungen umso wichtiger geworden. Deswegen habe ich mir erlaubt, diesen Aspekt noch mit einzuführen. – Ich habe den Leitfaden dabei, wenn jemand hineinschauen möchte. – Wir haben mit dieser Leitperspektive ein Gesamtkonzept, ein ganzheitliches Konzept als Orientierung mit sehr, sehr vielen Anregungen für die Schulen entwickelt, sodass sie hier eine gewisse Orientierungshilfe haben, um diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe im Unterricht zu verankern. Uns geht es aber nicht nur um den Unterricht, sondern auch darum, dass dieses Thema in die Schulkultur und natürlich auch in Kooperationen mit externen Partnern aufgenommen werden kann. Das war der Exkurs zur Demokratiebildung.

Ich leite über: Welche Unterstützungsangebote gibt es denn jetzt im Zusammenhang mit Bildungsplan, mit Leitperspektiven und mit anderen Herausforderungen? Wir haben flächendeckend im Land schulpsychologische Dienste verortet. Dazu zählen unsere 220 Schulpsychologinnen und Schulpsychologen an insgesamt 28 schulpsychologischen Beratungsstellen. Die kennen Sie sicherlich. Was Sie vielleicht noch nicht so oft gehört haben – deswegen ist es wichtig, dass man das immer im Zusammenhang sieht –: Wir haben eine relativ hohe Spezialisierung an Unterstützungsgruppen: unsere sogenannten Beratungslehrkräfte. Wir haben über 1 500 Beratungslehrkräfte im Einsatz. Diese stehen den allgemeinbildenden und den beruflichen Schulen zur Verfügung.

Diese Gruppierungen machen entsprechende Unterstützungsangebote, zum einen natürlich für Schülerinnen und Schüler, für Lehrkräfte, für Eltern, aber auch für Schulleitungen zu schulbezogenen Problemlagen. Sie machen auch Einzelfallberatung. Zusätzlich bieten sie entsprechende Beratungsangebote und Fortbildungen im Umgang mit Krisenlagen an. Damit komme ich wieder zur eingangs erwähnten Verwaltungsvorschrift: Damit unterstützen sie zuvorderst natürlich die schulinternen Krisenteams, die einen Krisenplan erarbeiten müssen.

Dreh- und Angelpunkt an jeder Schule ist natürlich der Schulleiter. Wir haben auch ein Pflichtmodul zum schulischen Krisenmanagement in der Einführung für neue Schulleiter, wenn Kolleginnen und Kollegen diese Aufgabe übernehmen. Dieses bieten auch unsere Schulpsychologen an. Es gibt unterschiedliche Module. Das ist auch noch ein wichtiges Aufgabenfeld für diese Gruppe.

Es gibt darüber hinaus eine weitere Gruppierung – ich weiß nicht, ob sie bei Ihnen so im Fokus ist –: die sogenannten Präventionsbeauftragten. Davon haben wir insgesamt 130. Sie agieren als Multiplikatoren und sind entsprechend ausgebildet. Wenn man das hochrechnet, setzen wir dafür ungefähr 33, 34 Vollzeitäquivalente ein. Diese versuchen, den Prozess auf Schulebene in Richtung gesundheitsförderliche Schul- und Unterrichtsentwicklung durch entsprechende Beratung, durch entsprechende Angebote anzustoßen. „Prävention und Gesundheitsförderung“ ist natürlich ein Prozess, der in die Schulentwicklung integriert werden sollte, um zu einem gesunden Lehren, Lernen und Arbeiten zu gelangen. Das versuchen die Präventionsberater auf der Grundlage unseres Rahmenkonzepts „stark.stärker.WIR“ voranzutreiben.

Die Präventionsbeauftragten sind am Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung angesiedelt. Sie haben Anknüpfungspunkte in den Schulen bei den sogenannten Präventionslehrkräften. Wir haben eine separate Verwaltungsvorschrift, die vorschreibt, dass die Schulen Präventionslehrkräfte benennen sollen.

Ich komme noch zum Bereich „Anstehende Maßnahmen“. – Ich hoffe, ich bin noch in der Zeit

Vorsitzender Alexander Salomon: Sie sind noch für 90 Sekunden in der Zeit.

Sv. Frau Conradi: Ok, dann beeile ich mich. – Ein kurzer Ausblick zu anstehenden Maßnahmen. Das wird Sie sicherlich interessieren. Wir wollen weitere Aspekte in den Fokus nehmen. Wir wollen weitere Impulse vor Ort setzen. Deswegen haben wir uns daran gemacht, zu schauen, wo wir weiterentwickeln müssen. Das ist einmal der Bereich der Rechtsvorgaben, aber auch der Bereich der Unterstützungsangebote. Wir glauben, dass wir mit dem, was wir haben, im curricularen Bereich gut aufgestellt sind.

Aber es ist oberstes Ziel, die gemeinsame Verwaltungsvorschrift zeitnah zu überarbeiten. Wir sind dazu auch schon im Austausch mit den Kollegen aus dem Innenministerium und aus dem Umweltministerium. Um was geht es? Wir wollen erstens eine Straffung und eine Vermeidung von Doppelstrukturen. Zweitens müssen wir sie auf veränderte Strukturen und Zuständigkeiten anpassen. Drittens brauchen wir die klare Unterscheidung zwischen Gewaltvorfällen und Schadensereignissen. Das ist bisher noch nicht so vorgesehen. Viertens überlegen wir uns, ob wir andere Krisenszenarien, beispielsweise Blackout, mit aufnehmen.

Dann kommen wir zu den Unterstützungsangeboten. Wir haben einen Auftrag bekommen. Das war auch mehrmals Thema im Kabinett. Der Anlass war das schreckliche Hochwasser, die Flutkatastrophe im Sommer 2021 im Ahrtal und in anderen Bereichen von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Der Ministerpräsident hat das Kultusministerium und das Innenministerium damit beauftragt, ein Konzept mit einer klaren Zielsetzung zu erarbeiten, wie Schülerinnen und Schüler auf das richtige Verhalten im Katastrophenfall besser vorbereitet werden können. Das KM ist vorwiegend damit beauftragt worden, Unterrichtsmaterialien zu erstellen. Das IM ist in enger Abstimmung mit den Experten des Bevölkerungsschutzes. Wir haben auch einige Aktionen gemeinsam geplant.

Ganz kurz: Wir sind dabei, Handreichungen zu erarbeiten. Ich denke, es ist auffällig, dass wir die Lehrkräfte besser unterstützen wollen. Wir haben umfangreiche Handreichungen zu Naturkatastrophen für alle Klassenstufen vorgesehen. Der Fokus liegt auf dem Fach Geografie. Da geht es um das richtige Verhalten in Hochwassersituationen, bei Sturm, bei Extremwetter, aber es gibt auch einen kleinen Exkurs zu Sirenen.

Wir haben einen zweiten Bereich, den Bereich der technischen Großschadensereignisse. Da geht es um einen Großbrand oder eine Explosion in einer Chemiefabrik. Wir möchten den Schulen einen entsprechenden Flyer, den wir auch schon konzipiert haben, anbieten, der bei der Bearbeitung dieses Themas eingesetzt werden kann. Wir haben aber auch die Hoffnung, dass dies über die Schulen hinaus in das familiäre Umfeld, in das soziale Umfeld eingeht. Wir werden das mit entsprechenden Plakaten flankieren.

Das Innenministerium hat gemeinsam mit uns die Aufgabe übernommen, einen jährlichen Aktionstag für die Schulen vor Ort unter Einbindung von entsprechenden Hilfsorganisationen zu planen. Wir wollen den Schülerinnen und Schülern einfach einen Praxiseinblick geben, damit das Thema anschaulich gemacht wird. Da sind wir in den letzten Zügen. Auch das IM wird Materialien erarbeiten. Sie haben Kurzfilme erarbeitet; ich konnte schon einen sehen. Die dauern zwei, drei Minuten und zeigen entsprechende Katastrophenlagen. Das soll im Unterricht zum Einsatz kommen, aber auch in den sozialen Medien. Ziel ist es, Material für Vertretungsstunden zu haben – Sie kennen das, dass eine Lehrkraft kurzfristig eine Vertretung übernimmt –, das gut eingesetzt werden kann.

Jetzt bin ich eigentlich schon beim letzten Punkt, der mir persönlich noch wichtig ist. Es sind natürlich auch die Schulen vor Ort gefragt. Wenn wir das Thema Katastrophenschutz weiter vorantreiben möchten, dann brauchen wir eine nachhaltige Verankerung der Thematik. Da ist es wichtig, dass vor Ort Sorge dafür getragen wird. Damit sind wir bei den Überlegungen, ein Rahmenkonzept, ein Gesamtkonzept mit Anregungen für die Schulen auf den Weg zu bringen mit entsprechenden Andockungsmöglichkeiten im Bildungsplan, mit Kooperationsmöglichkeiten, mit den ent-

sprechenden Hilfsorganisationen, aber auch mit Aktivitäten, die man darum herum planen kann.

Sie werden sicherlich nach dem Zeitplan fragen. Wir wollen mit diesem Maßnahmenbündel, das sehr umfangreich ist, im kommenden Schuljahr starten. Wir haben geplant, die Schulen noch in diesem Schuljahr, um Pfingsten herum, entsprechend zu informieren.

Ich danke, dass Sie mir so aufmerksam zugehört haben.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank Frau Conradi. Es freut uns natürlich immer sehr, wenn man Fragen, die man sich selbst stellt, gleich beantwortet. Das erspart uns dann die Fragearbeit.

Jetzt hören wir Herr Schobel. Er ist römisch-katholischer Priester, Autor und Mitbegründer der katholischen Betriebsseelsorge in der Diözese Rottenburg-Stuttgart und wahrscheinlich noch viel, viel mehr. Aber unter diesem Stichpunkt haben wir Sie eingeladen. Dann haben Sie auch 20 Minuten Zeit.

Sv. Herr Schobel: Vielen herzlichen Dank für die Einladung. – Liebe Damen und Herren! Jenseits aller wissenschaftlicher Ambitionen freue ich mich darauf, dass ich zum Schluss ihren Blick noch in die Welt der Arbeit lenken darf, zu den Menschen dort, und auf das, was die Krise, die Pandemie mit den Menschen dort angestellt hat. Es gibt auch ein paar Empfehlungen, die die Landespolitik wahrscheinlich weit überschreiten werden. Es geht auch mehr um Bewusstseinsbildung. Man sieht dann, was am Ende dabei herauskommt.

Die Betriebsseelsorge in der Diözese Rottenburg-Stuttgart ist momentan an elf Arbeitsstellen unterwegs und präsent. Wir beraten und begleiten die Menschen in der Arbeitswelt. Momentan geht es ganz vorrangig um Beratung bei Überforderung, Burnout, im Zusammenhang damit natürlich auch um Mobbing und um andere Konfliktereignisse. Wir richten unseren Blick gegenwärtig verstärkt auf prekäre Arbeitsbedingungen – eine ganz besondere Herausforderung. Wir tragen natürlich auch die Arbeitskämpfe in den Fällen mit, in denen wir uns von der Berechtigung der Forderungen sozialethisch überzeugt haben.

Die Pandemie hat die Arbeitswelt, wie Sie alle damals beobachtet haben, mit Wucht getroffen und überfallen – mehr oder weniger wie uns alle. Die Wirtschaft kam von heute auf morgen ins Straucheln, Absatzmärkte sind eingebrochen. Die berühmten Lieferketten sind zusammengebrochen, und Angst und Verunsicherung machten sich natürlich auch in der Welt der Arbeit erheblich breit. Es kam schnell zu Lockdowns, auch zu wiederholten Lockdowns. Sie führten zum Stillstand, Notstände machten zu

schaffen. Welche Bereiche kann man aufrechterhalten? Im Mittelpunkt stand in der Arbeitswelt auch die Beschaffung von Schutzmaßnahmen, Desinfektionsmitteln und all dem, was nun erforderlich war. Umgehend wurden dann prekär Beschäftigte, insbesondere Leiharbeitskräfte, aber auch geringfügig Beschäftigte entlassen.

Zehntausende aus den Stammbeslegschaften hat man dann in das Kurzarbeitergeld überführt. Vielleicht haben Sie das noch in Erinnerung: Anfänglich geschah dies zu sehr unterschiedlichen Konditionen: Die tarifgebundene Belegschaft war dabei besser dran als die nicht tarifgebundene, bis die Regierungen Handlungsbedarf sahen und zu einer Harmonisierung beigetragen haben. Die Beschäftigung im Homeoffice wurde massiv ausgeweitet.

Dann komme ich jetzt zu einem ersten Punkt. Ich sehe am Ende dieser Krise eine große Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Wir müssen die Erwerbsarbeit generell neu bewerten. Das ist der Hintergrund meiner Erkenntnis. Die wiederholten Lockdowns rückten bekanntlich systemrelevante Arbeit in den Mittelpunkt. Die Gesellschaft musste in aller Deutlichkeit erkennen, dass wir in einer so global verflochtenen Wirtschaft, wie wir sie sind, ohne die Arbeit z. B. der Zulieferdienste, der Zustelldienste bald auf dem Trockenen gesessen hätten. Das heißt, ohne Lkw-Fahrer, ohne Verkäuferinnen, ohne Regalbefüller hätten wir schnell auf dem Trockenen gesessen. Diese hielten die Versorgung mit Lebensmitteln und lebensnotwendigen Verbrauchsgütern am Laufen – und dies unter höchster Ansteckungsgefahr, weil sie direkt vor Ort waren. Sie wurden oft auch noch, wie Sie sich erinnern, von nervigen Kunden und den berühmten „Hamsterern“ übel angemacht. Auch die Sicherheitsdienste konnten sich nicht ins Homeoffice flüchten und verkriechen, sondern mussten natürlich weiterhin an die Brandherde, an Unfallstellen und zu medizinischen Notfällen ausrücken.

Wie kaum zuvor gerieten in der Pandemie die stationäre und auch die ambulante Alten- und Krankenpflege, der Pflegenotstand, ins öffentliche Interesse, vor allem was die extremen Arbeitszeiten, die Überlastung in den Pflegeberufen und die Unterbezahlung anbelangte. Auch die Erzieherinnen sahen sich über Nacht schweren Herausforderungen gegenüber: wiederholte Schließungen – da sind wir gescheitert geworden; inzwischen wissen wir, dass die wahrscheinlich unnötig waren –, Desinfektion, Hygiene, verunsicherte Kinder, natürlich noch nervösere Eltern – und all das inmitten des pandemischen Geschehens. Abstandsgebote mit Kindern sind so gut wie nicht zu realisieren gewesen.

Ich fasse zusammen: Fast alle der sogenannten systemrelevanten Berufe, die wir nun als systemrelevant erfahren haben, sind gesellschaftlich weitgehend zu wenig geschätzt und unterbezahlt. Dies gilt erst recht für die Reinigungstrupps, für die Müllabfuhr, deren Arbeit in der Pandemie noch notwendiger geworden war, aber auch für viele andere haushaltsnahe Dienstleistungen. Auf manche, gesellschaftlich hoch angesehene und auch gut bezahlte Tätigkeiten konnte man zumindest vorübergehend verzichten. Diese haben sich ins Homeoffice verkrochen und waren nicht mehr ge-

sehen. Daraus leite ich nun ab: Die Gesellschaft muss die Bezahlung und Wertschätzung der Erwerbsarbeit neu gestalten, um für künftige Herausforderungen resilienter zu werden. Denn es scheint, dass die Pandemien weiterhin die Bedrohung bleiben können.

Das bedeutet, sowohl das Arbeitsentgelt als auch das gesellschaftliche Ansehen haben sich meiner Meinung nach bisher fast unangefochten an ganz, ganz zweifelhaften Leistungsbegriffen orientiert. Die Pandemie hat dieses Gefüge erschüttert und unseren Blick auf notwendige Arbeit gewendet. Das ist erkannt worden. Dem muss nun auch strukturell Rechnung getragen werden. Es geht also um bessere Bezahlung, um gesellschaftliche Aufwertung und Wertschätzung.

Im Bereich der Kranken- und Altenpflege kommt erschwerend hinzu – das ist meine Meinung –, dass sie im privatisierten und renditeorientierten Gesundheitswesen betriebswirtschaftlich als Kostenfaktor geführt wird. Kostenfaktoren werden in der Betriebswirtschaft minimiert. Daraus resultieren am Ende unzureichende Stellenpläne, Unterbezahlung – zumindest im Vergleich mit vielen technischen Berufen. Die Folgen sind vor allem in der ambulanten Pflege – da haben wir große Unterschiede – neben geringer Vergütung eine extreme Fluktuation, eine enorme Überbelastung des Personals und letzten Endes schlechte Leistung, an der die Pflegenden selbst oft am meisten leiden, die aber natürlich von den Patienten und alten Menschen, den Pflegebedürftigen, ausgelitten wird.

Am Ende stehen Ineffizienz, Arbeitsunzufriedenheit, mangelnde Anziehungskraft für diesen Beruf. Das sind die bitteren Folgen. Deswegen ist es das Gebot der Stunde, das Gesundheitswesen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand zurückzuführen. Pflege hat am Markt nichts zu suchen. Der Anspruch auf Gesundheitsvorsorge und menschenwürdige Pflege ist ein Grundrecht. Das war meines Erachtens eine Fehlentscheidung im neoliberalen Wahn der Achtziger- und Neunzigerjahre.

Mein zweiter Punkt: Es geht um den Rückbau der Prekarität. Leiharbeit, Werkverträge, Scheinselbstständigkeit, geringfügige Beschäftigung, Minijobs, Befristungen sind in der Wahrnehmung der Menschen zweitklassig; sie sind einfach unrecht.

Ich habe schon erwähnt: Zahlreiche prekär Beschäftigte wurden gleich zu Beginn der Pandemie entlassen und eben nicht wie die meisten Festangestellten ins Kurzarbeitergeld übernommen. Prekarität beschneidet einmal mehr die Rechte und die Würde der Arbeitenden und vor allem eben ihre soziale Sicherheit. Sie muss unabhängig von pandemischen Ereignissen zurückgebaut werden, weil sie das Arbeitgeberrisiko auf die Beschäftigten abwälzt. Das ist ethisch nicht haltbar. In Zeiten akuten Arbeitskräftemangels, wie wir ihn jetzt haben, ist dieser Missbrauch von Erwerbsarbeit auch ökonomisch schon lange nicht mehr zu rechtfertigen. Kurzum: Stabile Arbeitsbeziehungen machen die Arbeitswelt resilienter gegen pandemische Ereignisse. Das muss letzten Endes das Ziel sein.

Mein drittes Stichwort: Wir brauchen Richtlinien für mobiles Arbeiten. Die Pandemie hat ungeheuer viel Erwerbsarbeit – Gott sei Dank – räumlich, wo es möglich war, ins Homeoffice verlagert. Mobiles Arbeiten gewann während der Pandemie an Bedeutung und wird nun in hohem Maß beibehalten und auch wertgeschätzt. Diese Arbeit stößt bei Beschäftigten ebenso wie bei den Arbeitgebern auf hohe Akzeptanz, aber auch auf Kritik. Das ist ein sehr zwiespältiges Bild. Daher muss mobiles Arbeiten genauer ins Visier genommen werden, auch wissenschaftlich und von der Erfahrung der Menschen her. Es geht darum, mobiles Arbeiten und Homeoffice gesetzlich und tariflich zu regulieren. Diese neue Arbeitsform bedarf gesetzlicher Rahmenbedingungen unter Wahrung eines Interessenausgleichs.

Was hat das mit den Betroffenen gemacht? Sie haben es vielleicht selbst erfahren. Viele Betroffene, die vor allem in der Raumnot enger Wohnungen arbeiten mussten, waren hart gefordert. Als Homeofficeplatz diente ja oft genug irgendeine Ecke am Küchentisch, im Schlafzimmer oder im Kinderzimmer – unter dem Strich: ergonomisch ungenügend ausgestattet. Während die Unternehmen jetzt immer mehr Arbeitsflächen einsparen, muten sie den Beschäftigten gleichzeitig zu, das private Umfeld, den privaten Wohnraum geschäftlich zu nutzen – inklusive der Nebenkosten: Heizung, Energie, Reparaturen. In vielen Fällen war zu Beginn der Pandemie bekanntlich nicht einmal die Infrastruktur wie WLAN usw. ausreichend.

Homeoffice in Familien war ein starkes seelsorgerisches Thema und ist es immer noch. Das stellte die Eltern vor gewaltige Herausforderungen. Denn die Kinder waren im Homeschooling zu Hause auch auf das Internet angewiesen. Vor allem die Mütter hatten eine Zerreißprobe zu bewältigen: Sie mussten zeitgleich Angestellte mit klar definierten Zielvorgaben und Mutter, Erzieherin, Reinigungskraft, Köchin sein – alles auf einmal. Auch die Väter waren nicht selten im Homeoffice. Was da abging, das war zum Teil unbeschreiblich. Nicht wenige Beziehungen sind in erhebliche Konflikte geraten.

Als großes Problem im Homeoffice gilt vor allem, dass Arbeitszeit und Freizeit miteinander verwischen und nicht mehr genau zu trennen sind. Viele Beschäftigte berichten mir, dass sie im Homeoffice unwillkürlich länger arbeiten als in Präsenz im Unternehmen, vor allem, dass eben viel soziale Zeit, Abende, Feierabende, Wochenenden in Arbeitszeit verwandelt werden. Was die Kollegialität anbelangt, vermissen viele Menschen den unmittelbaren Kontakt mit Kolleginnen und Kollegen. Auch die Arbeitgeber berichten von sehr unterschiedlichen Erfahrungen. Die Kommunikationswege vor Ort sind persönlicher, direkter und deswegen oft auch effektiver. Auch die Kreativität scheint im Homeoffice eher eingeschränkt zu sein. Was die Produktivität anbelangt, steigt sie in einem Fall im Homeoffice – auch das ist wahr –, im anderen Fall wird sie aber deutlich reduziert.

Dass die Arbeitswege entfallen, das ist ein Positivum. Das entlastet die Verkehrswege, es führt zu Einsparungen von CO₂, vor allem aber zu einem Gewinn an Lebenszeit. Sowohl bei Arbeitgebern als auch bei Arbeitenden zeichnet sich eindeutig ab:

Es werden sich Mischformen herauskristallisieren. Diese scheinen zukunftsfähig. Umso notwendiger ist es dann, dass wir gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen, um die Ausgestaltung der Arbeitsplätze zu regulieren: praktische, praktikable Zeiterfassung, wirksamer Datenschutz – denn auch das ist ein erhebliches Thema –, ausreichende Kommunikationszeiten, auch im Blick auf die betriebliche Mitbestimmung.

Meine Empfehlung wäre, diese Rahmen sehr weiträumig zu gestalten, damit für tarifliche und vor allem auch für individuelle Regelungen und persönliche Ausgestaltung Platz bleibt. Davon hängt erheblich die Resilienz der Beschäftigten im Homeoffice bei zukünftigen Krisen, aber auch außerhalb von Krisen ab.

Beim letzten Punkt geht es um die Tarifbindung. Sie kennen wahrscheinlich die Zahlen. Auch in Baden-Württemberg sinkt sie kontinuierlich. Im Jahr 2021 haben gerade einmal 51 % der Beschäftigten in knapp 23 % der Unternehmen unter dem Schutz eines Tarifvertrags gearbeitet. Tarifverträge schaffen Sicherheit für Arbeitgeber und für Beschäftigte. Sie verhindern in weitem Maß prekäre Beschäftigungen, sie sorgen für gerechte Löhne von Frauen und Männern, sie minimieren – auch wirtschaftlich – die Schmutzkonzurrenz der Unternehmen, Lohndumping und all diese Dinge.

Das Land Baden-Württemberg hat ein Tariftreuegesetz und hat es mit einem Mindestlohngesetz verknüpft. Der Mindestlohn soll sich an der untersten Einkommensgruppe im öffentlichen Dienst orientieren. Dieses Gesetz soll Lohndumping und Schmutzkonzurrenz verhindern. Das Gesetz gilt gegenwärtig für die Vergabe öffentlicher Aufträge im Volumen von 20 000 €. Im Koalitionsvertrag ist vorgesehen, diese Grenze auf 10 000 € zu senken. Mit einem wirksamen Mindestlohn- und Tariftreuegesetz signalisiert der Gesetzgeber bei uns im Land ganz deutlich – das rechne ich ihm auch hoch an –, dass er die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie gewahrt wissen will. Tariffucht muss erschwert werden.

Aufgrund der ebenfalls grundgesetzlich geschützten Koalitionsfreiheit reicht der Arm des Gesetzes nicht weit in die freie Marktwirtschaft hinein. Darum fordere ich als Empfehlung: Es geht um eine politische Willensbildung in der Öffentlichkeit, aber eben politisch gewollt, getragen, gepowert. Die Koalition selbst hat es in ihrem Koalitionsvertrag angedeutet: Wir werden Baden-Württemberg zu einem Musterland für gute Arbeit entwickeln. Wir wollen tariflich entlohnte Arbeit und eine starke Tarifbindung – Beifall.

Dafür haben allerdings auch die Beschäftigten selbst einen Beitrag zu leisten, indem sie sich gewerkschaftlich organisieren. Das sehen wir in der Betriebsseelsorge. Es ist schon ärgerlich, dass gerade die Pflege- und die Dienstleistungsberufe extrem schwach organisiert sind. Das erschwert oder verhindert sogar wirksame Tarifverträge. Ich rede gar nicht von der Kirche. Sie können sich denken, wie ich darüber denke, dass damals ausgerechnet die Caritas einen gemeinsamen Pflgetarifvertrag verhindert hat. Dagegen bin ich mein Leben lang angelaufen, sowieso gegen den Dritten Weg der Kirche überhaupt.

Ich komme zum Schluss. Sicherheit des Arbeitsplatzes, Sicherheit der Einkommen, stabile Arbeitsbeziehungen, humane Arbeitsbedingungen, verträgliche Arbeitszeiten sind die Hausaufgaben. Diese machen resilient für künftige Herausforderungen. Wir Betriebsseelsorgerinnen und Betriebsseelsorger erkennen in diesen Feldern vier ganz wichtigen Stellschrauben, um die Resilienz der arbeitenden Menschen auch für den Fall neuer pandemischer oder sonstiger Herausforderungen menschlich und seelsorgerisch zu stärken.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Der Dank geht an Sie, Herr Schobel. – Dann gehen wir jetzt in die Fragerunde über. Frau Abg. Schwarz für die Fraktion GRÜNE, bitte.

Abg. Andrea Schwarz GRÜNE: Vielen Dank für ihre Stellungnahmen. – Frau Conradi, ich habe eine Frage an Sie. Herr Dr. El-Kordi hat heute Morgen empfohlen, das Unterrichtsfach Krisenmanagement zur innerpsychischen Krisenprävention und Resilienzförderung als festen Bestandteil des zukünftigen Pflichtunterrichts zu implementieren. Wir machen das jetzt mehr oder weniger fächerübergreifend. Katastrophen und Prävention werden, wie sie gesagt haben, z. B. im Geografieunterricht thematisiert. Deshalb wollte ich Sie fragen: Was halten Sie davon, dieses Pflichtfach Krisenprävention tatsächlich einzuführen?

Dann interessiert mich noch: Gibt es eigentlich Rückmeldungen der Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer? Tragen z. B. die Schülerinnen und Schüler die Erkenntnisse aus dem Unterricht in die Elternhäuser weiter? Denn das hört man ja oft, steht in Berichten: Über die Kinder ist die ganze Familie plötzlich plastikfrei geworden oder ist für eine andere Art der Ernährung sensibilisiert worden. Daher wollte ich fragen, ob so etwas schon einmal evaluiert wurde bzw. ob sie darüber Kenntnisse haben.

In den Schulen herrschen aktuell ebenfalls Belastungszustände. Auch die Kinder werden mit Krieg, mit der Klimakrise konfrontiert. Das spielt auch eine Rolle. Wie wird aktuell damit umgegangen? Wie können hier Maßnahmen integriert werden, um Kinder im Umgang mit Krisen zu unterstützen, z. B. aktuell beim Ukrainekrieg?

Ich habe noch eine weitere Frage. Sie haben die Leitperspektive „Bildung zur nachhaltigen Entwicklung“ angesprochen. Klimakrise bedeutet: kurz- und langfristige Anpassung von Lebensstilen. Findet da eine theoretische Vermittlung statt, und wie kann mehr aktives Einüben von Alternativen stattfinden, sodass man – ich nehme gerade noch einmal das Thema Plastik – eben sensibler mit Plastik umgeht und nicht

alles verpackt kauft? Auch da die Frage: Wird dies auch in die Elternhäuser getragen? Haben Sie dazu Rückmeldungen?

Sie haben so nebenbei gesagt, es liege jetzt nicht unbedingt auf der Hand, Demokratiebildung im Kontext mit Katastrophenbewältigung zu nennen. Das möchte ich eigentlich bestreiten. Ich glaube, es ist ganz, ganz wichtig, dass wir die jungen Menschen in den Schulen zu Mitbürgerinnen und Mitbürgern heranziehen, die fest in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung verankert sind. Denn das trägt schon dazu bei, Regierungshandeln ernst zu nehmen, dass man einen ganz anderen Bezug zum Staat hat. Das wollte ich noch anmerken.

Dann hätte ich noch Fragen an Herrn Schobel, dessen Einlassung ich in vielen Bereichen oder in den meisten Bereichen teile. Vielen Dank für Ihr Statement. Ich möchte an das Vertrauen in Regierungshandeln anknüpfen. Ich möchte vorausschicken: Der Innenausschuss war auf einer Ausschussreise in Finnland. Dort wurde uns mitgeteilt, dass die Finnen ein großes Vertrauen in die Regierungsarbeit und in das Regierungshandeln haben. Auf persönliche Nachfrage, wie das zustande kommt – bei uns war das nach der Coronapandemie doch sehr am Bröckeln; es haben sich viele zu Demonstrationen veranlasst gesehen, die nicht immer gewaltfrei waren –, warum es in Finnland deutlich anders sei als bei uns, wurde mir geantwortet, dass die Finnen eine recht homogene Gesellschaft haben, auch in der Verteilung der Vermögenswerte. Ich wollte bei Ihnen nachfragen, ob Sie so etwas bestätigen können. Denn es wäre gerade im Bereich „Verhalten in Katastrophenlagen“ und in der Krisenprävention ganz wichtig, dass die Menschen Vertrauen in Regierungshandeln haben. Geht das dann soweit, dass auch die soziale Verfasstheit der Bevölkerung eine große Rolle spielt?

Dann wollte ich noch fragen: Haben Sie in der Coronapandemie einen Eindruck darüber gewonnen, wie gut es gelungen ist, die Arbeit der Betriebsräte und die damit verbundene Wahrnehmung der Rechte der Arbeiterschaft aufrechtzuerhalten? Oder lässt so etwas in Krisen- und Katastrophensituationen nach?

Das war es dann schon von mir. Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: „Schon“.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Alles in Ordnung. Ich möchte nur darauf hinweisen: Je kürzer die Fragen gestellt werden, desto mehr Antwortzeit gibt es dann letztendlich. – Jetzt fahren wir fort mit der CDU-Fraktion. Herr Abg. Dr. Miller, bitte.

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich werde versuchen, es etwas kürzer zu halten. Meine Vorrednerin hat viele Fragen angesprochen, die ich in ähnlicher Form gestellt hätte. Diese lasse ich jetzt weg.

Frau Conradi, zunächst zu Ihnen. Sie hatten uns vorgestellt, was die Unterstützungsangebote in der Zukunft sein sollen und was im nächsten Schuljahr geplant ist. Ich habe auch ein paar Punkte aufgeschrieben. Meine Frage ist zum einen konkret: Wie ist die Rückmeldung von Bevölkerungsschutzorganisationen, sich mit einzubringen? Ich glaube, eine Bereitschaft ist da, aber mich würde interessieren, wie Sie in Kontakt stehen.

Dann: Glauben Sie, dass das, was jetzt geplant ist, ausreichend ist? Plakate, Flyer usw. sind ja gut. Aber man muss vor allem die Eigenverantwortung in Krisensituationen stärken. Man soll den Kindern mitgeben, was Eigenverantwortung bedeutet. Denn wir sehen in der Gesellschaft immer mehr den Ruf, dass Feuerwehren und Rettungsdienste im Grunde alles für einen erledigen sollen. Wenn man sich in den Finger schneidet, muss man den Rettungswagen rufen. Ich weiß nicht, ob das immer zielführend ist und ob man da in die richtige Richtung geht. Glauben Sie, dass es mit dem Aufschlag, den sie da planen, funktioniert, oder wo könnte man nachsteuern?

Eine ähnliche Frage wie die von Frau Schwarz: Müsste man auch etwas im Bildungsplan machen, wohlwissend, dass solche Fragen immer sehr schwierig sind, weil man viele Fächer hat, die man gern abarbeiten würde?

Herr Schobel, vielen Dank für Ihren Vortrag und auch für die Anregungen und Gedanken, die Sie uns mitgegeben haben. Einen Punkt möchte ich noch einmal aufgreifen, und zwar das gesellschaftliche Ansehen vieler Berufsgruppen. Sie haben absolut recht und gut beschrieben, wie das in der Pandemie war. Ganz viele Berufsgruppen sind dafür verantwortlich, dass unser Leben funktioniert: Müllabfuhr, Krankenpfleger, alles Drum und Dran. Diese werden in der Tat teilweise nicht gut oder nicht gut genug bezahlt.

Jetzt haben Sie gesagt: Die Situation dieser Personen zu verbessern sei zum einen über mehr Geld möglich – darüber sind wir uns, glaube ich, einig –, aber auch die Förderung des gesellschaftlichen Ansehens sei wichtig. Ich glaube, auch darin sind wir uns einig. Bei der Frage des Wegs dahin würde mich interessieren, wie Ihre Vorschläge dazu sind, wie wir als Politiker das gesellschaftliche Ansehen fördern können. Wir können es in Reden immer positiv hervorheben; das machen wir auch. Aber das reicht nicht. Wir sind 154 Abgeordnete. Man sollte das wahrscheinlich öfters transportieren. Wie kann man das gesellschaftliche Ansehen von diesen Berufsgruppen, die sie erwähnt haben, ganz konkret verbessern? Sie sind wirklich essenziell für unseren Zusammenhalt und unser Leben. Wie können wir das schaffen, dass neben dem Geld, neben dem Monetären, das gesellschaftliche Ansehen erhöht wird?

Vielen Dank.

Abg. Florian Wahl SPD: Frau Conradi und Herr Schobel, Ihnen beiden herzlichen Dank für Ihre Vorträge. – Frau Conradi, ich hätte eine Nachfrage zu Ihrer Präsentation in Bezug auf das Thema „Krisenteams, Krisenpläne und Rettungspläne an den Schulen“. Vielleicht können Sie noch einmal darauf eingehen, wie sich diese Krisenteams zusammensetzen. Denn ich habe das in der Präsentation so herausgelesen, dass sich diese Teams vor allem eher aus dem Lehrerkollegium zusammensetzten. Jetzt bin ich als Lehrerskind komplett fern vom Verdacht, dass ich weiß, was Lehrer alles können. Aber ich weiß nicht, ob sie Experten für Krisenpläne oder Rettungspläne sind, auch wenn das in Abstimmung stattfindet. Die andere Frage ist, wie das implementiert oder auch überprüft wird. Wird das von den Schulämtern überprüft? Wie sieht das aus?

Daran anschließend: Vor vielen Jahren hat es nach dem Amoklauf in Winnenden einen Sonderausschuss gegeben, der ganz viele Empfehlungen gegeben hat. Er hat viele Dinge in Bewegung gesetzt, auch was die Sicherheit an Schulen angeht und auch bezüglich dessen, was der Schulträger zu tun hat. Hat es zu diesen Maßnahmen, die damals implementiert wurden, schon einmal eine Evaluation oder eine Weiterentwicklung gegeben? Wie sieht dies aus? Vielleicht könnten Sie darauf noch eingehen. Was können wir daraus eventuell noch lernen? Damals hat es einen großen Schub gegeben. Aber das dürfte jetzt auch etwa zwölf, 13 Jahre her sein. Da gab es diesen Sonderausschuss, der, glaube ich, zweieinhalb Jahre, bis 2011, getagt hat, bis dann die Richtlinien eingesetzt worden sind.

Dann das Thema Bildungspläne: Es ist total interessant, was sie dargelegt haben. Wir stehen nicht allzu weit weg von neuen Bildungsplänen. Was mich interessieren würde: Was sollte Ihrer Meinung nach an dieser Stelle nachgerüstet werden? Der Status quo ist gut. Aber was muss da hinein, vor allem jetzt, da wir wieder an der Schwelle sind, was in den nächsten zwei Jahren kommen wird? Was hat sich geändert? Was für Dinge müssten vor allem in Bezug auf die Erfahrungen aus der Pandemie angegangen werden? Gibt es dazu auch Vorarbeiten auf Forschungsebene, wie man dementsprechend reagieren sollte?

Jetzt komme ich mit meinen Fragen zu Ihnen, Herr Schobel. Erst einmal herzlichen Glückwunsch. Sie haben am Mittwoch dieser Woche die Wirtschaftsmedaille des Landes Baden-Württemberg und die Verdienstmedaille von Frau Hoffmeister-Kraut bekommen. Deswegen herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Es freut mich ganz besonders, dass gerade Sie die Wirtschaftsmedaille bekommen haben, weil Sie da, glaube ich, sehr hohe Verdienste geleistet haben.

Sie haben dargelegt, was ich gerade auch in Bezug auf die Situation während der Coronapandemie dargelegt habe: dass es bezüglich des Themas Erwerbsarbeit einer Neujustierung bedarf. Ich wollte Sie um eine Einschätzung bitten, was sich durch

die Coronapandemie im Hinblick auf den Druck auf die Arbeitnehmerschaft eventuell dauerhaft verändert hat oder wie sich die Situation entwickelt. Ist der Druck aus Ihrer Sicht gestiegen?

Wir kommen jetzt aus der Pandemie heraus. Wir laufen sofort in eine erneute Krise. Wie nehmen Sie gerade in Ihren Gesprächen und Beratungen, die Sie machen, gerade durch den Austausch „an der Front“ die Situation wahr, insbesondere im Bereich der prekären Beschäftigung? Das gilt auch für die nächste Frage. Können Sie auch noch einmal auf das Thema Armut eingehen, in diesem Fall auf das Thema „Armut trotz Arbeit“? Wie empfinden Sie die Armutsentwicklung seit Beginn der Pandemie? Diese Entwicklung hat wahrscheinlich noch nicht aufgehört, nachdem diese Krise von einer anderen abgelöst wurde.

Herzlichen Dank.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Frau Conradi, zunächst vielen Dank für Ihre Ausführungen, die in vielen Bereichen doch etwas theoretisch anmuten. Meine Frage: Welche Rolle spielt die Praxis? Ich kenne das bei der Brandschutzerziehung, dass zumindest jemand von der Feuerwehr kommt. Aber darüber hinaus ist es relativ wenig. Natürlich wissen wir vielfältig aus eigener Erfahrung, dass am meisten hängen bleibt, wenn ein entsprechender Praxisbezug hergestellt werden kann. Insoweit die Frage: Wie können wir abseits von Flyern und Plakaten eine Praxisnähe herstellen?

Darüber hinaus war der Fokus sehr stark auf die Bereiche Brand und Naturphänomene gerichtet, was pädagogisch zunächst einmal nachvollziehbar ist. Darüber hinaus wissen wir leider, dass auch Terror ein Thema ist und dass durch die Pandemie auch das Thema Gesundheit eine Rolle spielt. Inwieweit ist dies entsprechend berücksichtigt? Sie hatten angeführt, mit dem Innenministerium gebe es einen entsprechend guten Austausch. Gibt es diesen auch mit dem Sozialministerium?

Beim Thema Schulpsychologie sehen wir, dass der Bedarf wesentlich größer ist als das, was das Land momentan zur Verfügung stellen kann. Vielleicht können Sie Ausblicke geben, wie sich dieser Bereich entwickeln soll.

Herr Schobel, herzlichen Dank für Ihren Beitrag, den ich als durchaus respektabel empfinde. Ich glaube, wir sind uns absolut einig darüber, dass wir die Attraktivität, insbesondere im Bereich der Gesundheits- und Pflegeberufe, stärken müssen. Es ist nicht zuletzt in der Coronapandemie deutlich geworden: dass hier erhebliche Defizite vorhanden sind. Wir sind uns auch einig darüber, dass dem mit einmal Beifall spenden auf dem Balkon sicherlich nicht ausreichend gerecht wird.

Ich habe eine Frage, die ein bisschen an das anlehnt, was Herr Dr. Miller gefragt hat. Wie könnte denn die Wertschätzung abseits des Monetären tatsächlich ausschauen? Diese Frage steht natürlich auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels. Wie

bekommen wir dieses Problem gelöst, damit wir in Zukunft ausreichend Personal zur Verfügung stellen können? Denn klar ist, dass der Dienst am Menschen eine besondere Betrachtung und besondere Bedeutung verdient.

Herr Schobel, worüber ich ein bisschen Schmunzeln musste, war die Aussage in Bezug auf die Mehrtätigkeit bei Homeoffice und mobilem Arbeiten, wobei es da sicherlich eine ganze Bandbreite gibt. Ich sehe es zumindest so, dass es in dem Bereich, in dem ich selbst aktiv bin, mit einer vernünftigen Vertrauensarbeitszeit, einem vernünftigen Austausch und einer vernünftigen Kommunikation zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber durchaus gelungen ist, unglaublich viele Fliegen mit einer Klappe zu schlagen – nicht nur aus Sicht der Pandemie, sondern auch in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es ist tatsächlich so, dass man hier Verschiebungen erfahren hat, was die Arbeitszeit angeht, was aber nicht zwingend zu einer längeren Arbeitszeit geführt hat. Ich konnte als Vater teilweise mittags und abends mit den Kindern lernen, spielen und Sonstiges tun. Dann, nachdem das Kind zu Bett gebracht wurde, konnte ich über das mobile Arbeiten das, was tagsüber liegengeblieben ist, aufarbeiten. Das war also nicht zwingend Mehrarbeitszeit, sondern tatsächlich eine effizientere Art und Weise der Arbeit.

Vielen Dank.

Abg. Carola Wolle AfD: Frau Conradi, Herr Schobel, das waren sehr interessante Vorträge. – Ich werde versuchen, mich kurz zu halten. Auf Folie 2 haben Sie quasi die Abstimmung der Rettungs- und Brandfallpläne vorgestellt, mit wem das alles abgestimmt wird: Feuerwehr, Polizei usw. Für mich stellt sich die Frage, ob da nicht auch noch der Rettungsdienst mit hinein müsste.

Herr Wahl hat das Thema der Rettungspläne und Brandpläne schon angesprochen. Sollte man sinnvollerweise nicht vielleicht einen oder zwei Schüler aus jeder Klasse einbinden? Wäre das nicht sinnvoll, nicht nur die Lehrer einzubinden?

Sie haben vorhin davon gesprochen – das ist schon lange Tendenz und Ziel in der Schule –, dass Kompetenzen statt Wissen vermittelt werden. Wir alle wissen, dass das Land Baden-Württemberg im Schüllerranking in den Schulen immer weiter nach hinten rückt. Für mich stellt sich die Frage, ob eine Hinwendung wieder zu Bildung und Wissen dazu führt, dass wir resilienter werden, weil unsere Schüler wieder mehr Kenntnisse von dem haben, was Sache ist.

Herr Schobel, Sie haben mir bei vielem aus dem Herzen gesprochen, wobei ich nicht allem zustimme. Das muss ich auch sagen. Sie haben über die Wertschätzung bzw. die Bezahlung insbesondere bei der Pflege gesprochen. Mein Eindruck ist inzwischen, dass die Pflegekräfte in Gesprächen sagen: Bezahlung ist für sie wichtig, wichtig ist jedoch auch die Anerkennung, aber noch viel wichtiger ist eine Zuverlässigkeit der Dienste, eine Entlastung usw. Ich habe zunehmend den Eindruck, dass wir in einen Kreislauf hineingeraten sind, der dazu führt, dass die Pflegekräfte immer

mehr belastet sind und dann gehen. Das führt dazu, dass diejenigen, die zurückgeblieben sind, noch mehr belastet werden. Wie kommen wir aus diesem negativen Kreislauf heraus? Denn über Geld allein schaffen wir es, wie gesagt, nicht. Das ist eine ganz schwierige Geschichte.

Dann haben Sie das Thema „Mobiles Arbeiten“ angesprochen. Ich denke auch, dass es ein Zwischending geben wird. Denn Menschen sind soziale Wesen, nur Homeoffice macht einsam. Über Einsamkeit haben wir vorhin auch schon gesprochen. Ich denke auch, dass es ein Miteinander sein wird – halb im Unternehmen, halb zu Hause, irgendwie wird sich das einpendeln. Da gebe ich Ihnen recht.

Sie haben angeprangert, dass sich insbesondere gerade die Pflegekräfte nicht in Gewerkschaften organisieren. Die Organisation der Arbeitnehmer in Gewerkschaften geht immer weiter zurück. Sie prangern dies an. Was meinen Sie, wie man das verbessern könnte?

Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Gibt es noch weitere Wortmeldungen für diese Fragerunde? – Ich habe eine von Frau Abg. Krebs gesehen. – Frau Abg. Krebs, bitte.

Abg. Petra Krebs GRÜNE: Vielen Dank für die Möglichkeit, gleich noch eine oder zwei Fragen zu stellen. Ich möchte nicht groß etwas dazu ausführen. Aber letztendlich geht es uns ja um Resilienz und Krisenfestigkeit. Was mir bei beiden Vorträgen etwas gefehlt hat bzw. worauf ich Sie jetzt einfach ansprechen möchte, das ist Ihre Einschätzung zur kulturellen Vielfalt in der Schule und bei der Arbeiterschaft. Besonders in der Arbeiterschaft, von der Sie gesprochen haben, Herr Schobel, haben wir eine sehr große Multikulturalität. Herr Schobel, Sie sind als Betriebsseelsorger da. Ich weiß nicht, wie Sie mit anderen Religionen und mit anderen Bevölkerungsgruppen umgehen. Die gleiche Frage stelle ich auch an die Vertreterin des KM. Wie können wir das Ihrer Meinung nach schaffen, solche Gruppen so zu empowern, dass sie sich engagieren und dass sie dadurch resilienter werden? Das ist eigentlich der Kern der Frage. Denn wir werden das nicht hinbekommen, wenn man nur schlechte Szenarien an die Wand malt. Man muss die Leute ja empowern. Das ist meine Frage.

Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Wunderbar. Vielen Dank. Da das heute so wunderbar klappt und sich alle so gut an die Zeit gehalten haben, mache ich wieder eine Vorgabe von sieben bis zehn Minuten. Anscheinend funktioniert das ganz gut, zumindest heute. Dann würde ich mit Ihnen anfangen, Frau Conradi. – Herr Albiez möchte aber vorher noch eine Frage stellen.

Thomas Albiez, externes Mitglied: Auf diese Frage können wir auf gar keinen Fall verzichten. – Frau Conradi, beziehen Sie die Schüler bei diesen Programmen, die Sie auflegen, mit ein? Sie machen Berufsorientierung, Krisenprävention und verschiedenes andere. Mich würde interessieren, ob die Schüler in die Entwicklung dieser Programme eingebunden werden.

Sv. Frau Conradi: So, dann versuche ich das. Das war ein bunter Strauß an Fragen. Ich hoffe, ich habe alles einigermaßen mitgeschrieben.

Ein paar Aspekte möchte ich gern vorneweg schieben, weil es ein bisschen so anklang: Wo setzen wir denn letztendlich an? Auch die Frage: Brauchen wir ein eigenes Unterrichtsfach Krisenmanagement? Ich glaube, es wäre ein Trugschluss, zu glauben, dass wir alle Themen, die für die jungen Menschen Relevanz haben, in Fächer packen müssen. Wir haben darüber auch bei der Demokratieerziehung diskutiert. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass das eine Aufgabe ist, die alle Lehrkräfte betrifft. Genauso betrifft die Bildung für nachhaltige Entwicklung alle Lehrkräfte. Die Themen, die fächerübergreifend sind, habe ich Ihnen genannt. Ich glaube, es wäre nicht der richtige Weg, dass man das in ein einziges Fach integriert. Dann haben wir nämlich die Situation, dass sich alle anderen nicht mehr dafür verantwortlich fühlen. Es bleibt an dieser Stelle hängen.

Ich denke, wir müssen den Bildungsauftrag insgesamt in den Blick nehmen. Wir haben hier die Vermittlung von eigenverantwortlichem Handeln bezogen auf den Einzelnen, aber natürlich auch mit Blick auf die Gesellschaft. Das ist der Bildungsauftrag, der allem Handeln in der Schule zugrunde liegt. Ich komme nachher zum Katastrophenschutz, das ist ja ein kleiner Bereich. Sie haben hier viel umfassender angesetzt. Das, was wir an Maßnahmen haben, diese Leitperspektiven, die im Bildungsplan verankert sind – egal, ob das Prävention oder Bildung für nachhaltige Entwicklung ist –, das alles ist für uns ein Indiz, welche Bedeutung das hat. Wir wollen die Schulen, die Lehrkräfte dazu animieren, diese Themen, für die es im Unterricht entsprechende Bezüge gibt – die gibt es in vielerlei Hinsicht –, entsprechend aufzurufen. Ich glaube, das ist auch der richtige Ansatz.

Dann gibt es natürlich eine Vorbildfunktion. Auch die Schule hat eine Vorbildfunktion. Sie haben das Thema Mülltrennung angesprochen. Sie haben nachgefragt, wie weit das in die Elternhäuser getragen wird. Wir haben keine systematischen Erhebungen gemacht. Das sage ich ganz offen. Die letzten zwei, drei Jahre sowieso nicht. Da waren die Schulen mit anderen Sachen belastet. Die Frage ist, ob man das in Zukunft in den Blick nimmt. Wir wissen aber aus vielen, vielen Rückmeldungen – denn wir sprechen natürlich auch mit Schülerinnen und Schülern sowie mit den Lehrkräften –, dass die Schülerinnen und Schüler diese Punkte natürlich zu Hause auch anbringen: In der Schule wird es aber soundso gemacht, können wir das nicht auch entsprechend im eigenen Haushalt umsetzen? Diese Informationen haben wir schon. Diese Rückkopplung findet statt.

Das ist auch unser Ansatz beim Katastrophenschutz. Wir implementieren nicht nur entsprechende Beispiele in den Unterricht. Ich sage nachher noch etwas zum Praxisbezug. Wir haben schon auch die Vorstellung, dass das in den familiären Bereich oder auch in das soziale Umfeld greift.

Sie haben die Belastungssituation angesprochen: Natürlich wissen wir – darüber haben Sie auch in anderen Konstellationen hier im Landtag diskutiert –, dass die Belastungssituation für Schülerinnen und Schüler, für Lehrkräfte aufgrund von Corona hoch ist. Man hat darauf reagiert. Ich nenne nur am Rande das Programm „Lernen mit Rückenwind“. Wir sind hier eingestiegen. Wir haben verschiedenste Angebote auch im sozial-emotionalen Bereich finanziell flankiert. Wir haben die Anzahl der Schulpsychologen und auch die der Beratungslehrkräfte erhöhen können. Da sind durchaus zusätzliche Impulse gesetzt worden.

Jetzt ist gefragt worden, ob die Bevölkerungsorganisationen mit eingebunden sind. Ja, das sind sie. Ich glaube, Herr Dr. Miller, Sie haben danach gefragt. Sie sind über das Innenministerium eingebunden. Wir haben eine enge Kooperation mit den Kolleginnen und Kollegen, was diesen Auftrag zum Katastrophenschutz aus dem Kabinett angeht. Das Innenministerium ist hier in engem Kontakt. Das haben wir. Wir haben jetzt schon die Situation, dass an den Grundschulen Helfertage stattfinden, dass freiwillige Feuerwehren vor Ort gehen, dass das DRK in die Schulen geht und einen Projektnachmittag gestaltet. Diese Situation haben wir schon.

Aber es ist natürlich richtig: Wir können nicht nur Unterrichtsmaterialien bereitstellen, wobei ich den Wert nicht unterschätzen möchte. Wir sehen, dass viele Lehrkräfte auf unsere Unterrichtsmaterialien zurückgreifen, die wir auch in Coronazeiten in anderen Bereichen zur Verfügung gestellt haben, sodass dies in den Unterricht implementiert werden kann. Das kann, fange ich doch einmal mit etwas Einfachem an, für die Grundschüler das richtige Verhalten bei Gewitter sein.

Natürlich brauchen wir Praxisbeispiele. Deswegen machen wir diesen jährlichen Aktionstag; der ist auch vorgesehen. Wir werden sicherlich im Sommer noch mal eine entsprechende Auftaktveranstaltung machen, bei der auch die Hilfsorganisationen – u. a. DRK, Feuerwehr, THW – eingebunden werden. Sicherlich ist das lokal sehr unterschiedlich, wer mit eingebunden wird. Das ist für uns schon ein wichtiger Punkt, von dem wir glauben, dass dies auch für den Bevölkerungsschutz ein entsprechender Mehrwert ist, um den Kontakt zu jungen Generationen herzustellen – sprich: ehrenamtliches Engagement.

Wir brauchen aber neben der unterrichtlichen Befassung auch Praxisbeispiele. Da bin ich völlig bei Ihnen. Ohne solche wird das nicht nachhaltig zu implementieren sein. Sehen Sie es mir nach. Ich habe hier das Maßnahmenbündel in Teilen präsentiert, das ist aber noch nicht veröffentlicht worden. Das Thema Katastrophenschutz wird mit einer gewissen Verbindlichkeit in die Schulen getragen, sodass man davon ausgehen kann, dass sich die Schülerinnen und Schüler während ihrer Schulzeit mit

dem Katastrophenschutz, mit den verschiedenen Szenarien befassen. Das wird schon eine entsprechende Verbindlichkeit erhalten. Aber auch hier sage ich: Nicht alle Schulen werden sich mit allem befassen. Am Oberrhein wird man sicherlich eher die Situation des Hochwassers aufgreifen. Ich komme aus dem Zollernalbkreis. Da liegt der Hohenzollerndamm nicht weit entfernt, da wird man eher das Thema Erdbeben aufgreifen. Ich glaube, diese Flexibilität brauchen wir auch. Das haben wir auf dem Schirm. Das wollen wir mit entsprechenden Materialien weiter unterstützen.

Wie sind wir aufgestellt? Reicht das, was wir an Schulpsychologen haben? Wir haben in den letzten Monaten die Ländervergleiche gesehen. Häufig werden Äpfel mit Birnen verglichen. In manchen Ländern gibt es nur die Schulpsychologen. Diese haben keine Präventionsbeauftragten, sie haben keine Beratungslehrkräfte. Ich glaube, das Gesamtsystem ist hier ordentlich aufgestellt. Ich bin die falsche Person, um darüber zu diskutieren, ob es mehr sein könnte und welche Mittel hineinfließen. Ich glaube, darüber müssen Sie auf politischer Ebene diskutieren. Ich glaube schon, dass das, was wir jetzt haben, was die Schulpsychologie und die Beratungslehrkräfte zusammen mit den Präventionsbeauftragten auch im Zuge von Corona für Angebote machen können, von den Schulen, den Schülerinnen und Schülern sowie den Lehrkräften sehr, sehr gut angenommen wird.

Sie haben noch nach Krisenteams, nach den Krisenplänen und wer in dem Team ist, gefragt. Ich glaube, Herr Wahl, das waren Sie. Das sind natürlich prioritär Lehrkräfte, die einen gewissen Bezug haben. Das ist der Sicherheitsbeauftragte aus dem naturwissenschaftlichen Bereich, da ist derjenige drin, der im Sanitätsbereich Verantwortung trägt. Da ist aber auch ganz einfach der Hausmeister mit drin. Das ist sehr unterschiedlich zusammengesetzt. Natürlich machen die Schulen das nicht allein. Auch dort haben wir die entsprechende Unterstützung durch die Schulpsychologie. Natürlich müssen diese Pläne greifen. Deswegen ist es richtig, bei diesen Plänen von vornherein die Rettungsdienste, die Feuerwehr mit dabei zu haben.

Sie haben auch gefragt, ob das DRK oder ähnliche Organisationen mit eingebunden sind. Ich nehme das mit, ich bin gerade überfragt, das würde ich gern noch einmal mitnehmen. Aber es ist wichtig, dass die Praktiker und die Experten mit drauf schauen, ob das, was vorbereitet wird, etwas taugt.

Die Resilienz wurde auch noch angesprochen. Ich habe versucht, herauszuarbeiten, dass wir das in den Leitperspektiven mit verankert haben, vor allem in der Leitperspektive „Prävention und Gesundheitsförderung“. Für meine Begriffe widerspricht sich das nicht, von einem kompetenzorientierten Ansatz im Bildungsplan auszugehen. Das implementiert auch Bildung. Das widerspricht sich meiner Meinung nach nicht.

Ich würde gern noch einen Satz dazu sagen – ich glaube, von Ihnen kam das –, was wir mit der Verwaltungsvorschrift abgedeckt haben. Wir haben Brand, wir haben Explosionen, wir haben Gewaltvorfälle – damit ist Amok abgedeckt. Terror würde ich

ein bisschen an den Rand schieben, aber es ist in der Prüfung. Da haben Sie schon einen richtigen Punkt angesprochen: Müssen wir weitere Krisenszenarien prüfen, die in diese Verwaltungsvorschrift aufgenommen werden sollen? Das darf ich Ihnen hier signalisieren: Wir sind in der Prüfung, ob eine Erweiterung stattfinden muss.

Jetzt bin ich sicherlich nicht allen gerecht geworden. Aber in Anbetracht der Zeit lasse ich es damit.

Vorsitzender Alexander Salomon: Es regt sich kein Widerstand. Das ist schon einmal nicht schlecht. Es gibt jetzt niemanden, der aufschreit und sagt: „Meine Frage wurde nicht ausreichend beantwortet.“ Ich bin mir sicher, darüber kann man an anderer Stelle diskutieren, wenn eine Frage im Nachhinein kommt. Für heute ist es durchaus umfassend gewesen.

Jetzt kommt noch Herr Schobel dran. Orientieren Sie sich bitte auch an den zehn Minuten.

Sv. Herr Schobel: Mein erster Punkt: Jedes gesellschaftliche Ungleichgewicht birgt ein Potenzial von Spaltung. Das ist gar keine Frage. Das müsste Politik immer hellhörig machen. Ich kann aber keine direkte Linie ziehen zwischen dem, was in der Arbeitswelt passiert, dem, was ich geschildert habe, und eventuell Impfgegnern oder Querdenkern. Das war ein gesellschaftliches Problem. Wenn es zur Spaltung oder zu Differenzen kam, vor allem zu Misstrauen gegenüber der Regierung und dem Regierungshandeln, dann war das zuvor schon da. Ich habe die Prekarität als Musterbeispiel genommen. In erster Linie führt die Zweiklassengesellschaft in der Arbeitswelt zu Politikunmut und -verdrossenheit.

Die Arbeit der Betriebsräte ist in der Pandemie, auf jeden Fall in den großen Unternehmen, medial, über die Medien weitergegangen. Das hat man auch neu entwickelt. Der Kontakt zu den Beschäftigten in der Kurzarbeit zu Hause war tot. Der ist gerissen. Da war im Prinzip nichts mehr. Es gab nur wenige Unternehmen, die über Rundschreiben oder über neue Medien Kontakt gehalten haben; Ähnliches gilt für die Betriebsräte.

Da schließe ich die Frage nach Multikulti an. Ich habe immer schon gesagt, dass die Unternehmen in Deutschland eigentlich der Prototyp sind, wie wir über Nationalitäten hinweg miteinander umgehen. Man hat die nie richtig gesehen und ernst genommen, weil das so sehr im Verborgenen läuft. Das heißt, Politik müsste vielmehr abrufen, welche Erfahrungen die Unternehmen in der Arbeitswelt seit nunmehr 50, 60 oder noch mehr Jahren haben. Das geht, es geht. Es geht im Betrieb. Ich habe es selbst erlebt, ich habe auch in Unternehmen immer mitgearbeitet. Da ist keine große Herzlichkeit im Spiel. Aber man wirkt zusammen, und man weiß, wo man zusammengehört. Gerade hier im Schwäbischen wären alle Arbeitskämpfe der letzten 50 Jahre ohne das Potenzial der ausländischen Kolleginnen und Kollegen verloren gegangen.

Das muss man auch ganz klar konstatieren. Wir haben hier einen Schatz, der im Verborgenen liegt. Wir müssen diesen heben.

Ich komme zum Stichwort Wertschätzung. Wie kann man diese momentan noch wenig wertgeschätzten und doch so wichtigen Berufe anheben? Das ist immer noch und war das Problem der Kirchen. Das war der Grund, warum wir uns eher als Betriebsseelsorger etabliert haben. Es gibt schon seit den Achtziger- und Neunzigerjahren das schöne Schlagwort: Die Kirche hat die Arbeiterschaft verloren – und das ist weitgehend noch so. Wir brauchen Aufmerksamkeit und Wahrnehmung auf allen Ebenen.

Ich habe den Pfarrern, meinen Kollegen, immer gern die Frage gestellt: An welchen Tischen sitzt ihr denn? Das geht bis hinein in die eigene Lebensführung. Wo sind wir den Menschen in der Arbeitswelt wirklich nahe? Wir treiben unsere Seelsorgegremien in den Dekanaten in die Betriebe hinein, einmal, zweimal im Jahr; auch der Bischof muss mindestens einen Tag pro Jahr reservieren, um ein Unternehmen kennenzulernen. Jetzt kommt es aber darauf an, wie man einen Betriebsbesuch gestaltet. In aller Regel wird man vom Management umzingelt und geht seiner Wege, und das war es dann auch. Man muss das schon sehr präzise mit dem Betriebsrat vorbereiten. Man muss das Recht haben, auch an die Arbeitsplätze zu kommen, man muss Gelegenheit haben, mit den Menschen dort zu reden. Das alles würde ich Ihnen in den Wahlkreisen empfehlen: Betriebsbesuche, Kontakt zu Betriebsräten, schauen, wo und ob es einen Arbeitslosentreff gibt, vielleicht in die Tafelläden hineinschauen.

Damit komme ich zum Thema Armut. In dieser Richtung geht es um verstärkte Wahrnehmung auf allen Ebenen. Die Herzensfrage lautet: An welchen Tischen sitzen wir denn? Was Arm und Reich anbelangt, das ist keine Frage. Es ist ein Skandal, dass in Deutschland Armut trotz Arbeit – ein Stück weit wie in den USA, nicht in demselben Maß – vorhanden ist. Das muss ein Ende haben.

Darum bin ich froh, dass die Gewerkschaften jetzt gerade angesichts der Teuerungen vor allem auf diese unteren Anhebungsbeträge Wert legen. Das ist momentan im öffentlichen Dienst ein Thema. Die Arbeitgeber bieten 300 €, die Gewerkschaften fordern 500 €. Ich stehe voll hinter den 500 €. Denn es geht darum: dass wir einen langfristigen und sehr breit angelegten Kampf gegen Niedriglöhne brauchen. Das Mindestlohngesetz hat das Ganze nur etwas abgemildert. Aber der Tatbestand „Arm trotz Arbeit“ ist ethisch ein einziger Skandal und ist auch für Deutschland ungewöhnlich. Das entspricht nicht unserem Werdegang, unserer Geschichte und auch nicht unserer Gegenwart als prosperierendes Wirtschaftsland. Das muss ein Ende haben.

Nach Corona ist der Druck weitgehend geblieben, und zwar in Form einer unglaublichen Unsicherheit. Er wirkt sich vor allem dort aus, wo die Produktionen durch Teilemangel ins Schleudern geraten sind, dort, wo die Menschen von heute auf morgen gesagt bekommen haben: „Bleibt zu Hause, morgen gibt es keine Arbeit, es ist nichts

da.“ Daher ist schon eine große Verängstigung geblieben. Das ist noch lange, lange, lange nicht vorbei. Ich denke, dies bedarf auch der Wahrnehmung.

Am Schluss noch kurz zur Pflege. Keine Frage: Geld ist nur die eine Komponente. Wir hatten in Berlin einen großen Arbeitskampf des Pflegepersonals für bessere Stellenpläne – das muss man sich einmal vorstellen! –, also für bessere personelle Ausstattung. Das deutete auf diesen Leidensdruck hin, dass diese Überlast unglaublich ist. Ich kenne eine Pflegerin. Sie geht einmal in der Schicht für zehn Minuten auf die Toilette, um zu weinen. Ich kann noch etwas anderes schildern: Eine Anfängerin, die am ersten Tag in der Abteilung ist und völlig verbotenerweise für Pflegedienste herangezogen wird, bricht zusammen und kommt am anderen Tag nicht mehr. Wir haben hier Zustände, die einfach unbeschreiblich sind. An dem Punkt müssen wir beides sehen: die Ansehensebene, die Wertschätzung, die finanzielle Ausstattung, aber vor allem auch die strukturellen Probleme wie etwa die Stellenpläne.

Ich glaube, das waren alle meine Anmerkungen. Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Schobel, für Ihre Anmerkungen. – Ich schaue noch einmal in die Runde, ob es noch Nachfragen gibt. – Es gibt keine weiteren Anmerkungen.

Dann danke ich Ihnen beiden noch einmal, Frau Conradi, Herr Schobel, für Ihre Beiträge zur Enquetekommission.

(Beifall)

Das am Schluss war auch noch einmal sehr spannend von Ihnen zu hören. Wenn Sie weitere Anmerkungen, Hinweise, Informationen, Tipps für uns haben, sind wir sehr gern offen und freuen uns über die jeweiligen Anstöße. Ansonsten wünsche ich Ihnen beiden schon mal ein schönes Wochenende.

Wir sind hiermit am Ende von Teil I, am Ende der öffentlichen Anhörung angelangt. Für diejenigen, die uns noch digital folgen, geht es nicht im April weiter. Wir machen einen Monat Pause. Es geht weiter am 26. Mai 2023 um 9:00 Uhr, dann auch wieder digital.

(Schluss des öffentlichen Teils: 17:08 Uhr)

– folgt nicht öffentlicher Teil II (gesondertes Protokoll) –

Zu Teil I
Antrag Nr. 1
12. EK KG / 31.3.2023

Landtag von Baden-Württemberg

17. Wahlperiode

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Antrag

der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

Bestimmung eines Sachverständigen für die Sitzung am Freitag, 31. März 2023

(Nachnominierung anstelle von Sabine Lackner, Vizepräsidentin der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk)

„Zusammenarbeit von Staat und Gesellschaft in der Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung“

Name	Institution, Verband, etc.	Funktion	Postanschrift	Thema/Fragen
Ralf Heuberg	ISAR Germany	Gründungsmitglied	I-S-A-R Germany Stiftung gGmbH Geschäftsstelle NRW Boschstraße 16 D-47533 Kleve	Herausforderungen in der Koordination und Durchführung von Auslandseinsätzen in der Katastrophenhilfe; Empfehlungen für BaWü als Host Nation im Falle eines Hilfesuchts



Psychotherapeutische Gemeinschaftspraxis
Dr. El-Kordi & Albert

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags von Baden-Württemberg

Zusammenarbeit von Staat und
Gesellschaft in der Krisenvorsorge, -
früherkennung und -bekämpfung

Dr. rer. nat. Dipl.-Psych. A. El-Kordi
Psychologischer Psychotherapeut
Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut
Sachverständiger für Familienrecht

31.03.2023



Psychotherapeutische Gemeinschaftspraxis
Dr. El-Kordi & Albert

Was ist eine Krise?

Eine Krise liegt vor, wenn ein Mensch das seelische Gleichgewicht verliert, nachdem er mit Ereignissen und Lebensumständen konfrontiert wird, die er im Augenblick nicht bewältigen kann. Intensität, Art, Umfang und Dauer dieser Ereignisse sind so gravierend, dass seine durch frühere Erfahrungen erworbenen Bewältigungsmechanismen und seine Belastbarkeit zur Kompensation nicht ausreichen (Caplan 1964; Cullberg 1978; Goll 1991; Sonneck 1992; zit. nach: Berzewski, 1996, S. 289).

→ Krise ist nicht mit allgemeinen Lebensschwierigkeiten gleichzusetzen!

Um seriös von einer Krise auszugehen, müssen bestimmte Voraussetzungen gegeben sein (Berzewski, 1996):

- Der Anlass kann entweder in einem plötzlichen nicht vorhersehbaren Schicksalsschlag liegen oder
- in einer Intensivierung und Akzentuierung einer bestehenden chronischen Konflikt- oder Belastungssituation.
- Krise ist eng mit der Konzeption „Krisenintervention“ verbunden - wenn nicht interveniert wird, kann eine irreparable psychosoziale oder biologische Störung die Folge sein.

Psychische Reaktionen auf Krisen

Krisensituationen sind mit Stresserleben verbunden → d.h. es handelt sich um psychische/physische Reaktionen auf Stress (= Belastung/Störung des Organismus und Überforderung der Bewältigungsmöglichkeiten (Rensing, Koch, Rippe & Rippe, 2006)).

Vom Stress zur Krankheit

- Kognitive Bewertungsprozesse (das transaktionale Stressmodell nach Lazarus & Folkman, 1984)
- Kognitiv-behaviorale und physiologische Mediatoren (Kaluza & Vögele, 1999; zit. nach: Rief & Nanke, 2003).



Von psychischer Belastung zur psychischen Störung – Resilienz als Schutzmechanismus

(...) resilient ist eine Person, wenn sie Belastungen erfahren hat, die in ihre Entwicklung eingegriffen haben und diese erfolgreich (d.h. ohne bleibende, schädigende Folgen) bewältigt wurden. (...) Resilienz ist also Krankheitsfreiheit trotz Belastungserleben (modif. nach Klosterkötter & Maier, 2017).

Weitere Perspektiven des Resilienzbegriffes (vgl. Rönna-Böse & Fröhlich-Gildhoff, 2020, S. 17):

- 1) Stressresistenz (d.h. keine Belastung ist feststellbar);
- 2) Schnelle Regeneration (d.h. kurzfristige Belastung, jedoch schnelle Erholung und Rückkehr zum Ausgangsniveau);
- 3) Rekonfiguration nach meist traumatisierenden Ereignissen.

In den letzten Jahren lagen die neuronalen und molekularbiologischen Mechanismen der Resilienz im Fokus der Forschung (z.B. Ryan & Ryznar, 2022).

Resilienzfaktoren:

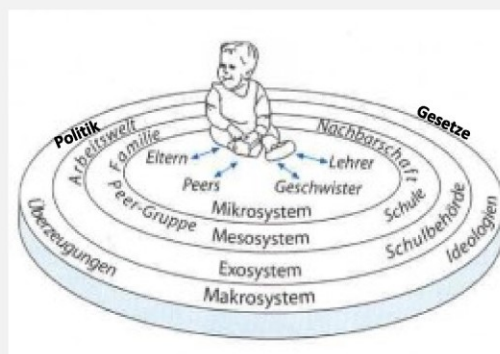
- Selbst- und Fremdwahrnehmung
- Selbststeuerung
- Selbstwirksamkeit
- Soziale Kompetenz
- Aktive Bewältigungskompetenzen
- Problemlösefertigkeiten

(Rönnau-Böse & Fröhlich-Gildhoff, 2020)

Stabile Beziehungen als konsistenter Befund für resiliente Entwicklung

(Luthar, 2006).

Systemökologisches Modell der Entwicklungsumwelten nach Bronfenbrenner (1981)
 (modif. aus: Petermann, Niebank & Scheithauer, 2004)



„Kultur und Kontext bestimmen, ob die Interventionen und Programme, die einem schutzbedürftigem Kind angeboten werden, vom Kind, seiner Familie und seiner Gemeinde als hilfreiche Ressourcen anerkannt werden.“ (Ungar, 2011, S. 135)

Was macht die Seele krisenfest?

Resilienz- und Ressourcenförderung soll sich an entwicklungspsychologisch relevanten Aspekten orientieren

→ Entwicklungsaufgaben

(z.B. nach Havighurst: je nach Entwicklungsperiode unterschiedliche, zu bewältigende Aufgaben).

Resilienzförderung berücksichtigt die **psychischen Grundbedürfnisse**:

- Bedürfnis nach Orientierung/Kontrolle/Kohärenz
- Bedürfnis nach Lustgewinnung und Unlustvermeidung
- Bedürfnis nach Bindung
- Bedürfnis nach Selbstwerterhöhung und Selbstwertschutz
(Grawe, 2004).

Was macht die Seele krisenfest?

Die Förderung der psychischen Widerstandsfähigkeit ist ein multimodaler und lebensabschnittspezifischer Prozess

- Kein „Crash-Kurs“ in Stressbewältigung!
- Evidenzbasierte, persönlichkeitsstrukturierende Grundhaltung, welche in entwicklungspsychologisch-spezifischen Lebensabschnitten vermittelt werden soll.

Für die **Bildung krisenfester Persönlichkeiten** benötigen wir

nicht: schneller, höher, weiter,
sondern: **achtsamer, wesentlicher, verbundener**

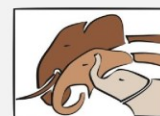


Psychotherapeutische Gemeinschaftspraxis
Dr. El-Kordi & Albert

Konkrete Umsetzung im Kindes- und Jugendalter – Die innerpsychische Krisenprävention

Status quo:

- Fokussierung auf die individuelle Entwicklung losgelöst vom Ganzen
- „Ende der Eindeutigkeiten“ (Keupp, 1997)
- Keine Förderung der Stressresistenz
- Problematische Beziehung zum eigenen Körper, Orientierung an unrealistischen Schönheitsidealen
- Fragwürdige und dysfunktionale Vorbildfunktion (z.B. Influencerinnen) (Götz, 2019)
- Optimierungsimperativ und Machbarkeitsansprüche
- Leistungsdruck
- Lange Schultage ohne zeitliche Ressourcen für das Miteinander
- Fehlende gesellschaftliche Orientierung und Strukturgebung



Psychotherapeutische Gemeinschaftspraxis
Dr. El-Kordi & Albert

Konkrete Umsetzung im Kindes- und Jugendalter – Die innerpsychische Krisenprävention

Status quo:

- Fehlende Dysphorietoleranz
- Überhöhte Ansprüche an die eigene Emotionalität
- Wenig Raum für die Auseinandersetzung mit der sich entwickelnden Persönlichkeit
- Wahrheitspluralismus und Sinnentleerung
- „Ende der Deutungsinstanzen“ (Keupp, 2002)
- Überbetonung der Selbstbestimmung und der Vielfalt an Alternativen führen zur Orientierungslosigkeit
- Neben sozialer Ungleichheit, Armut und sozioökonomischer Benachteiligung von bestimmten sozialen Gruppen (Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende Frauen) psychische Kompetenzdefizite als Folge einer Wohlstandsgesellschaft (Verwöhnung als Droge (Frick, 2018; von Cube, 2008))

Zur Erinnerung: Was macht die Seele krisenfest?

Merke:

Resilienzförderung berücksichtigt die **psychischen Grundbedürfnisse:**

- Bedürfnis nach Orientierung/Kontrolle/Kohärenz
- Bedürfnis nach Lustgewinnung und Unlustvermeidung
- Bedürfnis nach Bindung
- Bedürfnis nach Selbstwerterhöhung und Selbstwertschutz
(Grawe, 2004).

Empfehlungen

- 1) Stärkere Kontrolle von Medieninhalten und –formaten, die die psychische Verfassung von Kindern und Jugendlichen nachweislich beeinträchtigen, besserer Jugendmedienschutz → keine individuelle Entscheidung/Aufgabe.
- 2) Kritische Reflektion des Selbstbestimmungsanspruchs unter Berücksichtigung neurobiologischer und entwicklungspsychologischer Fakten.
- 3) Gesetzliche Möglichkeiten, um psychotherapeutische Leistungen präventiv und breitflächig anzubieten. Nicht nur „mehr Therapieplätze“, sondern „mehr Prävention“! Das Präventionsangebot soll von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten getragen werden.
- 4) Einführung eines Pflichtunterrichtsfachs „Krisenmanagement“ – nicht nur in Krisenzeiten, sondern als fester Bestandteil des zukünftigen Schulunterrichts. Verfolgung eines „All-Gefahren-Ansatzes“ (SVR Gesundheit, Gutachten 2023). Das Angebot soll nicht benotet werden. Nach Absolvierung aller Module erhalten die Schülerinnen und Schüler ein Zertifikat „**Crisis Master**“ Abkürzung „CrisMas“. Die Implementierung und das Training der Module soll durch PsychologInnen und approbierte Kinder- und JugendlichenpsychotherapeutInnen umgesetzt werden.

Empfehlungen

Module von Krisenmanagement



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Literatur

- Berzowski (1996). Krise und Krisenintervention. In: Der psychiatrische Notfall. Berlin, Heidelberg: Springer.
https://doi.org/10.1007/978-3-662-11453-7_12
- Frick (2018). Die Droge Verwöhnung. Göttingen: Hogrefe.
- Götz (2019). „Man braucht ein perfektes Bild.“ Television digital, 2019/1, S. 1-12.
- Grawe (2004). Neuropsychotherapie. Göttingen: Hogrefe.
- Kaluza & Vögele (1999). Stress und Stressbewältigung. In: Flor, Birbaumer & Hahlweg (Hrsg.). Enzyklopädie der Psychologie, Serie 2: Klinische Psychologie, Bd 3: Grundlagen der Verhaltensmedizin. S. 331-388. Göttingen: Hogrefe.
- Kuopp (1997). Ermutigung zum aufrechten Gang. Tübingen: DGVt.
- Kuopp (2002). Identitätskonstruktionen – Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne. Reinbek: Rowohlt.
- Klosterkötter & Maier (2017). Handbuch Präventive Psychiatrie. Stuttgart: Schattauer.
- Lazarus & Folkman (1984). Stress, appraisal and coping. New York: Springer.
- Luthar (2006). Resilience in development. A synthesis of research across five decades. In: Cicchetti & Cohen (Eds.). Developmental Psychopathology: Risk, disorder and adaptation. PP 739-795. New York: Wiley.

Siehe auch nächste Folie

Literatur

- Petermann, Niebank & Scheithauer (2004). Entwicklungswissenschaft. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Rensing, Koch, Rippe & Rippe (2006). Mensch im Stress. München: Elsevier.
- Rief & Nanke (2003). Psychologische Grundkonzepte der Verhaltensmedizin. In: Ehlert (Hrsg.). Verhaltensmedizin. S. 95-132. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Rönnau-Böse & Fröhlich-Gildhoff (2020). Resilienz und Resilienzförderung über die Lebensspanne. Stuttgart: Kohlhammer.
- Ryan & Rynar (2022). The Molecular Basis of Resilience: A Narrative Review. Front Psychiatry. 6;13:856998. doi: 10.3389/fpsy.2022.856998. PMID: 35599764; PMCID: PMC9120427.
- SVR Gesundheit (2023). Resilienz im Gesundheitswesen. Wege zur Bewältigung künftiger Krisen: Gutachten 2023. Berlin: Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.
- Ungar (2011). Kontextuelle und kulturelle Aspekte von Resilienz – Jugendhilfe mit menschlichem Antlitz. In: Zander (Hrsg.). Resilienzförderung im Jugendalter. Berlin: Springer.
- Von Cube (2008). Verwöhnung – Aspekte der Verhaltensbiologie. In: Klein (Hrsg.). Kinder und Suchtgefahren. S. 14-20. Stuttgart: Schattauer.

Siehe auch vorherige Folie

Resilienz von Einsatzkräften, Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe

Vortrag vor der Enquête-Kommission Baden-Württemberg zur Krisenfesten Gesellschaft

Agenda

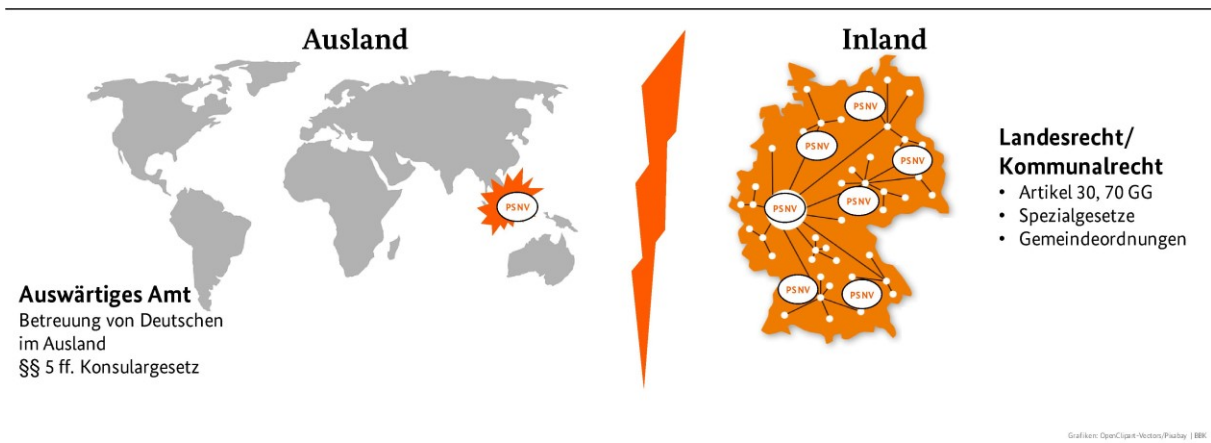
- Die Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH)
- Psychosoziale Notfallversorgung: Qualitätsstandards und Leitlinien
- Der Konsensusprozess PSNV
- Die PSNV-Philosophie: Bevölkerungsverhalten, Warn- und Informationsbedarfe
- Blick in die Zukunft

Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH)



Resilienz von Einsatzkräften, Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe | 30.03.2023 | Seite 3

Zuständigkeit Auslandslagen



Resilienz von Einsatzkräften, Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe | 30.03.2023 | Seite 4

Entstehung der Koordinierungsstelle NOAH



9/11 (2001)

(Foto: Robert L. Fish | CC-BY-SA 3.0)



Djerba/Tunesien (2002)

(Foto: upyrenex | CC-BY 2.0)



Bali/Indonesien (2002)

(Foto: Arnaud Gallard | CC-BY-SA 3.0)

NOAH-Auftrag: Koordination der „psychosozialen Betreuungsmaßnahmen für von Großschadensereignissen im Ausland betroffenen Bundesbürgern nach Rückkehr ins Inland“ sowie Koordination „der Betreuungs- und Hilfsmaßnahmen für [...] die Angehörigen.“ (BME-Erlass 28.12.2002)



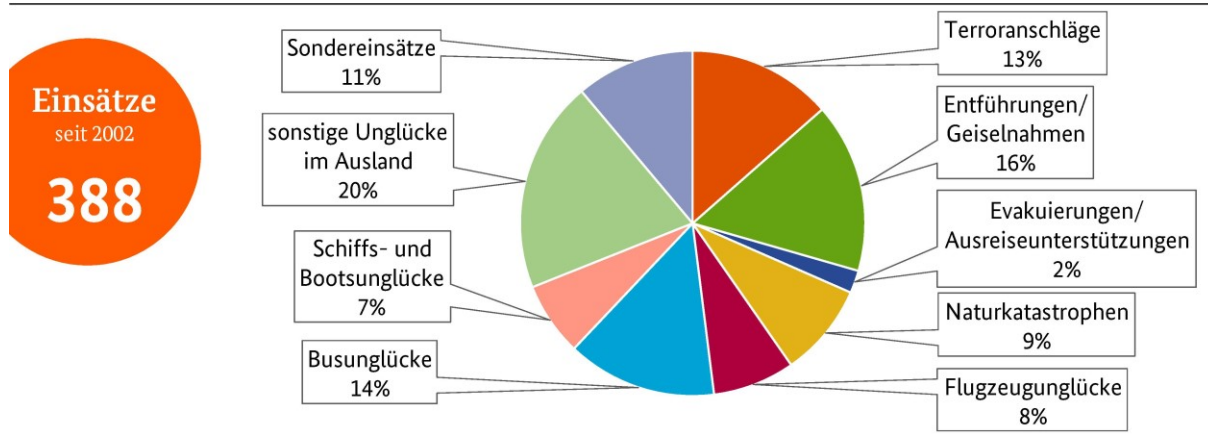
Resilienz von Einsatzkräften, Nachbarn, Opfer- und Angehörigenhilfe | 30.03.2023 | Seite 5

Die Koordinierungsstelle NOAH ...



Resilienz von Einsatzkräften, Nachbarn, Opfer- und Angehörigenhilfe | 30.03.2023 | Seite 6

Einsatzstatistik 2002–2022



Aufgaben der Koordinierungsstelle NOAH

In einer **Akutsituation** steht die Koordinierungsstelle NOAH mit folgenden Angeboten und Maßnahmen zur Unterstützung bereit:

- telefonische Beratung Betroffener rund um die Uhr durch eine 24-Stunden-Hotline
- Vermittlung von wohnortnahen psychosozialen Akuthilfen innerhalb Deutschlands (Notfallseelsorger, Kriseninterventionsmitarbeiter, Notfallpsychologen, psychosoziale Beratungsstellen etc.)
- Hilfen bei administrativen Fragen oder Problemen
- Informationsvernetzung der beteiligten Behörden, Organisationen und Institutionen in Betreuungsfragen



Aufgaben der Koordinierungsstelle NOAH



Mittel- und längerfristig bietet die Koordinierungsstelle NOAH an:

- weiterführende Beratung rund um die Uhr über die 24-Stunden-Hotline
- Traumaberatung und Vermittlung längerfristiger professioneller Hilfen innerhalb Deutschlands (psychosoziale Beratungsstellen, psychologische und ärztliche Psycho(trauma)therapie etc.)
- Organisation von Treffen für Überlebende, Angehörige, Vermisste und Hinterbliebene
- Beratung von Bundes- und Landesbehörden zur Gestaltung von öffentlichen Gedenkveranstaltungen unter Beteiligung Betroffener

Foto: BBR (NFS 008) / Jens-Peter Kun



Resilienz von Einsatzkräften, Nachbarn, Opfer- und Angehörigenhilfe | 30.03.2023 | Seite 9

Psychosoziale Notfallversorgung: Qualitätsstandards und Leitlinien



Foto: Miki / Photography Pichay



Resilienz von Einsatzkräften, Nachbarn, Opfer- und Angehörigenhilfe | 30.03.2023 | Seite 10

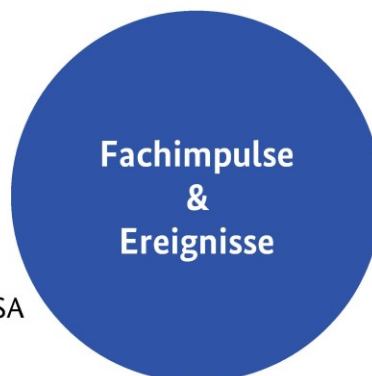
Auf dem Weg zu Qualitätsstandards und Leitlinien



- Notfallseelsorge (ab 1990)
- Akuthilfeteams/KIT (ab 1994)
- Wandel im Selbstverständnis der Einsatzkräfte
- Seelsorge für Helfende und CISM (ab 1995)
- Gründung der Bundesvereinigung Stressbearbeitung nach belastenden Ereignissen e.V. (1996)

Auf dem Weg zu Qualitätsstandards und Leitlinien

- Flugunglück Ramstein (1988)
- ICE-Unglück Eschede (1998)
- Terroranschläge in den USA (2001)



- Amoklauf Erfurt (2002)
- Einsturz Eissporthalle Bad Reichenhall (2006)
- Amoklauf Winnenden (2009)

Auf dem Weg zu Qualitätsstandards und Leitlinien

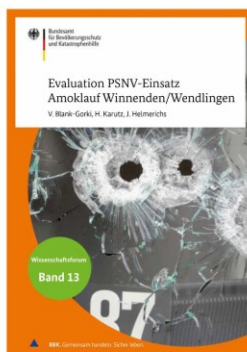
- Psychische Erste Hilfe bei Unfällen (1997)
- Effektivität von Nachsorge (2006)
- Organisationsprofile & Gesundheit (2009)
- PSNV für spezielle Zielgruppen und Lagen (seit 2010)

Forschung



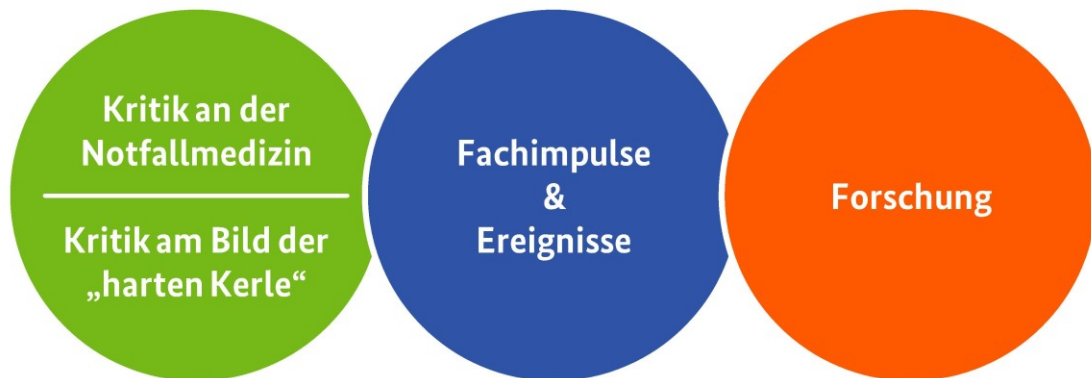
Resilienz von Einsatzkräften, Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe | 30.03.2023 | Seite 13

Der Konsensusprozess und seine Kinder Publikationen – Forschungsprojekte



Resilienz von Einsatzkräften, Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe | 30.03.2023 | Seite 14

Auf dem Weg zu Qualitätsstandards und Leitlinien



Der Konsensusprozess



Konsensusprozess PSNV 2007–2010



Resilienz von Einsatzkräften, Nachbarn, Opfer- und Angehörigenhilfe | 30.03.2023 | Seite 17

Definition PSNV

”

Der Begriff **Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV)** beinhaltet die Gesamtstruktur und die Maßnahmen der Prävention sowie der kurz-, mittel- und langfristigen Versorgung im Kontext von belastenden Notfällen bzw. Einsatzsituationen.

© Konsensus-Konferenz 2010 und DIN 13050



Resilienz von Einsatzkräften, Nachbarn, Opfer- und Angehörigenhilfe | 30.03.2023 | Seite 18

PSNV-Philosophie

Die **Grundannahme der PSNV** ist, dass zur Bewältigung von psychosozialen Belastungen und kritischen Lebensereignissen zunächst personale Ressourcen (wie Coping-Strategien, Kontrollüberzeugung, Selbstwirksamkeitserwartung, Optimismus etc.) und soziale Ressourcen im informellen sozialen Netz der Betroffenen aktiviert werden. Maßnahmen der PSNV wirken ergänzend oder substituierend im Fall des (zeitweisen) Fehlens oder Versiegens dieser Ressourcen.

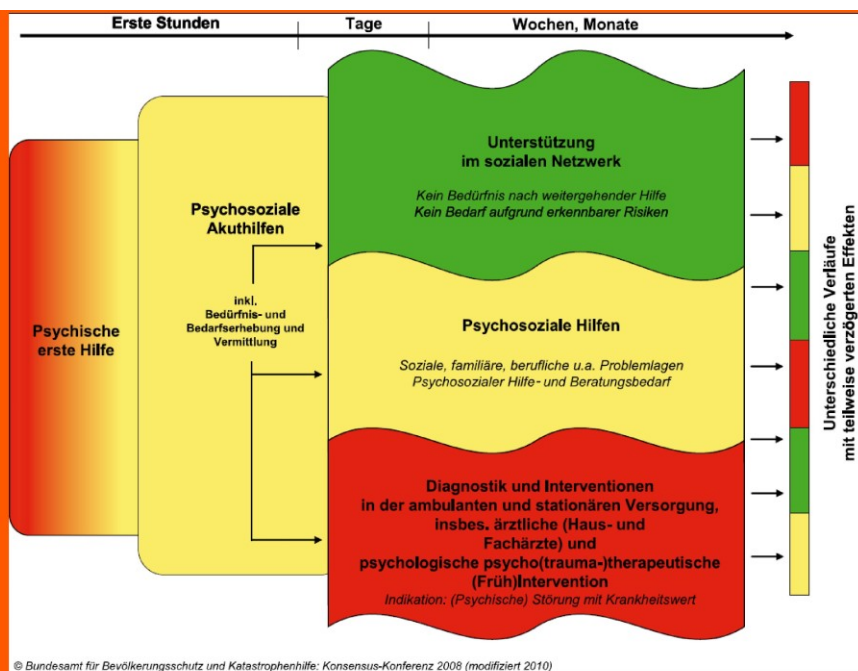
Die Philosophie der PSNV ist somit **Prävention** und ein **salutogenetischer Ansatz**, der sich nicht an Defiziten, sondern an Fähigkeiten und Ressourcen orientiert. Die PSNV wendet sich damit ausdrücklich gegen die Pathologisierung von Notfallbetroffenen sowie belasteten Einsatzkräften und gegen eine Pauschalisierung der Unterstützungsbedarfe.



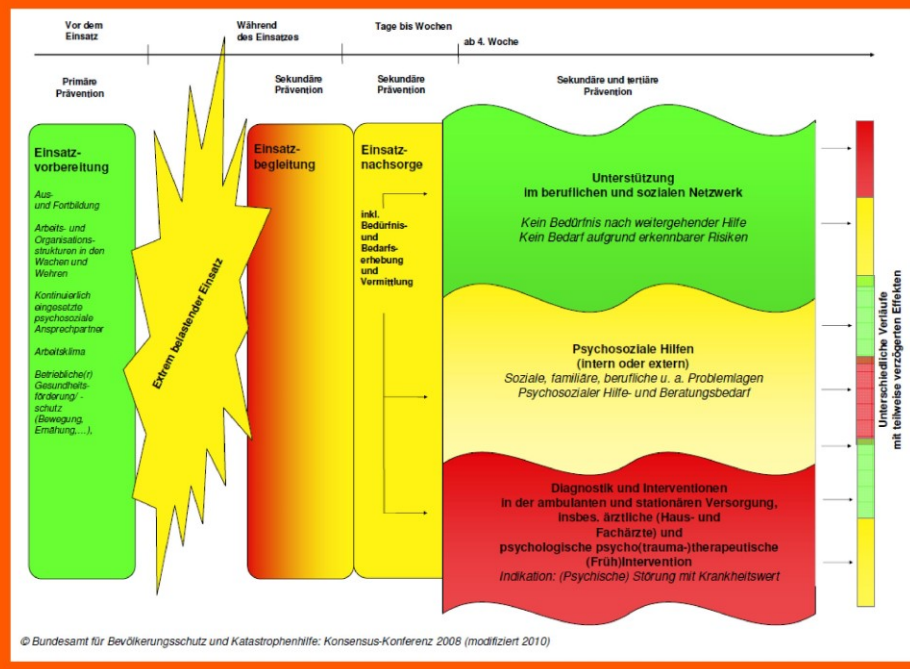
Resilienz von Einsatzkräften, Nachbarn, Opfer- und Angehörigenhilfe | 30.03.2023 | Seite 19

PSNV für Betroffene (PSNV-B)

PSNV-Maßnahmen für Überlebende, Angehörige, Hinterbliebende, Zeugen und/oder Vermisste



PSNV für Einsatzkräfte (PSNV-E)



Strukturen in den Bundesländern



- = Landeszentralstelle/Landesbeauftragte(r) PSNV über Behörde für Inneres installiert
- = Zentrale Ansprechperson für PSNV auf Landesebene durch Landesbehörde(n) berufen und in Abstimmung mit dieser/diesen tätig
- = Zivilgesellschaftliche Ansprechperson auf Landesebene tätig



Gesetzliche Grundlagen

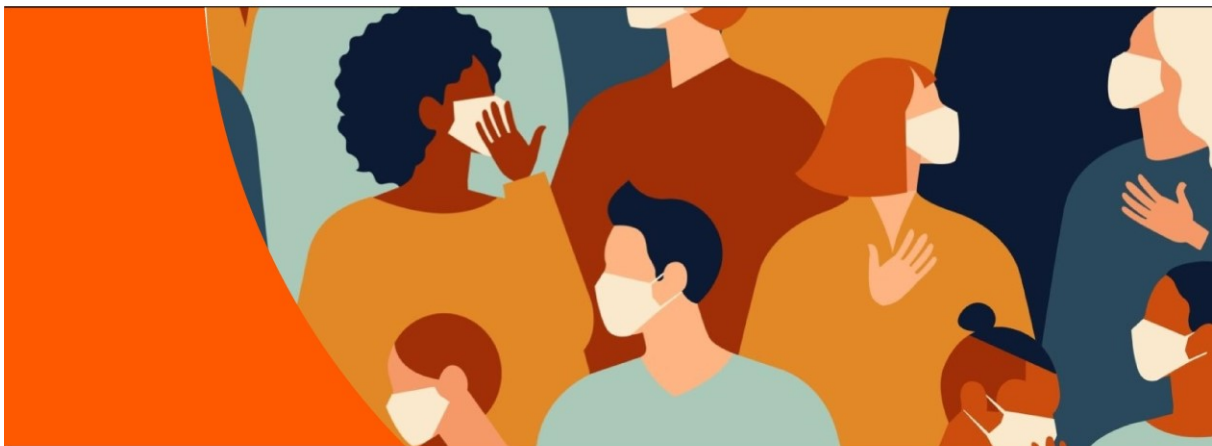


**Gesetz über die psychosoziale
Notfallversorgung für das Land Berlin**
(Psychosoziales Notfallversorgungsgesetz - PSNVG)
vom 27. August 2021

... und Aspekte der PSNV in vielen weiteren
Landesgesetzen und Erlassen



Die PSNV-Philosophie: Bevölkerungsverhalten, Warn- und Informationsbedarfe



Bevölkerungsverhalten

Katastrophenmythen

- Häufige Annahme: In Krisen reagieren Menschen irrational, panikartig oder kriminell.
- Katastrophenszenarien in (non-)fiktionalen Medien: sozialer Zusammenbruch, Chaos, Panik, Plünderungen und Gewalt

→ Die Forschung zeigt: In Krisen und Katastrophen handelt die Bevölkerung überwiegend prosozial, unterstützend und kooperativ.

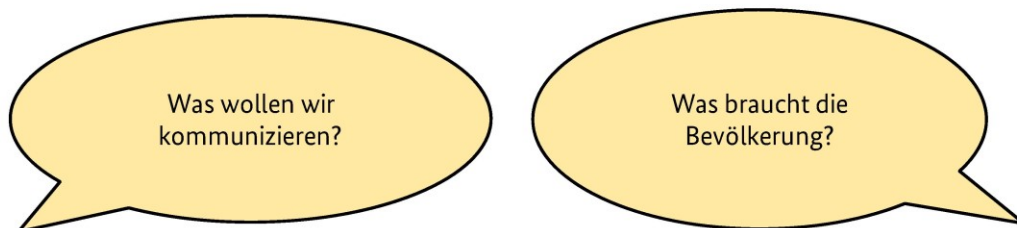


Quelle: Mike Klar (Bildausschnitt)

DIE Bevölkerung gibt es nicht!

- Die Bedarfe und Ressourcen, die Menschen in Krisen und Katastrophen haben, sind z.T. sehr verschieden.
- Mögliche Einflussfaktoren sind z.B.:
 - Ereignisart
 - soziodemographischen Variablen
 - (Vor-) Bedingungen
 - Risiko- & Krisenmanagement etc.

2. Auswirkungen auf die Risikokommunikation



Lagebild Bevölkerungsverhalten

Lagebild Bevölkerungsverhalten für ein effektives staatliches Krisenmanagement

Lagebild Bevölkerungsverhalten

- Zusammenfassung der Lage
- Detailinfos zu
 - Wissen & Risikowahrnehmung,
 - Akzeptanz der Maßnahmen
 - Resilienz & Vertrauen
- Folgerungen & Maßnahmen

- **Behördliche Kommunikation:** Mögliche Gefahren ohne Alarmismus klar benennen. Transparente Kommunikation möglicher Szenarien und über die laufenden Vorbereitungen zur Bewältigung.
- **Falsch-, Desinformationen:** identifizieren, bewerten und fachgerecht und verständlich entkräften.
- **Informationsangebot:** zentrales Angebot schaffen, positive Aspekte und Nebeneffekte herausstellen (z.B. bei Energieeinsparung nicht nur Kostensenkung benennen, sondern auch z.B. den Beitrag zum Umweltschutz).
- (...)

Folgerungen
&
Maßnahmen



Resilienz von Einsatzkräften, Nachbarn, Opfer- und Angehörigenhilfe | 30.03.2023 | Seite 27

Warnung: Mehrsprachigkeit

NINA-App



1. Zielgruppengerechte Warnung: **Umsetzung der Mehrsprachigkeit in MoWaS**

2. Warn-App NINA:

- Gefahren und Handlungsempfehlungen in den Sprachen Arabisch, Türkisch, Französisch, Spanisch, Englisch, Russisch, Polnisch
- Zusätzlich Informationen wie FAQs und Notfalltipps mehrsprachig (+ Leichte Sprache)

Umsetzung der Mehrsprachigkeit
im Modularen Warnsystem erfolgt.



Resilienz von Einsatzkräften, Nachbarn, Opfer- und Angehörigenhilfe | 30.03.2023 | Seite 28

Beteiligung im Bevölkerungsschutz: MALUmat – wissen, was passiert



Leitfragen:

Wenn wir Sie vor einer Gefahr warnen wollen:

Auf welchem Weg erfahren Sie man schnellsten davon?

Eine Warnung soll eine Hilfe sein, damit Sie sich gut schützen können:

Was ist dafür bei einer Warnung für Sie wichtig?



Resilienz von Einsatzkräften, Nachbarn, Opfer- und Angehörigenhilfe | 30.03.2023 | Seite 29

Warnbedarf und Warnreaktion



1. Publikation: „Warnbedarf und Warnreaktion – Grundlagen und Empfehlungen für Warnmeldungen“

2. Teil B:

- Praktische Umsetzung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse
- Ergebnisse des Ressortforschungsprojektes **SAWaB** (Sozialwissenschaftliche Aspekte der Warnung der Bevölkerung), aufbereitet von Team HF
- 21 evidenzbasierte praktische Empfehlungen zur Erstellung von Warntexten – Inhalt, visuelle und sprachliche Gestaltung



Publikation steht seit Dezember 2022 als Download und gedruckt zur Verfügung.

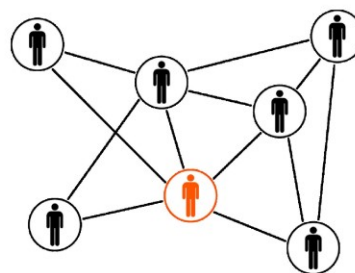


Resilienz von Einsatzkräften, Nachbarn, Opfer- und Angehörigenhilfe | 30.03.2023 | Seite 30

Blick in die Zukunft



Blick in die Zukunft: Gesetzliche Grundlagen



Empfehlungen für eine krisenfeste Gesellschaft

1. Gesetzliche Grundlagen für die PSNV
 2. Stärkung der Prävention
 3. Verbesserung der Übergänge von der psychosozialen Akuthilfe zu mittel- und längerfristigen Unterstützungsangeboten
 4. Konzepte für anlassbezogene Ansprechstellen – vor der Krise
 5. Beschreibung der Zusammenarbeit zwischen PSNV und Opferschutz
-
- **Schaffen Sie eine Wissensbasis zu Bedarfen und Kompetenzen von Menschen in Krisen.**
 - **Ermöglichen Sie Beteiligung vor und während Krisen.**
 - **Handeln Sie ressourcenorientiert. Menschen sind kein passives Schutzgut. Sie sind Sicherheitspartner.**
-



Resilienz von Einsatzkräften, Nachbarn, Opfer- und Angehörigenhilfe | 30.03.2023 | Seite 33



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontakt

Nathalie Schopp
Referat I.3 – Psychosoziales Krisenmanagement (PsychKM)
Abteilung I – Krisenmanagement
Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)

Provinzialstraße 93, 53127 Bonn
Tel: +49 228 99 550-2400
E-Mail: Nathalie.Schopp@bbk.bund.de
Internet: www.bbk.bund.de

BBK. Gemeinsam handeln. Sicher leben.



Aufgabengebiete Teamstärken

Search and Rescue (USAR)

“Search and Rescue” beschreibt die Suche und Rettung von Verschütteten unter Trümmern. SAR-Einsätze dauern maximal 10 Tage. Entsendet werden 48 Mitglieder SAR, 14 Mitglieder Medical und 8 Rettungshunde.

Humanitäre Hilfe

Bedarfsorientierte Folgeeinsätze nach Katastrophen.

I.S.A.R.
GERMANY | INTERNATIONAL
SEARCH AND RESCUE

01

02

Medical Team (EMT I)

Die medizinische Soforthilfe wird durch ein ca. 35-köpfiges Team geleistet. Auf einem Behandlungsplatz können weit mehr als 200 Patienten pro Tag versorgt werden.

04

03

Inlandshilfe - Katastrophenschutz

Auf Anforderung steht I.S.A.R. Germany seit 2010 auch im Inland offiziell zur Verfügung.



unsere Stärken



Wir sind schnell

Schon ca. 6h nach Alarmierung sind wir Einsatzbereit.



Wir sind kompetent

Unsere Mitglieder sind durchweg Spezialisten in ihrem Fach.



Wir sind autark

Wir entscheiden selbst, ob wir einen Einsatz annehmen oder nicht. Dadurch können wir unsere Kompetenzen dort einsetzen, wo sie am nötigsten gebraucht werden.



Wir sind zertifiziert

Ständige erfolgreiche Zertifizierungen unter dem Dach der UN (INSARAG & WHO) bestätigen unsere Fähigkeiten.



INTERNATIONAL
SEARCH AND RESCUE



Nationale Einsätze

Vermisstensuche
Rettungshunde
Ortungstechnik
Fachberater
Wärmebild-/Zoom Kameradrohne



Internationale Einsätze



Einsatzkoordination International

Base of Operation (BoO)
Übung in Weeze



I·S·A·R
GERMANY | INTERNATIONAL
SEARCH AND RESCUE



Coordination of Missions International



Base of Operation (BoO)
Indonesia (2018)

I·S·A·R
GERMANY | INTERNATIONAL
SEARCH AND RESCUE



Base of Operation (BoO)
Philippines (2013)

Einsatzkoordination International

Kooperation DLR
Deutsches Zentrum für
Luft- und Raumfahrt

Drohne für den Langsteckeneinsatz.

I·S·A·R
GERMANY | INTERNATIONAL
SEARCH AND RESCUE



Einsätze (USAR, EMT, Humanitär) International



Indonesien (2018)



Mexiko (2017)

I·S·A·R
GERMANY | INTERNATIONAL
SEARCH AND RESCUE

SAR, Medical und Humanitäre Einsätze

- ✓ Türkiye 2023
- ✓ Poland / Ukraine 2022/23
- ✓ Philippines 2022
- ✓ Haiti 2021
- ✓ Namibia 2020
- ✓ Kosovo 2020
- ✓ Lebanon 2020
- ✓ Armenia 2020
- ✓ Indonesia 2018
- ✓ Mexico 2017
- ✓ Philippines 2017
- ✓ Ecuador 2016
- ✓ Nepal, 2015
- ✓ Philippines 2014
- ✓ Liberia 2014
- ✓ Philippines 2013
- ✓ Haiti, 01 & 11/2010
- ✓ Indonesia, 2009
- ✓ Peru, 2007
- ✓ Pakistan, 2005
- ✓ Thailand, 2004

Humanitäre Projekte (Auswahl)

- ✓ follow-up projects on the Philippines since 2014
- ✓ Ebola response, Liberia 2014
- ✓ Floods in Bosnia, 2014
- ✓ Assistance to an orphanage for refugees in Nairobi, Kenya
- ✓ Famine in East Africa in Kenyan Dadaab
- ✓ Refugee crises in Libya, 2011
- ✓ Cholera outbreak in Haiti, 2010
- ✓ Reconstruction in Thailand, 2005

Fragestellung der Enquete Kommission

Mit welchen Herausforderungen wird I.S.A.R. Germany in Planung und Durchführung von Einsätzen konfrontiert?

Wie sollte sich Baden- Württemberg für den Fall vorbereiten, dass internationale Hilfe für eine Schadenslage angefordert werden muss?



Mit welchen Herausforderungen wird I.S.A.R. Germany in Planung und Durchführung von Einsätzen konfrontiert?

Entscheidung: Einsatz ja oder Nein?

Internationales Hilfeersuchen

Request des betroffenen Landes

Vorausteam?

SAR -Team?

EMT - Team?

Alle?

ILZ eröffnen?



Mit welchen Herausforderungen wird I.S.A.R. Germany in Planung und Durchführung von Einsätzen konfrontiert?

Alarmierung der Mitglieder

Flüge

Von Wo?

IATA Vorschriften

Information über das betroffene Land (cia.gov)

Devisen

Transport zum Flughafen

Kontrolle der Mitglieder
(Gesundheitscheck, Impfstatus, Reisepass)



Wie sollte sich Baden- Württemberg für den Fall vorbereiten, dass internationale Hilfe für eine Schadenslage angefordert werden muss?

Krisenstab bilden und trainieren (Bspl. Mosbach TCRH)

- Krisenstäbe der Regierungsbezirke (Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart, Tübingen)

Liste der versch. NGO im Land (und Überprüfung)

Fachberater ausbilden
Fachexpertise einholen

Das Landeskommmando Baden-Württemberg in Stuttgart ist die oberste territoriale Kommandobehörde der Bundeswehr



「 **Danke.** 」



Citizen Science und Datenspenden als Instrumente zur Krisenbewältigung

Dr. Marc Wiedermann

ROBERT KOCH INSTITUT



Dr. Marc Wiedermann — wiedermannm@rki.de — <https://corona-datenspende.de/science/>

Überblick Corona-Datenspende

- partizipatorisches Forschungsprojekt
- gestartet im Apr. 2020
- Smartphone App, die sich mit handelsüblichen Wearables verbindet
- Bereitstellung von Vitaldaten (Puls, Aktivität, Schlaf) für Forschungszwecke
- **120.000** Teilnehmende mit mehr als **600 Tagen** bereitgestellter Daten
- seit Okt. 2021: regelmäßige Befragungen innerhalb der App (**über 38.000 Teilnehmende**)
- Datenerhebung zum 31.12.2022 eingestellt

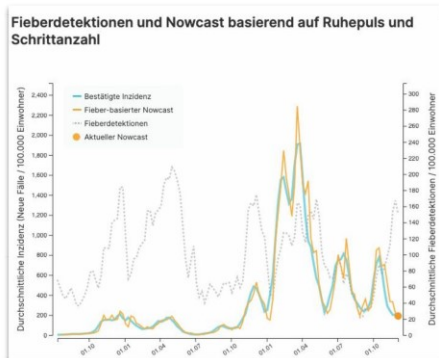
Ziel: Besseres Verständnis der Dynamik der COVID-19 Pandemie & ihrer Langzeitfolgen (insb. Long-COVID)



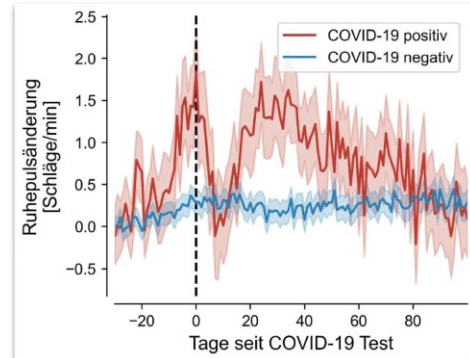
Dr. Marc Wiedermann — wiedermannm@rki.de — <https://corona-datenspende.de/science/>

2

Kernergebnisse



- tagesaktueller **Fiebermonitor** als zusätzliches Surveillance-Instrument in der COVID-19 Pandemie
- Teil des **RKI-Lageberichts** im Jahr 2020



- neue Erkenntnisse zu **Langzeitfolgen** einer Infektion
- direkte Implikationen für Verständnis von **Long-COVID**

Dr. Marc Wiedermann — wiedermannm@rki.de — <https://corona-datenspende.de/science/>

3

Zweckdefinition

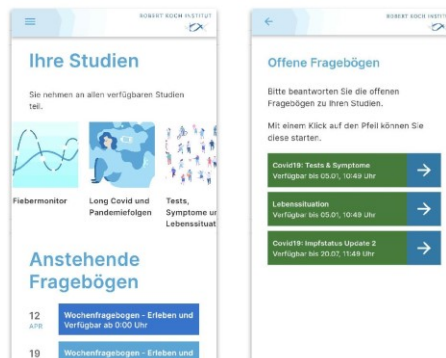
- Citizen Science Projekte sollten stets einem wohldefinierten Zweck dienen
 - Ziel der Datenerhebung und mögliche Anwendung der Daten sollte im Vorfeld klar umrissen und sichergestellt sein
- stetige Überprüfung ob und wann Zweck erfüllt werden kann
 - In der Frühphase zunächst **explorativ**, später **konfirmatorisch**
- **erhöht Teilnahmbereitschaft** und Akzeptanz zum Bereitstellen teils sensibler Informationen
- **Transparenz** erhöht Unterstützung für politische Maßnahmen, die auf Basis der Erkenntnisse des Projekts entwickelt wurden
- datenschutzrechtliche Umsetzung erheblich vereinfacht
- Zwecke **können** im Lauf eines Projekts **erweitert und angepasst werden**

Dr. Marc Wiedermann — wiedermannm@rki.de — <https://corona-datenspende.de/science/>

4

Infrastrukturen

- Infrastrukturen zur Datenerhebung und -speicherung langfristig **technisch** und **personell** sicherstellen
- erlaubt **schnelle Reaktion** auf neue Situationen und verhindert unnötige Redundanzen
- relevante Fragen (beispielsweise Datenschutz) können frühzeitig und proaktiv gelöst werden
- Möglichkeiten:
 - **technische Vorlage** um neue Projekte schnell zu entwickeln (beispielsweise als Open-Source Lösung)
 - zentrale Bereitstellung einer **Projektplattform** um einzelne Teilprojekte direkt auszusteuern (wie bei Corona-Datenspende)
- auf bestehende Systeme zurückgreifen und **Insellösungen vermeiden**



Dr. Marc Wiedermann — wiedermannm@rki.de — <https://corona-datenspende.de/science/>

5

Kommunikation

- insbesondere Projektstart sollte **umfangreich kommunikativ begleitet** werden
- **regelmäßige** Information über Projektarbeit und Fortschritte erhöht langfristige Teilnahmebereitschaft:
 - innerhalb der Projektplattform
 - dezidierte Webseiten & Blogs
 - Social Media
- idealerweise Kommunikationskanäle für **direkten Dialog** mit Teilnehmenden ermöglichen und datenschutzrechtlich prüfen
 - Aufbau einer **Community von Citizen Scientists** & **langfristige Verbindung** zu Teilnehmenden

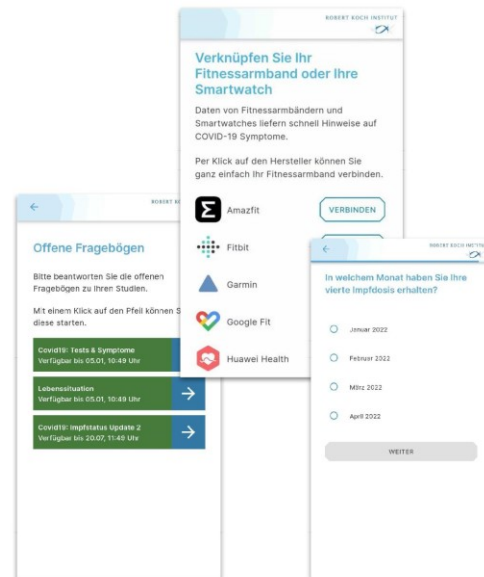


Dr. Marc Wiedermann — wiedermannm@rki.de — <https://corona-datenspende.de/science/>

6

Formen der Beteiligung

- **Barrieren** für Teilnahme gering halten
- **verschiedene Ebenen** der Beteiligung (passiv & aktiv) anbieten
→ reduziert Risiko von Umfragemüdigkeit
- muss **niedrigschwellig** möglich sein
→ bestenfalls in Alltag der Teilnehmenden integriert
- Teilnehmende **selbstbestimmt** über Umfang der Partizipation entscheiden lassen
- **kurze Interaktionen** klar zu bevorzugen
- regelmäßig **neue Formen** der Interaktion anbieten
→ **Aufwand gering** halten & **erklären**, warum bestimmte Information von den Citizen Scientists erfragt wird



Dr. Marc Wiedermann — wiedermannm@rki.de — <https://corona-datenspende.de/science/>

7

Datenschutz

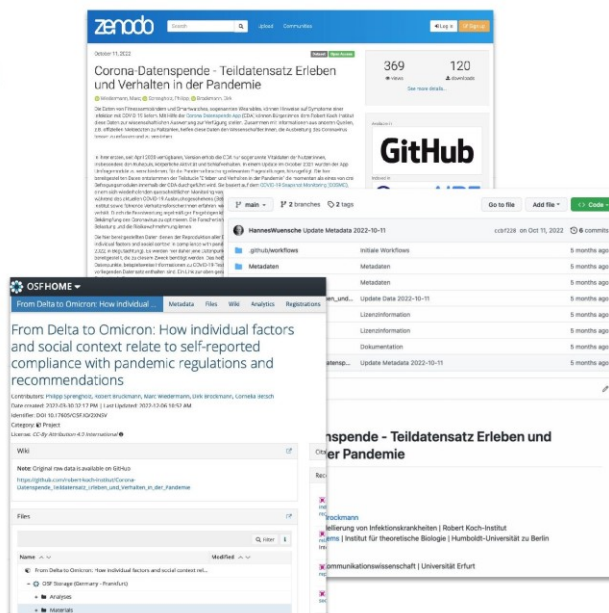
- bestehender Datenschutz bietet **ausreichend Möglichkeiten** zur Umsetzung von Citizen Science Projekten
→ möglichst auf bereits geprüfte und freigegebene Technologien zurückgreifen
- Individuelle **Datenhoheit & Datensouveränität** können insb. wissenschaftlichen Projekten sogar zu Gute kommen
- **Datenvermeidung** und **-sparsamkeit** sollte uneingeschränkt gelten
- möglicher Verletzung des Datenschutzrechts auf zwei Arten begegnen:
 1. alle negativen Konsequenzen prüfen, die durch Verletzung von Privatsphäre und Datenschutzrechten entstehen können
 2. mögliche ungewollte Nebeneffekte der Teilnahme bewerten, insb. psychische Belastung durch Preisgabe und Verlust von Daten
- Alle relevanten Akteure bereits **ab Konzeption** involvieren:
 - Datenschutzbeauftragten der beteiligten Institutionen
 - Landes- und Bundesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
 - Ethikkommissionen von Hochschulen oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen

Dr. Marc Wiedermann — wiedermannm@rki.de — <https://corona-datenspende.de/science/>

8

Open-Science & Open-Data

- Daten und Forschungsergebnisse nach Möglichkeit der **Allgemeinheit zur Verfügung** stellen
→ Transparenz, Reproduzierbarkeit & Mehrwert
- Teilnehmende, Öffentlichkeit & Interessengruppen als **Multiplikatoren**
- Weiterarbeit mit Datensätzen schafft **gesellschaftlichen Mehrwert**
- fördert **Identifikation** und **weitergehende Form** der aktiven Teilnahme
- **Zielgruppen** von Datenveröffentlichungen im Vorfeld festlegen
→ definiert Form der Bereitstellung & Art der Dokumentation

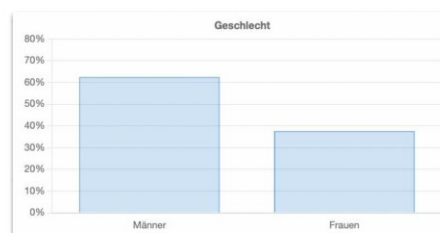
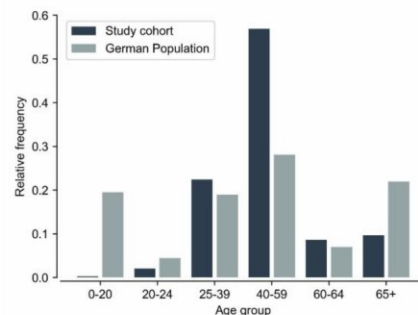


Dr. Marc Wiedermann — wiedermannm@rki.de — <https://corona-datenspende.de/science/>

9

Limitationen & Repräsentation

- **meist nicht repräsentativ**
- bestimmte **Zielgruppen** nicht oder nur **schwer erreichbar**
- ältere Menschen und Kinder häufig ausgeschlossen oder **unterrepräsentiert**
- Menschen mit geringeren Einkommen wird Teilnahme erschwert
→ sollte bei allen Schlussfolgerungen berücksichtigt werden
→ kann durch Werbe- oder Rekrutierungsmaßnahmen bestenfalls **teilweise kompensiert** werden
→ Datenspenden und Citizen Science Projekte stets nur als **komplementärer & explorativer Baustein**
→ Fokus liegt nicht auf reinem Erkenntnisgewinn



Dr. Marc Wiedermann — wiedermannm@rki.de — <https://corona-datenspende.de/science/>

10

Take-home messages

Vorteile

- Informationen können **schnell** und **in großer Zahl** gesammelt und verbreitet werden
 - relevant in **Frühphasen von Krisen** oder wenn Datenerhebung nicht anderweitig möglich ist
- regelmäßige Interaktion **erhöht Teilhabe** und **verbessert Verbindung** zwischen Politik, Wissenschaft und Bevölkerung
 - steigert **Akzeptanz und Vertrauen** in Wissenschaft und staatliches Handeln
- **vielseitig** einsetzbar und auf andere Krisensituationen **transferierbar**

Drawbacks

- langfristiges und wiederkehrendes **Engagement** der Teilnehmenden nötig
 - möglicherweise abnehmender oder niedriger Detailgrad der Daten
- **selbstrekrutierte** Teilnahme
 - nicht repräsentativ
 - hoher Grad an Verantwortung für die Privatsphäre der Individuen
- geringere **Datenqualität** durch bspw. Abbruch der Teilnahme, defekte Geräte oder Falschangaben

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“, 30. März 2023

ZIVILGESELLSCHAFT: AKTEUR DER KRISEN- BEWÄLTIGUNG - BETROFFENER IHRER AUSWIRKUNGEN

Dr. Holger Krimmer



AUSGANGSFRAGE

- » Wie können **Netzwerke und Fähigkeiten des Ehrenamtes und der Katastrophenschutzorganisationen** effektiv in die **Krisenvorsorge, -früherkennung und -bewältigung** einbezogen werden können, **ohne sie zu überfordern**?
- » Welche Maßnahmen sind erforderlich, um die **Resilienz des Gemeinwesens** in Baden-Württemberg zu stärken?



MEIN FOKUS

- » Rolle des bürgerschaftlichen Engagements & von Zivilgesellschaft in der Breite
- » Zusammenarbeit insb. zwischen Politik und Zivilgesellschaft
- » Zivilgesellschaft vor, in und nach Krisen

3



4



1. KAPITEL

DATENGRUNDLAGE & GRÖÖE ZIVILGESELLSCHAFT

5



DATENGRUNDLAGE 1: DER ZIVIZ-SURVEY

» https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/ziviz-survey_2023_trendbericht.pdf



DEUTSCHE STIFTUNG
FÜR ENGAGEMENT
UND EHRENAME

Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales



Staatskanzlei
des Landes Nordrhein-Westfalen



Rheinland-Pfalz
STAATSKANZLEI



Schleswig-Holstein
Ministerium für Soziales, Jugend,
Familie, Senioren, Integration
und Gleichstellung

Landesregierung
SAARLAND



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION

#klein
ehren
amt



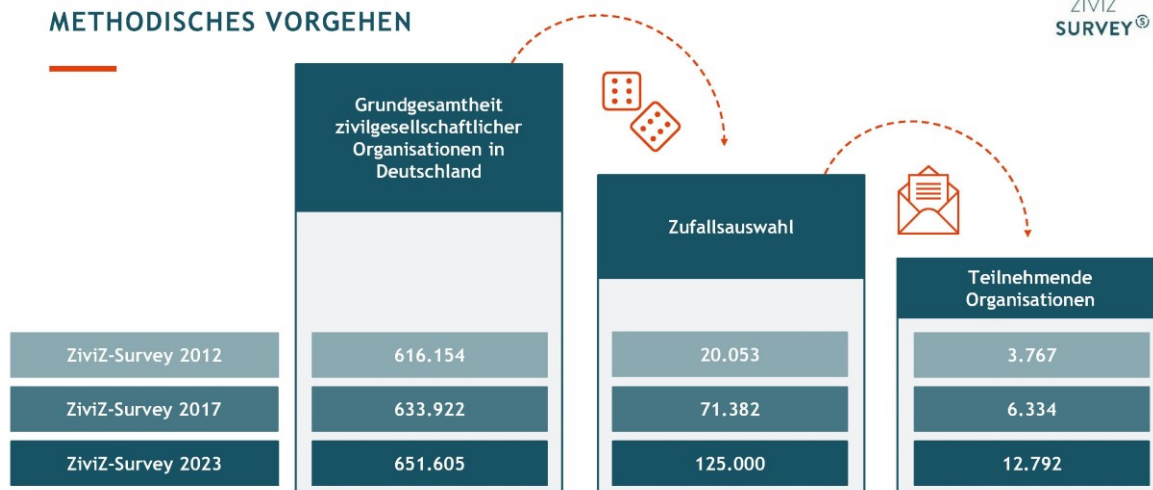
STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES
UND GESELLSCHAFTLICHEN
ZUSAMMENHALT

Freistaat
SACHSEN

6



METHODISCHES VORGEHEN



7



XX) ENTWICKLUNG DER VEREINE SEIT 2012

Bundesland	2012	2016	2019	2022	Entwicklung Vereinszahlen 2012-2022 (%)	Entwicklung Bevölkerungszahlen 2011-2021 (%)	Entwicklung Engagementquote 2014-2019 (%)
Berlin	22.299	24.643	26.749	27.271	22,3%	5,9%	5,7%
Bayern	84.833	90.796	89.634	93.288	10,0%	4,8%	-6,6%
Niedersachsen	53.628	56.685	57.090	57.664	7,5%	1,1%	-6,2%
Hamburg	9.405	9.788	9.777	10.100	7,4%	3,7%	5,3%
Rheinland-Pfalz	36.317	37.989	38.360	38.675	6,5%	2,4%	-4,6%
Sachsen	29.080	29.777	30.794	30.926	6,3%	-2,2%	-5,2%
Deutschland	580.294	603.886	608.585	615.759	6,1%	1,7%	-0,7%
Nordrhein-Westfalen	115.257	120.207	122.846	121.823	5,7%	0,5%	0,8%
Schleswig-Holstein	16.432	17.229	17.118	17.360	5,6%	2,7%	4,9%
Baden-Württemberg	81.822	83.562	84.869	86.355	5,5%	3,2%	4,1%
Hessen	47.680	50.283	49.674	50.270	5,4%	3,7%	-0,5%
Saarland	9.932	10.337	10.319	10.457	5,3%	-3,3%	-10,3%
Sachsen-Anhalt	18.458	19.142	19.145	19.254	4,3%	-6,6%	6,2%
Brandenburg	17.928	17.924	17.664	17.683	-1,4%	1,1%	-2,4%
Mecklenburg-Vorpommern	12.902	12.700	12.278	12.196	-5,5%	-1,9%	-4,3%
Bremen	3.877	3.727	3.329	3.597	-7,2%	2,9%	4,9%
Thüringen	20.444	19.097	18.939	18.840	-7,8%	-5,1%	9,7%

Quellen: Vereinsregistralesse 2012, 2016, 2019 und 2022; Statistisches Bundesamt 2022 (GENESIS Online); Freiwilligensurvey 2019

Anmerkungen: Für einen besseren Zeitreihenvergleich ist in Tabelle 1 die Bundesländerzuordnung über die Adresse des Registergerichts erfolgt, in dem der jeweilige Verein eingetragen ist (weiterführende Information, siehe Abschnitt zu methodischen Anmerkungen). Die Vereinszahlen für Gesamtdeutschland weichen teilweise von den in Abbildung 1 ausgewiesenen Zahlen ab, da die Registerauslesen zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Jahr durchgeführt wurden. Die Justizstatistik hingegen bezieht sich stets auf den Bestand am Ende des Jahres.

8



VEREINSGRÜNDUNGEN WEITER RÜCKLÄUFIG

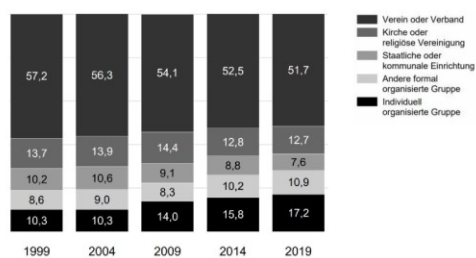


Quelle: Bundesamt für Justiz 2021; ZiviZ-Vereinsregisterauslese 2022



INFORMALISIERUNG VON ZIVILGESELLSCHAFT

Zunahme des informal organisierten Engagements



Quelle: Freiwilligensurvey

- Wachstum des formell gebundenen Engagements von 12,6 auf 14,9 Mio. Engagierte

≈ 18 % Wachstum

- Wachstum des informell Engagements von 2,3 auf 5,0 Mio. Engagierte

≈ 117 % Wachstum



DATENGRUNDLAGE 2: DAS ENGAGEMENTBAROMETER

» <https://www.ziviz.de/corona>



2. KAPITEL

ZIVILGESELLSCHAFT IN DER KRISE



1. VERLÄSSLICHE GRÖßE, ABER KAUM PLANBAR: HILFSBEREITSCHAFT UND SPONANES HELFENDES ENGAGEMENT

- » **Enormer Anstieg des spontanen, helfenden Engagements** bereits in der ersten Woche der pandemischen Lage: Analog zur Verwaltungskrise in der Phase der vermehrten Zuwanderung geflüchteter Menschen ab 2016
- » **Vereine & gemeinnützige Organisationen als Plattformen** für lokale Selbstorganisationsprozesse
- » **Freiwilligenagenturen, Verbände und engagementfördernde Infrastrukturen** als teils überforderte Knotenpunkte

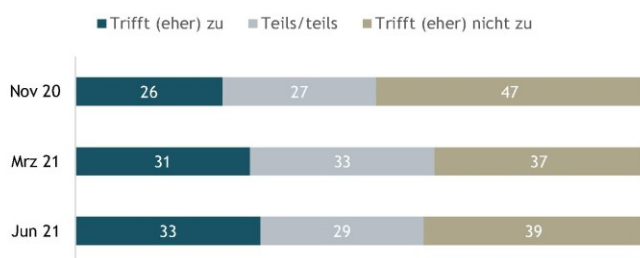
13



2. SPONTAN UND DENNOCH NACHHALTIG

Frage: Wie bewerten Sie folgende Aussage?

„Es gibt viele Engagierte, die sich für Betroffene der Corona-Krise helfend engagieren“ (in Prozent)



Absolute Häufigkeiten: 592 / 2.717 / 1.592

» Anteil an Organisationen mit vielen aktiv Engagierten nahm im Zeitverlauf um 7 Prozent zu.

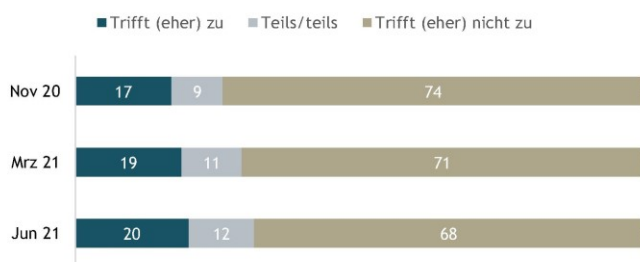
14



3. AUSWIRKUNGEN AUF ENGAGEMENT UND MITGLIEDER

Frage: Wie bewerten Sie folgende Aussage?

„Es kommt bedingt durch die Corona-Krise zu Kündigungen von Mitgliedschaften.“ (in Prozent)



Absolute Häufigkeiten: 651 / 2.731 / 1.593

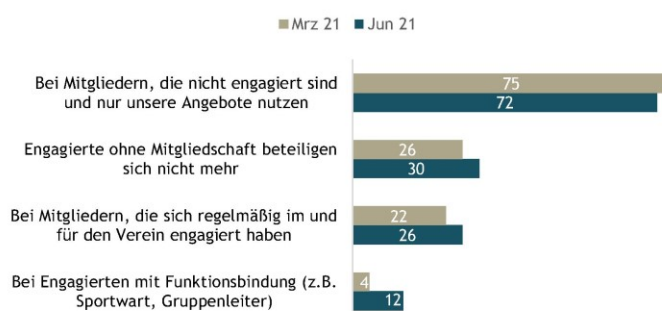
» Anteil an Organisationen, die von Mitgliedschaftskündigungen betroffen sind, nimmt im Zeitverlauf leicht zu.

15



4. KÜNDIGUNGEN NACH MITGLIEDSCHAFTSTYPEN

Frage: In welcher Mitgliedergruppe kommt es aufgrund der Corona-Krise besonders zu Kündigungen? (in Prozent)



März 2021 - Absolute Häufigkeiten: 827

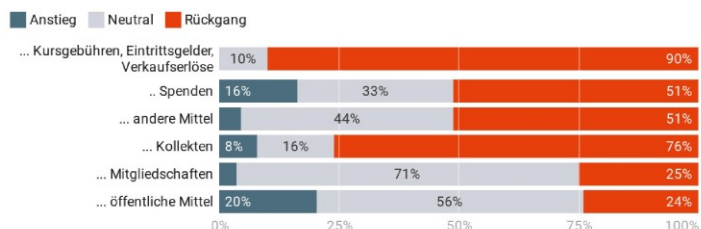
Juni 2021 - Absolute Häufigkeit: 511

» Vor allem Mitglieder, die nicht aktiv engagiert sind, kündigen.
» Anteil an Kündigungen von Engagierten mit Funktionsbindung steigt.

16



5. FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN AUF GEMEINNÜTZIGE ORGANISATIONEN



Frage: Wie schätzen Sie die Veränderungen der Einnahmen ein?

- » Ein Viertel der Befragten beobachtet bereits einen (starken) Einnamerückgang über Mitgliedschaften.
- » Erwirtschaftete Einnahmen sind weiterhin rückläufig

März 2021 - Absolute Häufigkeiten: 827

17



6. HELFENDE ENGAGEMENTPOLITIK KONNTE NICHT ALLE ERREICHEN

„Frage: Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?“ (Anteile in Prozent)

	Trifft voll zu	Trifft eher zu	Teils/teils	Trifft eher nicht zu	Trifft nicht zu	Absolute Häufigkeiten
	in Prozent					Anzahl
Die Engagementförderung der Länder hat uns in der Phase der Pandemie wirkungsvoll unterstützt	9	8	12	11	60	799
Die Engagementförderung der Länder hatte für unsere Organisation keine Relevanz	52	10	9	6	23	951
Die Hilfsprogramme von Bund und Ländern sind geeignet, die Existenzgefährdung von gemeinnützigen Organisationen durch die Coronakrise abzuwehren.	13	21	25	17	25	587

18



7. UNGENUTZTE KOMMUNIKATIONSBRÜCKEN IN LOKALE LEBENSWELTEN

„Bürgerliches Engagement unterstützt an vielen Orten bei der Organisation von Impfangeboten. Ist auch Ihre Organisation hier aktiv?“ (Anteile in Prozent)

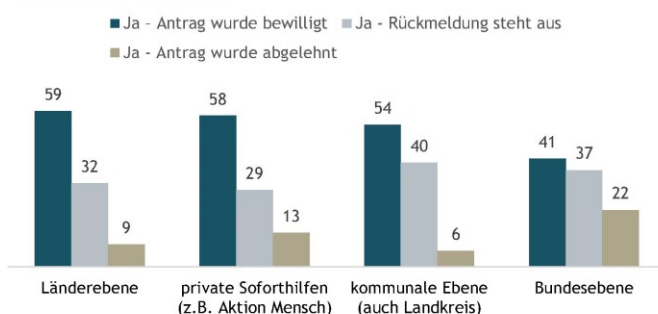
	in Prozent
Wir engagieren uns in der Vermittlung von Informationen zum Thema Impfen	18
Wir wirken bei der Schaffung von Impfangeboten mit (bspw. durch Bereitstellung von Räumlichkeiten, Personal, Fahrdienste)	8
Wir unterstützen die Impfaufrufe, unter anderem in Richtung unserer Mitglieder und Engagierten	37
Wir denken darüber nach, uns stärker einzubringen	4
Wir halten uns zurück	48
Absolute Häufigkeiten	Anzahl
	1.178

19



8. UNGENUTZTE KOMMUNIKATIONSBRÜCKEN IN LOKALE LEBENSWELTEN

Frage: Auf welcher föderalen Ebene hat Ihre Organisation einen Antrag/mehrere Anträge für Hilfgelder gestellt? (in Prozent)



Absolute Häufigkeit: 154 / 52 / 98 / 95

- » Die meisten Anträge wurden auf Länderebene gestellt (s. absolute Häufigkeiten).
- » Anträge auf Länderebene und bei privaten Soforthilfen wurden anteilig am häufigsten bewilligt.
- » Der Anteil abgelehnter Anträge ist auf Bundesebene mit 22 Prozent am höchsten.

20



2. KAPITEL

ZIVILGESELLSCHAFT NACH DER KRISE

21



1) GEMEINNÜTZIGE ORGANISATIONEN SIND NOCH HEUTE MIT DEN NACHWIRKUNGEN DER PANDEMIE BESCHÄFTIGT

Wie bewerten Sie insgesamt die aktuelle finanzielle Situation Ihrer Organisation?
(Anteile in Prozent)



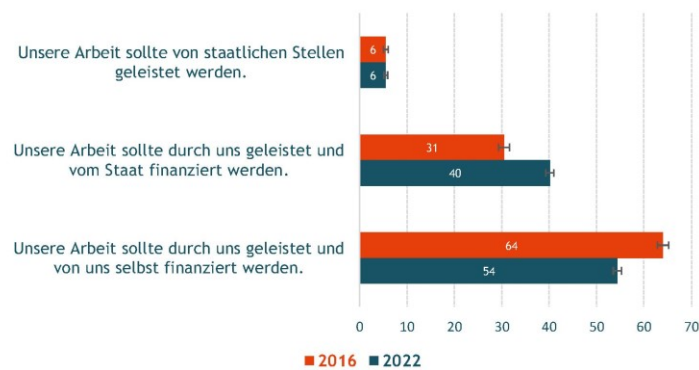
Quelle: ZiviZ-Survey 2023, N = 11.808, gewichtet.

22



2) ÜBERNAHME VON LEISTUNGS- ABER NICHT VON FINANZIERUNGS- VERANTWORTUNG

Welcher der folgenden Aussagen würden Sie aus Sicht Ihrer Organisation am ehesten zustimmen?



Quelle: ZiviZ-Survey 2023, N = 12.595, gewichtet; ZiviZ-Survey 2017, N= 5.894, gewichtet, Konfidenzintervalle auf 95%-Niveau.

23



2. KAPITEL

EMPFEHLUNGEN

24



EMPFEHLUNGEN

» INFRASTRUKTUREN

Das spontane helfende Engagement zu Beginn von Krisen sollte bestmöglich genutzt werden. Im Sinne einer offenen Krisenprävention braucht es dazu **starke engagementfördernde Infrastrukturen** (Freiwilligenagenturen, Verbände u.a.)

» AKTEUR

Engagement muss in Krisen auch **als Akteur und nicht nur Opfer politisch anerkannt** werden. Anerkennung bedeutet Einbindung und Ernstnehmen, **nicht** symbolische Akte. Ein Zivilgesellschaftsgipfel im Kanzleramt (BR-Initiative mehrere Länder), die Einbindung in Krisenstäbe o.ä. wären besser geeignete Mittel.

25



EMPFEHLUNGEN

» BRÜCKE

Zivilgesellschaft kann eine Kommunikationsbrücke für die Politik in lokale Lebenswelten sein. Dazu braucht es in Krisensituationen einen **engeren Dialog insbesondere zwischen Kommunen und lokalen Vereinslandschaften u.a. gemeinnützigen Organisationen**.

» ÜBERBLICK

Ausbau des Monitorings von Zivilgesellschaft in und nach Krisen.

» LANGFRISTIGKEIT

Die Lage der Zivilgesellschaft als **Betroffene von Krisen braucht mehr politische Aufmerksamkeit**. Die Engagementpolitik in den zuständigen Sozialministerien, Staatskanzleien oder auf Bundesebene in BMFSFJ, BMI und BMEL ist damit eher überfordert.

26



EMPFEHLUNGEN

» LANGFRISTIGKEIT

Es darf zu keiner **Inkonsistenz der wahrgenommenen Wertschätzung** von Engagierten und Zivilgesellschaft **in und nach Krisen** kommen. Das ist de facto aber der Fall.

27



KONTAKT

Dr. Holger Krimmer
Geschäftsführer ZiviZ gGmbH im Stifterverband

Pariser Platz 6
10117 Berlin

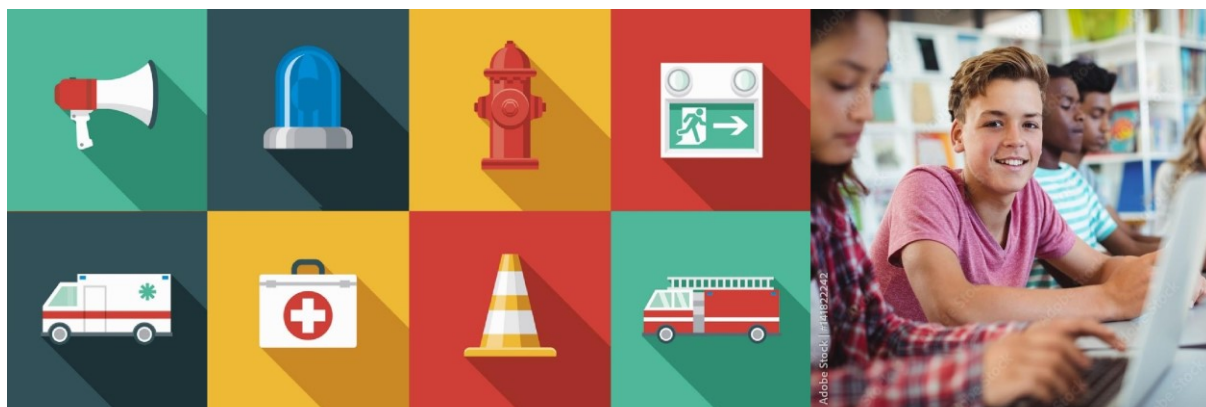
0163 8401 118
holger.krimmer@stifterverband.de



Videokonferenz, 3. November 2020

ZIVIZ: ZIVILGESELLSCHAFT UND UNTERNEHMENS ENGAGEMENT

28



Katastrophenschutz in Bildung, Schulen und Lehrplänen

Anhörung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“
31. März 2023, Landtag von Baden-Württemberg
MDgt'in Dörte Conradi



Katastrophenschutz in Bildung, Schulen und Lehrplänen

Überblick



I. Anbindung des Themas an die Schulen

1. Rechtsvorgaben
2. Bildungspläne
3. Unterstützungsangebote

II. Anstehende Maßnahmen

1. Rechtsvorgaben
2. Entwicklung weiterer Unterstützungsangebote



Anbindung des Themas an die Schulen

3


Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

29.03.2023

I. Anbindung des Themas an die Schulen

1. Rechtsvorgaben



Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums, des Innenministeriums und des Umweltministeriums über das Verhalten an Schulen bei Gewaltvorfällen und Schadensereignissen (VwV Gewaltvorfälle, Schadensereignisse an Schulen – VerhaltensVwV)

Vorgaben (Auszug):

- Organisation und Einrichtung schulinternes Krisenteam
- Erstellung und Aktualisierung schulischer Krisenplan
- Erstellung Rettungsplan
- in Abstimmung mit Schulträger, Feuerwehr und Polizei
- jährliche Alarmübung Brandfall
- in Abstimmung mit Feuerwehr und Polizei

4


Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

29.03.2023

2. Bildungspläne



Katastrophenschutz in der Grundschule

z. B. Sachunterricht Klassen 3/4: **Naturphänomene**

Die Schülerinnen und Schüler können

- die Bedeutung unterschiedlichen Wetters für Mensch und Umwelt erkennen,
- Brandursachen sowie Brandschutzmaßnahmen nennen und einfache Löschmaßnahmen bezogen auf das Verbrennungsdreieck durchführen,
- in Gefahrensituationen entwicklungsgerecht reagieren (Verhalten im Brandfall, Notruf absetzen).



5

2. Bildungspläne



Katastrophenschutz in der Sekundarstufe

z. B. Geographie Klassen 5/6: **Gestaltung der Erdoberfläche durch naturräumliche Prozesse**

Die Schülerinnen und Schüler können

- mindestens zwei Naturereignisse, daraus resultierende Bedrohungen und geeignete Schutzmaßnahmen darstellen (Naturereignis, Naturkatastrophe z. B. Sturm, Hochwasser, Sturmflut, Lawine, Erdbeben, Vulkanausbruch).



6

2. Bildungspläne



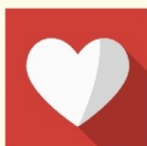
Leitperspektive Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Zielsetzungen u. a.:

- adäquate Reaktion auf existente Problemlagen
- solide Urteilsbildung in Zukunftsfragen
- Einfühlungsvermögen in Lebenslagen anderer Menschen
- Entwicklung einer demokratischen Grundeinstellung
- Treffen informierter Entscheidungen
- Bereitschaft zu Engagement und Verantwortungsübernahme
- Umgang mit Risiken und Unsicherheit

7

2. Bildungspläne



Leitperspektive Prävention und Gesundheitsförderung (PG)

Zielsetzungen u. a.:

- Förderung von Lebenskompetenzen und Stärkung persönlicher Schutzfaktoren
- wertschätzende Kommunikation und wertschätzendes Handeln
- konstruktive, kreative, aber auch kritische Analyse von Problemsituationen
- lösungsorientierte Konflikt- und Stressbewältigung
- ressourcenorientiertes Denken und Problemlösen

8

2. Bildungspläne



Leitfaden Demokratiebildung

Der Leitfaden Demokratiebildung bietet ein ganzheitliches Konzept und eine verlässliche Orientierungshilfe zur Umsetzung der Demokratiebildung im Unterricht.

Zielsetzungen u. a.:

- Auseinandersetzung mit Selbstbestimmung und Regeln
- Erziehung zur politischen Mündigkeit ➡ Extremismusprävention

9

3. Unterstützungsangebote



Schulpsychologische Dienste (Schulpsychologie, Beratungslehrkräfte)

- Unterstützung bei schulbezogenen Problemlagen
- Unterstützung schulinterner Krisenteams
- Fortbildungen zum schulischen Krisenmanagement



Präventionsbeauftragte

Unterstützung von Schulen u.a. im Rahmen des Präventionsrahmenkonzepts „stark.stärker.WIR.“

10



11

29.03.2023

II. Anstehende Maßnahmen

1. Rechtsvorgaben



Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums, des Innenministeriums und des Umweltministeriums über das Verhalten an Schulen bei Gewaltvorfällen und Schadensereignissen (VwV Gewaltvorfälle, Schadensereignisse an Schulen – VerhaltensVwV)

- Anpassung an veränderte Strukturen und Zuständigkeiten
- Prüfung evtl. Aufnahme neuer Krisenszenarien

12

29.03.2023

2. Neue Unterstützungsangebote



Ausgangspunkt:

Flutkatastrophe im Sommer 2021 im Ahrtal und anderen Teilen von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen



- Auftrag des Ministerpräsidenten:
Ausbau schulisches Konzept zum Verhalten im Katastrophenfall
- Kooperation zwischen KM und IM
 - ➔ Maßnahmenbündel zur schulischen Umsetzung des Themas Katastrophenschutz



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

13

29.03.2023

2. Neue Unterstützungsangebote

- **Handreichungen für Lehrkräfte**
 - Naturkatastrophen
 - Technische Großschadensereignisse
- **Flyer für Schülerinnen und Schüler**
zum Verhalten im Katastrophenfall
- **Plakate**



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

14

29.03.2023

2. Neue Unterstützungsangebote

- **Aktionstag an Schulen**
- **Unterstützungsmaterialien für Schulen aus dem IM**
 - Kurzfilme
 - Materialien für Vertretungsstunden u. a.
- **Hinweise zur Verankerung der Thematik an den Schulen**

15

29.03.2023

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



16

29.03.2023